enstag, 5. Juli 1983 - D ***

Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 / ...ige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) ...1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung ...burg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 153 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 90,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kanzler: Anstelle von Andropow hat der sowjetische Ministerpräsident Tichonow das erste Gespräch mit Bundeskanzler Kohl in Moskau geführt. Andropow sagte aus „persönlichen Gründen" ab, was zu Spekulationen über seinen Gesundheitszustand führte. Heute jedoch soll ein Treffen Kohls mit dem Parteichef stattfinden.

Arbeitsmarkt: Im Juni sank die Arbeitslosenzahl um 22 000 auf 2,126 Millionen (8,7 statt 8,8 Prozent). Saisonbereinigt stieg die Zahl allerdings (2,32 auf 2,34 Millionen). Die Kurzarbeit ging deutlich zurück; offene Stellen (85 621) unverändert. Stingl: trotz gesamtwirtschaftlicher Erholung Beschäftigtenzahl „konjunkturell rückläufig".

Berlin-Flüge: PanAm, British Airways und Air France bieten verschiedene ermäßigte Sondertarife für Familien, Standby, Jugendliche, Studenten, Senioren an.

Verfolgung: Der Leiter des Moskauer Solschenizyn-Fonds, Andrej Kistiakowskij, hat sich beim Generalstaatsanwalt über Belästigung und Bedrohung durch die Polizei beschwert. Der Fonds unterstützt verfolgte Familien aus Erträgen des Solschenizyn-Buches „Archipel GULag".

Raketenangriff: Erstmals seit einem Jahr sind wieder zwei Raketen von jordanischem Gebiet nach Israel (Beit Shean) abgefeuert worden. Es gab keine Schäden.

Nahost: Shultz zur zweiten Vermittlungsmission in Saudi-Arabien eingetroffen; fliegt am Dienstag nach Beirut und möglicherweise nach Damaskus weiter. – In der PLO angeblich zwölfstündiger Waffenstillstand vereinbart; Vorschlag über Ablösung von Arafats Alleinführung durch ein Kollektiv.

Strauß-Honecker: Nach Dementis eines Treffens erklärt Landwirtschaftsminister Kiechle (CSU): „Ausgeschlossen ist es nicht worden."

Heute: Frankreichs Außenminister Cheysson in Saudi-Arabien. – Europäisch-japanische Konsultationen über EG-Handelsdefizit in Brüssel. – Entscheidung Reagans über Importbarrieren für Edelstahl erwartet. – Internationales Bauhaus-Kolloquium beginnt in Weimar.

ZITAT DES TAGES



» Sacharow ist ein Kronzeuge Helmut Kohls, da er die Notwendigkeit echter Entspannung und aufrichtiger Vertrauensbildung zwischen Ost und West immer wieder hervorhebt, sich aber gegen trügerische Entspannung und scheinbares Vertrauen wendet. «

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt Alois Mertes vor dem Verband der Heimkehrer in Berlin

FOTO: WOLFGANG MORELL

WIRTSCHAFT

Produktion: Im Mai blieb das Niveau gegenüber dem April unverändert, gegenüber dem Mai 1982 ist es um 2,8 Prozent gesunken. Aufschwung (zwei Prozent) meldet nur das Bauhauptgewerbe.

Frankreich: Das Sparprogramm, das Inflation und Außenhandelsbilanzdefizit reduzieren soll, wird bis Ende 1984 verlängert, erklärte Premier Mauroy. Ursprünglich sollte es Ende 1983 auslaufen.

Chemie: Umsatz stieg im ersten Halbjahr 1983 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1982 um zwei Prozent auf 60 Milliarden Mark.

Schweiz: Das reale Bruttoinlandsprodukt ging im ersten Quartal gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1,4 Prozent zurück.

Japan: Arbeit als „höchsten Lebenszweck" nennen in einer Umfrage der Regierung 46 Prozent aller Beschäftigten. Bei den Männern sind es etwas mehr als die Hälfte, bei den Personen über 50 Jahre 64 Prozent, bei Personen zwischen 20 und 30 Jahren 38 Prozent. 36 Prozent würden ihr Leben für die Arbeit in ihrem Unternehmen einsetzen.

Exportkredite: Frankreich erwägt (wegen zu hoher Staatsschulden) Reduzierung der Exportkredite auf Franc-Basis, die der Industrie viele Aufträge auf dem Weltmarkt verschaffen.

Börse: Ausländische Kauforders führten zu weiter steigenden Aktienkursen. Besonders waren Autoaktien gefragt, von denen Daimler Benz, Mercedes und BMW neue Höchstkurse erreichten. Am Rentenmarkt herrschte Enttäuschung. WELT-Aktienindex 142,3 (141,2). Dollarmittelkurs 2,5530 (2,5368) Mark. Goldpreis pro Feinunze 416,00 (416,25) Dollar.

KULTUR

Atomtechnik: Europas „Vorsprung eingestellt" haben US-Physiker, die im Zyklotron von Batavia (US-Staat Illinois) Protonen auf Fast-Lichtgeschwindigkeit beschleunigten.

Exil: Die sowjetische Konzertgeigerin Wiktoria Mullowa (Gewinnerin des Sibelius-Wettbewerbs 1980) und ihr Verlobter und musikalischer Begleiter Wachtang Sordiaw haben sich in Stockholm abgesetzt. Ihre 350 Jahre alte Stradivari-Geige ließ die Künstlerin zurück.

Ruhrfestspiele: Zweitbestes Ergebnis seit Gründung 1946 mit 140 000 Besuchern.

SPORT

Leichtathletik: Innerhalb von 15 Minuten wurden in der Höhenluft von Colorado Springs die Weltrekorde über 100 m bei Männern und Frauen verbessert. Sie werden jetzt von den Amerikanern Calvin Smith (9,93) und Evelyn Ashford (10,79) gehalten.

Galopp: Das 114. Deutsche Derby in Hamburg wurde zu einer finanziellen Rekordveranstaltung. 2 761 107 Mark wurden am letzten Tag der Derby-Woche an den Wettschaltern umgesetzt. 52 000 Zuschauer, so viel wie noch nie, waren auf der Horner Bahn.

AUS ALLER WELT

Senghor: Der 35jährige Sohn Guy-Wally des ehemaligen Senegal-Präsidenten und „Négritude"-Poeten ist in Paris aus dem Fenster gestürzt und gestorben.

Italien: In Kalabrien wurde der Bandenführer Antonio Mole mit zwei Komplizen verhaftet. – Nach Behördenschätzungen nimmt die „Neue Camorra" in Neapel jährlich zwei Milliarden DM ein.

Wetter: Das Wetter stimmt jetzt mit dem Kalender überein. Hochsommerliche Temperaturen mit 25 Grad im Norden und um 30 Grad im Süden.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Der erste Tag: Überraschend kein Gespräch Kohl-Andropow

Mit „persönlichen Gründen" entschuldigt / Wie krank ist der Kreml-Chef?

MANFRED SCHELL/DW. **Moskau**

Der Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau wird von Spekulationen um den Gesundheitszustand des sowjetischen Staats- und Parteichefs Juri Andropow begleitet. Eine für gestern vorgesehene erste Begegnung Kohls mit Andropow war am Vormittag überraschend abgesagt worden. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko machte dafür „persönliche Gründe" des Staats- und Parteichefs geltend. Gesprächspartner des Kanzlers war gestern Regierungschef Nikolai Tichonow. Der Vorsitzende des Ministerrats sollte auch die Tischrede beim Staatsbankett im Kreml halten.

Kohl erfuhr von der Absage der Begegnung mit Andropow unmittelbar vor seiner Abreise in Bonn. Auf dem Flug in die sowjetische Hauptstadt, auf dem dem Kanzler weitere Einzelheiten dieses Vorgangs mitgeteilt wurden, erklärte Kohl vor Journalisten: „Das ist kein politischer Vorgang." Außenminister Gromyko hatte den deutschen Botschafter in Moskau, Andreas Meyer-Landrut, gestern morgen zu sich gerufen und ihm die Terminänderung mitgeteilt. Wie der Bundeskanzler sagte, hat Gromyko dabei mehrmals betont, die Angelegenheit habe einen „rein menschlichen Aspekt". Man müsse davon ausgehen, daß Andropow nicht gesund sei, habe der Sowjet-Außenminister zu erkennen gegeben.

Die Welle der Spekulationen über den Gesundheitszustand des KPdSU-Generalsekretärs hatte bereits während des Moskau-Besuchs des finnischen Staatspräsidenten Mauno Koivisto im Juni eingesetzt. Damals mußte der 69jährige Andropow beim Gehen gestützt werden. Nach seiner Wahl zum nominellen Staatsoberhaupt. Kurz darauf soll Andropow eine Änderung im Protokoll veranlaßt haben, die ihn von der Pflicht entbindet, Staatsbesuche am Flughafen zu empfangen. Dem Vernehmen nach war Andropow bereits im März 1982 wegen Herz- und Nierenproblemen im Krankenhaus behandelt worden.

In Bonn zeigte der stellvertretende Regierungssprecher Jürgen Sudhoff gestern nachmittag Verständnis für die Begründung der Gesprächsverschiebung. „Wir gehen davon aus, daß am Dienstag das Gespräch stattfinden kann", sagte Sudhoff. Auf die Frage, ob Andropow erkrankt sei, antwortete Sudhoff, er wolle sich nicht an Spekulationen beteiligen. Die Formulierung „persönliche Gründe", die die Bundesregierung wiedergegeben habe, sei auch „eine Art praktizierten Persönlichkeitsschutzes". Die sowjetische Seite hatte sich ebenfalls zurückhaltend geäußert. Gromyko drückte die Hoffnung aus, daß das für heute vorgesehene Vier-Augen-Gespräch stattfinden könne.

SEITE 6:
Für Frieden – ohne lila Halstuch
Von MATTHIAS WALDEN

Der Bundeskanzler und seine Begleitung, darunter Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, waren bei ihrer Ankunft am Moskauer Flughafen von Ministerpräsident Tichonow und Außenminister Gromyko mit militärischen Ehren empfangen worden. Reden wurden nicht gehalten.

Die sowjetische Führung gab ihrer Hoffnung Ausdruck, daß der Besuch der Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten dienen werde. Wie bereits bei der Ankündigung der Reise vor zwei Wochen durch die Nachrichtenagentur Tass, begrüßte auch die Parteizeitung „Prawda" gestern auf ihrer ersten Seite Kohl und Genscher gemeinsam – mit Porträts und Biografien. Westliche Beobachter verstanden dies als einen sowjetischen Hinweis auf eine Kontinuität der Bonner Außenpolitik unter Genscher.

Die Politik der NATO wurde allerdings auch gestern, wenige Stunden vor der Ankunft des Bundeskanzlers, von der „Prawda" scharf kritisiert. Die Regierungszeitung schrieb, die gegenwärtige Politik der NATO und der USA stelle einen Versuch dar, „das regionale und weltweite Gleichgewicht zu verändern". Dadurch verstärke sich die atomare Konfrontation und die „Gefahr des Ausbruches eines neuen Krieges" werde erhöht. Um diese Politik durchzusetzen, so der sowjetische Vorwurf, manipuliere man die westeuropäische Öffentlichkeit mit einer „lärmenden Kampagne, die dazu gedacht ist, das nicht zu Rechtfertigende zu rechtfertigen".

Kohl hatte vor seiner Abreise erklärt, daß er der Raketendiskussion nicht ausweichen wolle. Sein Ziel sei es aber, auch über weitere Themen mit der sowjetischen Führung zu sprechen: über die Per-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Unsicherheit

HEINZ BARTH

Ist es nun der imperiale Mummenschanz einer ausgefaserten Gerontokratie oder ein Symptom ihrer fortschreitenden Mumifizierung, die Juri Andropow veranlaßte, sein erstes Treffen mit dem Bundeskanzler abzusagen? Ist der Kremlchef unpäßlich, oder ist es die sowjetische Westpolitik?

Merkwürdig berührt es schon, daß sich die Verschlechterung im Befinden des Breschnew-Nachfolgers erst auf dem Anflug Helmut Kohls offenbarte. Wie immer man den Fall ausdeutet, signalisiert er die Unsicherheit, die über die sowjetische Außenpolitik gekommen ist.

Weder politisch noch physisch ist Andropow der Riesenhuber, den die Agitprop aus ihm zu machen suchte. In diesem Apparatschik mit Goldrand-Brille pulst keine Tataren-Vitalität, ohne die sich noch keiner auf dem Sessel des Großen Khan lange halten konnte. Der Westen würde zuviel investieren, wollte er sich in der jetzigen Situation auf die Kontinuität des Sowjet-Kurses verlassen.

Mit ihr kann auch aus anderen als den „persönlichen" Gründen nicht gerechnet werden, mit denen sich die Gastgeber des Kanzlers entschuldigten. In dem ausgeblaßten Kommuniqué der Satrapen-Runde, die Moskau kurz vor Kohls Besuch zusammenrief, fehlte die Drohung, in den Ostblock-Ländern „zusätzliche Mittel" zu stationieren, falls die NATO im November mit der Aufstellung der neuen US-Raketen beginnt. Dabei hatte Verteidigungsminister Ustinow einen Tag vor dem Treffen des Warschau-Paktes in einer Rede vor der Militär-Akademie die Drohung noch einmal unterstrichen.

Manches deutet auf ein Zerwürfnis zwischen der Kremlführung und den Militärs hin, wie es nun weitergehen soll, wenn der Westen mit der Nachrüstung Ernst macht. Zeit genug hätte man gehabt, sich das zu überlegen. Aber man hatte sich zu sehr darauf verlassen, daß der NATO, je mehr Geld man in den „heißen Herbst" investiert, die Gebeine um so erbärmlicher klappern würden.

Es ist wahr: Zwischen Helmut Kohl und den Kreml-Bossen hat es nicht zum ersten Mal geknirscht. Auch war die kurzfristige Absage seines Besuches in Kursk nicht eben überzeugend begründet. Aber so unsicher die Sowjets geworden sind, sie sollten es noch nicht nötig haben, ihr Selbstgefühl durch ein protokollarisches Schaumbad aufzufrischen. Das können sie sich heute wohl nicht mehr leisten.

Druck auf Solschenizyn-Fonds wächst

Vorsitzender sieht sich Drohungen des Kreml ausgesetzt / Mertes würdigt Sacharow

AFP/AP/dpa, **Moskau/Berlin**

Nach der Verhaftung des früheren Vorsitzenden des Moskauer „Solschenizyn-Fonds", Sergej Kodorowitsch, am 7. April versucht die sowjetische Führung jetzt auch dessen Nachfolger massiv unter Druck zu setzen. In einem gestern bekanntgewordenen Brief an den sowjetischen Generalstaatsanwalt beschwerte sich Andrej Kistjakowski, daß er seit der Amtsübernahme am 1. Mai Belästigungen und Drohungen ausgesetzt werde.

„Ich fordere den Schutz des Generalstaatsanwalts, da ich offenbar nicht mehr ohne Risiko in der Stadt spazieren gehen kann, in der ich geboren bin", hieß es in dem Brief. So sei an einem Abend gegen Ende Juni eine Frau auf der Straße an ihn herangetreten. Kurz darauf seien der Freund der Frau und zwei andere Männer gekommen und hätten auf ihn eingeschlagen. Die herbeigerufene Polizei habe ihn über Nacht in eine Ausnüchterungszelle gesperrt.

Nach der Übernahme des Vorsitzes des „Solschenizyn-Fonds" sei er zur Staatsanwaltschaft gerufen worden. Dieser habe ihm vorgeworfen, er diffamiere die gesellschaftliche Ordnung und die sowjetische Regierung.

Der „Solschenizyn-Fonds" unterstützt die Familien politischer Häftlinge in der UdSSR. Er wird aus Verkaufserlösen des Buches „Archipel GULag" gespeist. Wegen „Verrat am Vaterland" und „sowjetfeindlicher Tätigkeiten" war im Mai ein anderes Mitglied des Fonds, Waleri Repin, zu zwei Jahren Haft und drei Jahren Hausarrest verurteilt worden.

Das Vorgehen gegen Kistjakowski (46) wird von westlichen Beobachtern in Zusammenhang mit der Verschärfung der Kampagne gegen Regimekritiker gesehen, die nach der Amtsübernahme von Partei- und Staatschef Andropow festgestellt wurde. Erst am Wochenende hatte die sowjetische Führung den bislang schwersten Angriff gegen den nach Gorki verbannten Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow gestartet. Das Regierungsblatt „Iswestija" ließ vier Mitglieder der sowjetischen Akademie der Wissenschaften zu Wort kommen, die Sacharow vorwerfen, den „militärischen Kurs Washingtons" zu befürworten und jegliche Rüstungsbegrenzung abzulehnen.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), äußerte auf einer Veranstaltung in Berlin gestern die Erwartung, daß auch das Thema Sacharow bei den Gesprächen von Bundeskanzler Kohl in Moskau eine Rolle spielen werde. Mertes nannte Sacharow einen Kronzeugen der Politik Kohls, da er die Notwendigkeit echter Entspannung und aufrichtiger Vertrauensbildung zwischen Ost und West immer wieder hervorhebe, sich aber „gegen trügerische Entspannung und scheinbares Vertrauen" wende.

Arafat-Gegner für kollektive PLO-Führung

AFP/rtr, **Tripoli/Beirut**

Der stellvertretende Oberkommandierende der PLO-Truppen, Abu Jihad, hat Syrien und Libyen beschuldigt, die Entscheidungsgewalt innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation an sich reißen zu wollen. Im Palästinenser-Lager Baddaui bei der nordlibanesischen Stadt Tripoli sagte Abu Jihad, Damaskus verfolge den Plan, durch den bewaffneteten Konflikt innerhalb der PLO jegliche militärische Präsenz der Palästinenser in der Bekaa-Ebene zu beseitigen. Die Gegner von PLO-Chef Arafat um Abu Mussa würden von Damaskus als „trojanisches Pferd" benutzt.

Arafats Widersacher haben gestern einem sofortigen Waffenstillstand zwischen den rivalisierenden Fraktionen innerhalb der Fatah zugestimmt. Das teilten Sprecher der Meuterer und einer Vermittlungs-Delegation der PLO nach fünfstündigen Verhandlungen mit. Sie erklärten ferner, daß sie in der Notwendigkeit eines strikten Festhaltens an „kollektiver Führung" übereinstimmen.

Zu Beginn seiner zweiten Nahost-Reise traf der amerikanische Außenminister George Shultz gestern in Saudi-Arabien ein, wo er von König Fahd empfangen wurde. In Damaskus wurde bestätigt, daß der Außenminister zu einem späteren Zeitpunkt in Syrien erwartet wird. Regierungsnahe Kreise stellten jedoch die Frage, was Washington zum Libanon-Komplex Neues zu bieten habe. Die syrische Haltung habe sich seit der Ablehnung des libanesisch-israelischen Abkommens vor zwei Monaten nicht geändert, betonten diese Kreise.

Sondertarife im Berliner Flugverkehr

Wz. **Berlin**

Mit ermäßigten Sondertarifen wollen die drei alliierten Fluggesellschaften PanAm, British Airways und Air France den Flugverkehr von und nach Berlin beleben. Ihre Preispolitik wurde jetzt von den zuständigen Luftfahrt-Attachés in Bonn gebilligt.

Auf allen innerdeutschen Berlin-Routen außer der Saarbrücken-Strecke werden vom 8. Juli bis 31. August neue, ermäßigte Flugpreise für Familien und ein Standby-Tarif (Flugscheine werden erst kurz vor Abflug verkauft) für Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr (Studenten bis zum 25. Lebensjahr) sowie Senioren über 65 Jahre angeboten. Beim Familientarif können zwei Erwachsene mit einem Normalticket zwei Kinder kostenlos mitnehmen. Unverändert gültig sind im Berlin-Flugverkehr die bisherigen ermäßigten Tarife wie die Sparpreise-Flüge und die Sondertarife für Senioren zu begrenzten Zeiten.

In der Erprobungsphase bis zum 31. August werden die Fluggesellschaften testen, ob und wie das Angebot genutzt wird. Der neue Standby-Tarif für Jugendliche und Senioren beträgt für den einfachen Flug zwischen Berlin und Frankfurt 90 statt bisher 181 Mark, zwischen Berlin und Hannover nur noch 48 statt 100 Mark.

Die Passagierzahlen des Berliner Flughafens waren im vergangenen Jahr um rund acht Prozent auf 3,1 Millionen zurückgegangen. Im ersten Halbjahr dieses Jahres betrug das Minus zwei bis drei Prozent. Der Berliner Senat hatte schon vor der Genehmigung die neuen Sondertarife befürwortet, in Bonn gab es jedoch Bedenken, da man Einbußen bei der Bahn befürchtete.

Arbeitsmarkt berechtigt zu Hoffnung

Junitrend der Vorjahre gebrochen / Aber noch keine generelle Wende in Sicht

GISELA REINERS, **Bonn**

Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen läßt nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg noch nicht auf eine generelle Wende am Arbeitsmarkt schließen, aber er berechtige zu vorsichtiger Hoffnung. Präsident Josef Stingl: „Ich bin glücklich, daß der Junitrend der vergangenen Jahre gebrochen wurde." In den drei Jahren zuvor war Ende Juni stets ein leichter Anstieg der Zahl der Erwerbslosen vermerkt worden.

Ende Juni waren in der Bundesrepublik Deutschland 2 126 700 Menschen auf der Suche nach Beschäftigung. Das waren 22 000 weniger als noch im Monat zuvor, aber 476 400 oder 29 Prozent mehr als im Juni 1982. Die Arbeitslosenquote (Erwerbslose im Verhältnis zu Beschäftigten) sank von 8,8 Prozent im Mai auf 8,7 Prozent. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1983 lag die Quote jedoch bei 9,6 Prozent gegenüber 7,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. „Die konjunkturelle Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt hat sich verlangsamt, ist aber nicht zu Ende", sagte Stingl. „Auch bei einer Besserung der Konjunktur wird der Arbeitsmarkt ein Spätindikator sein. Eine Arbeitslosenquote von 8,7 Prozent darf die Politiker nicht ruhig sein lassen."

Mit „ganz vorsichtigem Optimismus", so heißt es in Nürnberg, lasse sich der Rückgang der Kurzarbeit bewerten. Sie gehe im Juni zwar immer zurück, weil viele Betriebe Ferien machten, aber der Abbau mit rund 143 000 (23 Prozent) auf 495 000 sei diesmal besonders deutlich. Der Rückgang dürfe aber nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit der „noch immer rückläufigen Beschäftigungsentwicklung" gewertet werden.

Deutlich gestiegen ist die Zahl der arbeitssuchenden Jugendlichen unter 20 Jahren. Sie nahm um sieben Prozent oder 10 300 auf insgesamt 168 300 zu. Diese Steigerung wird auf den Schulschluß zurückgeführt, aber auch darauf, daß viele junge Leute, die von den Firmen über Bedarf hinaus ausgebildet wurden, nach Ende ihrer Lehrzeit nicht weiterbeschäftigt werden können. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl arbeitsloser Jugendlicher um 24 Prozent.

Am Ruhrgebiet ist nach Beobachtungen des Landesarbeitsamtes in Düsseldorf die Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt vorbeigegangen. Die Zahl der Arbeitslosen ging nur um 0,5 Prozent (3500) auf 685 400 zurück. Die Arbeitslosenquote von 10,4 Prozent blieb unverändert (Juni 1982: 7,9 Prozent). In zwölf Arbeitsamtsbezirken, davon sieben im Revier, breitete sich die Arbeitslosigkeit weiter aus: Die Quote stieg von 12,9 auf 13 Prozent, in Dortmund auf 14,9 Prozent.

Seite 2: Ganz, ganz leise Hoffnung

Bischof bestätigt: Pfarrer aus Halle wurde verhaftet

Radlerprotest gegen Umweltverschmutzung in der „DDR"

rtr, **Berlin**

Der Bischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, hat in Ost-Berlin die Verhaftung des Jugenddiakons Lothar Rochau aus Halle bestätigt. Zuvor war aus dem Freundeskreis des Diakons bekannt geworden, daß die Sicherheitsbehörden außer Rochau noch weitere Personen verhaftet hätten, die in Kontakt mit der unabhängigen Friedensbewegung in der „DDR" standen.

Die Verhaftungen sollen auch mit einer Umweltschutzaktion in Halle zusammenhängen, hieß es. Dabei hätten am 5. Juni rund 200 Radfahrer maskiert gegen die Umweltverschmutzung durch die BUNA-Chemiewerke protestiert.

Forck sagte vor Teilnehmern einer Friedenswerkstatt an der Erlöserkrirche im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg, die Behörden hätten bei Bekanntgabe der Verhaftung Rochaus erklärt, daß sie nicht mit dessen Jugendarbeit in Zusammenhang stehe.

Der in der „DDR" weithin bekannte Rochau sei vor einem Monat duch die Kirche von seinen Pflichten in der Gemeinde entbunden worden, verlautete aus seinem Freundeskreis. Rochau habe sich seit langem aktiv in Friedens- und Umweltfragen engagiert und Kontakte zur Jenaer Friedensgemeinschaft gehabt.

Die Friedenswerkstatt in Berlin-Lichtenberg wurde nach Angaben von Kirchenvertretern von rund 5000 Menschen besucht. Sie war damit eine der bisher größten Veranstaltungen der unabhängigen Friedensbewegung in Mitteldeutschland. Während der Veranstaltung hatten die Witwe des im April 1982 gestorbenen Regimekritikers Robert Havemann, Katja Havemann, und Mitglieder aus deren Freundeskreis in einem Aufruf die Notwendigkeit einer unabhängigen Friedensbewegung in der „DDR" unterstrichen (WELT v. 4. 7.). In dem Aufruf äußerten sie Mißtrauen „in die Fähigkeit der meisten regierenden Politiker und ihrer Militärstrategen, den Frieden für die Völker zu erhalten". Weiter heißt es: „Die Verantwortung für unser Leben und das Leben unserer Kinder kann uns niemand abnehmen. Das bedeutet für uns den Gewinn einer bewußteren Lebensweise bis hin zur Bereitschaft, Repressalien auf uns zu nehmen."

Franzosen sollen bis 1985 „entsagen"

Mauroy verkündet Fortsetzung der sozialistischen „Sanierung" / Wähler desertieren

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Die Franzosen, die in diesem zweiten Jahr sozialistischer „Sanierungspolitik" sehr viel zögernder als bisher in die Sommerferien gefahren sind, wissen seit dem Wochenende, was noch alles auf sie zukommt. Ihr Premierminister Pierre Mauroy hat in einem Rundfunkinterview die Pläne seiner Regierung für die weiteren Phasen dieser „Sanierung" bekanntgegeben. Demnach wird die „Politik der Härte und Entsagung", die ursprünglich bis Jahresende dauern sollte, auch 1984 und sogar bis ins Jahr 1985 hinein fortgesetzt. „Erst 1985 und 1986 werden wir die Früchte dieser Politik ernten können, vorausgesetzt, daß der weltweite Aufschwung der Wirtschaft bis dahin eingetreten ist", sagte der Regierungschef.

Mauroy kündigte neue und schärfere Steuererhöhungen für 1984 an, will sie aber „mit mehr sozialer Gerechtigkeit als bisher" verbunden sehen, was im Klartext mehr Steuerdruck für die höheren Einkommensklassen bedeutet. Er sieht die Politik der Linksregierung in drei Phasen: eine erste Phase der Euphorie, in der die Reformversprechungen des Wahlkandidaten Mitterrand erfüllt wurden, eine Phase der Austerität, in der die Wirtschaft „wieder ins Gleichgewicht" gebracht werden mußte, und eine dritte Phase der wirtschaftlichen Gesundung und gedeihlichen Entwicklung Frankreichs unter der sozialistischen Sonne. Dieser dritte Abschnitt soll, „wenn alles gut geht" (Mauroy), kurz vor den nächsten Parlamentswahlen im Frühsommer 1986 beginnen und die Sozialisten für eine weitere fünfjährige Legislaturperiode an der Macht bestätigen.

Danach sieht es aber, wie Kammerpräsident Louis Mermaz, ein Vertrauter Mitterrands, sagte, vorläufig keineswegs aus. Mermaz gab zu, daß die „5 oder 6 Prozent Wähler, die uns 1981 ihre Stimmen gaben, inzwischen wieder davongelaufen sind". Gleichzeitig mache sich bei den Stammwählern der Linken „eine gewisse Enttäuschung über die anhaltenden Restriktionen" bemerkbar. Mermaz erklärte das mit der „mangelnden Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit der Sanierung". Daher sei es zu begrüßen, daß Mauroy den Franzosen diesmal reinen Wein eingeschenkt habe.

Die Desertion der Wähler macht sich nicht nur in Umfragen, sondern zunehmend in reellen Nachwahlergebnissen bemerkbar. So konnte die Rechtsopposition in zwei größeren Gemeinden und einem Kanton Nachwahlen gegen ihre linken Opponenten gewinnen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ganz, ganz zarte Hoffnung

Von Peter Gillies

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt ernst, ist aber nicht hoffnungslos. Der leichte Rückgang der Erwerbslosenzahlen ist jahreszeitlich bedingt. Der Konjunkturaufschwung macht sich am Arbeitsmarkt noch rar.

Es kann auch nicht anders sein. Entlassungen wie Einstellungen sind Spätreaktionen auf wirtschaftliche Zyklen. Im Abschwung versucht das Unternehmen sein Personal möglichst lange zu halten, im Aufschwung zögert es die Neueinstellung so lange hinaus, bis die Geschäftsbesserung greifbar erscheint.

Vor diesem Hintergrund stimmt es hoffnungsvoll, daß die Zahl der Kurzarbeiter um ein Viertel schrumpfte. Wieviel Bewegung im vermeintlich zähen Sockel der Arbeitslosigkeit steckt, zeigt die Zahl der Vermittlungen. Eine dreiviertel Million wurde in neue Stellen vermittelt. Ohne das staatliche Vermittlungsmonopol wäre die Zahl vermutlich weit höher. Die Flexibilität bietet Chancen, die noch ungenutzt sind.

Positiv durchgeschlagen hat die Belebung bereits auf die Bauberufe. Eine stürmische Nachfrage nach Bauleistungen hat die Erwerbslosenzahl dort um fast die Hälfte verringert. Aber selbst wenn sich die Belebung fortsetzt – mit einer raschen Vollbeschäftigung ist nicht zu rechnen.

Aus den Frühdaten des Konjunkturablaufs, vor allem dem Auftragseingang, ist zwar noch kein selbsttragender Boom zu erkennen, aber auch keine weitere Rezession. Vielmehr herrscht Einigkeit, daß der negative Trend bereits gebrochen ist.

Ganz deutlich werden die ungelösten Strukturprobleme in den Regionen: In der gut durchmischten Wirtschaftsstruktur des Südwestens ist die Arbeitslosigkeit nur etwa halb so hoch wie in Nordrhein-Westfalen, wo man sich an die fragwürdige „Vorrang"-Politik für Kohle und Stahl klammert. Zeit, Flexibilität und Phantasie sind nötig, bevor am Arbeitsmarkt Entwarnung gegeben werden kann.

Sparsame Militärs

Von Rüdiger Moniac

Bombastische Vokabeln wie „Handstreich" sind der Sache nicht im mindesten angemessen. Die Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamter, Arbeiter und Angestellter (GDBA), die der Bundeswehr vorwirft, sie wolle ihren gesamten Transport von der Schiene auf die Straße verlagern und gefährde damit mehrere tausend Arbeitsplätze bei der Bahn, kritisiert, bevor sie sich informiert.

Es handelt sich keineswegs um den „gesamten" Transport, den die Streitkräfte verlagern wollen. Es geht lediglich um den Stückgutverkehr. Damit sind die vielen kleinen Artikel gemeint, die von den Einheiten und Verbänden, von militärischen Schulen, Dienststellen und ähnlichen Truppeneinrichtungen tagtäglich benötigt werden, um deren Betrieb zu gewährleisten, kleine Ersatzteile für Fahrzeuge und Waffen, Verbrauchsmaterial und ähnliches.

Von einer Verlagerung des Transports ganzer Einheiten und Verbände von der Schiene auf die Straße bei Übungen und Manövern kann also nicht die Rede sein. Panzer und andere Kampffahrzeuge werden auch künftig per Bahn von der Garnison auf den Truppenübungsplatz oder ins Manövergelände gebracht. Die anstehenden großen Herbstübungen werden das zeigen. Das Kriterium der Militärs ist die Zweckmäßigkeit.

Schon in der Vergangenheit hat die Bahn vom Stückgutverkehr der Bundeswehr wenig oder nicht profitiert. Bislang aber ging der zumeist unkoordiniert vonstatten. Das heißt, daß jeder Verband nur seinen eigenen Nachschub aus den Depots anrollen ließ. Damit hat es nun ein Ende. Heer und Marine folgen, seit Jahresbeginn, dem Beispiel der Luftwaffe, die ihre Versorgung zentral über ein Verbundsystem steuert.

Die neue Sache nennt sich „Straßentransportverbund Bundeswehr" und wird von den Territorialstreitkräften und deren Kommandobehörden dirigiert. Das System spart der Truppe letztlich Fahrkilometer. Das aber kann nur im Sinne der Steuerzahler sein und damit doch wohl auch der Gewerkschafter.

Gleich klotzen

Von August Graf Kageneck

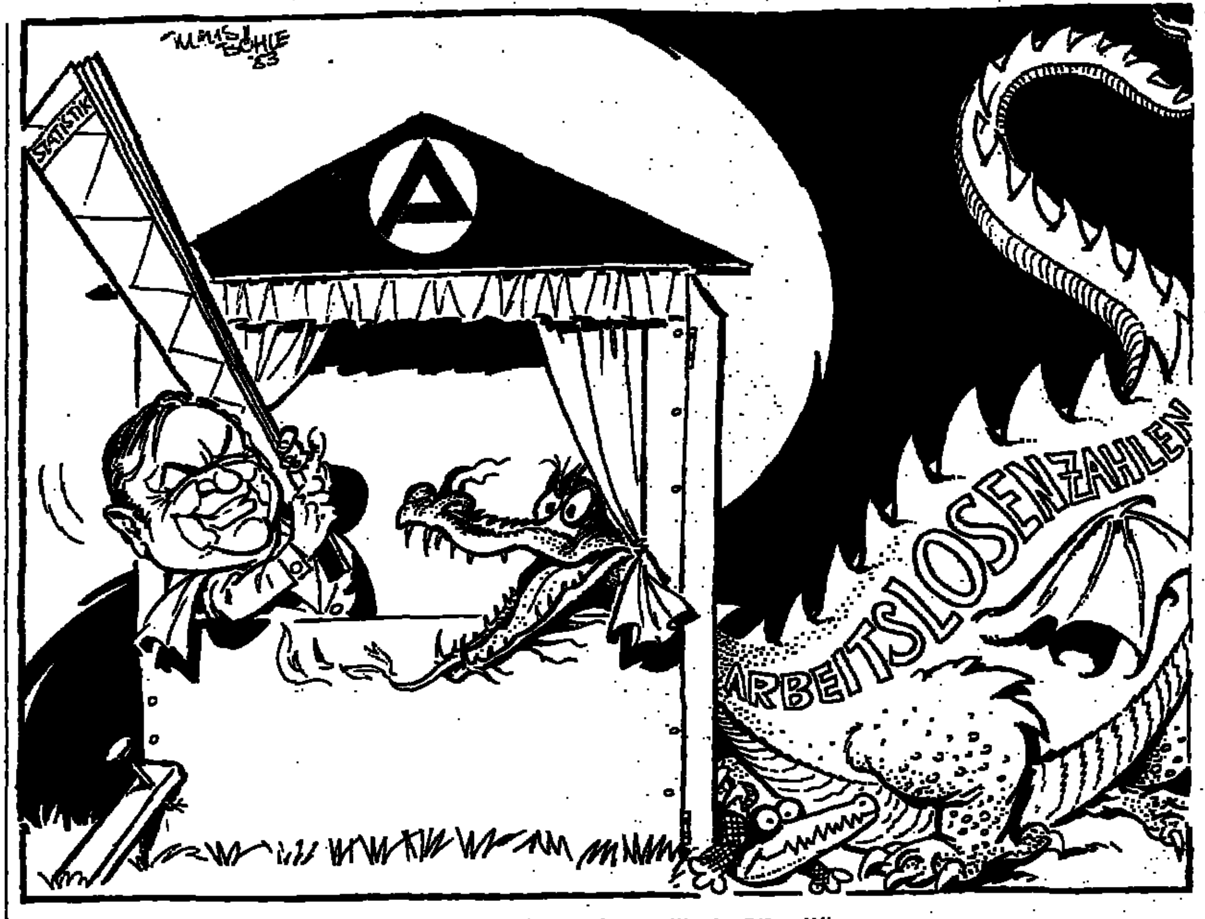
Wer den Tschad-Konflikt als erster „internationalisiert" hat, der von Moskau unterstützte Libyer Khadhafi oder der von Washington und Paris ausgerüstete Zairer Mobutu, wird man erst ermitteln können, wenn die Waffen wieder schweigen. Vorläufig ist festzuhalten, daß die Ankunft von 250 zairischen Fallschirmjägern in Ndjamena das erste greifbare Anzeichen einer ausländischen Einmischung ist.

Khadhafi hat mit Sicherheit die Truppen des Aggressors Goukouni ausgerüstet und vielleicht sogar gestellt, aber eine direkte Einmischung ist ihm schwer nachzuweisen. Jetzt kann er damit auftrumpfen, selbst in den Konflikt eingreifen zu können – so er und seine Kommanditisten in Moskau ein Interesse daran haben. Vielleicht scheint dem Kreml der Zeitpunkt für die Einleitung einer großen Neuordnung im nördlichen Afrika noch nicht gekommen.

Wie dem auch sei – der Westen baut vor. Präsident Mitterrand hat von Anfang an klar zu verstehen gegeben, daß er die Aggression des Khadhafi-Schützlings Goukouni nicht duldet. Legalistisch, wie man in Paris ist, hat er dem von der OAU soeben in Addis Abeba feierlich als rechtmäßiger Staatschef anerkannten Präsidenten Habré volle Unterstützung gegeben. Mitterrand weiß sich nicht nur der Zustimmung seiner afrikanischen Partner, sondern Washingtons sicher, das hinter der Entsendung zairischer Truppen steht und die französischen Waffenlieferungen an Habré bezahlt hat.

Hier wird nicht lange mit diplomatischen Rücksichten auf Einmischung oder Nichteinmischung gefackelt; es wird von Anfang an geklotzt, und das ist sicher gut so.

Man wird sehen müssen, ob die andere Seite die Herausforderung annimmt. Ein Wüstenkrieg ist kein klassischer Waffengang nach europäischem Muster. Er spielt sich in einer Unzahl von unüberschaubaren Scharmützeln ab und gleicht einer Seeschlacht, in der keine Seite weiß, wann und wo die andere zuschlägt. Auch dieser Tschad-Konflikt kann lange dauern oder eines Tages ganz im Sand verrinnen. Jedenfalls ist Moskau vor der Versuchung gewarnt worden, neben dem Raketen-Theater in Europa einen diversifizierenden Nebenschauplatz in Afrika zu eröffnen.



„Ich bin nicht das Krokodil, du Stingl!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Moskaus Trio infernal

Von Jürgen Liminski

Sowjetische Botschafter in Krisengebieten sind für gewöhnlich keine Postboten. Außer den obligatorischen KGB-Epauletten ruhen auch politisch gewichtige Aufträge auf ihren Schultern. Das gilt in hohem Maß für ein Dreigestirn in Nahost: Soldatow, Youkine und Akopow. Das Trio betreut offiziell die Botschaften in Beirut, Damaskus und Kuwait. Sie haben vor ihren Kreml-Oberen zu verantworten, daß der sowjetische Fuß in der nahöstlichen Tür bleibt und, womöglich, diese Tür auch aufgestoßen wird.

Alle drei sind eifrig bemüht, ihren Auftrag getreu zu erfüllen. Soldatow hat in Libanon die zerstreuten Elemente der kommunstischen Partei weitgehend wieder vereint. Die Botschaft in West-Beirut, der Soldatow seit einem Dutzend Jahren vorsteht, ist wieder wie in alten Bürgerkriegstagen Sammelplatz und Drehscheibe subversiver Aktivitäten. Nach außen hin aber, so hört man, parliert Soldatow bei vielen Cocktails und ehrt die verschiedenen Konfessionen des Landes.

Sein Kollege in Damaskus hat es etwas schwerer. Zwar bezeichnete der syrische Verteidigungsminister Tlass jüngst in einem Pressegespräch „die Existenz der Sowjetunion als eine große Gnade der göttlichen Vorsehung". Nur sie könne „den amerikanischen Imperialismus bändigen". Youkine aber weiß, solche Schmeicheleien aus dem Mund von Generälen sind wie feine Servietten bei einem festlichen Bankett. Sie runden das Bild ab, landen aber meist in der schmutzigen Wäsche. Schon morgen könnten diese Worte anders lauten, je nachdem wer an der Tafel sitzt.

Für Syriens Militärdiktatur zählt nur das Überleben. Youkine muß den Generälen weismachen, daß Moskaus Panzer und Raketen dieses Überleben am besten sichern und daß Moskau eine Veränderung des strategischen Gleichgewichts zwischen Israel und Syrien nicht zulassen werde. Er kann auf massive Waffenlieferungen verweisen und die Syrer mit dem Exklusivangebot an SAM-5-Raketen und T-80-Panzern beruhigen – auch wenn diese Leute ungehalten die exklusive Bedienung durch Sowjets beurteilen.

Youkine hat eine undankbare Aufgabe. Er muß halten, sichern und bewahren, während sein Kollege in Kuwait, Akopow, Perspektiven öffnen und in die Zukunft planen darf. Dessen Aufgabe besteht nämlich darin, über Kuwait diplomatische Beziehungen zu den anderen sogenannten gemäßigten Staaten am Golf zu knüpfen. Kuwait ist der einzige gemäßigte Golfstaat, der eine sowjetische Botschaft duldet.

Akopow bemüht sich redlich. Er führt die diplomatische Offensive des Kreml, die seit einiger Zeit verstärkt darauf abzielt, die politische und strategische Basis der Sowjets in Nahost zu erweitern.

Denn Moskau hat ein Problem. Syrien ist sein einziger relativ stabiler und zuverlässiger Partner im Epizentrum des Krisengebiets. Die anderen Vasallen erfüllen nur zweitrangige Funktionen. Libyen dient als Arsenal und Sprungbrett für afrikanische Abenteuer und besetzt den Mittelmeer-Platz an der Syrte. Südjemen ist ein militärischer Stützpunkt am Indischen Ozean, proklamiert ansonsten aber am Rand der arabischen Halbinsel seine marxistischen Parolen in die Wüste, weit entfernt von der Levante. Ähnliches gilt für Äthiopien. Moskau ist, grosso modo, im Nahen Osten offiziell nur schwach repräsentiert. Seine Hoffnungen ruhen weitgehend auf dem Dreizack der Botschafter.



Streben nach dem politischen Kondominium: Sowjetaußenminister Gromyko FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Auf dieses Manko hat Außenminister Gromyko bei seiner jüngsten Tour d'horizon vor dem Obersten Sowjet den Westen aufmerksam gemacht. Die Rolle der Sowjetunion in einer Region, die an ihr Territorium grenze, könne nicht auf die eines Beobachters beschränkt sein, sagte er. Es liegt in der runden Natur der Erde, daß ein kontinentales Gebiet wie die Union der Sowjetrepubliken an viele Territorien grenzt. Was Gromyko dem Westen sagen will, ist dies: Wir wollen das „politische Kondominium", so wie es in der letzten gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung über Nahost vom 1. 10. 1977 heißt.

Moskau hat, genau besehen und gemessen an diesem Ziel, nicht viel in Nahost zu verlieren. Daraus resultiert auch die erhöhte Bereitschaft zum Risiko, inklusive des Verlustes an Menschen und Material. Manche Experten glauben, daß diese Bereitschaft sogar mit der Möglichkeit rechne, „sowjetische Waffensysteme im Einsatz vorzuführen".

Das ist nicht unwahrscheinlich. Es paßt in die entschlossene Neinsagerhaltung zu einem Abzug Syriens aus Libanon; und es paßt in die alte Taktik der Sowjets, kontrollierbare Spannungen zu schüren, um zu bleiben und eine Verhandlungsposition aufzubauen. Syrische Artillerie und kommunistische libanesische Milizen beschießen seit Wochen die christlichen Wohngebiete um Beirut mit einer Intensität, die gerade unterhalb der Protestschwelle der Weltmeinung liegt, aber stark genug ist, um die libanesische Regierung einzuschüchtern, die Wirtschaft des Landes zu lähmen und jede Aktivität vom Goodwill der Syrer abhängig zu machen.

Weder Moskau noch Damaskus will heute die libanesischen Option preisgeben. Der Kreml betont die Parallelität der Interessen. Er hat kaum eine andere Wahl, um Assad an sich zu binden. Aber er strebt über Damaskus hinaus. Er hat den Fuß in der hohen Pforte und rammt sanft und bestimmt gegen die Tür zum Mittleren Orient.

IM GESPRÄCH Heribert Sasse

Allroundman für Berlin

Von Friedrich Luft

Der designierte neue Generalintendant der drei Berliner Staatsbühnen ist geboren vor nur 38 Jahren in Linz. In Wien wuchs er auf, erlernte das ehrsame Handwerk eines Elektrotechnikers. Als er 18 Jahre war, überkam ihn die Neigung zur Musik. Er wollte Sänger werden und stieg um ins Wiener Reinhardt-Seminar. Das verließ er bald mit Krach und frühem Stunk. Ihm paßte die ganze Richtung nicht. Er warf sich auf die Schauspielerei und fand bald seine erste darstellerische Unterkunft am Wiener Volkstheater. Da spielte er zuerst wenig. Er war aushilfsweise Beleuchter, Hilfsinspizient, später schon Regieassistent, bekam nach und nach interessante Rollen, nachdem er das ganze Theaterwesen von der Pike auf sich angeeignet hatte.

Boleslaw Barlog holte ihn, 1970, ans Berliner Schloßparktheater, als er für Wolfgang Bauers saftig-wienerische Jugendtragödie „Change" einen jungen Darsteller suchte, der des Neuwienerischen nachweislich mächtig war. Sasse war es. Er fiel auf und gehörte für zwei Spielzeiten dem Ensemble an. Er kennt die Schillerbühnen von unten. Er weiß in dem Hause, das er in zwei Jahren leiten soll, intern bestens Bescheid.

Sasse zog weiter nach München, Düsseldorf und immer wieder nach Wien, spielte sich nach oben, kehrte aber in schauspielerischen Alleingängen häufig nach Berlin zurück, um hier mit abseitigen Alleinproduktionen sich kenntlich zu machen. Er spielte auf eigene Faust Schnitzler. Er las Goethes „Werther" in einem fulminanten Alleingang. Die Jugend lief ihm zu. Er spielte in Salzburg. Er drängte deutlich nach oben. Er hat Theater im Leib. Sein Typ ist heute selten.

Als das Berliner Renaissance-Theater vor drei Jahren eher schon



Vom Hilfsbeleuchter zum G[...] intendanten: Heribert Sass[...] FOTO: CONRAD G[...]

verkommen war und total u[...] tig, bewarb sich Sasse st[...] um dessen Leitung. Er h[...] Haus in drei Spielzeiten, soz[...] aus dem Stillstand, in ein[...] Höhe geführt, die großen, h[...] tierten Bühnen der Stadt [...] schämend und nicht selten [...] flügelnd. Er spielt fast [...] Abend. Er inszeniert. Er [...] Ensemble an und pflegt es [...] junger Vater. Er ist dramat[...] gewieft und kenntnisreich. [...] te seinen Spitznamen bald [...] heißt der „Tausend-Sasse".

Sasse hat seine Nachfolg[...] Goberts mit erstaunliche[...] schick betrieben. Er kann P[...] überzeugen, kann bei Finan[...] nern Vertrauen erwecken, [...] (vornehmlich durch Leistu[...] Presse hinter sich bringen. [...] te partout in zwei Jahren S[...] Intendant werden. Jetzt ha[...] geschafft. Ob er es wirklich [...] fen wird, diesen im Grunde [...] gierbaren Dreibühnenbetr[...] regieren, das wir sich erst [...] toi) erweisen müssen.

DIE MEINUNG DER ANDERE[N]

NÜRNBERGER ZEITUNG

Hier heißt es über den Freiburger Bauerntag:

Der bayerische Bauernverbands-Präsident Gustaf Sühler präsentierte seinen CSU-Parteifreunden eine handfeste Drohung: Wenn die von den Landwirten euphorisch begrüßte neue Regierung nicht mehr für die Bauern zu tun gedenke, würden viele von ihnen wie 1969 wieder die NPD wählen. Solche Worte lassen aufhorchen, und wer die Nadelstiche bemerkt hat, die auf dem Bauerntag in Freiburg den Bonner Politikern versetzt worden sind, wird unschwer erkennen, daß das Verhältnis mit der Regierung getrübt ist, selbst wenn mit Ignaz Kiechle ein richtiger Bauer in der sonst intellektuellen Ministerriege sitzt. Die Agrarpolitik steckt in der Krise – und nur weil man sich an das Jammern der Bauern schon seit Jahren gewöhnt hat, erscheint die Situation nicht so prekär wie sie wirklich ist.

DIE PRESSE

Die Wiener Zeitung schreibt über die Kanzler-Visite:

Es ist nicht allein die fast hoffnungslos gewordene Raketenkontroverse, die Kohls Auftritt in Moskau so schwierig macht. Vielmehr wird er Formulierungen finden müssen, die unmißverständliche Bündnistreue in einen für die Adressaten überzeugenden Einklang mit der Versicherung brächten, daß ein „Kreuzzug" gegen das „Zentrum des Bösen" genausowenig zum Arsenal der Bonner Politik gehört wie weltweite und sogar bis in den Kosmos ausschweifende nuklearstrategische Gedankenspiele nach Washingtoner Muster. Von seiner Fähigkeit dazu könnte wesentlich abhängen, ob oder in welchem Maße „Europa" (West) für Moskau auch weiterhin ein politischer Faktor bleibt, dessen besonderen Gesichtspunkten und Interessen Rechnung zu tragen sei.

LE FIGARO

Das Blatt aus Paris befaßt sich mit dem Ausgang der Belgrader Welthandelskonferenz:

Übersättigt mit nichtigen und fruchtlosen Traktationen haben sich die viertausend Deleg[...] mit einem Gefühl der Frus[...] und Enttäuschung in die F[...] ge gestürzt, um die jugosla[...] Hauptstadt möglichst sch[...] verlassen. Dieser Vorgang h[...] was Symbolhaftes an sich, v[...] großen Enttäuschung, das [...] der mit dem Namen Belgr[...] bundenen Blockfreiheit du[...] ses Fiasko zu beflecken. [...] Bruch wurde nichtsdestow[...] in Belgrad vermieden. In d[...] ten Tagen war dies das einzi[...] Es ging nicht mehr darum, [...] Konferenz einen Erfolg zu m[...] sondern nur, die Fäden des [...] beizubehalten, mochten si[...] noch so gespannt sein ... Zw[...] ohne ist die Unctad in [...] schwierigen Zeit, in der st[...] Großzügigkeit und Solidar[...] erster Linie den jeweiligen [...] Bürgern zugute kommt, jet[...] mehr geschwächt.

LE QUOTIDIEN DE P[ARIS]

Das Pariser Blatt merkt zur Moska[u-Reise] Helmut Kohls an:

Die Euroraketen werden d[...] spräche beherrschen ... Tro[...] ner triumphalen Wahl am 6. [...] kann Helmut Kohl nicht di[...] fragen ignorieren, nach dene[...] Mehrheit der Deutschen heu[...] gen die Entfaltung der 10[...] shing und der 96 Marschflug[...] ist, die in der BRD aufgestel[...] den sollen. Daher übte der [...] demokratische Kanzler seit [...] Wahl auf die Vereinigten S[...] Druck aus und beschwor [...] dent Reagan, in Genf Kon[...] nen zu machen. Damit bestär[...] gleichzeitig die Sowjets i[...] Hoffnung, daß sie noch u[...] Aufstellung der Euroraketen [...] umkommen, weshalb sie [...] Druck auf die Bundesrepubli[...] stärkten. Der Bundeskanzler [...] ab heute in Moskau diese [...] rung erneut machen. Unter d[...] Umständen begreift man [...] daß Helmut Kohl angesichts [...] bedingungslosen Verbunde[...] mit der Allianz und einer V[...] lung von dem nationalen [...] schen Interesse, die sich sei[...] Ostpolitik des Jahres 196[...] trächtlich gewandelt hat, selb[...] Ansicht ist, daß sein Besuch [...] UdSSR praktisch eine unmög[...] Mission ist.

Die sich dem Teufel und der Sinnlosigkeit verschreiben

Punker aus Protest – Anmerkungen zu einem Phänomen unserer Zeit / Von Peter R. Hofstätter

Während in Hannover die Bürger nach guter alter Sitte ihr Schützenfest feierten, trafen sich junge Leute in der Bahnhofsgegend, von denen niemand so recht weiß, was man von ihnen halten soll und was sie eigentlich wollen. Sie demonstrieren sich – sich selbst! – und sonst nichts, nicht jedenfalls für oder gegen irgendeine Sache, Institution oder Politik. Sofern sie sich als „Punker" bezeichnen, passen wohl beide Bedeutungen, die das Wort „Punk" im Amerikanischen hat; einmal wird damit „Zunder" gemeint – etwas, das ohne Flamme brennt oder schwelt, zum anderen heißt „Punk" im Slang ganz einfach soviel wie „der letzte Dreck".

Wir, der letzte Dreck! Das läßt Erinnerungen an die „Beat-Generation", die geschlagene Generation der Eisenhower-Ära (1952–1960) anklingen. Zu ihren Wortführern gehörte damals neben Jack Kerouac (1922–1969) mit seinem rasenden Sex- und Aktionsroman „Unterwegs" (1957) sein Freund Allen Ginsberg, der als 29jähriger in seinem Gedicht „Howl" (1955) – zu deutsch: Gebrüll – das Elend nahezu unartikuliert in die Welt hinausschrie. Eine der 112 Strophen schildert „Die sich dreimal nacheinander erfolglos die Pulsadern / öffneten dies aufgaben und gezwungen wurden Antiquitäts / läden zu eröffnen in denen sie glaubten / alt zu werden und deshalb weinten." Das ist nicht ohne Poesie und läßt vielleicht entfernt an François Villon denken, wie er 1463 unter dem Galgen stand, dann aber begnadigt wurde.

Punker bezeichnen sich als den letzten Dreck aus Hochmut, weil sie die Welt, das geregelte Leben, die bürgerliche Existenz als genau das – nichts als Dreck! – empfinden, der sie anwidert, den – hier kommt die zweite Bedeutung ins Spiel – das dunkle Feuer ohne Flamme in Qualm verwandeln soll. Dabei tauchen unwillkürlich Bilder von Opferbräuchen auf, die im Verborgenen zelebriert werden. Die Vermutung des hannoveranischen Pastors, Eckehardt Hieronimus, daß dabei „fatalistische Tendenzen" aus dem Kult der Schwarzen Messen wiederaufleben, hat viel für sich: „Moloch! Einsamkeit! Dreck! Häßlichkeit! Mülltonnen und erhältliche Dollars!" – beginnt eine andere Strophe von Allen Ginsbergs Geheul. Den Moloch kann man anbeten.

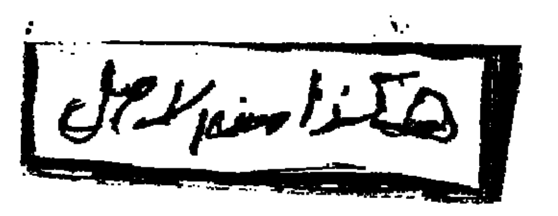
Die Punker sind eine Protestbewegung, die aus dem Wohlstandsüberdruß und dem Gefühl der Sinnlosigkeit des Lebens vor allem destruktive Impulse bezieht. Die Welt zu ändern, am fernen Horizont gar in ein Paradies zu verwandeln, ist ihre Idee nicht. Die Welt ist unabänderlich schlecht, ein Werk des Teufels, und sie kann nur im Untergang, in der Zerstörung und im Opfer gereinigt werden. Charles Mason, der fanatische Gruppenführer in Kalifornien, der grausame Todesrituale erfand, und sich dabei als Priester eines geheimen Kults verstand, hat Phantasien dieser Art ausgelebt; die Punker kennen sie, aber in weitaus den meisten Fällen werden sie nie solche Phantasien ausleben.

Viele von ihren Ideen sowie die meisten Symbole, mit denen sie sich schmücken, stammen allerdings aus dem romantischen Todes-Pathos der Schwarzen SS-Formationen, in denen sie Vorläufer ihres eigenen Ordens erblicken. Der Holocaust als Ritual schreckt sie nicht, denn so ist eben die Welt, und sie haben keine Schuld daran.

Das ist eine besondere Variante des dekadenten Lebensgefühls der Jahrhundertwende, das auf dem Niveau der Dichter und Schriftsteller ganz gewiß seine ästhetischen Reize besaß. Es ist herabgekommen, wie der Dandy, von dem man ebenfalls manche modischen Züge bei den Punkern wiederfindet, und wie der pseudoreligiöse Kult des eigenen Selbst, zu dem sich Baudelaire bekannte. Mag sein, daß auch die Punker ihre Bewegung – wie jener den Dandyismus – für „das letzte Aufflammen von [...]ismus in einer Zeit des Niede[...]ges" halten.

Auch wenn dabei viel leere [...] und Phrase ist, darf das destr[...]ve Potential, das die Punker [...]körpern, nicht unterschätzt [...]den, weil sie – mit und ohne [...]gen – offenbar zu ekstatis[...] Rauschzuständen neigen, in d[...] sie kollektive Wahnideen ent[...]keln.

Es ist anzunehmen, daß sol[...] Exaltationen jeweils ziemlich [...] Phasen der Ernüchterung, j[...] Verzweiflung folgen, in denen [...] dann allerdings das Haßgefühl [...] das Rachebedürfnis dafür, [...] man der letzte Dreck ist, wie [...] aufladen können. In sehr sehr [...]len Fällen dürfte dieses emotio[...] stark belastende Auf und Ab [...] Stimmung nicht allzulange and[...]ern, bzw. auszuhalten sein, so [...] mit einem baldigen Aussteigen [...] einer Bewegung zu rechnen ist, [...]ren Sinn paradoxerweise die S[inn]losigkeit ist.



'm Sonntagsstaat und Jeans zum „Heiligen Blut" von Walldürn

kommen Alte, und es ommen Junge. Sie kommen ı Fuß oder mit dem Bus. Ob ıach Altötting, Kevelaer oder 'alldürn: die Zahl der Vallfahrer steigt stetig.

on JOACHIM NEANDER

Das Bild könnte zu einem Film gehören, zu einem jener apokalyptisch getönten Antiiegsdramen neuester Drehart elleicht. Durch die Gassen des st unversehrt altertümlichen ädtchens im badischen Odenald wälzt sich ein Wurm von ehreren tausend Menschen, langm, ernst, viele im steifen Sonngsstaat, andere in Jeans und Shirt.

Über dem Ganzen schwermütig ne immer wiederkehrende Meloe, über viele Lautsprecher in die nze Stadt hineinverteilt, die Medie eines Liedes, das hier jeder ennt und fast jeder mitsingt: „Oh, lut Christi, wir rufen zu dir ..." nd darüber immer und immer ieder heulend und schreiend Düenjäger im Tiefflug. Walldürn, 'allfahrts- und Garnisonstadt – geauso heißt es auf den Werbeplakaen am Ortseingang.

Kurzschlüssige Zeitkritik mag ıch an diesem schrillen Kontrast ei der traditionellen „Großen lutsprozession", dem alljährlihen Höhepunkt der vierwöchigen Valldürner Wallfahrt zum „Heilien Blut", sofort festbeißen: Aha, n Not- und Angstzeiten suchen die Ienschen seit je Trost und Retung in der Wallfahrt. Aber der Eindruck ist falsch. Fast niemand uckt hier unter den Tieffliegern usammen. Und Bürgermeister Robert Hollerbach sagt hinterher rglos: „Sie haben recht, die Bundeswehr könnte auf die Prozession Rücksicht nehmen, aber ehrlich esagt, bisher hat das hier noch iemand zur Sprache geracht ..."

Wallfahrt in Deutschland 1983 – las sind viele Wirklichkeiten übereinandergelagert, kompliziert, verwirrend, widersprüchlich. Schon vas die Zahlen betrifft. „*Tut uns eid*", erfährt man beim Kommissaiat der Deutschen Bischöfe. „Wird ei uns nicht gezählt. Vielleicht versuchen Sie es bei den einzelnen Bistümern." Doch schon wenige Anrufe machen deutlich: Was ist ein Wallfahrtsort? Wie zählt man Pilger? In Altötting, dem bedeutendsten deutschen Wallfahrtsort (neben Kevelaer am Niederrhein), registriert man die Zahl der ausgegebenen Kommunionen: 630 000 *im* Jahr 1982, woraus man vorsichtig auf eine Million Pilger im Jahr hochrechnet.

In Walldürn, wo die eigentliche Wallfahrt sich auf eine wesentlich kürzere Frist konzentriert, versucht man, die Pilger in dieser Zeit zu zählen, über 100 000 jedes Jahr. Die Abertausende, die vielleicht an einem einzigen bestimmten Tag des Jahres zu jenen zahllosen kaum bekannten Marienwallfahrtsorten hier und dort fahren oder wandern, zählt niemand.

Aber eins glaubt man zu wissen: Die Zahl der Wallfahrer wächst von Jahr zu Jahr. Was treibt diese Menschen? Neue Frömmigkeit, Gemeinschaftserlebnis, Neugierde, Zukunftsangst, Aberglauben, sportlicher Ehrgeiz? Die Bilder sind bunt und diffus.

Walldürn, am Großen Blutsfeiertag. Im Café an der Hauptstraße speist eine Pilgergruppe zu Mittag, meist Damen über 50, ein älterer Herr mittendrin. Es werden Witze erzählt. Das Lachen donnert bis hinüber zur Wallfahrtsbasilika, wo noch die Kommunion gereicht wird. Es könnte ebensogut ein Damenkegelklub sein. Draußen wartet schon der Bus, es ist einer von fast hundert, die jetzt in Walldürn warten. Nachmittags Kaffeetrinken in Bad Mergentheim, dann heim in den Westerwald. Soll man ihnen böse sein? Dürfen Pilger nicht lachen?

Dennoch, am Nebentisch sitzt stumm jene weißhaarige, sicher schon 70jährige Dame. Vorhin hat sie vor der überfüllten Kirche auf dem Steinpflaster gekniet, kerzengerade, ohne Kissenunterlage, fast während des ganzen Pontifikalamts, ein lebendes Monument der Glaubenstreue, man vergißt es nicht so leicht, man versteht, daß man Pilger und Pilger nicht einfach so zusammenaddieren kann.

In der Walldürner Blutsprozession wird nach alter Tradition auch der Schrein mit der Reliquie durch die Straßen getragen. Die Legende weiß von einem Pfarrer Heinrich Otto zu berichten, der um 1330 bei der Messe versehentlich den Kelch mit dem Meßwein umstieß. Der Wein machte Flecken aufs Kelchtuch: das Bild des Gekreuzigten. Der Pfarrer erschrak und versteckte das Tuch. Erst auf dem Totenbett offenbarte er es. Das Tuch wurde zum Heiligtum, aufbewahrt in einem kostbaren, edelsteingeschmückten Silberschrein, der alljährlich nach Pfingsten für die Wallfahrer geöffnet wird.

Als in den 50er Jahren Augustinermönche die Walldürner Pfarrei übernahmen, ließen sie als erste in der Uni Würzburg das Tuch untersuchen. Ergebnis: Tuch und Flekken (noch matt erkennbar) können durchaus so alt sein. Seitdem ist jede Echtheitsdiskussion verebbt. Der naive, vielleicht äußerliche Glaube an die heilende, rettende, läuternde Kraft des Tüchleins scheint anderen Formen und Motiven der Wallfahrerfrömmigkeit gewichen. Der Weihbischof aus der zuständigen Bischofsstadt Freiburg predigt über Arbeitslosigkeit, Drogen, Dritte Welt, Frieden. Das Tuch erwähnt er nicht.

Wer etwas über Wallfahrten erfahren will, darf freilich die vielen Omnibuspilger nicht überbewerten. Die Fußwallfahrer bieten ein anderes Bild. Sie haben den größten Zuwachs. Sie erinnern am ehesten an den Ursprung der Wallfahrt als selbstauferlegte Prüfung des einzelnen. Der Wallfahrts- und Verkehrsverein Altötting registrierte 1982 genau 122 Fußwallfahrergruppen mit über 30 000 Menschen. Pater Wigbert von den Augustinern in Walldürn, der jetzt manchmal von sechs Uhr morgens bis spät am Abend in seiner Kirche ist, um die Pilger zu empfangen, schätzt etwa 40 bis 50 Gruppen zu Fuß. Jedenfalls ist die fast 300 Jahre alte Kölner *Fußwallfahrt nach Walldürn* die bedeutendste von allen, die es in Deutschland gibt.

312 Kilometer in acht Tagen, jedesmal von Pfingstmontag bis zum darauffolgenden Montag. Tag für Tag fast eine Marathonstrecke. Diesmal waren es 386 Teilnehmer. Der Pilgerführer, ein ehemaliger Bergmann, der stets seine alte Arbeitskluft trägt, ist gerade 75 geworden und hat die Strecke 38mal zurückgelegt. Er erinnert sich nicht, daß das Wetter je schlechter gewesen wäre als in diesem Jahr.



Höhepunkt einer Wallfahrt nach Walldürn ist die „Blutsprozession". FOTO: BERND KRUG

Ein Blinder ist seit vielen Jahren dabei, er läßt sich führen. Staatsanwälte, Offiziere, Jugendliche bis hinunter zu 15jährigen. Vor allem junge Leute kommen jedes Jahr hinzu. Neuerdings fahren zehn Walldürner mit der Bahn nach Köln, um mit den Fußwallfahrern in ihre Heimatstadt einziehen zu können. Übernachtet wird meist in Privatquartieren, oft kostenlos, manche schon in der dritten Gene*ration: die Wallfahrerenkel* bei den Enkeln der Quartiersleute.

Wer die Gruppe unterwegs trifft, mag an einen Wanderklub denken. Gelacht wird, auch über die Blasen an den Füßen, und manchmal, wenn die Beichte und Kommunion in Walldürn vorbei waren, gab es schon mal ein Tänzchen. Aber da ist viel mehr als nur gemeinsames Freizeiterlebnis. Man werde regelrecht getragen von den anderen und vom gemeinsamen Ziel, sagt einer, der erstmals dabei ist.

Leben die Wallfahrtstädte von der Wallfahrt? „Nein", sagt Ludwig Jehle, der Geschäftsführer des Altöttinger Wallfahrtsvereins. Aber immerhin, 1000 Hotel- und Gasthof-Betten (einer der Gasthöfe gehört bekanntlich dem Tandler-Gerold, im Hauptberuf Minister in München) dazu weitere 1000 Privatbetten zeugen in Altötting von bewährter Infrastruktur. Walldürn, *zentraler gelegen als das bayerische* Vorbild im Inn-Viertel, hat mehr Tagesgäste.

Früher, da haben auch in Walldürn bis zu 5000 Menschen an einem Wochenende übernachtet (heute nur ein paar hundert). Da gab es in der Stadt 40 Schuhmacher für die abgelaufenen Pilgersohlen, 22 Lebküchnereien und 1000 Arbeitsplätze in der Kunstblumen- und Kerzenindustrie.

Zwei Kerzenhersteller, eine Lebkuchenfabrik und drei Papierblumenbetriebe sind geblieben. Maschinen haben den Menschen die Arbeit abgenommen. Nur die Devotionalienstände rund um die Wallfahrtskirche, die sind wie früher. Sie stürzen einen in dieser Stadt, in der so viele Bürger ihre Hauseingänge in stundenlangem Eifer und rührend phantastischem Einfallsreichtum in wahre Blumenaltäre verwandelt haben, in widersprüchliche Empfindungen.

Prägt Frömmigkeit, die Wallfahrt 1983, am Ende auch die Städte, in die sie Einzug hält? Gemeint sind damit nicht die Arbeitsplätze und die Übernachtungszahlen, die ja keinen Unterschied machen zwischen frommen Pilgern und fröhlichen Urlaubern. Gemeint sind die Menschen selber.

In Altötting wie in Walldürn meint man: ja. Walldürn (11 000 Einwohner) verzeichnet auch außerhalb der Wallfahrtszeit einen durchschnittlichen Kirchenbesuch zwischen 80 Prozent (an hohen Feiertagen) und 60 Prozent (an normalen Sonntagen). Dem Fremden fällt übrigens nicht nur in Walldürn auf, daß in diesen Orten fast immer Werbeplakate auch anderer Wallfahrtsorte aushängen.

In Altötting (12 000 Einwohner) riskiert der Geschäftsführer Jehle sogar den Satz: „So richtige Kriminalität, wie sie anderswo beklagt wird, kennen wir eigentlich gar nicht." Natürlich leben auch in Wallfahrtsorten ganz normale Leute mit ganz normalen Schwächen und Fehlern. Aber das unablässige Erinnertwerden ans Jenseits, an Gott und den Glauben an etwas Höheres scheint hier eine Art zusätzlicher sozialer Selbstkontrolle auszuüben.

Jugend festigte das Band zwischen Bonn und Paris

Zu beiden Seiten des Rheins wird gefeiert. Das Deutsch-Französische Jugendwerk begeht seinen 20. Geburtstag. Vier Millionen junge Deutsche und Franzosen haben sich in dieser Zeit bei 90 000 Veranstaltungen getroffen.

Von ULRICH BIEGER

Viele Toasts und Sonntagsreden versuchen in diesen Tagen ein Werk zu würdigen, das in Europa und wohl auch in der Welt bislang einzigartig ist: das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW). Dabei wurde dem Jugendwerk das Lied vom Erfolg sicher nicht an der Wiege gesungen. Zu unberührt war damals das Land der bilateralen Beziehungen, der freundschaftlichen Zusammenarbeit zweier Länder über politische und wirtschaftliche Interessen hinaus.

An Mühen und Beteuerungen fehlte es damals bei der Erarbeitung des Abkommens, das am 5. Juli 1963 von den Außenministern Gerhard Schröder und Maurice Couve de Murville feierlich unterzeichnet wurde, allerdings nicht. Das Deutsch-Französische Jugendwerk war denn auch das einzig wirklich Greifbare, die einzige Institution, die dem Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, ein paar Monate zuvor, am 22. Januar von de Gaulle und Adenauer geschlossen, entsprang. Der Bundeskanzler und der Staatspräsident wollten dem Vertrag ein solides Fundament geben, indem sie vor allem die Jugend aufriefen, sich für die deutsch-französische Freundschaft zu engagieren.

Doch waren es die Schatten der Vergangenheit oder ganz einfach kleinkarierte Bürokraten, die der Idee der großen alten Männer von vornherein institutionalisierte Eifersüchteleien unterschoben – die Frage darf inzwischen als weitgehend erledigt betrachtet werden, weil in 20 Jahren der Erfolg die Schwächen überlebte.

Damals aber machte es den Anfang schwer. Das Deutsch-Französische Jugendwerk bestand aus zwei kompletten Abteilungen – der deutschen in Bad Honnef und der *französischen in Paris. Jede hatte* ihren Direktor, „und für uns hieß er Robert Clément", erinnert sich heute Denis Bordat, Mitglied des DFJW-Kuratoriums. „Wir wußten nur, daß da irgendwo in Deutschland auch noch ein deutscher Direktor sitzen mußte, aber wir kannten nicht einmal seinen Namen."

Zwar gab es einen Generalsekretär, aber der, so Bordat vorsichtig, symbolisierte nur die Begegnung zwischen deutschen und französischen Jugendlichen: Er war weit weg von den Aktenbergen, weit weg vom Konkreten." Die Macht hatten die Direktoren, und die hatten auch jeder einen eigenen Etat.

Schön paritätisch und bürokratisch

Mit den Problemen, die aus dieser Konstellation entstanden, beschäftigten sich die ersten zehn Jahre mehr als 100 Mitarbeiter – immer schön paritätisch. 1973 kam es dann zu der Radikalkur – lang und bürokratisch „Abkommen zur Änderung des Abkommens vom 5. Juli 1963 zwischen der Regierung ..." genannt. Sitz des Jugendwerkes wurde Bad Honnef mit rund 60 Mitarbeitern; einem Büro in Paris, „Antenne" geheißen, wurden nur noch „höchstens acht Bedienstete" zugestanden. Das DFJW ist heute, so erklärt man stolz, völlig unabhängig und nur dem Kuratorium mit 28 Mitgliedern verantwortlich. Präsidenten dieses Gremiums sind die jeweiligen Jugendminister.

Als sei die Völkerverständigung, *noch dazu vorwiegend* Jugendlicher, vor solcher Unbill gefeit, gibt es so gut wie keine Kritik an der Arbeit des DFJW. Vielleicht weil nicht sein kann, was nicht sein darf, werden in der letzten Zeit immer mal wieder Gerüchte laut, die davon künden, daß vor allem die französische Seite des Werkes überdrüssig sei. Mal heißt es, das Geld sei knapp, mal, man wolle lieber den Austausch mit Näherliegendem in der Ferne – den Franko-Kanadiern – forcieren. Die Zahlen zumindest sprechen bislang gegen Geflüstertes. Zwar steht heute den je 20 Millionen Mark, die beide Länder dem DFJW bei Gründung mit auf den Weg gaben, nur noch ein Etat von insgesamt 36,7 Millionen Mark zur Verfügung, aber man wird nicht müde, zu betonen, daß immer noch beide Staaten die Lasten zu gleichen Teilen tragen.

Geld für Ferien und Sprachkurse

Das Programm wird trotz nominal und real gesunkener Unterstützung laufend weiter ausgebaut. Im vergangenen Jahr bekamen 120 000 Jugendliche und junge Erwachsene (im Normalfall bis zu 30 Jahren) für fast 5000 Austauschprogramme zum Teil erkleckliche Zuschüsse. Die Unternehmungen erstrecken sich auf Schule, Universität, Beruf, Städtepartnerschaften, Jugend- und Sportverbände und vieles mehr.

Der blanke Stolz tritt den Leuten in Bad Honnef in die Augen, wenn sie erklären, mit welch geringem verwaltungstechnischem Aufwand sie auskommen. „Davon können andere Verwaltungen nur träumen", schwärmt Rudolf Herrmann, Sprecher des DFJW. „Wir entwerfen heute nur noch die neuen Programme, ziehen sie ein paarmal durch und geben sie dann in die Verantwortung entsprechender Träger."

Mit so viel selbstverzapfter Effizienz mag sich das Jugendwerk vielleicht langsam ins Herz des Bundes der Steuerzahler hineinschmuggeln, dem guten Ruf aber schadet sie eher. So wissen etwa viele Teilnehmer von den hehren Zielen der Gründerväter *nichts.* Sie kommen über Schule, Verein oder Verband ins andere Land und halten das DFJW schlicht für den Zahlmeister.

Inhalte und Ziele werden aber auch, leicht gelenkt aus Bad Honnef, mehr und mehr von den Teilnehmern der Austauschprogramme bestimmt. Längst sind die „Fahrten ins Blaue", der Tourismus als Vehikel der deutsch-französischen Freundschaft, eher Randerscheinungen. So ist etwa für die Studenten der Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik die deutsch-französische Freundschaft kaum ein Thema, „weil wir ja mit den Franzosen nicht verfeindet sind". Beim Gegenbesuch, den sie Ende Juni der Partnerschule in Alençon nahe Le Mans abstatteten, verstand man sich auf Anhieb gut. Nach 19 Stunden Zugfahrt wurden die 20 Berliner und ihre Professoren mit großem Hallo empfangen. In der Schule war trotz des späten Abends ein Büfett aufgebaut.

Schon vom nächsten Tag an aber zeigte sich auf beiden Seiten die eiserne Entschlossenheit, möglichst viel nicht von Land und Leuten, sondern von den Erfahrungen und Anforderungen des anderen mit ins nächste Seminar zu nehmen. Entsprechend war auch das Fazit von Susanne Louatron, Leiterin der „Ecole des Infirmières": „Wir haben vor allem festgestellt, daß das System der sozialen Betreuung in Deutschland sehr viel weiter entwickelt ist." Und auch Professor Reinhart Wolff von der Berliner Fachhochschule will die Woche an der Sarthe als Arbeitsaufenthalt gewertet wissen.

Immerhin wohnte man privat bei den französischen Partnern, blieb hier mal Zeit für ein Picknick mit selbstabgefülltem Cidre im Landhaus eines Kollegen oder dort für den Besuch eines „Radio Libre". Der weitaus größte Teil einer anstrengenden Woche aber war den Besuchen von sozialen Einrichtungen und Diskussionen mit Kommilitonen und Kollegen vorbehalten. Danach waren die französischen Gastgeber einhellig der Meinung: „Wir kommen im nächsten Jahr gern nach Berlin ..."

Fast wie eine Pflichtübung nahm sich denn auch der Parisbesuch der Teilnehmer aus, die sich zu einem vom Cife (Centre International de Formation Européenne) in Marly le Roi, vor den Toren von Paris veranstalteten Europa-Seminar getroffen hatten. Hier stürzten sich bis zum Wochenende 20 Deutsche mit französischen Studenten und Schülern mit derartigem Eifer in Vorträge und Diskussionen, daß kaum Zeit für die deutsch-französische Freundschaft blieb. Das wurde dann beim abendlichen Fußballspiel wieder geradegerückt.

Ein Beispiel für Jugendarbeit in Europa

Das Seminar in Marly le Roi bestätigte ein weiteres Mal eine Erfahrung, die Jean Lecach, einer der Direktoren beim Cife, schon häufig gemacht hat: „Freundschaft und Kameradschaft sind meistens hervorragend, aber kein Thema, über das man lange sprechen muß."

Auf einer ganz anderen Ebene funktioniert dieses Verständnis für Siegfried Krückemeier aus Vlotho. Der Bäckergeselle kam vor ein paar Jahren nach *Paris* und verdingte sich nach einer kurzen Starthilfe durch das DFJW bei einem Bäcker. Seitdem gibt es in der Bäckerei im Pariser Norden neben Croissants und Pain au chocolat auch Berliner Ballen.

Bei allem Erfolg, den der sachte Wandel der Ziele des Jugendwerkes in den vergangenen 20 Jahren gebracht hat, warnt Generalsekretär Reinhard Wilke vor völlig neuen Wegen: „Dieses Experiment, das nun 20 Jahre lang gut läuft, sollte man nicht verändern und auch nicht erweitern. Ich bin also nicht für eine Erweiterung des Jugendwerks zu einem multilateralen, zu einem europäischen Jugendwerk." Darüber hinaus jedoch könne das Deutsch-Französische Jugendwerk exemplarisch für Jugendarbeit in Europa sein.

Neid, Buhlerei und Profitgier

Bewegende Dokumente über die Kollaboration und den „Holocaust an der Seine"

Von A. GRAF KAGENECK

Enger als alle anderen Völker, die in den Zweiten Weltkrieg verwickelt waren, wurden Deutsche und Franzosen in Leid, Haß, Sühne und schließlich Versöhnung ineinander verstrickt. Vier Jahre fremder Herrschaft über Frankreich haben auch in Frankreich Abgründe aufgetan, die nicht einfach zugeschüttet und verdrängt werden können und die auch nicht mit den Tausenden und Abertausenden von Leichen aufgefüllt werden konnten, die auf Kosten einer fragwürdigen „Befreiung" vom deutschen Joch kommen. Später als in Deutschland, aber nicht weniger vehement, öffnen sich jetzt auch in Frankreich die Schleusen der Abrechnung.

Unter den Zeitdokumenten, die den Markt überschwemmen, ist eins, das auch Nicht-Franzosen unter die Haut geht. Der auf die Erforschung der französischen Kollaboration spezialisierte Journalist André Halimi legt unter dem Titel „Die Denunziation unter der (deutschen) Besetzung" ein Buch vor, das erschütternde Tiefen in der französischen Volksseele aufzeigt.

Demnach haben in den Jahren zwischen 1940 und 1944 etwa fünf Millionen Bürger des von Marschall Pétain gegründeten „französischen Staates" Mitbürger bei den deutschen Besatzungbehörden angezeigt. Aus Neid, Buhlerei, Konkurrenzangst, Postenjägerei, Profitgier, weniger aus politischen Motiven, sehr häufig aber aus purem Antisemitismus. Die Opfer waren in solchen Fällen jüdische Bürger, die vor dem Terror der französischen Miliz und ihrer deutschen Auftraggeber unterzutauchen oder ins Ausland zu entkommen suchten. Häufig wurden nicht nur Juden, sondern auch Nicht-Juden denunziert, die ihren jüdischen Mitbürgern bei der Flucht geholfen hatten.

Zuweilen lieferte man einen Verfemten auch nur deswegen ans Messer, weil man dessen Geschäft oder Anwaltspraxis auf diese Weise übernehmen zu können hoffte. „In einer Gesellschaft, die ihre Moral verloren hat, die sich der Willkür und der Abrechnung hingegeben hat, wird Denunziation schlicht und einfach zum Mord", schreibt André Halimi im Vorwort. Also gab es in einer Nation, die ein Vierteljahrhundert vorher bei Verdun der Welt noch ein Beispiel ihres Heldenmuts gegeben hatte, plötzlich Millionen von potentiellen Feme-Mördern gegen den eigenen Landsmann?

„Zu Ihrem eventuellen Gebrauch erlaube ich mir, sehr verehrter Herr Gerichtspräsident, Ihnen mitzuteilen, daß mein Kollege Maître Cazes, Notar in Floras, seit einiger Zeit bemüht ist, gewissen Juden an Nîmes die französische Staatsangehörigkeit zuzuschanzen, wie z. B. den Cremieux, den Bloch usw. Pater Amaz, ein Spanier und Gefängnispfarrer in Nîmes, hilft ihm dabei. Hochachtungsvoll ..." Dieser Brief steht für Hunderte anderer, die Halimi aufführt. Niemand, kein Geschlecht, kein sozialer Stand sei von der fürchterlichen Epidemie ausgenommen gewesen, fügt Halimi hinzu.

Nach der Befreiung hätten Millionen von echten und falschen Widerstandskämpfern den Spieß umgedreht und furchtbare Rache an den echten und falschen Kollaborateuren genommen, indem sie sie den „Reinigungstribunalen" anzeigten. Ein Meer von Erniedrigungen, eine Kloake moralischer Selbstaufgabe, deren sich Besatzer und ihre Diener souverän zu bedienen wußten.

Daß viele der Briefe mit den Worten „ein guter Franzose, ein ehemaliger Soldat" u. ä. begannen, offenbart ein anderes Phänomen: viele fühlten, aus welch niedrigen Instinkten sie handelten, und verschafften sich auf diese Weise ein moralisches Alibi.

Wie furchtbar die Kollaboration auf einer höheren, direkt dem Gegner in die Hand spielenden Ebene wütete, enthüllt ein neues Buch des rastlosen „Nazi-Jägers" Serge Klarsfeld unter dem Titel „Vichy-Auschwitz", welches der Rezensent des „Monde", Poirot-Delpech, mit dem Untertitel „Holocaust an der Seine" versieht, um die Schande zu verdeutlichen. Das Klarsfeld-Buch weist an Hand von Photos und Dokumenten nach, daß französische Beamte, Politiker und Polizisten des Vichy-Regimes „ohne den geringsten Druck deutscher Behörden und lange vor der Einführung deutscher Regelungen für französische Juden" Zehntausende von jüdischen Staatsbürgern verhafteten und zur Deportierung nach Deutschland in Speziallagern sammelten, und daß sie dabei von dem einstigen Sieger von Verdun und Chef des „französischen Staates", Pétain, gedeckt wurden.

Düstere Schatten der Vergangenheit. Revision der Geschichte. Wann wird Schluß sein mit der gegenseitigen Aufrechnung von Verbrechen? Vielleicht versteht man im Licht dieser Enthüllungen das befremdliche Zögern, mit dem Frankreich an den Prozeß gegen Klaus Barbie, den einstigen Gestapo-Gehilfen von Lyon, herangeht. Heißt es nicht heute bereits, selbst Jean Moulin, Widerstandsheld und Gegenspieler Barbies, sei Opfer einer Denunzierung des britischen Geheimdienstes geworden, weil er von der Kommunistischen Internationale eingesetzt worden war?

Brasilia sucht Wege zur Sanierung

Austerity-Programm oder Schock-Behandlung? / Der 1985 fällige Wechsel im Präsidentenamt wirft erste Schatte[n]

Von MANFRED NEUBER

Die brasilianische Regierung steht vor einem Dilemma: Wenn die strikten Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), die an weitere Kredite für das mit 85 Milliarden Dollar am höchsten verschuldete Land der Erde geknüpft sind, mit einer rigorosen Sparpolitik erfüllt werden, drohen schwere soziale Unruhen.

Finanzminister Delfim Neto will versuchen, mit einem Austerity-Programm über die Runden zu kommen, das nicht allzu sehr schmerzt. Dagegen fordert der Präsident der Zentralbank, Carlos Geraldo Langoni, eine „Schock-Behandlung". Nur so könne die Krise überwunden werden, bevor sie außer Kontrolle gerate.

Wo Kürzungen der Ausgaben vorgenommen werden sollen, darüber besteht in Brasilia ein weitgehender Konsens: bei Investitionen und Verlustzuweisungen an staatliche Unternehmen sowie bei den Subventionen für die Landwirtschaft und für Grundnahrungsmittel. Umstritten ist jedoch das Ausmaß der Streichungen.

Der Finanzminister plädiert für einen allmählichen Abbau dieser

Figueiredo verbuchte Erfolge im Kongreß

Vergünstigungen, der Zentralbank-Präsident rät zu einer Roßkur. Fielen die Subventionen gänzlich weg, würde der Brotpreis sich verdoppeln, Benzin um die Hälfte teurer werden und Zucker sowie andere Lebensmittel mindestens 20 Prozent mehr kosten.

Bei einer dreistelligen Inflationsrate, mit der periodische Erhöhungen der Einkommen nicht Schritt halten, ist schon seit Jahren ein starker Kaufkraftschwund in Brasilien eingetreten. Die notwendigen Sparmaßnahmen werden hauptsächlich zu Lasten der Lohnempfänger und kleinen Sparer gehen und die sozialen Spannungen im Lande verschärfen.

Präsident Joao Baptista Figueiredo konnte in dieser prekären Lage einen wichtigen Erfolg im Kongreß verbuchen. Die Regierungspartei, seit der November-Wahl mit 235 Mandaten gegenüber 245 der Opposition in der Minderzahl, brachte die 13 Abgeordneten der traditionsreichen PTB (Brasilianische Arbeiterpartei) auf ihre Seite.

Die Absprache mit der PTB-Fraktion wurde über den Kopf der Parteiführerin Ivete Vargas, einer Nichte des Gründers des modernen Brasilien, Getúlio Vargas, getroffen. Mit einem Fait accompli konfrontiert, stimmte die schwerkranke Frau schließlich zu. Mit dem Bündnis forderte das Militärregime seinen Tribut dafür ein, daß ihre populistische Partei den alten Namen PTB benutzen darf.

Zuvor hatte die größte Oppositionspartei, die Demokratische Bewegung Brasiliens, vergeblich versucht, durch das Angebot einer Beteiligung an der Regierung der oppositionellen Gouverneurs in São Paulo und Rio de Janeiro die PTB bei der Stange zu halten. Statt dessen rang die Vargas-Partei dem neuen Koalitionspartner diese Konzessionen ab: Die Gewerkschaften erhalten mehr Freiraum, die wöchentliche Arbeitszeit wird von 48 auf 45 Stunden verkürzt, und entlassene Arbeiter sollen eine höhere Abfindung erhalten.

Mit der wiedergewonnenen Mehrheit in der Abgeordnetenkammer (der Senat wird ohnehin von der Regierungspartei kontrolliert) dürfte es Brasilia leichter fallen, die gesetzlichen Schritte zur Sanierung der schwer angeschlagenen Volkswirtschaft durchzusetzen. Ungeachtet der Finanzmisere des Landes rückt der erst 1985 fällige Wechsel im Präsidentenamt schon jetzt in den Vordergrund.

Beunruhigt durch den Frühstart und den offensichtlichen Erfolg des Ex-Gouverneurs von São Paulo, Paulo Maluf, für sich Stimmung im Volk und bei den Mitgliedern des Wahlmänner-Kollegiums zu machen, sinnt die Führung in Brasilia nach Mitteln und Wegen, wie sie die Initiative in der Nachfolgefrage sicherstellen kann.

General Figueiredo entwarf in seiner wöchentlichen Fernsehansprache das Bild eines künftigen Hausherren im „Palast der Morgenröte" – das in keiner Weise auf Maluf zutraf. Energieminister César Cals regte eine Verlängerung der Amtszeit Figueiredos um zwei Jahre an, wie geschehen bei Humberto Castello Branco, dem ersten Staatschef nach dem Militärputsch im März 1964. Figueiredo soll der letzte Präsident der Streitkräfte sein.

Der letzte Präsident der Streitkräfte

Zur Verblüffung in Brasilia unterstützt Leonel Brizola, linkspopulistischer Gouverneur von Rio de Janeiro, diesen Vorschlag. Der Schwager des 1964 gestürzten Präsidenten Janio Quadros, für das Militär eine Symbolfigur des alten, korrupten Parteisystems, setzt darauf, daß der öffentliche Druck zur Einführung der direkten Wahl des Präsidenten zunimmt und er zu einem späteren Termin die besten Aussichten hätte.

Nach der vom Militärregime festgelegten Prozedur müßte der Nachfolger Figueiredos im nächsten Jahr vom Wahlmänner-Gremium bestimmt werden, in dem die Regierungspartei das Sagen hat. Hinter dem offiziell wünschten Favoriten Paulo (49) drängen sich gegenwärt[ig] reiche Aspiranten:

- Aureliano Chaves (54), Vi[-] zepräsident unter Figueire[do] Vorsitzender des Nationalen [...] gierates, der vom deutschst[ämmi-] gen Ex-Präsidenten Ernesto [...] sekundiert wird;
- Mário Andreazza (64), ein [...] ral im Ruhestand, früher Ve[r...] und heute Innenminister, d[er] den Apparat und die Gel[der für] eine Werbekampagne im [...] Land verfügt, aber vom Ge[...] ger entschieden abgelehnt w[ird;]
- José Costa Calvacanti (65) falls ein pensionierter Gene[ral, frü-] her Innen-, Bergbau- und E[nergie-] minister, derzeit Präside[nt des] Staatsunternehmens für d[as Itai-] pú-Staudamm, das größte [Wasser-] kraftwerk der Welt;
- Hélio Beltrao (66), Obe[...] dem aktiven Dienst gesc[hieden,] danach „Minister für die E[ntbüro-] kratisierung" und dazu unte[r Figu-] eiredo Sozialminister. Er wi[rd von] General Rubem Ludaig, de[m Chef] des Militärkabinetts des Pr[äsiden-] ten, gefördert und gilt als [Reprä-] sentant der nationalistische[n ...] te in der Armee.

Falls die Führung in Br[asilia an] der Gewohnheit festhält, ei[nen ak-] tiven Militär zu nominieren, [wie es] „das nationale Interesse in [...] ren Zeiten erfordert", stün[de der] Chef des Nachrichtend[ienstes] (SNI), General Octavio Ag[uiar de] Medeiros, der Präsident[...] traute General Rubem Lud[aig und] General Leonidoas Pires [...] ves an der Spitze der Kandi[daten.]

Unter den alten Politikern [...] Senator Magalhaes Pinto (7[...] Gouverneur Antonio Carlos [Magal-] haes aus Bahia, der Oppo[sitions-] chef Ulysses Guimaraes u[nd der] unverwüstliche Tancredo [...] flüchtige Ambitionen.

Die CSU auf der Suche nach einem Ordnungs-Rahmen für die Neuen Medien

Aus den Propheten privater Programme wurden Hüter des öffentlich-rechtlichen Systems

Von PETER SCHMALZ

Hans Maier, als katholischer Vortragsredner bundesweit hochgeschätzt, als bayerischer Kultusminister aber von manchem einflußreichen Parteifreund argwöhnisch beäugt, wollte die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag nicht mit seiner Anwesenheit beehren, als diese zwei Stunden lang über das Schicksal des Münchner Prinzregententheaters debattierte. Maier handelte sich dafür in der nächsten Kabinettssitzung – nachdem die Beamten vor die Tür geschickt waren – einen herben Rüffel seines Ministerpräsidenten Strauß ein und nährte zudem das seit Wochen kursierende Gerücht, der Professor habe die Lust an der Politik verloren. Ein Geraune, das selbst den Beinahe-„Stern"-Chefredakteur Johannes Gross zu der süffisanten Bemerkung bewog, man höre gar nichts mehr von Maier: „Man hatte gehofft, er werde wie zu Zeiten der Opposition der erste Bildungspolitiker für die Wende sein. Man hat sich getäuscht."

Durch seine Absenz in der Fraktion hat Maier eine Diskussion verpaßt, deren greifbares Ergebnis, nämlich die Renovierung dieses vierten Staatstheaters in München für knapp 40 Millionen Mark, nur mangelhaft die tatsächliche Zielsetzung wiedergibt, die führende CSU-Politiker mit diesem Theaterprojekt realisieren wollen. Vor allem CSU-Fraktionschef Gerold Tandler, der bisher noch nicht als großer Fan der Muse Thalia hervorgetreten ist, hatte mit seinem Engagement für den Ausbau der seit Kriegsende brachliegenden Bühne gegenüber der Münchner Nobel-Schänke „Käfer" eine Überlegung im Hintersinn, die bisher selbst manchem Fraktionskollegen Tandlers verborgen geblieben ist. Wie Münchens Generalintendant August Everding will auch Tandler für den renovierten Bau kein weiteres Staats-Ensemble finanzieren, was gegenüber anderen bayerischen Städten angesichts der Theaterkonzentration in der Landeshauptstadt nicht zu rechtfertigen wäre: er plant vielmehr, die Bühne weiß-blauen Provinztheatern anzubieten. Jedoch nicht dafür, daß sich der tragische Held aus Augsburg und der Liebhaber aus Würzburg vor Münchner Weltstadtpublikum bis auf ihre künstlerischen Knochen blamieren können, sondern ihnen vor Fernsehkameras den großen Auftritt zu ermöglichen.

Nun wäre aber Tandlers Rolle als aufblühender Kunstmäzen falsch verstanden, würde man dahinter nicht einen handfesten politischen Grund vermuten. Und der lautet schlicht: Die künftige Bühne des Prinzregententheaters ist ein billiger Programmfüller für das Münchner Kabel-Pilotprojekt und bietet zugleich die Legitimation, das auf höchstens 50 000 Haushalte im Münchner Osten beschränkte Versuchsgebiet möglichst bald auf alle in Bayern bereits verfügbaren Kabelinseln auszudehnen. Immerhin sind daran schon nahezu 200 000 Haushalte angeschlossen, achtmal mehr als beispielsweise in Niedersachsen. In absehbarer Zeit hofft man, eine halbe Million Haushalte verkabelt zu haben.

Aber erst ein weiterer Gedanke komplettiert das zielstrebig geknüpfte Netz, das vom Prinzregententheater hinführt in die neue bayerische Medienzukunft. Denn ohne Erweiterung des bereits vor Jahren fixierten Versuchsgebiets birgt das Pilotprojekt die Gefahr des Scheiterns in sich. „Ein mögliches Fiasko", gestand Tandler dieser Tage im Bayerischen Landtag ein, sei nicht auszuschließen.

Dem aber will die bayerische Regierungspartei entgegenwirken, soweit es ihrer Einflußsphäre zusteht. Private Anbieter, so die unstrittige Meinung unter den zahlenmäßig noch wenigen CSU-Medienexperten, werden sich nicht in ein siebenstelliges Investitions-Abenteuer stürzen, wenn ihnen nur wenige tausend Konsumenten geboten werden; deshalb müsse das Anschlußgebiet erweitert werden. Die Voraussetzung dafür wird die Kabinettssitzung in der kommenden Woche bringen, wenn die bayerische Ministerrunde einen Grundsatzbeschluß zum Thema „Neue Medien" fassen wird, in dem vorgesehen ist, bestehenden und künftigen Kabelnetzen die Einspeisung vorhandener Programme zu gestatten. Danach wird es nur noch eine Auslegungsfrage sein, die Sendungen des Kabelpilotprojekts zu verfügbaren Programmen zu erklären, um die Polit-Sendungen landesweit ausstrahlen zu können.



Franz Josef Strauß bevorzugt die öffentlich-rechtliche Lösung

Ernst Albrecht setzt auf private Programmgestalter

FOTOS: MARTIN ATHENSTAEDT/DPA, JUPP DARCHINGER

Kabelprojekt-Direktor Rudolf Mühlfenzl, einst Chefredakteur beim Bayerischen Fernsehen, sehnt sich diesen Kabinettsbeschluß herbei, von dem er sich eine Planungssicherheit für seine potentiellen Anbieter erhofft. Scheint doch entgegen der Euphorie, die Mühlfenzl beim Anpreisen seiner neuen Bildschirm-Ware entwikkelt, die Lust möglicher Programmgestalter, die neuen Kanäle zu füllen, noch nicht geweckt zu sein. Ein Insider: „Da ist noch kein Meter Film gedreht."

Mühlfenzl will aber die kanalisierten TV-Bayern möglichst schon am ersten Weihnachtsfeiertag mit seiner Kabel-Kost erfreuen. Vorerst jedoch muß er befürchten, ihnen kaum mehr bieten zu können als das ohnehin schon vorhandene Fernseh-Menü, das im südlichen Bayern sowieso weit reichhaltiger ist als im übrigen Bundesgebiet, zählen doch die beiden österreichischen Programme schon seit Jahren zur bayerischen Fernsehkost.

Einen empfindlichen Rückschlag mußte Mühlfenzl ohnehin schon einstecken: Das Münchner Rathaus will sein Kommunalprogramm, auf das Mühlfenzl große Stücke setzt (WELT vom 20. 5. 83), erst mit halbjähriger Verspätung starten – und auch dann eher halbherzig. Bei Ministerpräsident Strauß liegt ein sorgenvoller Brief von CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesl, in dem ihm dieser über die Finanznot klagt. Sechs Millionen Mark jährlich wird die Stadt für 30 Minuten Sendezeit im Jahr aufbringen müssen. Skeptiker sprechen sogar von zehn Millionen Mark. „Aufgeschlossen, aber nicht unkritisch", faßt Kiesl seine Kabel-Haltung zusammen. Sein CSU-Kollege Josef Deimer, Rathauschef von Landshut, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags und Mitglied des Rundfunkrats, spricht seine Ablehnung gegen die Kabel-Zukunft sogar offen aus: „Ich habe eine Riesenskepsis dagegen."

Die Sorgen um das Pilotprojekt wurden in der Diskussion um die Neuen Medien, die in Bayern seit geraumer Zeit wabert, ein wenig verdrängt von einem mit wortreichem Elan vorgetragenen Wunsch der CSU, einerseits den Bayerischen Rundfunk stärker unter die Kontrolle des Rundfunkrates zu bringen und diesem sogar ein Gegendarstellungsrecht auf dem Bildschirm einzuräumen, und andererseits dem BR unter seinem Intendanten Reinhold Vöth (CSU) eine zweite öffentlich-rechtliche Anstalt gegenüberzustellen, in dem alles, was unter der Rubrik „Neue Medien" auf den Freistaat zukommt, unter staatlicher Aufsicht gebündelt wird. „Es stellt sich heute nicht mehr die Frage, ob wir diese Neuen Medien wollen; sie sind vielmehr bereits vorhanden", schreibt Gerold Tandler im CSU-Organ „Bayernkurier". „Es geht jetzt darum, welchen Ordnungsrahmen wir für diese Neuen Medien setzen wollen."

Ernst Albrecht hat als Regierungschef von Niedersachsen diese Frage bereits beantwortet: Wenn das Sendemonopol des Norddeutschen Rundfunks Ende dieses Jahres ausläuft, will er – im ersten Schritt – privaten Programmgestaltern Hörfunksendungen gestatten. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist vom Kabinett verabschiedet und befindet sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung.

Mit solcher Funk-Libertinage wollen die CSU-Politiker aus München aber nichts zu tun haben. Wohl waren auch sie vor Jahren vehement für Funk und Fernsehen in privater Hand und fanden wenig gute Worte über den Artikel 111 a, der über ein Volksbegehren unter dem Titel „Rundfunkfreiheit" in die weiß-blaue Verfassung gerutscht ist. Noch vor zwei Jahren kündigte die Junge Union von Oberbayern ein neues Volksbegehren zur Eliminierung dieses Artikels an.

Aber zum Teil selbst von den eigenen Parteifreunden unbemerkt, haben die CSU-Medienexperten die Kür einer 180-Grad-Wende elegant bewältigt. Die einstigen Propheten privater Programme zeigen sich heute als Hüter der öffentlich-rechtlichen Ordnung. Tandler: „Wäre der 111a nicht da, müßte man ihn erfinden." Und der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber: „Das Stiefkind wurde von uns adoptiert."

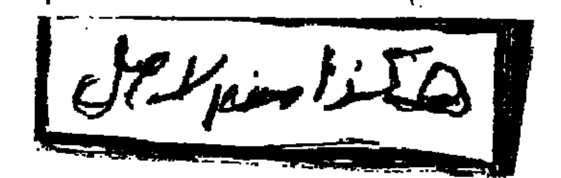
Der Meinungswandel wurde nach Ansicht von Beobachtern auch vom letzten Bundestagswahlkampf beeinflußt, als zahlreiche private deutsche Zeitungen zum Ärger der bayerischen Mehrheitspartei deren herbe Attacken gegen den Unions-Koalitionspartner FDP nicht im gewünschten Maße unterstützten. Hatte es dessen noch bedurft, so konnte die CSU dadurch den letzten Beweis finden, daß die Mitsprache der Politiker im öffentlich-rechtlichen System über den Rundfunkrat effektiver gewährleistet ist als durch Überzeugungsversuche in privat geführten Redaktionen.

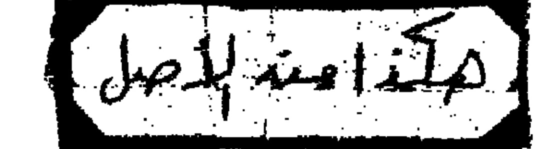
Vernebelt werden diese Gedankengänge hinter dem Hinweis, die Neuen Medien bedürften einer neuen Ordnung. Zumindest vorerst ist nicht geplant, dem Bayerischen Rundfunk als Sender durch eine zweite öffentlich-rechtliche Anstalt Konkurrenz zu machen. Bisher soll es sich offenbar eher um eine Dachkonstruktion handeln, unter der keine eigenen Sendungen produziert, die durch neue Techniken aber verfügbar gemachten Programme gebündelt und kontrolliert werden können. Auch die Programme des Kabelprojekts sollen nicht von dieser zweiten Anstalt, sondern von privaten oder kommunalen Anbietern gefertigt werden.

Sorge bereitet den CSU-Politikern allerdings die Entwicklung auf dem Satellitensektor. Schon argwöhnt Stoiber, der Bertelsmann-Konzern wolle von der Post einen der beiden Satelliten-Kanäle zur Ausstrahlung eines „elektronischen ‚Stern'" mieten. Mit Landesgesetzen könnte dieser Informationsfluß aus dem Weltall nicht mehr kontrolliert werden. Julian Gyger, Chef der außerparlamentarischen FDP-Arbeitsgemeinschaft, warnt die CSU schon vorsorglich vor Gedanken an Antennen- und Empfangsverbot: „Dann wären wir des Beifalls aus Moskau, Ost-Berlin und Warschau sicher, denn dort ärgert man sich schon lange über die Informationssendungen, die wir in ihren Bereich ausstrahlen. Auf der nächsten KSZE-Konferenz könnte unser Außenminister dann aber nur noch mit einer Tarnkappe auftreten."

Der Bayerische Rundfunk sieht nach anfänglicher Unsicherheit das bayerische Mediengerangel mit wachsender Gelassenheit. Gestärkt wird seine Position vor allem durch die Gewißheit, daß Mühlfenzls Kabel-Kanäle ohne die tatkräftige Unterstützung durch den erfahrenen Sender ziemlich dunkel bleiben werden.







Marokko wirft politischen Ballast über Bord

Rabat söhnte sich mit Algerien aus, empfing Khadhafi und ist in der Westsahara verhandlungsbereit

Von WALTER H. RUEB

Drei Wochen nach dem OAU-Gipfel in Addis Abeba und knapp zwei Monate vor den Parlamentswahlen im eigenen Land gleicht die politische Szene in Marokko dem hohen Wellenschlag an seiner atlantischen Küste.

In die Außenpolitik ist durch die Aussöhnung mit dem sozialistischen Nachbarland Algerien Bewegung gekommen. Die Beschlüsse von Addis Abeba haben diese noch verstärkt. Überraschend zeigte sich Marokko zur Beilegung des Westsahara-Konflikts bereit und lehnte direkte Verhandlungen mit den sieben Jahre lang totgeschwiegenen Guerrillas der Polisario nicht ab. Das Nahziel ist laut Beschluß von Addis Abeba die Durchführung eines Referendums innerhalb von sechs Monaten in der von Marokko annektierten Westsahara, das ersehnte Fernziel die Schaffung eines geeinten „Maghrebs der Völker".

Ob es so weit kommen wird, ist ungewiß. Marokkos Außenminister Mohamed Boucetta hat bereits angekündigt, daß die Volksabstimmung ohne vorherigen Rückzug von marokkanischer Armee und Verwaltung über die Bühne gehen müsse ... Doch kann dies auch ein Rückzugsgefecht eines Nationalisten gewesen sein, der beim OAU-Gipfel den Resolutionen nach Weisungen von König Hassan II. zustimmen mußte.

Boucetta ist gleichzeitig Vorsitzender der nationalistisch-konservativ-islamischen Istiqlal-Partei, ohne die im monarchistischen Marokko seit der Unabhängigkeit vor 28 Jahren nichts geht, und die auch in der gegenwärtigen Regierung mit acht Ministern vertreten ist. Die Nationalisten aber stehen der politischen und wirtschaftlichen Neu-Orientierung des Königreichs im Wege. Die enge wirtschaftliche und militärische Anlehnung Marokkos an die USA hat König Hassan II. nämlich nicht daran gehindert, nach Osten und Südosten eine Frontbegradigung vorzunehmen. Zur Hauptstadt des sozialistischen Algerien wurden politische Kontakte und der Flugbetrieb wiederaufgenommen, über die *gemeinsame Grenze fließen seit* kurzem vermehrt Güter hin und her, und in der Westsahara tritt der blutige und teure Krieg auf der Stelle.

Sogar der libysche Staatschef Muhammar Khadhafi wurde jetzt in Rabat von König Hassan II. nach 14 Jahren erstmals wieder empfangen. Im Mittelpunkt des „Freundschafts- und Arbeitsbesuches" standen die Krise um die PLO, der Streit um die Westsahara sowie der Krieg im Tschad. Das Treffen zwischen dem marokkanischen König (in Generalsuniform) und dem libyschen Oberst (in Zivil) verlief *nach offiziellen Verlautbarungen* in einem „Klima der Korrektheit".

Medien und 20 Millionen Marokkaner widmen sich zur Zeit jedoch mit größerem Engagement innenpolitischen Fragen und Problemen. Am Vorabend der Parlamentswahlen haben ausgerechnet die kürzlich durchgeführten Kommunalwahlen im ganzen Land zu schweren Zerwürfnissen innerhalb der Regierungskoalition geführt. Zwar hatten die vier Regierungsparteien 56 Prozent der insgesamt 15 502 Sitze erobert, wobei die Konstitutionelle Union von Premierminister Maati Bouabid mit 2727, die Istiqlal-Partei mit 2601 und die Nationale Unabhängigkeitsbewegung des früheren Premiers Ahmed Osman mit 2190 Sitzen am besten abschnitten. Doch 3440 der Sitze und damit über 22 Prozent errangen neutrale und unpolitische Kandidaten, was die etablierten Parteien im Hinblick auf die voraussichtlich im August oder September 1983 stattfinden den Parlamentswahlen erschreckte: immerhin bestimmen die jetzt gewählten Stadt- und Gemeinderäte später ein Drittel der Parlamentsabgeordneten.

Innenminister Driss Basri feierte hinterher die Wahlen als „seltenes Ereignis, das sowohl Marokko wie die Marokkaner ehrt, dem politischen Pluralismus neuen Atem, der marokkanischen Demokratie frischen Elan und unzerstörbare Stärke verleiht", der Regierungschef und Führer der Konstitutionellen Union aber warf seinem eigenen Innenminister Wahlbetrug vor. Den gleichen Vorwurf erhoben die Regierungspartei Istiqlal sowie die oppositionellen Sozialisten und Kommunisten. Letztere hatten bei den Wahlen lediglich 537 beziehungsweise 19 Sitze erringen können. Die Union Nationale des Forces Populaires hatte die Wahlen mit der Begründung boykottiert, *die marokkanische Demokratie sei* eine Farce ...

Das feudal-monarchistische Marokko ist sicherlich keine Musterdemokratie im westlichen Sinne, doch sind im Lande Hassans II. anderthalb Dutzend Parteien zugelassen, die Opposition wird toleriert, die Pressefreiheit garantiert, der Pluralismus geachtet, und regelmäßig werden freie Wahlen abgehalten. Bei den kritisierten Kommunalwahlen *gingen* 72 Prozent der Marokkaner an die Urnen. 13 Parteien bewarben sich um ihre Gunst.

Kritik an den politischen Verhältnissen zwischen Tanger und Agadir wird vor allem im Ausland geübt, bezeichnenderweise am meisten in totalitären Staaten und Volksdemokratien ... Die überwältigende Mehrheit der Marokkaner aber ist mit den politischen Verhältnissen in ihrem Land zufrieden. Sorgen bereiten ihnen jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Zwar wird in Marokko im Gegensatz zu vielen anderen afrikanischen Ländern jeder Bürger satt, doch die anhaltende Trockenheit hat das Agrarland in große Schwierigkeiten gebracht. Umfangreiche Getreideimporte waren nötig, das Handelsbilanzdefizit betrug in 1982 drei Milliarden Dollar, und die Auslandsschulden errei*chen Rekordhöhen.*

Hoch sind die Ausgaben für Bildung. Sie verschlingen alljährlich 20 Prozent der Staatsausgaben. Zu Buche schlägt auch die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenzahl ist in nackten Ziffern zwar hoch, doch bei den Betroffenen bei weitem nicht von ähnlichen Auswirkungen wie etwa in einem europäischen Industriestaat. Kompensiert wird die Minderung des Einkommens durch eine hohe Zahl kleiner Nebenerwerbe, die Solidarität der Familie und die Unterhaltszahlungen von 600 000 Emigranten, die *allein im Jahr 1980* rund *1,8 Milliar*den Mark nach Marokko überwiesen.

Marokkos Bevölkerung unterstützt die Staatsführung, der nationale Aufbruch wird vielfach beschworen. Angesichts eines riesigen, noch fast unangetasteten Entwicklungspotentials ist der Optimismus gerechtfertigt. Entscheidende Bedeutung in der künftigen Entwicklung des Landes kommt dem Abschneiden gegenüber vier Herausforderungen zu: Bevölkerungsexplosion, Abwendung des Hungers, Bewältigung der Weltwirtschaftskrise und Beendigung des Krieges in der Westsahara.

Daß es dem Königreich ernst ist bei der Weichenstellung in eine glückliche Zukunft, geht daraus hervor, daß Hassan II. ausgerechnet auf dem lange umkämpften Territorium, wo angeblich Ehre und nationale Souveränität Marokkos auf dem Spiele stehen, Ballast abzuwerfen und politische Zugeständnisse zu machen bereit ist.

Am Anfang stand die Erziehung

In Mittelamerika schießen Menschenrechtskomitees wie Pilze aus der revolutionären Erde

Von G. FRIEDLÄNDER

Das interamerikanische Institut für Menschenrechte in Costa Rica hat eine Untersuchung über die Organisationen veröffentlicht, die sich in Zentralamerika mit der Überwachung der Menschenrechte befassen. In den sechs Ländern Mittelamerikas gibt es demnach 30 solcher Organisationen, von denen das Institut die 18 bedeutendsten näher untersucht hat.

Die Menschenrechtserklärung der UNO wurde 1948 unterschrieben. Das Thema aber hat man, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in Zentralamerika erst in den letzten fünf Jahren entdeckt. Seither schießen Menschenrechtskomitees wie Pilze aus der Erde.

Nur in Guatemala wurde bereits 1966 ein „Komitee der Familien verschollener Gefangener" gegründet, *nachdem 28 Gewerkschafts*führer und Politiker entführt worden waren. Es war als Hilfsorganisation gedacht, die den Betroffenen Rechtsbeistand leisten sollte. Seine Mitglieder fanden die Arbeit unter der Regierung des Generals Romeo Lucas Garcia zu gefährlich und gingen in den Untergrund. Sie unterhalten heute ein Büro in Mexiko, das für das Komitee spricht, während seine Mitglieder in Guatemala mit Müttern verschollener Gefangener nach argentinischem Vorbild Proteste vor dem Regierungssitz des Präsidenten organisierten.

Komitees mit dem gleichen Namen gibt es seit 1981 in El Salvador und seit sieben Monaten in Honduras. Auch das salvadorianische Komitee hat seinen Sitz in Mexiko. Die Vorbereitung der Gründung des honduranischen Komitees dauerte zwei Jahre. Zusammen mit gleichnamigen Organisationen anderer lateinamerikanischer Länder bildeten sie die „Lateinamerikanische Vereinigung der Familien verschollener Gefangener".

Die ersten Menschenrechts-Organisationen wurden im allgemeinen mit rein erzieherischen Aufgaben von angesehenen Universitätslehrern und Rechtsanwälten gegründet. Sie sollten das Volk über seine Menschenrechte aufklären, wobei nicht immer klar war, was man unter Menschenrechten verstehen wollte. So entstand 1977 die „Permanente Kommission der Menschenrechte in Nicaragua", die aber später auch die Aufgabe übernahm, die Verletzung der Menschenrechte unter Somozas Diktatur im Ausland zur Anzeige zu bringen. Heute widmet sich die Kommission dem Kampf gegen die Verletzung der Menschenrechte durch die Sandinistas.

Eine 1978 in Costa Rica gegründete ähnliche Organisation verstand unter Menschenrechten die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte und veröffentlichte umfangreiches erzieherisches Material. Aber die Umstände trieben solche Vereinigungen aus ihrem Elfenbeinturm in die Niederungen des Alltagslebens, im Fall der Costaricaner zur Hilfe für Flüchtlinge aus El Salvador.

Die im gleichen Jahr dort gegründete Schwesterorganisation nahm auch die politischen und zivilen Rechte des Individuums und das Recht des salvadorianischen Volkes auf Selbstbestimmung in ihr Programm auf. Ihr Büro befindet sich heute im Gebäude des Erzbischofs, ohne ihm zu unterstehen. Sie unterhält ein Zentralbüro in Washington mit Zweigstellen in Managua, Washington und Madrid. Die Rundfunkstation der salvadorianischen Kirche berichtet täglich über die Arbeit der Organisation,. Eine entsprechende Gruppe wurde 1980 in Honduras, vor wenigen Monaten eine weitere auch in Guatemala, gegründet.

Radikaler sind die Gruppen, die sich unter christlicher Fahne zusammenfanden. Sie begannen meistens als Komitees katholischer Rechtsanwälte, die politisch Verfolgten meist kostenlosen Rechtsschutz bieten wollten. So entstand schon 1974 die „Christliche Rechtshilfe" in El Salvador, die sich vorübergehend im Rahmen der Kirche betätigte. Aber sie änderte ihr Programm. Eine ihrer Veröffentlichungen trägt den vielsagenden Titel: „El Salvador: Der Massenmord der Militärjunta an der Hoffnung des kämpferischen Aufstandes" und zeichnet sich durch heftige Angriffe gegen die USA aus. Die Kirche trennte sich von ihr und Erzbschof Rivery y Damas gründete 1982 einen eigenen „Rechtsschutz des Erzbischofs". Die „Christliche Rechtshilfe" verlegte ihr Büro nach Mexiko.

Einige Organisationen dienen Sonderinteressen, wie ein Komitee in Costa Rica, das sich dem Kampf gegen die „Repression an den Staatsuniversitäten in Guatemala, El Salvador und Honduras" widmet. Ebenfalls in Costa Rica wirkt ein Büro, das die von der Verfassung garantierten Rechte aller Bürger verteidigen will, oder das panamaische Komitee für Menschenrechte, das rechts vom Zentrum steht und den gesetzgeberischen Prozeß in Panama zu beeinflussen sucht.

Wo das Geld der privaten Organisationen herkommt, ist oft nicht klar. Viele unterhalten einen großen Beamtenstab, meistens im Ausland, und stehen in ständiger Verbindung mit zahlreichen internationalen Organisationen wie Amnesty International oder dem Weltrat der Kirchen, aber auch mit den Botschaften interessierter Regierungen. Fast alle geben viele regelmäßige und sporadische Veröffentlichungen heraus. (SAD)

Die pazifistische „Widerstands"-Bewegung ist die stärkste Kraft zur Verhinderung eines Abrüstungserfolges

Für den Frieden – ohne lila Halstuch

Von MATTHIAS WALDEN

Nie habe ich mich mit einem lila Halstuch und der Aufschrift „Umkehr zum Leben" geschmückt. Ein Pappschild mit Anti-Atom-Parolen vor mir herzutragen oder hinter ihm herzulaufen, käme mir nicht in den Sinn. Kurt Scharfs Ansprache auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover mit der Äußerung pauschalen Entsetzens vor jeder tötenden Waffe fand ich eher beklagenswert als überzeugend, und die Stationierung der Pershing 2 wäre, falls die Genfer Verhandlungen scheitern sollten, für mich kein Grund, den Weltuntergang zu fürchten. Fürchterlich finde ich indessen die Militanz und die schablonierte Weltanschauung der – im doppelten Sinne des Begriffes – „entrüsteten" Pazifisten.

Bin ich ein Friedensfeind? Fehlt es mir an Sensibilität gegenüber den apokalyptischen Visionen angesichts der nuklearen Massenvernichtungswaffen? Treibt mich der Gedanke an einen Krieg – einen Atomkrieg – nicht um?

In Dresden diente ich als Fünfzehnjähriger an einem Flakgeschütz mit halbautomatischem Schubkurbelfallkeilverschluß, robbte keuchend mit einer Gasmaske vor dem Gesicht durch den Staub und litt in ohnmächtigem Haß unter dem Militarismus der Nazis.

Als Siebzehnjähriger saß ich im Luftschutzkeller, als Dresden im Hagel der Bomben ausgelöscht wurde, erlebte und überlebte das Inferno dieser Nacht und der ihr folgenden Tage. Durch rauchende Trümmer schob ich mein Fahrrad vorüber an Leichen, sah die Toten mit weit aufgerissenen Mündern, die im Qualm erstickt waren, und andere, deren Körper im Feuer dieses gigantischen Bombardements

> Mir prägte sich die Phase ein, in der die USA im Besitz der Atombombe waren, die Sowjets aber noch nicht. Amerika hat seine Überlegenheit damals nicht zu einer Aggression genutzt.

– wie soll ich es anders sagen? – gebraten waren.

Ich erlebte die Trauer meiner Familie, als der einzige Sohn der verwitweten Schwester meiner Mutter in Stalingrad blieb. Ich erinnere mich an unseren alten Englischlehrer, der eines Tages bleich, mit schwarzer Krawatte vor der Klasse stand und um Fassung rang, nachdem sein Sohn gefallen war. Der gebrochene Vater ertränkte sich eine Woche später in der Elbe.

Damals empfand ich pazifistisch. Es waren die Sowjets, die mir das gründlich ausgetrieben haben. In den Anfängen meines journalistischen Berufes erlebte ich, daß die Amerikaner nach dem Ende des Krieges zunächst abrüsteten und der Kreml fieberhaft aufrüstete. Mir prägte sich die Phase ein, in der die USA im Besitz der Atombombe waren, die Sowjets aber noch nicht. Amerika hat seine Überlegenheit damals nicht zu einer Aggression genutzt, kein Präventivschlag fand statt gegen die östliche Imperialmacht, die dann bis zur Wasserstoffbombe nachzog.

Mir sind die Hunderte von Abrüstungskonferenzen bewußt, die alle nicht zum Erfolg führten und zumeist daran scheiterten, daß Moskau sich der unverzichtbaren Kontrolle verweigerte. Mit Abscheu verfolgte ich schreibend den immer mehr eskalierenden Militarismus des Sowjetstaates, den er seinem Volk und seinen Satelliten aufzwang. Jenseits der Teilungsgrenzen Deutschlands war das besonders drastisch zu besichtigen: die Militärparaden, der Stechschritt, die Kriegserziehung der Kinder, der Waffenkult, die „Pädagogik" des Hasses, die Feindbilder und der Schußwaffengebrauch gegen Freiheitswillige, die sich erhoben: in Mitteldeutschland, in Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei. Die Einschüchterungsversuche gegen den freien Westen, die kein Säbelrasseln mehr waren, sondern ein Rasseln mit Atomwaffen und Raketen, vollendeten das Bild bewaffneter Pressionen.

Dann die militärischen Aggressionen und Expansionen des Ostblocks, indirekt mit Hilfe kubanischer Söldner in Afrika, direkt in Afghanistan, Kriegsrisiken schaffend durch Waffenlieferungen in den Nahen Osten, Syriens Arsenale vollpumpend.

Da gilt es zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen zu unterscheiden und entsprechend zwischen potentiellen Aggressoren und potentiellen Defensoren.

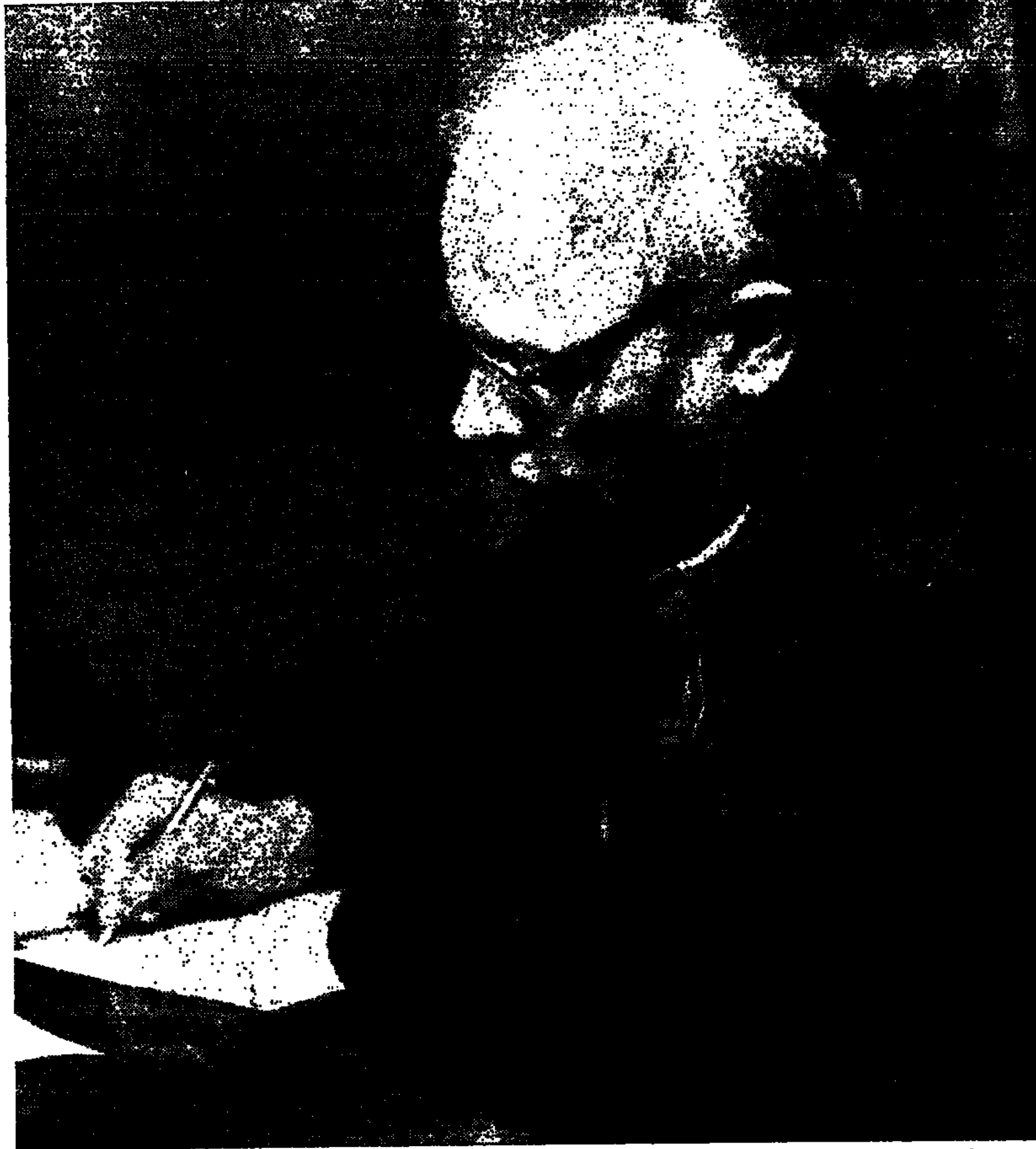
Altbischof Scharfs Entsetzen vor allen Waffen, die Menschenleben auslöschen, ist mir durchaus verständlich und nachempfindbar. Zumal es den richtigen, mehr und mehr vernachlässigten Gedanken einschließt, daß es für den einzelnen nicht weniger furchtbar ist, von „konventionellen" Granaten zerrissen zu werden, als einer Atombombe zum Opfer zu fallen.

Das spezifische Grauen atomarer Massenvernichtung ist dabei unbestritten. Es legt nahe, auch in der konventionellen Rüstung ein Gleichgewicht zu schaffen, um einen Angriff mit herkömmlichen Waffen nicht atomar beantworten zu müssen. Bedingt aber die strikte ethische Ablehnung jedes Krieges auch die Ächtung jeder Waffe? Zu Ende gedacht ist Kurt Scharfs Entrüstungsruf nicht.

Auch die Waffe am Pistolenhalfter der Polizisten ist technisch zur Tötung von Menschen konstruiert und dient doch exakt dem Gegenteil. Waffenlosigkeit der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hätte eine Weltherrschaft des politisch-kriminellen Nationalsozialismus zur Folge gehabt. Ein Waffenverzicht der NATO-Mächte würde Berlin längst sowjetischer Okkupation preisgegeben haben. Und noch wichtiger als die Ablehnung jedes Krieges ist die Verhinderung.

Unbewaffnet zu sein würde immer bedeuten, sich einer aggressiven Gewalt hilflos auszuliefern. Ist die Vorstellungskraft des greisen evangelischen Kirchenmannes – und die seiner Gesinnungsfreunde innerhalb und außerhalb der friedensbewegten Kirche – nicht imstande, sich auszumalen, was es in unserer Zeit bedeuten müßte, wenn die betroffenen Völker dem Terrorismus unbewaffnet gegenüberständen? Es ist doch historisch schlüssig nachweisbar, daß präventive Bewaffnung friedenserhaltend ist und einseitiger Waffenverzicht, also die pazifistisch begehrte Selbstentwaffnung, eine Einladung an jeden Aggressor bedeuten würde – mit der Konsequenz der Freigabe des Friedens!

Es kann also, was die Wortmeldungen der „Friedensbewegung" fahrlässig zu ignorieren pflegen, nur um die Frage gehen, durch welche Waffen welche Kriegsgefahr ausgelöst wird. Sich vor Waffen in toto – um es mit einem modernistischen Wort zu sagen, „undifferenziert" – zu entsetzen ist demnach ein Mangel an umfassender und nicht nur selektiver Denkschärfe und Vorstellungskraft. Daß indessen ein Defizit an Vorstellungskraft sich in der Geschichte oft verheerend ausgewirkt hat, schrieb ich in meinem Buch „Kassandra-Rufe": „Meiner Beobachtung nach ist ein verbreiteter Mangel an Phantasie schuld an fast allen politischen Verhängnissen. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Mangel immer wirksam gewesen ist, wo Kriege begonnen und geführt wurden. Ich denke an die Unfähigkeit eines Politikers, vom beschrifteten Papier einer Kriegserklärung in der Geborgenheit hinter einem breiten Schreibtisch und in der Stille eines Prominenten-Arbeitszimmers das Detonieren der Granaten vorauszuhören, das Röcheln Verwundeter und Sterbender zu vernehmen, Mütter weinend und in Schwarz zu sehen, sich die Erschossenen vorzustellen, als sie kleine Kinder waren, Gedichte aufsagten und Blumen pflückten, in der Phantasie das Leben sichtbar werden zu lassen, das ihnen genommen wurde, das sie aber geführt hätten, wenn der Krieg unterblieben wäre: das Leben als Männer junger Frauen, als Väter ihrer Kinder, als Großväter ihrer Enkel. Jeder einzelne, auch wenn er unbekannt und fern ist, bedeutet eine Welt und sein Tod den Tod einer Welt. Es ist nicht sentimental oder schwach, Handlungen oder Unterlassungen durch diese Art von Phantasie zu bestimmen. Es ist menschlich."



Andrej Sacharow tritt für Gleichgewicht auch bei den Atomwaffen ein, um einen Atomkrieg zu verhindern. FOTO: GAMMA/STUDIO X

Und an anderer Stelle: „Generalstäbler haben die Pflicht, bei der Planung ihrer Operationen die wahrscheinlichen Verluste auf der Seite des Feindes und auf der eigenen Seite zu schätzen und zu beziffern. Auf diese Weise entstanden stets geheime Unterlagen, in denen wir Lebenden bereits als Tote gezählt wurden. Vor diesem Phänomen des Krieges hat es mich stets besonders gegraust. Nur zynische Grausamkeit oder eben fehlende Vorstellungskraft schien mir solche Vorgänge möglich gemacht zu haben."

Mir ist es also auch ohne die Drapierung eines lila Halstuches möglich, die Schrecken des Krieges vor Augen zu haben, entsprechend zu empfinden und zu denken. Wenn aber auf diesen Halstüchern steht „Umkehr zum Leben", dann bedarf das der Antwort auf die Frage, wo denn die Abkehr vom Leben eigentlich geschieht. Das könnte nur auf einen potentiellen Angreifer zutreffen, auf eine Macht, die willens ist, durch eine atomare kriegerische Aggression die von so vielen bis an die Grenzen neurotischer Panik befürchtete Katastrophe auszulösen.

Daß eine solche verbrecherische Wahnsinnstat bisher nicht geschah und nach menschlichem Ermessen nicht geschehen wird, liegt an dem Bewußtsein, daß derjenige, der sie beginge, selbst darin umkäme, weil die angegriffene Seite über gleichwertige Bewaffnung verfügt und auch nach einem Überraschungsschlag fähig wäre, sie defensiv einzusetzen. Das ist es, was „Gleichgewicht des Schreckens" genannt wird – unpräzise und mißverständlich; denn es geht dabei um die erfolgreiche Verhinderung des Schreckens und nicht um dessen „Gleichgewicht", sondern um die Abschreckung.

Wer wollte sich nach allen Erfahrungen der jüngeren, jüngsten und gegenwärtigen Geschichte darauf verlassen, daß solche Abschreckung entbehrlich wäre und eine selbstgewählte Wehrlosigkeit den potentiellen Angreifer zu Herzen rühren und von jeder bösen Tat zurückhalten würde?

Dort, wo es an jener Abschreckung fehlte – in Korea, in Vietnam, an der iranisch-irakischen Front, in den Aggressionskriegen der arabischen Staaten gegen Israel und – besonders anschaulich und furchtbar – in Afghanistan, ist zu lernen, wohin die Abwesenheit eines Rüstungsgleichgewichtes und einer ausreichenden Abschreckung führt.

Zur Abschreckung genügt aber nicht das Vorhandensein von irgendwelchen Atomwaffen, sondern ihre Voraussetzung ist jenes

> Die „Atomwaffen-Balance" – auch das streichen die Pazifisten aus ihrem Bewußtsein – hat seit über dreieinhalb Jahrzehnten den dritten Weltkrieg verhindert und den Frieden erhalten.

Gleichgewicht, das nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gegeben sein muß. Die „Atomwaffenbalance" – auch das streichen die Pazifisten aus ihrem Bewußtsein – hat seit über dreieinhalb Jahrzehnten den dritten Weltkrieg verhindert und den Frieden – wenngleich „nur" im Sinne des „Nichtkrieges" – erhalten. Schöner, edler und von ganzem Herzen zu wünschen wäre etwas Besseres, eigentlich allein Menschenwürdigeres: der Frieden, dessen Erhaltung keiner Waffen bedarf, der Frieden aus Einsicht, Ethik und Menschlichkeit. Doch die Welt, in der wir leben, bietet diese Voraussetzungen leider nachweislich nicht.

Wenn nun plötzlich in der möglichen Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles das ganz große Risiko für den Fortbestand der Menschheit gesehen und geltend gemacht wird, es gäbe ja ohnehin einen „Overkill", nämlich die waffentechnische Möglichkeit zur mehrfachen Vernichtung alles Lebens auf der Erde, dann muß zunächst Antwort auf die Frage begehrt werden, warum – da das ja so ist – die ins Auge gefaßte Nachrüstung diesen Tatbestand kritisch verschlechtern sollte. Hier widersprechen sich die Pazifisten: Die Sinnlosigkeit der atomaren Nachrüstung „begründen" sie damit, daß jetzt schon die Totalvernichtung mehrfach geschehen könnte, wenn ein Atomkrieg ausbräche, und daß – da eine solche Vernichtung ja nur einmal wirklich geschehen könnte – die Stationierung weiteren und neueren „Vernichtungspotentials" ein Wahnsinn sei. Das ist nicht logisch. Denn bei der bereits vielfachen totalen Vernichtungsmöglichkeit könnte eine weitere ja doch das Risiko nicht mehr steigern.

Die Fachleute sind sich nicht ganz einig darin, zu wie vielen Malen das vorhandene Nuklearwaffen-Potential die Menschheit auszulöschen im Stande wäre. Nehmen wir an achtmal. Warum dann – das klingt nur zynisch, ist es aber nicht – die besondere, heillose Angst vor „einem neunten Mal", das ja doch nur mathematisch abstrakt zu „errechnen" ist?

Es wird befürchtet, daß die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Zentraleuropa das Atomkriegsrisiko auf diese Region lenke. Auch darin muß weitergedacht und deshalb weitergefragt werden: Rechnet die „Friedensbewegung" mit der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines atomaren sowjetischen Angriffskrieges? Dann wäre einzuwenden, daß einen solchen Angriffskrieg nur die Abschreckung durch in der Zahl, in der Zielgenauigkeit, in den Reichweiten und in der technisch perfekten Gleichwertigkeit der westlichen Nuklearbewaffnung verhindern könnte. Oder rechnet die pazifistische Gesinnungsfront mit der Möglichkeit oder gar mit der Wahrscheinlichkeit eines von Amerika entfesselten Atomkrieges gegen das Sowjetimperium? Dieser Gedanke wäre absurd, er hat keine politische Grundlage, kein ernst zu nehmendes Motiv, sondern könnte nur aus dem irrationalen, ideologisch umnachteten Denken wirklichkeitsfremder Phantasten kommen.

Bei der ganzen Diskussion wird sträflich die Frage danach vernachlässigt, wer der potentielle Angreifer und wer der notorische Verteidiger ist. Die Tatsachen geben Antwort in schlüssiger Form.

„Umkehr zum Leben" – dieser Slogan meint die Abrüstung. Um sie geht es zur Zeit in Genf. Nur eine verblendete Fehlbeurteilung sowjetischer Wirklichkeit kann verkennen, daß Moskau niemals abrüstungsbereit sein wird, wenn es die Chance sieht, die westliche Nachrüstung „gratis" zu verhindern. Genau diese Chance wird dem Kreml durch die „Friedensbewegung" und das Stichwort vom „heißen Herbst" aber signalisiert.

So gesehen – und wie anders könnte man es sehen? – ist die pazifistische „Widerstands"-Bewegung die stärkste Kraft zur Verhinderung eines Abrüstungserfolges. Sie tut – konsequent zu Ende gedacht – alles, um die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in West-Europa notwendig zu machen. Dabei widerspricht es jeder Erfahrung und jeder Vernunft zu meinen, allein das Vorhandensein von (mehr) Atomwaffen sei gleichbedeutend mit deren kriegerischem Einsatz.

Neulich waren im Fernsehen singende Staatsanwälte und Richter zu erleben, die ein wehleidiges Angst- und Warnlied gegen Pershing 2 anstimmten. Auch die Vertonung dieser Zitterverse löst nicht das Rätsel, warum sich diese Damen und Herren vor den „eventuellen", jedenfalls nicht vorhandenen Raketen so entsetzlich fürchten und vor den vorhandenen sowjetischen überhaupt nicht. Die SS-20 fanden jedenfalls keinen Eingang in das pazifistische Liedgut der Gesangsjuristen.

Bundesrichter Heinz Recken gab aber die einschlägige Auskunft: Es könne den Sowjets unter Umständen gar nichts anderes übrigbleiben, „als sich gegen die amerikanischen Raketen durch einen Präventivschlag abzusichern". Ein Präventivschlag gegen Defensivbewaffnung? Da ist die Katze aus dem Sack: Den Amerikanern wird eine atomare Angriffsabsicht unterstellt – denn warum sonst sollten die Sowjets präventiv zuschlagen müssen? – und den Sowjets wird eine defensive Strategie attestiert. Das ist verräterisch in des Begriffes doppelter Bedeutung, wie auch Robert Jungks Bemerkung, Moskau führe in Afghanistan einen „Defensiv-Krieg" – eine kranke Sicht.

Andrej Sacharow, der als drangsalierter Sowjetbürger und Miterfinder der Wasserstoffbombe des Kreml genau weiß, wovon er spricht, sorgt sich nicht weniger, sondern eher mehr und ernsthafter um die Gefahr eines Atomkrieges als andere. Er schrieb an einen amerikanischen Freund: „Ein totaler Nuklearkrieg hätte die Vernichtung der Zivilisation zur Folge, er würde uns in unserer Entwicklung um Jahrhunderte zurückwerfen, Hunderte von Millionen Menschenleben fordern und, mit hoher Wahrscheinlichkeit, die Spezies Mensch, wenn nicht gar alles Leben auf der Erde auslöschen."

Und er schreibt – trotzdem und deshalb – weiter in seinem Text: „Falls sich die Wahrscheinlichkeit für eine solche Katastrophe dadurch verringern läßt, daß wir noch zehn oder fünfzehn Jahre weiter wettrüsten, werden wir wohl diesen Preis zu zahlen haben." Sacharow konstatiert als Ursache des NATO-Doppelbeschlusses die „Verschiebung des strategischen Gleichgewichts zugunsten der Sowjetunion". Sacharow spricht von dem großen sowjetischen Vorsprung bei von Silos aus startbaren Atomraketen und knüpft daran die Auffassung, daß der Westen, wenn er diesen Vorsprung nicht anders verringern könne, „einige Millionen Dollar für die Stationierung von MX-Raketen" wohl investieren müsse. Der gelehrte und erfahrene große Russe widerspricht dem NATO-Doppelbeschluß und seiner Konsequenz mit keinem Wort, sondern bestätigt das Atomwaffen-Gleichgewicht als Mittel der Abschreckung und als derzeit einzigen Weg, die Gefahr des Atomkrieges weiterhin zu bannen.

Die Sorge um den Frieden verdient Sympathie, und was die Herzen – leider wohl weniger die H[...] – der Atomfurchtbewegung erf[...] ist menschlich verständlich [...] muß ernst genommen wer[...] Nicht auszudenken, wenn [...] Menschheit die Furcht vor ein[...] Atomkrieg verlöre. Spott oder [...] nie wären hier gänzlich fehl [...] Platze, soweit sie nicht von Ha[...] kinaden, karnevalistischen [...] trieben und engstirniger Lokali[...] rung des Riskos auf die USA [...] fen herausgefordert werden.

Argumentativer Widerspruch [...] gen die gefährliche Einseitig[...] selektiven Denkens in der „F[...] densbewegung" ist deshalb g[...] ten. Und dazu gehört, das [...] wußtsein dafür wachzuhalten [...] herzustellen, daß die Sowjetu[...] eine Kriegs-, also lebensgefä[...] che Macht ist. Was sinnge[...] auch Sacharow in seinem Brie[...] seinen amerikanischen Fre[...] Sidney Drell schreibt: Seit 194[...] eine „skrupellose Ausweitung [...] sowjetischen Einflußsphäre" [...] verkennbar: „Objektiv betrac[...] ist dies nichts anderes als [...] weltweite sowjetische Expansi[...]

Hier ist hinzuzufügen: Das [...] wjetische Herrschaftsmodell [...]

> Ich stimme nicht ein in den Chor der von aggressiver Angst Erfüllten, obwohl ich mir eine Welt ohne Atomwaffen lebhaft als die bessere vorstellen kann und wünschen würde.

den „Wettlauf der Systeme" lä[...] verloren. Es hat in den ethisc[...] menschenrechtlichen, sozi[...] kulturellen und wirtschaftli[...] Bereichen ausschließlich d[...] sche Unterlegenheiten nachge[...] sen. Die einzige Überlegenheit [...] es gegenüber anderen errang [...] die militärische. Was läge nähe[...] die an Sicherheit hart grenz[...] Wahrscheinlichkeit, daß der K[...] sich dieser singulären Überle[...] heit aggressiv gegen die westl[...] Welt bediente, wenn nicht v[...] wäre, und wahr bliebe, was [...] Sacharow schrieb, daß nämlic[...] Atomkrieg keine Sieger und k[...] Besiegten übriglassen würde? [...] Moskau die einzige Überlegen[...] die es erwarb – die militärisc[...] skrupellos und angreifend ein[...] wo diese Hemmschwelle [...] gleichzeitigen Selbstmordes [...] hat Afghanistan – Sacharov [...] wähnt auch das mit zwinger[...] Ernst – auf besonders trag[...] Weise bewiesen.

Ich trage kein lila Halstuch[...] wohl ich den Atomkrieg fü[...] wie andere denkende und em[...] dende Menschen auch. Ich [...] die Stationierung von Persh[...] nicht für der Welt Ende, ob[...] mir die Schrecken des Kr[...] noch in furchtbarer Erinne[...] sind. Ich stimme nicht ein in [...] Chor der von aggressiver A[...] Erfüllten, obwohl ich mir eine [...] ohne Atomwaffen lebhaft und [...] ständig als die bessere vorst[...] kann und wünschen würde. [...] halte die „Friedensbewegung" [...] ihren Verblendungen, Kurzsc[...] sen, Neurosen, Denkfehlern [...] Eskapaden aus der Wirklich[...] für ein Kriegsrisiko. Ich wei[...] mich, diesen „Widerständl[...] und Raketen-Hypochondern [...] Friedensmonopol zu überla[...] Ich sehe nur andere Möglichk[...] und andere Notwendigkeiten [...] Vermeidung eines großen Kri[...] als sie. Ich verweigere mich [...] Parole „Umkehr zum Leben", [...] die freie Welt den Weg des Le[...] und seiner Erhaltung gar nicht [...] lassen, sondern durch die un[...] meidbare Rüstung gesichert [...] oder zu sichern im Begriffe ist.

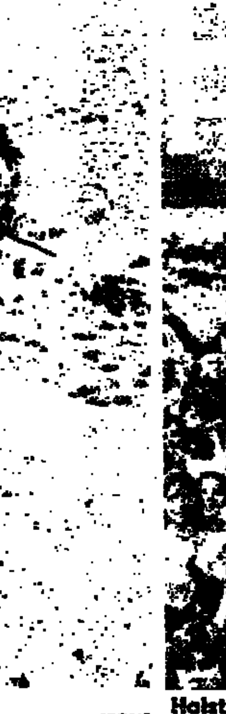
Angesichts der zivilisator[...] krisenhaft unterlegenen, angr[...] lustigen und militärisch hype[...] phierten sowjetischen Superm[...] wäre der Verzicht der nordatl[...] schen Allianz auf Ebenbürtig[...] der Bewaffnung gleichbedeu[...] mit einer Einladung zum Krie[...] nicht zu einem „kalten", sond[...] zu einem „heißen", dessen Vo[...] fer ein „heißer Herbst" wer[...] könnte. Diesem Risiko entsp[...] die Notwendigkeit, die extrem [...] stiegenen Temperaturen der „F[...] densbewegung" bis unter den [...] depunkt abzukühlen.

Der Frieden ist eine zu er[...] Sache, um ihn den Pazifisten [...] überlassen.



Machtdemonstration im Paradeschritt. Sowjetsoldaten im Vorbeimarsch auf dem Roten Platz FOTO: ROLF KUNITSCH

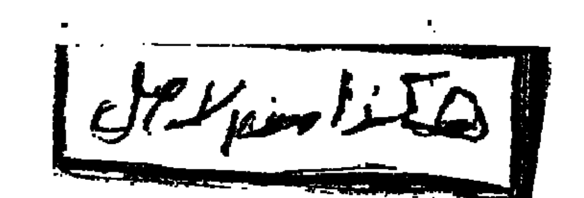




Afghanistan 1983 FOTO: KEYSTONE



Halstuch-Demonstration auf dem Kirchentag in Hannover: „Umkehr zum Leben", Monopol auf Fri[...] FOTO: DIETER [...]



Zukunft von Arbed bleibt ungewiß

VWD/rtr, **Saarbrücken**

Die Zukunft der Arbed Saarstahl GmbH bleibt ungewiß: Auf einer Sondersitzung des Landtags in Saarbrücken erklärten zwar alle im Landesparlament vertretenen Parteien ihre Bereitschaft, dem Unternehmen zusammen mit dem Bund eine neue Finanzhilfe von 180 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, doch gab es zwischen Regierungsfraktion und Opposition grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Frage, wie der Bestand von Arbed Saarstahl über den Herbst 1983 hinaus dauerhaft gesichert werden könne.

In einer Regierungserklärung sagte Ministerpräsident Werner Zeyer, der finanzielle Mehrbedarf würde bedeuten, daß das Unternehmen, einschließlich der in der vergangenen Woche beschlossenen Bundes- und Landeshilfe von 180 Millionen [illegible] 1985 rund 600 Millionen Mark benötigt. Zeyer: „Das wäre ein Betrag, den weder der Bund noch das Land verantworten könnte; ein Betrag, der auch die Leistungskraft des Landes übersteige.“ Nach den Worten von Zeyer führt daher kein Weg an einer radikalen Kosteneinsparung in Höhe von 200 Millionen Mark im Jahr vorbei. Er bezog sich dabei auf die Auflage der Bundesregierung an das Unternehmen, ein neues Konzept zur Kostenentlastung vorzulegen und auch Massenentlassungen in Kauf zu nehmen.

Oppositionsführer Friedel Läpple erklärte, wer Massenentlassungen hinnehme, mache sich schuldig am Konkurs von Arbed Saarstahl und treibe das Saarland in den Ruin.

Den Abgeordneten des Landesparlaments liegt der Entwurf eines Nachtragshaushalts für 1983 vor, über den der Anteil des Saarlandes finanziert werden soll. Die Bundesregierung macht die Bereitstellung von 90 Millionen davon abhängig, daß das Saarland eine gleichhohe Summe bereitstellt.

Arbeitszeit: Nur 31,8 Stunden

dpa, **Wiesbaden**

Ein Industriearbeiter hat in der Bundesrepublik Deutschland 1982 im Durchschnitt nur 31,8 Stunden in der Woche gearbeitet. Wie gestern in Wiesbaden der Bundesarbeitgeber-Verband Chemie mitteilte, lag die Jahresarbeitszeit mit 1654 Stunden um 2,2 Prozent unter dem Wert von 1980. Dieser Rückgang sei auf vermehrte Kurzarbeit, Abbau von Überstunden und Urlaubsverlängerungen zurückzuführen.

Am längsten (1863 Stunden) waren die Arbeiter der Ernährungsindustrie an ihrem Arbeitsplatz. Die Textilbranche bildete mit nur 1508 Stunden für Arbeiter das Schlußlicht der Skala. Druck und Vervielfältigung lagen mit 1706 Stunden im oberen, Elektrotechnik mit 1602 im unteren Bereich. Die Chemie-Arbeiter kamen 1982 auf rund 1670 Stunden. 1980 waren es noch 1683 Stunden.

Alkoholverbot für die NVA

uu. **Bonn**

Für die Soldaten der „Nationalen Volksarmee“ in der „DDR“ ist nach Informationen aus militärischen Kreisen ein generelles Alkoholverbot angeordnet worden. Anlaß für diese Verfügung dürfte der sich häufende Alkoholmißbrauch in der NVA sein, über den die militärische Fachpresse der „DDR“ des öfteren berichtet hatte. Bisher galt nur für die Dienstzeit ein Alkoholverbot; es wurde jetzt auf die Freizeit ausgedehnt.

Teilzeitarbeit auch für Männer

schw. **Hannover**

Die von der niedersächsischen Landesregierung geförderten „Teilzeitarbeitsplätze“, die bisher an Frauen vergeben werden, stehen nun auch arbeitslosen Männern zur Verfügung, die Familientätigkeit zu einem Schwerpunkt ihrer Lebensgestaltung machen. Gleichzeitig soll für mehr Teilzeitarbeit geworben werden, kündigte der niedersächsische Sozialminister Hermann Schnipkoweit an.

Das bisherige Teilzeitarbeitsprogramm für Frauen besteht als Modellversuch seit 1980. Es ist zu einem festen Bestandteil der Vermittlungstätigkeit bei den Arbeitsämtern geworden. Der neue Versuch, auch Teilzeitarbeit für arbeitslose Männer zu fördern, soll zusätzliche Erkenntnisse darüber liefern, in welchem Umfang Männer heute bereit sind, das bisher übliche Rollenverständnis bei der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Personen in der Familie zu ändern. In diesem Jahr stehen für die Förderung von 400 Teilzeitarbeitsplätzen in mittelständischen Betrieben 1,2 Millionen Mark im niedersächsischen Haushalt zur Verfügung.

Kernkraftgegner ziehen nicht ab

AP, **Lüchow**

Die über zwanzig westdeutschen Kernkraftgegner, die seit Samstag auf „DDR“-Gebiet an der innerdeutschen Grenze bei Wustrow im Landkreis Lüchow-Dannenberg in vier Zelten leben, sind auch gestern allen Rückzugsaufforderungen von westlichen und östlichen Grenzposten nicht nachgekommen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

In Bremen sind sich die Grünen nicht grün

Von W. WESSENDORF

Bei den Grünen blicken die Bremer nicht mehr durch, denn gleich drei grüne Parteien wollen sich am 29. September zur Bürgerschaftswahl stellen. Da gibt es einmal die Bremer Grüne Liste (BGL), die seit vier Jahren in der Bürgerschaft mitmischt. Und dann gibt es den Landesverband der „Grünen“, der sich seit der Bundestagswahl brüstet, „mit fast zehn Prozent der Stimmen einen sensationellen Erfolg gehabt“ zu haben. Und schließlich ist da noch die Betrieblich Alternative Liste (BAL), ein Zusammenschluß von Betriebsräten und Mitgliedern der DKP sowie Restbeständen von K-Gruppen. Eines haben sie allerdings gemeinsam: Sie sind einander nicht grün.

Die besten Startpositionen haben wohl die BGL und die „Grünen“. Die BGL wirft ihre parlamentarische Erfahrung einer Legislaturperiode in die Waagschale.



Landesbericht Bremen

Vor vier Jahren machte die „Viererbande“ (Adamietz, Brox, Dinné, Willers) bundesweit Furore, als sie als erste grüne Gruppe in ein Abgeordnetenhaus einzog. Inzwischen hat sich das Quartett zerstritten. Ein Lehrstück für die Entwicklung einer alternativen Partei in der parlamentarischen Bewährung.

Peter Willers (48) ist abgesprungen. Er sitzt als Parteiloser in der Bürgerschaft und führt als Spitzenkandidat die „Grünen“ in die Landtagswahl. Herbe Kritik übt er an seinen ehemaligen Kollegen: „Sie haben abgehoben, sich von ihren Wählern isoliert.“ Die BGL liege als gescheitertes Experiment hinter ihm. Diese Gruppe habe die Kluft zwischen Anspruch und Erfahrung nicht überwinden können.

Das Ex-SPD-Mitglied wirft dem BGL-Kleeblatt weiter vor, sich nicht um die Minderheiten zu kümmern. Das aber gehöre nun einmal zu den maßgeblichen Aufgaben der Grünen. So sehen die „Grünen“ nach wie vor einen Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit außerhalb des Parlaments. Ihr Landesverband zählt nur rund 300 Mitglieder. „Aber darauf kommt es uns nicht an“, meint Willers.

„Die BGL ist außerdem der CDU manchmal sehr nahe“, argwöhnt der Spitzenkandidat der „Grünen“. Die Politik der „Grünschnäbel“, wie sich die BGL selbst nennt, führte denn auch in der ablaufenden Legislaturperiode dazu, daß sie tatsächlich zeitweise mit der CDU auf einer Linie lag. Letztlich war man ohne Programm angetreten, aber mit dem Anspruch, die etablierten Parteien das Fürchten zu lehren. „Jeder Partner, mit dem man sich in Sachfragen einigen kann, kommt für eine Zusammenarbeit im Parlament in Frage“, hatte Willers nach der vergangenen Wahl – damals als Sprecher der BGL – erklärt. Was pragmatisch erschien, erwies sich allerdings als Bumerang. Ohne festen politischen Kurs verloren die „Grünschnäbel“, die sich inzwischen zu Paradiesvögeln gemausert haben, ihre Konturen.

Nur in einem blieb sich die BGL von Anfang an treu, in ihrer kritischen Haltung gegenüber den Sozialdemokraten, die die Mehrheit in der Bürgerschaft bilden. Vor allem Olaf Dinné, der 1978 zusammen mit Willers aus der SPD ausgetreten war, beschimpfte unermüdlich die ehemaligen Genossen. „Wandervogel“ Willers differenziert inzwischen als „Grüner“. Auch er verdammt zwar die verfilzte SPD-Verwaltung und lehnt eine mögliche Koalition mit der SPD ab. „Eine punktuelle Zusammenarbeit mit den Genossen kann allerdings nützlich sein“, lenkt er gleich wieder ein.

Die Abgrenzung zur SPD kann sich noch kurz vor den Wahlen als Bruchstelle für die „Grünen“ erweisen. Denn im Gegensatz zum Spitzenkandidaten hält der „Bundestags-Nachrücker“ Jo Müller eine Koalition mit den Sozialdemokraten für nicht ausgeschlossen. Müller erwägt diesen Schritt für den Fall, daß die Bremer „Grünen“ im September als „dritte Kraft“ in die Bürgerschaft einziehen und die SPD die absolute Mehrheit verpaßt.

Die Geister Willers und Müllers scheiden sich an der Warnung ihres Bundesvorstandes Rudolf Bahro vor dem „hündischen SPD-Bezug“. Koalitions-Gegner Willers weiß aus Erfahrung: „Als Junior-Partner sind wir schlechter dran, werden untergebuttert.“ Müller sieht in einem solchen Bündnis keine Ehe und mithin keine Friedenspflicht, sondern „auch kritische, gewaltfreie Auseinandersetzung“, die in Bremen seiner Meinung nach öffentlichen Charakter hätte. Droht der Spitzenkandidat: „Sollte es nach der Wahl zu einer Koalition kommen, mache ich nicht mehr mit.“

Keine Abgrenzungsprobleme haben die „Grünen“ dagegen mit der BAL. Die Betrieblich Alternative Liste, die der Hamburger GAL nahesteht, wollte sich an die Aufwind verspürenden, den Landesverband der „Grünen“ repräsentierenden Stimmenfänger anschließen. Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung aber hatte diese Gruppierung beschlossen: „Mit der DKP wollen wir kein Bündnis.“

Dem BGS fehlt Personal

Neue Grenzübergänge, aber keine neuen Stellen

E. NITSCHKE, **Bonn**

Die neuen Grenzübergänge der Autobahn Hamburg–Berlin und der Autobahnanbindung Herleshausen–Eisenach bedeuten für den Bundesgrenzschutz 250 neue Stellen, „von denen nicht absehbar ist, ob wir sie auch bekommen“. Auf diesen Mißstand wies der Direktor beim Bundesgrenzschutz, Horst Eisel, anläßlich einer Bereisung von Mitgliedern des Innenausschusses des Bundestages im Raum Herleshausen hin. Eine „lückenlose Überwachung“ sei hier nicht möglich, das eventuelle „Absetzen von Agenten oder Abgeschobenen“ schwer zu beobachten.

Als das Gebäude der Grenzabfertigungsstelle Herleshausen gebaut wurde, war von einem Bau der schon 1937 begonnenen Autobahnverbindung von Thüringen in Richtung Hessen keine Rede. So steht das Haus heute 1,6 Kilometer hinter der Minen- und Stacheldrahtgrenze zur „DDR“, eine Strecke, die vom Bundesgrenzschutz aber nur von Hersfeld aus zu sichern ist, da aus finanziellen Gründen der Ausbau der Grenzstation zum Stützpunkt verweigert wurde. Den Abgeordneten aus Bonn, darunter der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Inneres der CDU/CSU-Fraktion, Karl Miltner, rechnet Horst Eisel jetzt vor, daß jährlich 150 000 Mark eingespart werden könnten, wenn der Bundesgrenzschutz am Autobahnkontrollpunkt einige Anbauräume bekommen würde.

Nachdem der Grenzschutz für seine neuen Aufgaben am Übergangspunkt Gudow an der Autobahn Hamburg–Berlin 48 Beamte aus verschiedenen Einheiten abgezogen hat, ohne daß dafür Ersatz nachrückt, sprach Eisel von einer „Verdünnung der Decke bis an die Grenze der Vertretbarkeit“. Der Grenzschutz habe überall da, wo es ging, die „Fremdverwendung“ abgebaut. Dabei sei es nach langem Ringen gelungen, das „Objekt Langenhorn“, das Privathaus des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, zur Bewachung an die Hamburger Polizei abzugeben.

Angesichts des starken Reiseverkehrs könne eine Kontrolle von Autos an Grenzübergängen in jedem Fall kaum eine Minute dauern. Bei der Einreise von Ausländern, die mit wenig Aussicht um politisches Asyl in der Bundesrepublik bitten wollten, hat der Bundesgrenzschutz nach Angaben von Eisel neuerdings die Erfahrung gemacht, daß solche Trupps mit Taxis von Berlin (West) ankämen.

Eisel beschwerte sich bei den Bundestagsabgeordneten darüber, daß die Organisation „Amnesty International“ solche Asylanten bis an die Grenze bringe, wobei es dem Grenzschutz nicht möglich sei, nachzuprüfen, ob die „Schlepper“ überhaupt von dieser Organisation beauftragt seien.

Politische Gefangene verbittert

10 bis 20 Prozent der aus der „DDR“ freigekauften Häftlinge sind Kriminelle

WERNER KAHL, **Bonn**

Der „DDR“-Staatssicherheitsdienst hat in den letzten beiden Jahren bei Freikaufsaktionen politischer Häftlinge neben Kriminellen auch Prostituierte in die Transporte in den Westen eingereiht. Das berichten jetzt entlassene Gefangene. Der Prozentsatz der Häftlinge, die nicht aus politischen Gründen in mitteldeutschen Strafanstalten eine Freiheitsstrafe verbüßten und dennoch auf die Liste der von der Bundesregierung in den Freikauf einbezogenen Gefangenen gesetzt wurden, betrug vor dem Regierungswechsel zehn bis zwanzig Prozent.

Wiederholte Beschwerden seitens zuständiger Stellen der Bundesrepublik wurden von östlicher Seite kommentarlos zu den Akten gelegt. Auch die mit dem Freikauf befaßten Anwälte wurden bei den Transporten vor vollendete Tatsachen gestellt, denn die Namenslisten der vorzeitig in die Bundesrepublik Entlassenen übergab der Staatssicherheitsdienst erst bei der Abfahrt aus dem Sammellager Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) zur innerdeutschen Grenze. Die Anwälte können wiederum aus den Begleitlisten nur entnehmen, wer von den zur Entlassung vorgeschlagenen Gefangenen tatsächlich auf freien Fuß gesetzt wurde. Weitere anwesende Häftlinge können jedoch, auch wenn sie nicht zuvor von Bonn namentlich zum Freikauf auf die Liste gesetzt worden waren, durchaus politische Gefangene sein. Denn im Westen sind bei weitem nicht alle drüben verurteilten Regimegegner namentlich bekannt. Dem entlassenen Gefangenen wird im übrigen lediglich eine Identitätsbescheinigung mitgegeben; Unterlagen über die Gründe der Verurteilung werden ihm nicht ausgehändigt. Das schafft die Grauzone für Manipulationen durch den Ostberliner Geheimdienst.

Unter den politischen Gefangenen hat diese Praxis Verbitterung ausgelöst. „Prostis“ und „Asis“, so die Bezeichnung für Prostituierte und Asoziale im Knastjargon, seien teilweise schon nach sechs Monaten Haft gegen westliche Devisen abgeschoben worden, während Bonn von der „DDR“ im Fall politischer Häftlinge in zeitraubende und preistreibende Verhandlungen gedrängt werde.

In den Genuß der vorzeitigen Entlassung in die Bundesrepublik sollen Bürger aus der Bundesrepublik und aus der „DDR“ kommen, die wegen „staatsfeindlicher Hetze“, „Fluchtvorbereitung“, Fluchtversuch und Fluchthilfe („staatsfeindlicher Menschenhandel“) sowie „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ – dazu zählt auch die Weitergabe von nicht der Geheimhaltung unterliegenden Nachrichten – verurteilt worden sind. Für den Freikauf wendet die Bundesrepublik in der Regel materielle Gegenleistungen auf. Über die evangelische Kirche und die Caritas wurden seit 1963 Waren im Wert von weit über einer Milliarde D-Mark an die „DDR“ weitergeleitet. Es handelt sich um Waren, die drüben nicht erhältlich sind und nur gegen Devisen impotiert werden können. Dazu zählen Quecksilber, Goldbarren, Technologie jeder Art und medizinisch-technische Ausrüstungen höchster Qualität.

Die übliche Kompensationssumme für einen freigekauften Häftling hat sich seit Ende der sechziger Jahre von etwa 30 000 D-Mark auf 60 000 D-Mark verdoppelt. Es sind in einem Einzelfall schon bis zu einer Million aus Bundesmitteln aufgebracht worden. Für Spitzen-Akademiker wurden von der „DDR“ Preise in Höhe von zweieinhalb Millionen D-Mark verlangt. In der augenblicklichen besonders devisenknappen Zeit gestattet der Staatssicherheitsdienst stärker den Freikauf durch Privatzahler. Dieses Geschäft wird über einen Westberliner Anwalt parallel zu den Freikaufsaktionen der Bundesregierung abgewickelt. Den Zuschlag erhält der Bieter, der am meisten zahlen kann. Jüngster Fall, über den aus verständlichen Gründen keine Einzelheiten publiziert werden, ist die Odyssee eines Architekten aus der „DDR“. Als jetzt 250 000 D-Mark von West nach Ost transferiert wurden, hob sich der Schlagbaum für den „legalen Ostflüchtling“.

Um ebenfalls auf die Freikaufsliste zu kommen, haben sich jüngere Häftlinge in letzter Zeit verstärkt Hakenkreuze auf Brust oder Rücken – als Audruck des Protestes gegen das totalitäre rote Regime – tätowieren lassen. Anstaltschirurgen müssen die Embleme wieder entfernen, wobei allerdings grobe Narben zurückbleiben.

Wie Späth Arbeitszeit verkürzen will

Stuttgart erstellt „Argumentationspapier“ für die Konferenz der Ministerpräsidenten

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Baden-Württemberg ist fest entschlossen, bundesweit in Sachen Arbeitszeitverkürzung richtungweisend tätig zu werden. Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) erklärte in Stuttgart, der Ministerrat habe nach eingehenden Beratungen zahlreiche Überlegungen und Initiativen zu diesem Komplex angestellt bzw. schon ergriffen.

Eine interministerielle „Arbeitsgruppe für Arbeitsmarktfragen“ ist in Stuttgart gebildet worden. Das neue Gremium hat die Aufgabe, bis Anfang September ein „Argumentationspapier“ zu erarbeiten, das als „Beratungsgrundlage“ für die Ministerpräsidentenkonferenz vom 19.–21. Oktober in Stuttgart dienen soll, teilte Späth mit. Ziel der baden-württembergischen Vorschläge sei ein „abgestimmtes Vorgehen“ aller Bundesländer im Bundesrat in Sachen Arbeitszeitverkürzung.

Nachdem gerade aus Stuttgart in den vergangenen Monaten zahlreiche Ideen Späths bundesweit diskutiert worden sind, hält der schwäbische Regierungschef die Zeit für gekommen, jetzt konkret an die Lösung dieses umstrittenen Themas heranzugehen. Vor allem fordert die Landesregierung in Stuttgart eine Überwindung der „starren Fronten in der Arbeitszeitdiskussion“. Vielmehr müsse „flexibel“ an die Probleme herangegangen werden. Späth: „Die Stechuhrengesellschaft soll individueller und flexibler gestaltet werden.“ Deshalb lehne er, so der Regierungschef weiter, eine „schematische 35-Stunden-Woche“ oder eine „generelle Senkung der Altersgrenze“ ab, da sie keine weiterführenden Antworten „auf die Herausforderung der strukturellen Arbeitslosigkeit“ sein könnten.

Mit solchen „starren Fronten“, die auch in Alternativen wie „40-Stunden-Woche oder arbeitslos“ oder in der Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche bei Lohnausgleich zum Ausdruck kommen, seien die heutigen Arbeitsmarktprobleme nicht zu lösen. Kerngedanke des Stuttgarter Kabinetts ist deshalb, „flexible, reversible (umkehrbare, rückgängig zu machende) und kostenneutrale“ Lösungsansätze zu erarbeiten, erklärte Späth.

Ein Meinungsforschungsinstitut wird in Kürze beauftragt, bei den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg festzustellen, wie es mit der Bereitschaft und Akzeptanz für verschiedene Modelle und Vorschläge aussieht. Denn der Regierungschef unterstrich, daß oberstes Gebot das Prinzip der Freiwilligkeit sein müsse.

Ferner wird die Landesregierung mit den Interessenverbänden Konsultationen aufnehmen: Beamtenbund, Gewerkschaften, Personalräte. Späth nannte einige Möglichkeiten und Vorschläge einer solchen flexiblen und kostenfreien Arbeitszeitverkürzung: das bereits von Sozialminister Dietmar Schlee (CDU) vor geraumer Zeit in die Diskussion gebrachte „Sabbatjahr“, wonach die Beamten ein Jahr lang eine Art unbezahlten Urlaub nehmen können.

Im Beamtenbereich sei auch an andere Teilzeitmöglichkeiten zu denken. Hier sei das Beispiel bei den Lehrern (Drei-Viertel-Deputate) als Anstoß für eine Erweiterung auch in anderen Teilen des öffentlichen Dienstes zu überlegen, erklärte Späth.

In einem Brief an alle Amtskollegen hat Ministerpräsident Späth angeregt, anstelle von Einzelinitiativen zu einer „gemeinsamen Länderposition“ zu kommen. Dabei werde Stuttgart die geeigneten Vorschläge zu gegebener Zeit unterbreiten.

Für das gesamte Bundesgebiet sieht Späth folgende globale Lösung: „Es gibt derzeit 25 bis 26 Millionen Arbeitsplätze. Vier Millionen mehr werden benötigt. 20 Millionen Arbeitsplätze kann man so lassen wie sie sind – aus den fünf bis sechs Millionen ließen sich jedoch durch Teilzeitarbeit etwa zehn Millionen Arbeitsplätze machen.“ Schließlich gebe es in der Bundesrepublik eine „relativ große Schicht von gut Verdienenden“, die bereit und in der Lage wären, weniger zu arbeiten und entsprechend ein geringeres Einkommen verkraften zu können, meinte Späth.

FDP-Initiative zur Bildungspolitik

Gemeinsame Sitzung von Präsidium und Landesvorsitzenden: Enger zusammenarbeiten

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Bundes-FDP und die Landesverbände der Partei streben eine stärkere Verzahnung und Verflechtung an. Auf einer gemeinsamen Sitzung am Sonntag in Bonn vereinbarten Präsidium und Landesvorsitzende daneben ein Arbeitsprogramm für die nächste Zeit und legten politische Schwerpunkte fest. Außerdem wurde beschlossen, schon jetzt – noch vor dem offiziellen Wahlkampfauftakt in Hessen und Bremen – mit der Stimmenwerbung zu beginnen.

Insbesondere vor dem Hintergrund, daß sich in den meisten Ländern die Führung der Freien Demokraten in den vergangenen Monaten deutlich verjüngt hat, sollen die Zusammenarbeit und der wechselseitige Informationsfluß verbessert und ausgebaut werden. So sollen zum Beispiel vier Mitglieder des obersten Parteigremiums direkte Verbindung zu den Landesverbänden halten, die nicht im Präsidium vertreten sind: Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wolfgang Mischnick zu Niedersachsen, Gerhart Rudolf Baum zu Schleswig-Holstein und Jürgen Morlok zu Rheinland-Pfalz. Der Bremer FDP-Chef Horst-Jürgen Lahmann wird für Hamburg zuständig sein.

Nach einem Vorschlag des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher soll in den Ländern die Bildungs- und Kulturpolitik nunmehr wieder einen hohen Stellenwert erhalten. Denn „dieses klassische liberale Thema“, so ein Teilnehmer, war in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden. Dabei könne nur die FDP gerade im Schulbereich die von SPD und CDU aufgebauten Blockaden „aufbrechen“. Deshalb soll die Programmkommission der Freien Demokraten, die sich am Freitag konstituiert, bis Oktober Vorschläge zur künftigen Bildungs- und Kulturpolitik erarbeiten. Mit ihnen will sich dann der Parteivorstand auf einer Klausurtagung befassen und sie dem Parteitag im November in Karlsruhe als Antrag zur Beschlußfassung vorlegen. Daneben soll die FDP verstärkt die Themen Wirtschaftsstrukturpolitik, Antibürokratisierung, Ökologie und die Rolle der Frau in der Gesellschaft aufgreifen. Außerdem soll die Bedeutung des öffentlichen Dienstes, insbesondere der Polizei, mehr unterstrichen werden.

Auf der Sitzung zeigten sich die Teilnehmer über die Entwicklung der Partei in den letzten Monaten befriedigt. Nach ihrer Ansicht steht sie besser als am Wahltag, dem 6. März, da, weil sich gegenwärtig nach übereinstimmenden Meinungsumfragen sieben Prozent der Bürger für sie aussprechen. Deshalb soll auch die gesamte Parteispitze „mit voller Kraft“ vor allem im August und September auf einer Serie von Großveranstaltungen in den hessischen Wahlkampf eingreifen, um die Rückkehr der FDP in den Wiesbadener Landtag zu ermöglichen.

Ein Kodex für Schatzsucher unter dem ewigen Eis

MANFRED NEUBER, **Bonn**

In der Antarktis soll es keinen Raubbau an den Bodenschätzen geben. Schon mit der Exploration beginnt der Umweltschutz auf dem sechsten Kontinent. Dafür wollen die in der Antarktis-Forschung führenden Industrienationen sorgen.

Für die Nutzung der mineralischen Ressourcen unter dem ewigen Eis wird ein Kodex aufgestellt. Diese Aufgabe obliegt einem Ausschuß der 14 Signatarstaaten des Antarktis-Abkommens, dem die Bundesrepublik Deutschland angehört. Die Beratungen für ein solches Rechtssystem wurden vor einem Jahr in Wellington (Neuseeland) begonnen und am selben Ort im Januar informell fortgesetzt. Eine neue Verhandlungsrunde läuft vom 11. bis 22. Juli im Bonner Wissenschaftszentrum ab.

Im Auswärtigen Amt werden alle Vermutungen, die Mitglieder des Antarktis-Clubs wollten die Rohstoffe der Antarktis unter sich aufteilen, in Abrede gestellt. Zuständige Experten dementieren auch Gerüchte über ein Geheimabkommen.

Unter Berufung auf ein Arbeitspapier, das der neuseeländische Delegierte Chris Beeby entwarf, meldete unlängst der Londoner „Guardian“ angebliche Absprachen. Doch dessen Vorstellungen, die Bonn nicht teilt, stellen kein Ausschußdokument dar.

Obwohl die Beratungen noch im Fluß sind, will auch die Umweltschutz-Organisation „Green Peace“ von geheimen Plänen erfahren haben, die auf eine „starke Machtkonzentration“ für wenige Länder in der Antarktis hinausliefen und weltweite ökologische Folgen nach sich ziehen würden.

Auf deutscher Seite wird jetzt darauf hingewiesen, daß es bereits Vereinbarungen über den Schutz der Fauna und Flora am Südpol und zum Schutz der „lebenden Meeresschätze“ in den antarktischen Gewässern gibt. Nun sollen zusätzlich strikte Auflagen für einen künftigen Rohstoff-Abbau fixiert werden.

Nach dem Antarktis-Vertrag, der alle territorialen Ansprüche neutralisiert und der bis zum Jahre 1991 läuft, steht dieser Erdteil allen zur friedlichen Nutzung offen. Militärische Stützpunkte und Kernwaffenversuche sowie die Lagerung nuklearen Mülls sind dort verboten.

Unter dem Dach des bewährten antarktischen Vertragssystems sollen tragfähige Sicherungen für die wirtschaftliche Ausbeute getroffen werden, bevor alte Gebietsforderungen wieder bekräftigt und die Vereinten Nationen die Antarktis als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ reklamieren könnten.

„Wir müssen die Probleme lösen, ehe sie auftreten“, argumentiert man im Kreis der 14 Signatarstaaten. Ein Rückblick gibt ihnen recht: Vor wenigen Jahrzehnten noch galt eine Erdöl-Förderung in der Nordsee als technisch fraglich und wirtschaftlich kaum rentabel.

„Es ist durchaus möglich, daß dort unten nichts ist, was einen Abbau lohnt“, sagte der US-Chefdelegierte Tucker Scully, „aber für den Fall einer Rohstoff-Förderung müssen wir die Spielregeln dafür schaffen.“ Des weiteren wird an ein Institut zur Überwachung der Exploration in der Antarktis gedacht.

Auf die Forderung aus der Dritten Welt, diese Region zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ zu erklären, stellte der Amerikaner einmal fest: „Darüber läßt sich wohl beim Mond und Meeresboden reden, aber es ist doch eine ganz andere Sache, wenn feste Gebietsansprüche vorliegen – auch wenn sie zur Zeit ‚eingefroren‘ sind.“

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben keine Claims in der Antarktis abgesteckt; sie erkennen die Ansprüche anderer nicht an und behalten sich alle Rechte vor. Ähnlich verhält sich die Bundesrepublik Deutschland.

Mit teilweise sich überschneidenden Gebietsansprüchen traten Argentinien, Chile, Großbritannien und ferner Australien, Frankreich, Neuseeland und Norwegen auf den Plan. Die Südamerikaner und die Franzosen betrachten ihre Sektoren gar als „nationales Territorium“.

Auf dem „höchsten, kältesten und windigsten Kontinent“ sind punktuell zahlreiche wichtige Rohstoffe festgestellt worden. Ob er tatsächlich eine „Schatzkammer des 21. Jahrhunderts“ wird, steht noch dahin. Die Schätzungen, es müsse unermeßliche Vorkommen geben, beruhen auf dem Analogieschluß aus den angrenzenden Erdteilen, die zusammen mit der Antarktis den Superkontinent Gondwana gebildet haben sollen.

Vorwürfen des britischen Naturforschers Sir Peter Scott, die bereits bestehenden Umweltschutz-Bestimmungen für die Antarktis seien von Australien, der Bundesrepublik, Frankreich und Japan verletzt worden, wurde widersprochen. R. B. Heywood von der britischen Antarktis-Forschung meint: „Wir brauchen ganz strikte internationale Schutzbestimmungen, wenn dieses Gebiet wirtschaftlich erschlossen wird. Jeder Eingriff in die unberührte Natur ist nicht wiedergutzumachen, weil sich dort in Hunderten von Jahren nichts regeneriert.“

Planung von Gewaltaktionen gegen die NATO

W. KAHL, **Mainz/Oldenburg**

Für paramilitärische Aktionen gegen die NATO im Fall der Nachrüstung im Herbst parallel zu Demonstrationen der Friedensbewegung haben sich auf einer überregionalen Tagung in Mainz Vertreter linksradikaler autonomer und „antiimperialistischer Gruppen“ (Anti-Impis) ausgesprochen. Das zweitägige Treffen fand unter der Losung „Stoppt die NATO-Munitionstransporte“ am vergangenen Wochenende in den Räumen der Mainzer Evangelischen Studentengemeinde (ESG) statt.

Vertreter aus rund 20 Großstädten und Landkreisen berieten in vier Arbeitsgruppen den Stand der Planung für den „Widerstandsherbst“. Enttäuscht äußerte sich der Ruhrgebiets-Sprecher über die Reaktion zahlreicher Anhänger der „Friedensbewegung“ auf die Krawalle anläßlich des Besuches von US-Vizepräsident George Bush in Krefeld. „Die haben applaudiert, als unsere Leute festgenommen wurden, und Petra Kelly hat drinnen beim Büfett gesessen“, so der Sprecher der Ruhr-Radikalen. „Mit denen gibt es keine Diskussionen mehr.“ Jetzt komme es darauf an, „die Grauzone zu mobilisieren“. Im Blickfeld der Mainzer Tagung stehen alle diejenigen, die sich unentschlossen „zwischen den Fronten“ bewegen. „Auf die müssen wir unsere besten Leute ansetzen“, sagte der Sprecher. Anschläge sollen nach dem Muster der terroristischen „Revolutionären Zellen“ (RZ) verübt werden: „Wenn ich wirklich effektive Sachen machen will, dann nur mit drei Leuten und keinem einzigen Mann mehr.“

Unter den etwa 250 bis 280 Teilnehmern war auch der Mainzer Studentenpfarrer Hans-Michael Arndt. Der 42jährige wird von den Sicherheitsbehörden im weiteren Sinne zum Bekanntenkreis des zur linksradikalen Szene gehörenden Rudolf Raabe aus Frankfurt gerechnet. Raabe hatte besonderes Interesse an den Kampfhandlungen von IRA und INLA in Nordirland gezeigt. Die Gruppe Mainz/Wiesbaden legte während der Tagung ein fünfseitiges Positionspapier zur Diskussion des „Widerstandes gegen die NATO-Infrastruktur, gegen Munitionstransporte und die beabsichtigte Raketenstationierung“ vor.

Anhänger des Oldenburger Kommunikationszentrums „Alhambra“ stoppten am 1. Juli mit Ankerseilen vorübergehend die Fahrt eines mit Munition beladenen Motorschiffes zum Hafen Nordenham. Als die Polizei die besetzte Zugbrücke räumte, demonstrierte die Gruppe von etwa 80 Personen in der Innenstadt

Bundeswehr: Keine Transportverlagerung

rmc. **Bonn**

Die Bundeswehr beabsichtige nicht, Transportaufgaben von der Bundesbahn abzuziehen. Mit diesen Worten reagierte der Sprecher des Verteidigungsministeriums auf die Darstellung zweier SPD-Abgeordneter aus Schleswig-Holstein, nach der der gesamte Stückgutverkehr der Bundeswehr von der Bundesbahn abgezogen werden solle. Oberst Jürgen Reichardt nannte diese Angabe falsch. Er verwies darauf, daß die Bundeswehr seit Jahresbeginn lediglich die Versorgungstransporte der drei Teilstreitkräfte auf der Straße, die bislang voneinander unabhängig abgewickelt worden waren, koordiniere.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Jungmann, der Mitglied des Bonner Verteidigungsausschusses ist, und der SPD-Landtagsabgeordnete Uwe Gonnesson, der Sprecher der SPD-Fraktion in Kiel für Verkehrsfragen, hatten in der vergangenen Woche angekündigt, die Bundeswehr wolle vom 4. Juli 1983 im Raum Schleswig-Holstein/Hamburg ihren gesamten Stückgutverkehr in eigener Regie abwickeln und dazu vom 1. Dezember an der Bundesbahn auch keine Wagenladungen mehr anvertrauen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten (GDBA), Adolf Hartmann, verwahrte sich umgehend gegen diesen angeblichen „Handstreich“ der Bundeswehr.

Seite 2: Sparsame Militärs

Liberale Demokraten wollen kandidieren

hy. **Düsseldorf**

Die „Liberalen Demokraten“ wollen sich an allen künftigen Wahlen beteiligen. Die Landtagswahlen in Hessen und die Bürgerschaftswahlen in Bremen am 25. September würden eine „Probe aufs Exempel“ sein, kündigte gestern der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende, Heiner Jüttner, im Gespräch mit der WELT an. Jüttner wies darauf hin, daß sein Landesverband jetzt über 700 Mitglieder habe – das sei ein Viertel aller Mitglieder der „Liberalen Demokraten“ im Bundesgebiet. Nach der Gründung des Landesverbandes Bayern am Wochenende gebe es nur noch das „Saarland als weißen Fleck“.

Paris sagt nein zu Atomrüstungsstopp

dpa, **Paris**

Frankreich hat den Vorschlag der Staaten des Warschauer Paktes erneut abgelehnt, vom nächsten Jahr an die atomare Rüstung zu stoppen. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte gestern, ein Atomrüstungsstopp würde „die existierenden Ungleichgewichte festschreiben“ und sei „weitgehend nicht nachprüfbar“.

Der Osten rüstet Nicaragua auf

Managua und die Contras vor einer Entscheidungsschlacht / U-Boot-Hafen für Moskau?

WERNER THOMAS, **Miami**

In den nicaraguanischen Hafenstädten Corinto und Bluefields werden Waffen aus mindestens fünf Ostblock-Frachtern entladen. Die Sowjets haben ihre Waffenlieferungen an Managua verdoppelt. Amerikanische Transportmaschinen des Typs C-130 pendeln dagegen zwischen Panama und Honduras, um die andere Seite mit militärischem Material zu versorgen. In der Krisenregion ist in den letzten Wochen kräftig aufgerüstet worden – für eine entscheidende Schlacht.

Die antisandinistischen Brigaden (Contras) wollen noch in diesem Monat eine Offensive gegen das Comandante-Regime starten, um den Marsch auf Managua vorzubereiten. Die Sandinisten versuchen diese Pläne durch verstärkte Verteidigungs-Anstrengungen zu verhindern. „No Pasaran" heißt die Losung, die auf Transparenten steht oder bei Kundgebungen geschrien wird, sie werden nicht durchkommen.

Serie von Rückschlägen

Die „Contras" sind zum Handeln gezwungen, die Zeit drängt. Der Kongreß in Washington wird bis Ende September die CIA-Mittel für ihre Operationen zum Sturz der Comandantes stoppen, so sieht die Situation jedenfalls gegenwärtig aus. „Wir befinden uns in einer kritischen Phase", sagte Edgar Chamorro, einer der Führer der „Demokratischen Front Nicaraguas" (FDN), der stärksten Widerstandsorganisation.

Chamorro weiß: „Die Amerikaner setzen nicht auf einen Verlierer. Wir müssen ihnen demonstrieren, daß wir Sieger sein können." Die Konterrevolutionäre, die Anfang dieses Jahres ihre militärischen Aktionen eröffnet haben, mußten in den letzten Wochen eine Serie von Rückschlägen hinnehmen. Ihre Strategen hatten mit einem schnellen Erfolg innerhalb weniger Monate gerechnet. Sie schätzen heute die Lage nüchterner ein.

Die antisandinistische Bewegung leidet unter einem Mangel an Koordination, der auf interne Machtkämpfe zurückzuführen ist. Eden Pastora, der populäre „Comandante Cero" des nicaraguanischen Bürgerkrieges, der im Süden etwa 2000 Kämpfer der „Demokratischen Revolutions-Allianz" (Arde) kommandiert, verweigert nach wie vor die Zusammenarbeit mit der FDN, weil in deren Reihen frühere Somoza-Anhänger stehen.

In der letzten Juni-Woche verkündete Pastora, er werde den Kampf vorübergehend einstellen, es fehle ihm an Waffen und an Geld. Wenige Tage später teilte er mit, er kämpfe weiter. Chamorro bezeichnet Pastora als „verrückt". Er sei aber, das konzediert der FDN-Mann, „idealistisch und mutig". Er werde „gebraucht".

Chamorro berichtete, Pastora habe einmal Kommandeur der gesamten Bewegung werden wollen, sich aber mit seinen Forderungen nicht durchgesetzt. Deshalb spiele er heute noch den verletzten Mann. Fernando (El Negro) Chamorro, ebenfalls ein ehemaliger sandinistischer Comandante, der die „nicaraguanischen Revolutionsstreitkräfte" (FARN) führt, operiert jetzt im Norden, weil er im flachen Süden kaum Fortschritte erzielte. „El Negro" (der Schwarze) kommandiert die kleinste Contra-Gruppe: etwa 200 Leute.

Die Indianer-Organisation „Misura" stellt dagegen rund 3000 Kämpfer, die über die besten Terrain-Kenntnisse und Kontakte zur Bevölkerung verfügen. Sie konzentrieren ihre Aktionen auf die heimatlichen Gebiete der Atlantik-Küste.

Die einzige ernsthafte Gefahr für die sandinistischen Comandantes geht von der FDN aus, dem am besten bewaffneten und organisierten „Contra"-Verband. Enrique Bermudez, ein früherer Oberst der Nationalgarde Somozas, der heute die militärischen Operationen der FDN steuert, schätzt seine Truppen auf mittlerweile 7000 Mann. Der FDN gelang bisher jedoch noch kein spektakulärer Schlag, der ihr Respekt unter der nicaraguanischen Bevölkerung verschafft und die Comandantes eingeschüchtert hätte. Solche Aktionen sind erst für die Sommer-Offensive geplant, versicherte Bermudez. Man wolle am Ende einen Volksaufstand gegen das marxistische Regime erreichen.

2000 kubanische „Berater"

Die Marxisten in Managua werden sich nicht so leicht verjagen lassen. Sie perfektionierten ihren Sicherheitsapparat und das Überwachungssystem, um die Opposition im Keim zu ersticken. Sie können rund 13 000 „Contra"-Soldaten mindestens 110 000 bewaffnete Männer und Frauen entgegenstellen, die meisten davon (etwa 80 000) sind Milizen.

Nach letzten CIA-Schätzungen sind 2000 kubanische Militärberater in Nicaragua tätig, unter ihnen der stellvertretende kubanische Verteidigungsminister General Arnaldo Ochoa Anchez, Fidel Castros Angola- und Äthiopien-Stratege. In Puerto Cabezas an der Atlantik-Küste ist der Flughafen für die Stationierung von MIG-Jägern erweitert worden. In Kuba sollen 80 MiG-21-Flugzeuge auf das Ende der Ausbildung nicaraguanischer Piloten warten. Amerikanische Geheimdienst-Kreise verfolgen auch aufmerksam den Ausbau des kleinen Hafens in San Juan del Sur an der südlichen Atlantik-Küste für sowjetische Fischerei-Schiffe. Sie befürchten, daß hier einmal Kriegsschiffe ankern werden, vielleicht sogar U-Boote. (SAD)

Kanadas Marine hat große Schwächen

Verteidigungsausschuß des Senats bescheinigt ihr einen „erschütternden Zustand"

A. v. KRUSENSTIERN, **Ottawa**

Der Verteidigungsausschuß des kanadischen Senats hat ein vernichtendes Urteil über die kanadische Kriegsmarine ausgesprochen: Die königlich kanadische Navy ist nicht dazu imstande, die kanadische Küste zu verteidigen, geschweige denn, Kanadas NATO-Verpflichtungen nachzukommen. Sie befindet sich, so heißt es in einem Ausschußbericht wörtlich, in einem „erschütternden" Zustand.

Kanada hat eine längere Küste als jedes andere Land, und nach Ende des Zweiten Weltkrieges hatte Kanada über 400 Schiffe und damit die drittgrößte Kriegsflotte der Welt. Heute besteht die kanadische Kriegsmarine aus ganzen 23 Einheiten. Zwanzig davon sind Zerstörer und Fregatten, und nur vier von ihnen sind weniger als zwanzig Jahre alt. Außerdem hat Kanada drei U-Boote mit Dieselantrieb.

Kanada hat kein einziges Minenräumschiff. Im Kriegsfall könnte die gesamte kanadische Kriegsmarine über Nacht durch Verminung der Hafenausfahrten ausgeschaltet werden. Keines der kanadischen Schiffe ist dazu in der Lage, sich gegen moderne Lenkwaffen zu verteidigen.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Paul Lafond, meinte sarkastisch: „Die kanadische Navy ist allenfalls dazu imstande, einen Angriff von St. Pierre et Miquelon abzuwahren." St. Pierre et Miquelon sind zwei kleine, Frankreich gehörende Inseln, die der Küste von Neufundland vorgelagert sind.

Der Ausschuß bescheinigt den Offizieren und Mannschaften der kanadischen Navy ihre ausgezeichnete seemännische Qualität. Aber im Bericht des Ausschusses heißt es dann: „Die Tragödie ist, daß Kanada diese Männer und Frauen, denen die Waffen vorenthalten worden sind, im Kriegsfall in See schicken würde. Sie würden gehen, und viele würden nicht zurückkommen."

Das kanadische Flottenprogramm sieht den Bau von sechs neuen Fregatten vor. Aber die erste soll frühestens 1978 in Dienst gestellt werden. Der kanadische Verteidigungshaushalt sieht für das nächste Jahr Ausgaben von 8,7 Milliarden kanadischen Dollar (rund 17,4 Milliarden Mark) vor. Der Verteidigungsausschuß des Senats empfahl der Regierung, den Marinehaushalt während der nächsten zwölf Jahre um jährlich 550 Millionen Dollar (1,1 Milliarden Mark) aufzustocken, um mehr Fregatten, U-Boote und Minenräumfahrzeuge anzuschaffen. Der Ausschuß wies darauf hin, daß Kanada nur 2,2 Prozent seines Bruttosozialprodukts für die Verteidigung aufwendet, das ist weniger als jeder andere NATO-Staat außer Luxemburg.

Die Empfehlung wurde von Verteidigungsminister Gilles Lamontagne abgelehnt: „Ich habe dafür kein Geld." Premierminister Pierre Elliott Trudeau sieht keinen Grund zur Sorge. Kanada habe eine „Super-Navy", erklärte er kürzlich. (SAD)

Pekings Diplomatie betritt Neuland

Von JOHNNY ERLING

Eine Delegation der chinesischen Gesellschaft zur Freundschaft mit dem Ausland hält sich dieser Tage in Moskau auf. Der überraschende Besuch der chinesischen Abordnung soll wieder Bewegung in die festgefahrenen Normalisierungsgespräche zwischen Moskau und Peking bringen. Dazu bedient sich Peking der für solche Mittlerrollen geschaffenen Gesellschaft.

Beweglichkeit und ein geschickter Einsatz diplomatischer Mittel kennzeichnen die jüngste chinesische Außenpolitik, deren Ziele der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang in seinem Bericht auf dem Volkskongreß in Peking im Juni mit einer Absichtserklärung umschrieb: Zu allen Staaten wolle Peking in freundschaftliche Beziehungen eintreten. Hinter dieser Erklärung steht eine aktive Reisediplomatie, die China im ersten Halbjahr 1983 in Gang gesetzt hatte. Dabei zeigt sich die Volksrepublik im sechsten Jahr ihrer politischen und ökonomischen Reform innenpolitisch stabilisiert. Entsprechend *selbstsicher bemüht sie sich* jetzt um eine neue Rolle in der Weltpolitik.

Geopolitisch und strategisch ist ihr dabei schon längst die Position einer dritten Weltmacht zugefallen, die sie gleichwohl aus innerer Schwäche nie recht zur Geltung bringen konnte. „Ferne Wasser löschen keine Feuer." Mit diesem Sprichwort hat Peking früher oftmals auf den Widerspruch zwischen seinen Worten und seinem Einfluß hingewiesen.

Aber der Einfluß ist gewachsen, nicht nur im asiatischen Raum. Mit Japan steht das Riesenreich heute in entwicklungsfördernder Beziehung, mit der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean zieht es in vielen Fragen außenpolitisch an einem Strang. So war es auf der Australien-Reise des chinesischen Ministerpräsidenten im April durchaus im Sinne der Asean-Mit*glieder, daß Zhao* die beabsichtigte Vietnam-Hilfe der neuen australischen Regierung monierte. Die gemeinsame Furcht vor den von Moskau unterstützen hegemonialen Gelüsten Vietnams hat diese Einheit begründet.

Wirkliches Neuland aber hat Peking mit seiner Suche nach offenen Türen in Osteuropa betreten. In der bewährten Ämterteilung besuchten gleich drei Parteiemissäre in den vergangenen Monaten Osteuropa. Generalsekretär Huo Yaobang war in Rumänien und Jugoslawien, der Chefunterhändler für die Peking-Moskauer Konsultationen und Vize-Außenminister Qian Qichen reiste anschließend weiter nach Ungarn, in die „DDR" und Polen, und der Abteilungsleiter für Osteuropa, Ma Xuesheng, nahm sich der CSSR und Bulgariens an. Dabei lag das Interesse Pekings diesmal nicht bei den ökonomischen Reformen dieser Staaten. Erstmals sprachen die chinesischen Besucher wieder über politische Gemeinsamkeiten mit den Staaten Osteuropas, wenn auch von der gemeinsamen Suche nach einer unbestimmten Einheit in der Vielfalt der kommunistischen Parteien.

Anders als noch bei der Reise Hua Guofengs 1978 wurde Moskau diesmal nicht direkt angegriffen. Peking warb nicht mehr mit seiner antihegemonialen gegen die Sowjetunion gerichteten Bündnispolitik, machte dafür aber deutlich, daß es ein ideologisch-politisches Zentrum (Moskau) nicht anerkennen werde – ein Wort, das immer mehr Ostblockländer nur zu gerne hören. Dieses sprach Zhao Ziyang auch aus der Seele, als er in seinem Bericht auf dem Volkskongreß in Peking zum ersten Mal seit nahezu zwei Jahrzehnten die osteuropäischen Staaten wieder offiziell mit dem Attribut „sozialistisch" bedachte.

DIE ● ANALYSE

Den Rahmen dafür bestimmten die begonnenen Normalisierungsgespräche mit Moskau seit 1982. Obwohl sich herausgestellt hat, daß die Normalisierung substantiell kaum vorankommt, öffnete sie die Türen zu Osteuropa um einen Spalt. Denn die Staaten dort stellen keine direkte Bedrohung für *Peking dar*, und *so differenzierte* Zhao Ziyang ebenfalls auf dem Volkskongreß auffällig in seiner Beurteilung Osteuropas und der Sowjetunion. Moskau warf er vor, nach wie vor eine Bedrohung für China zu sein. Während die sowjetische Presse in den vergangenen Wochen darauf in gewohnter polemischer Schärfe antwortete, hielten sich die osteuropäischen Länder auffällig zurück. Selbst die moskautreue „DDR" vermeldete auch nach dem chinesischen Volkskongreß fast täglich Positives über den zunehmenden wissenschaftlich-technischen und kulturellen Austausch mit der Volksrepublik China.

Dabei hat es Peking keineswegs versäumt, seine Westeuropa-Politik zu pflegen. Nicht nur die gewohnten Handelsdelegationen warben um engere Kooperation, sondern auch außenpolitisch trat China an die EG-Außenminister mit dem Wunsch nach Konsultationen heran. Und schließlich intensivierte Peking seine Kontakte auch in den Fragen der Sicherheitspolitik.

Zu welchem Ziel die Außenpolitik hinsteuert, weiß man selbst in Peking noch nicht genau. Es fehlt, und *das ist ihr Kennzeichen*, nicht an Pragmatik, wohl aber an Programmatik. An holzschnitthaften Vereinfachungen nach der Art von Maos Drei-Welten-Theorie zeigt sich China heute kaum noch interessiert. Zhao Ziyangs ausgedehnte Afrika-Reise um die Jahreswende *und zahlreiche Einladungen* an Dritte-Welt-Politiker nach Peking sprechen aber für ein neues und differenziertes Werben Pekings um die Dritte Welt.

Was von Maos theoretischen Modellen bleibt, sind nicht die Einheitsfronten, sondern nur noch das Prinzip des Antihegemonismus. Denn mit Kambodscha, Vietnam, Afghanistan und der gespannten Situation an seinen Grenzen ist Chinas Sicherheit unmittelbar berührt. Daher sind *Lösungen* in diesen Ländern zu Vorbedingungen einer tatsächlichen Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen geworden.

Wenn die Neuordnung der chinesischen Außenpolitik auch noch nicht abgeschlossen ist, so treten doch einzelne Elemente einer neuen Kontur hervor. Sowohl zu den USA als auch zur UdSSR wahrt Peking Abstand. Von den USA erwartet es vertrauensbildende Maßnahmen. Washington hat darauf mit einer Umgruppierung Pekings in die Kategorie „befreundete Staaten" reagiert. Die Beziehungen zu Moskau sind kühl geblieben. Gegenüber Europa als Ganzem ist Pekings Außenpolitik beweglich geworden, und um die Dritte Welt wirbt es selbstbewußt und aktiv.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nachrüstung und Widerstand

„Sicherheitspolitik ist Sache der Regierung" und „Kritik oder Anstoß zur Nötigung?"; WELT vom 2. Juni

Zur Gefahrenlage: Die Pershing II ist der SS 20 weit überlegen; sie ist nachsteuerbar und geeignet, tiefste Bunkersysteme zu knacken, also die gegnerischen Befehlszentralen auszuschalten. Ihre Aufstellung wäre keine bloße Nachrüstung zur Wiederherstellung eines nur regional gestörten Gleichgewichts. Zur näheren Begründung sei auf die zahlreichen Publikationen verwiesen, z. B. Lutz, Weltkrieg wider Willen? (rororo 4934), Mechtersheimer, Nachrüsten? (rororo 4940) und Atomkrieg gewinnbar? (rororo 5247).

Da die Pershing II in wenigen Minuten die sowjetischen Zentren (1800–2500 km weit) erreichen und fast jede Vorwarnung unmöglich machen würde, bliebe der Sowjetunion kaum etwas anderes übrig, als im Krisenfall dem „Enthaup*tungsschlag" durch* Ausschaltung der auf deutschem Boden stationierten Raketen zuvorzukommen, und zwar wegen deren Mobilität flächendeckend. Die sowjetischen Präventivraketen müßten so programmiert werden, daß für Überlegungen kein Raum mehr bliebe; die Katastrophe liefe dann automatisch ab. Darum erscheint der Verzicht der Sowjetunion auf den Ersteinsatz von Atomwaffen auch unglaubwürdig.

Damit beantwortet sich zugleich die auch von Klein gestellte Frage, warum amerikanische Raketen gefährlicher seien als sowjetische: Während sowjetische Atomraketen seit 30 Jahren auf uns gerichtet sind, ohne uns unter dem Schirm der NATO sonderlich zu schrekken, würde die Gefahrenlage für uns mit der Aufstellung dieser neuen Waffen leicht tödlich, weil damit der Präventivschlag im Krisenfall provoziert würde. Die Bundesrepublik darf nicht zu einer Raketenbasis gemacht werden, welche im Ernstfall als erste zerstört werden müßte. Wenn man schon meint, „nachrüsten" zu müssen, so müßte dies auf See geschehen.

Zur Rechtsgrundlage: Die „Prärogative" der Bundesregierung findet ihre Grenze in den Gesetzesvorbehalten. Diese sind im militärischen Bereich sogar strenger als in anderen (Art. 87a GG). General- und Stationierungsverträge dekken nicht die Aufstellung neuartiger aggressiver Atomwaffen. Auch Ausgabenansätze für militärische Infrastruktur im Bundeshaushalt oder Bundestagsentschließungen (so vom 26. 3. 1981) genügen dem Gesetzesvorbehalt des GG nicht.

Im übrigen bekräftigen gerade die BVerfG-Urteile zu den Kernkraftwerken Kalkar und Kärlich, daß selbst beherrschbare Sicherheitsrisiken dem Volk nicht ohne Gesetz und Anhörung auferlegt werden dürfen. Der Kürze halber verweise ich insoweit auf Däubler, Stationierung und Grundgesetz (rororo 5018).

Zur Volksabstimmung: Gemäß Art. 20 II 2 GG wird alle Staatsgewalt vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe (Gesetzgebung, Exekutive, Rechtsprechung) ausgeübt. Somit haben Abstimmungen Vorrang vor den repräsentativen Gewalten; der Gesetzgeber muß sie allerdings beschließen, wobei er sich an das Ergebnis nicht zu binden braucht. Das von Blumenwitz angeführte Hamburger Volksbefragungsgesetz ist allein wegen Eingriffs eines Landes in die Bundeskompetenz (Verteidigung) für *verfassungswidrig* erklärt worden.

Zum Widerstandsrecht: Ich habe betont, daß der Begriff „gewaltloser Widerstand" schillernd und widersprüchlich ist. Ich habe auch niemanden zur Gewaltanwendung ermuntert. Mir wird aber immer wieder die Frage gestellt, was denn „Gewalt" sei – nur physische oder auch psychische? – und wann ihre Anwendung zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen sei (Paragraph 240 II StGB). Diese Fragen sind nicht so leicht zu beantworten, wie Klein meint. Das hängt von den Umständen und der allgemeinen Anschauung („Sozialadäquanz") ab. Es handelt sich um Wertungsfragen, die auch unter Richtern strittig sein können. Und insoweit gilt ja nun einmal Richterrecht.

Das Widerstandsrecht des Art. 20 GG habe ich nie in Betracht gezogen. Blumenwitz' markiger Schlußsatz, auch das Widerstandsrecht mache den Bürger nicht zum Richter in eigener politischer Sache, vernebelt aber, daß bei einem Versuch, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen – das ist die Voraussetzung des Widerstandsrechts – nicht erst eine Erlaubnis zu seiner Ausübung eingeholt werden kann. Wer also anders als der Bürger soll dann entscheiden?

Ich glaube nicht, gegen Paragraph 39 DRiG verstoßen zu haben. Viele Zuschriften, vor allem von Richtern, bestärken mich darin, daß es gut war, gesprochen zu haben, wenn dies auch manchem mißfällt.

Dr. Heinz Recken
Karlsruhe

Gewaltig erratischer Block

„Dietrich Fischer-Dieskau singt Lieder von Hans Pfitzner"; WELT vom 11. Juni

Als Musiker, der sich seit Anfang der zwanziger Jahre, nach erstmaligem Erleben der Palästina-Legende in der Münchener Uraufführungs-Besetzung (des Jahres 1917) mit Hans Pfitzners Schaffen beschäftigt, hat mich des Verfassers Eintreten für den verkannten Meister sehr berührt und erfreut zugleich. Es ist aller Anerkennung wert, *daß eine Zeitung* vom hohen Rang der WELT diesen großen deutschen Musiker aus dem langen Schatten herausholt, den der strahlende Glanz von Richard Strauss über ihn wie über Max Reger geworfen hat.

Eine lohnende und verdienstvolle Aufgabe wäre es, Pfitzners Bild endlich von den mißverständlichen Klischeevorstellungen zu reinigen, nach des Komponisten eigenen Worten „ausgedrückt in den Schlagworten: musikalische Askese, linear, herb, spröde, schwer zugänglich, eigenwillig, die mit einer mathematischen Gewißheit in jedem Zeitungsartikel wiederkehren. Neben schlechten Aufführungen schadet mir nichts so als diese gedankenlose oder böswillige Abstempelung". Pfitzner selbst nennt in diesem Zusammenhang eine stattliche Werkreihe voll zupackender, mitreißender, blühender, lichter, eingänglicher Musik, gewichtiger Kontrapunkt zu dem meisterlichen Gestalter herbstlicher Farben.

Mit einem konsequenten Einsatz für Pfitzner befände sich die WELT in vollem Einklang mit all jenen, deren Anteilnahme er sich zu Lebzeiten (1869–1949) erfreuen konnte. Die Namen Reger, Mahler, Mottl, Muck, Walter, Furtwängler, d'Albert, Gieseking, Riemann, H. Thoma, D. v. Liliencron, A. Schweitzer und – über eine längere Wegstrecke – Th. Mann seien herausgegriffen und ließen sich um die zahlreicher bekannter Persönlichkeiten unseres Kulturlebens erweitern. Auch für Pfitzner gilt, daß es nicht der kleinste Ruhm ist, die Anerkennung der Besten seiner Zeit gefunden zu haben und von ihnen gelobt worden zu sein. Die Gegenseite sei durch ein Zitat Stuckenschmidts, des vornehmlichen Wortführers der „Zweiten Wiener Schule", vertreten, demzufolge Pfitzners Werk „wie ein gewaltiger erratischer Block in die geistige Landschaft der Gegenwart versprengt ist, lapidar und unübersehbar, befremdend und achtungsheischend, zeitfern und zeitlos".

Mögen die Medien eine stärkere Pflege von Pfitzners Werken mitbewirken, damit eine möglichst große Musiköffentlichkeit jene Kräfte nutzen kann, die ihnen inne wohnen, als Quelle der Besinnung, aber auch der Freude!

Dr. Walter Trienes,
Lübeck 1

Dauer-Klagelied

„DAG: Kompromiß-Suche" und „Die irreale Alternative"; WELT vom 28. Mai und „Leserbriefe: Prügelknaben der Nation"; WELT vom 18. Mai

Einem kommen die Tränen, wenn man das Klagelied der Versorgten hört („Prügelknaben der Nation") und die akrobatischen Versuche der Funktionäre von ÖTV, DGB und DAG beobachtet, die Versorgungsfrage des öffentlichen Dienstes zu verniedlichen. Da spricht Herr Halberstadt von der DAG in der WELT von „Luftbeispielen" und „Extremfällen" und muß doch schließlich ein Versorgungsbeispiel bringen, von dem ein Rentner nur träumen kann.

Sehr geschickt werden *dann* noch Besoldungsfrage und Versorgungsfrage gemischt. Als DAG-Vorstandsmitglied sollte er wissen, daß in der freien Wirtschaft auch nicht jeder Angestellte bei 4400,– DM liegt.

● Beispiel Halberstadt: Der Leiter einer Registratur im öffentlichen Dienst (Endbrutto 3250,– DM / Endnetto 2350,– DM) kann also durchaus 2350,– DM Versorgungsbezüge – ergo 100 Prozent seines letzten Nettos – erhalten. Ich unterstelle dabei, daß er um die 40 Dienstjahre haben muß.

● Ein Beispiel aus meinem Bekanntenkreis: Bereichsleiter in einem nichtöffentlichen Wirtschaftsbetrieb (Endbrutto 5350,– DM / Endnetto 3650,– DM). Er hat 41 Berufsjahre, davon in den letzten 20 Jahren stets die höchste Beitragsstufe bzw. Beiträge zur Bemessungsgrenze (1982 = 4700,– DM) gezahlt und erhält eine BfA-Rente von 1900,– DM! Das sind schlicht 52 Prozent des letzten Nettos!

Alles, womit er sein Einkommensniveau vorausschauend absichern konnte, waren zusätzliche Versicherungen mit jahrelangen saftigen zusätzlichen Beiträgen.

Nun können wir entweder einen Beamten der entsprechenden Brutto-Gehaltsstufe zum Vergleich mit dem Bereichsleiter heranziehen, oder dem Leiter der Registratur im öffentlichen Dienst einen adäquaten Gehaltsempfänger der freien Wirtschaft gegenüberstellen, die Relationen zwischen dem jeweiligen Endnetto und den Versorgungsbezügen einerseits sowie der Rente andererseits lassen sich nicht verwischen. Die Tatsache bleibt, daß der Versorgte des öffentlichen Dienstes bis zu 100 Prozent, der aus der Privatwirtschaft kommende Rentner zwischen 50 und vielleicht 55 Prozent seines Endnettos erhält. Wie soll auch ein Angestellter aus der freien Wirtschaft mit 3250,– DM brutto jemals auf 2350,– DM Rente kommen, da doch sein Kollege mit 5350,– DM brutto nur 1900,– DM Rente bezieht? Selbst bei 55 Prozent seines Endnettos käme dieser Angestellte bestenfalls auf 1300,– DM Rente.

Die öffentlichen Versorgungsfunktionäre sollen doch endlich aufhören, hier von Einzelfällen zu sprechen – es wird langsam unerträglich.

Bruno Schulze-Wewezer,
Hamburg 90

Nebentätigkeit?

„Bonner Bestseller mit neuem Rek... WELT vom 22. Juni

Sehr geehrte Damen und Her...
Ihr Artikel paßt zur Diskuss... über die Erhöhung der Diäten... Bundestagsabgeordneten wie... Faust aufs Auge.

Sie erwähnen, daß der Abge... *nete Klaus Lohmann* „zudem... SPD-Geschäftsführer, Kreisun... bezirksgeschäftsführer, Mitgl... von Verwaltungs- und Aufsicht... ten – und schließlich ja auch n... Oberbürgermeister der Stadt... ten ist"; nebenbei, könnte man... sagen.

In der Erörterung der Diäte... höhung wird immer wieder so... tan, als wären die Diäten die e... gen Einkünfte eines Abgeord... ten. Dies scheint in der Regel... neswegs der Fall zu sein, wie... Beispiel Lohmann zeigt. So... als Abgeordneter als auch als O... bürgermeister bekommt er ein... les Gehalt, von den übrigen... künften einmal ganz abgese... Beide Positionen sind angeb... full time jobs.

Seine Bezüge seien ihm gegö... aber es ist unmöglich, daß er s... ganze Arbeitskraft dem Bun... *tagsmandat* und den Aufgaben... Oberbürgermeister gleichz... widmen kann. Man sollte des... auch nicht so tun, als ob die I... destagsabgeordneten am Hun... tuch nagen.

Mit freundlichen Gr...
Jürgen Guder...
Offenbach/...

Meinungsfreihei...

Sehr geehrte Redaktion,
in „Ein deutliches Wort an... Lehrer" (WELT vom 24. Juni)... der baden-württembergische... tusminister wie folgt zitiert:... Grundgesetz hat festgelegt, daß... Meinungsfreiheit ihre Grenze... den allgemeinen Gesetzen fin... im Beamtengesetz aber stehe... gerade der Beamte „in der K... am Staate, an seinem Arbeit... die notwendige Zurückhal... und Mäßigung an den Tag le... müsse.

Dazu ist zu bemerken, daß... Beamtengesetz kein allgem... Gesetz ist, sondern ein Spezi... setz, eben für die Beamten, n... für die Allgemeinheit.

Vielleicht ist die Feststel... nützlich, daß das Grundgese... Artikel 5 (2) sagt, die Rechte... freien Meinungsäußerung un... Pressefreiheit „finden ihre Sc... ken in den Vorschriften der a... meinen Gesetze, den gesetzl... Bestimmungen zum Schutz... Jugend und in dem Recht der... sönlichen Ehre". Außerdem... Artikel 17 a, daß die Gesetze... Wehrdienst und Ersatzdienst... Grundrecht der freien Meinu... äußerung einschränken kö... Ferner bestimmt Artikel 18,... wer die Grundrechte der f... Meinungsäußerung, insbeso... u. a. der Lehrfreiheit, „zum K... fe gegen die freiheitliche dem... tische Grundordnung... braucht", diese Grundrechte... wirkt.

Das spezielle Beamteng... setzt also keine grundgesetz... Schranken für die Meinung... heit. Das Erfordernis der Zur... haltung und Mäßigung bei K... an seinem Arbeitgeber gilt... selbstverständlich allgemein... nerlei ob es sich um einen öff... chen oder einen privaten Arbe... ber handelt.

Mit freundlichen Gr...
Prof. Dr. Hasso H...
Bad Windi...

Wort des Tage[s]

„Nicht was der Mensch... hat, nur was er tut, ist... sein unverlierbares... Eigentum."

Friedrich Hebbel, dt. Dich[ter] (1813–1863)

Personalien

ERNENNUNGEN

Hans-Jochen Freiherr von Uslar-Gleichen, bisher Leitender Senatsrat beim Berliner Senator für kulturelle Angelegenheiten, wird in Bonn Kulturdezernent der Stadt und damit Nachfolger von Stadtdirektor Dr. **Fritz Brüse**. Der 46jährige Koblenzer von Uslar-Gleichen war vor seiner Berliner Tätigkeit Referent des Deutschen Städtetages gewesen, des nordrhein-westfälischen Städtetages und Leiter der Gruppe „Finanzbedarf und Cash-Management" der Titangesellschaft mbH, Leverkusen. Im Herbst wird er in Bonn sein neues Amt antreten.

*

Professor Dr. **Hans A. Rupprecht**, Direktor des Instituts für Rechtsgeschichte und Papyrusforschung an der Philipps-Universität in Marburg, wurde erneut in das Komitee der Internationalen Gesellschaft der Papyrologen gewählt. Der Wissenschaftler lehrt seit 1969 in Marburg antike Rechtsgeschichte und Römisches Recht, besonders juristische Papyrologie. Professor Dr. **Walter Kröll**, Präsident der Philipps-Universität, wurde Vorstandsmitglied im Deutschen Akademischen Austauschdienst, DAAD, in Bonn.

*

Dr. **Karl Wand**, Botschafter in Angola, ist jetzt auch deutscher Botschafter in der Demokratischen Republik Sao Tomé und Principe vor der afrikanischen Westküste. Karl Wand ist ein perfekter Afrika-Spezialist des deutschen auswärtigen Dienstes. Der Gerolsteiner, Jahrgang 1920, hatte zunächst Geschichte, Philosophie und neuere Sprachen studiert, sein Lehramt für die höheren Schulen abgelegt und in der „Kölnischen Rundschau" volontiert, ehe er 1953 zum Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ging. Seit 1957 gehört er dem auswärtigen Dienst an. Er war in Stockholm und Lagos, Nigeria, und 1971 bis 1975 Botschafter in Benin, dem früheren Dahomey. Anschließend wurde er Ständiger Vertreter des Botschafters in Oslo, ehe er als Botschafter nach Malawi ging. Seit 1982 hat er den schwierigen Posten eines Bonner Botschafters in Angola. Die Wands sind eine künstlerische Familie. In Malawi malte der Botschafter den dortigen Präsidenten Dr. **Kamazu Banda**. Das Bild hängt in einer Schule bei Kasungu, dem Geburtsdorf von Dr. Banda. Ehefrau **Dagny Wand**, ehemalige Balletteuse der Stockholmer Oper, gründete in allen afrikanischen Staaten auch Ballettschulen für schwarze und weiße Kinder, so auch jetzt in Angolas Hauptstadt Luanda.



Dr. Kamazu Banda
Präsident von Malawi

VERANSTALTUNGEN

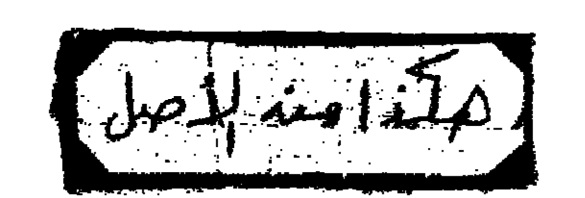
Peter Lorenz, Staatsminister beim Bundeskanzler und Bundesbevollmächtigter für Berlin, war am Montag Gast während der großen amerikanischen Truppenparade zum 207. Unabhängigkeitstag der USA. Zu den Ehrengästen auf dem Platz des 4. Juli in Berlin-Lichterfelde gehörte auch Berlins Regierender Bürgermeister **Richard von Weizsäcker**. An die Parade schloß sich ein Empfang im Wannsee-Haus an, zu dem der amerikanische Stadtkommandant Generalmajor **James Boatner** eingeladen hatte und an dem auch US-Gesandter **Nelson Ledsky** teilnam. Die Berliner Bürger, die im Juni bereits eine englische Parade zum Geburtstag der Queen erlebten, werden am 14. Juli ein weiteres Schauspiel dieser Art zu sehen bekommen, wenn die Franzosen anläßlich ihres Nationalfeiertages paradieren lassen.

*

Dr. **Philipp Jenninger**, Staatsminister im Bundeskanzleramt, empfing in Bonn in der Regierungszentrale die „Young Singers of Callanwolde", aus dem amerikanischen Staat Atlanta. 40 Jungen und Mädchen im Alter zwischen zwölf und 15 Jahren brachten dem Staatsmi[ni]ster, der die 300-Jahr-Feiern, die [an] die deutsche Einwanderung in [die] USA erinnern, mit vorbereitet, [ein] Ständchen. Der Chor, 1975 gegrün[...]det, hat inzwischen schon Berühm[t]heit erlangt. Er sang vor der bri[ti]schen und der niederländisch[en] Königin. Begleitet wurden die Sä[n]ger von dem amerikanischen Fer[n]sehkommentator **Hal Suit**, der [in] der Bundesrepublik für das nic[ht]kommerzielle amerikanische Fer[n]sehen „PBS" einen 50-Minute[n-]Film dreht, der zu Weihnachten [in] Amerika gesendet werden soll. [Die] amerikanischen Zuschauer soll[en] ein lebendes Bild der Bundesre[pu]blik erhalten und natürlich Einbli[ck] in die Bonner Regierungszentral[e].

ABSCHIED

Ernst Hennig, langjähriger V[er]handlungsstenograph im Pres[se-] und Informationsamt der Bund[es]regierung, wurde von der Bund[es]pressekonferenz in Bonn besond[ers] herzlich verabschiedet. Hennig h[at]te seit dem 3. Oktober 1966 praktis[ch] alle wöchentlichen Pressekon[fe]renzen mit Regierungsmitglied[ern] mitstenographiert, rund 150 [pro] Jahr, rund 2400 während sei[ner] Bonner Dienstjahre. Neben d[en] Protokollen der Bonner Konfer[en]zen schrieb Hennig auch [...] Kanzlererklärungen nieder. Dr. [Ru]dolf Strauch, Vorsitzender der Bu[n]despressekonferenz, und der V[or]stand bedankten sich bei Henn[ig,] der in Pension geht, mit einer Ein[la]dung zum nächsten Bundespres[se]ball. Ernst Hennig soll beim Pres[se]ball am 4. November in der Bonn[er] Beethovenhalle als Ehrengast e[in]geladen werden.



Provozierend unmodern: Das „Ritz", Londons ruhigste Luxusherberge

Zum Tee in den Palmengarten

Vor der Tür rollt der Verkehr sechsspurig in Richtung Piccadilly Circus und Hyde Park Corner. Dennoch ist es die ruhigste Luxus-Herberge in der Stadt geblieben, ein wenig verstaubt, geruhsam im Service und provozierend unmodern. Ein lautloser Protest gegen die funktionale Einheitsarchitektur heutiger Hotelbauten.

Cesar Ritz, 13. Sohn eines Schweizer Schafhirten, hat es im Jahre 1906 gebaut, für insgesamt 345 227 Pfund, acht Shillinge und einen Penny. So genau zählte man damals das Geld, und gebaut wurde dieses Hotel genau für jene, die ihr Geld nicht so genau zählten. Ritz hatte es zwei Steinwürfe vom Buckinghampalast errichten lassen. Es sollte jenen, die nicht ins allerhöchste britische Establishment hineingeboren waren, zumindest das Gefühl geben, ganz nah dabeizusein. Eine Herberge für die Superreichen jener Tage, die Rothschilds, Morgans und die Vanderbilts.

So dauerte es nur wenige Jahre, bis aus dem ehrbaren Familiennamen Ritz ein Wort der englischen Umgangssprache wurde. Die Vokabel „ritzy" wurde in „Webster's Dictionary" aufgenommen und mit „smart, snobistisch und modisch" interpretiert.

Ein Erfolg wurde es nicht auf Anhieb. Der Bau mit seinem verspielten Rokoko-Design, den teuren Louis-XVI.-Möbeln in den Zimmern und den zentnerschweren Chandeliers an den Decken wirkte in der Düsternis des Ersten Weltkrieges und der ersten Nachkriegsjahre irgendwie anachronistisch. Es änderte sich, als in den späten zwanziger Jahren die literarischen Zyniker wie Evelyn Waugh und Noel Coward das „Ritz" für chic und für „in" erklärten. Das zog den Set um den damaligen Prince of Wales an, der hier hofzuhalten pflegte, bis er im Jahre 1936 den Hof verließ und den Thron räumte.

Eigenartigerweise erlebte das „Ritz" seine Blütezeit während des Zweiten Weltkrieges. Es war die einzige Zeit in der fast 80jährigen Geschichte dieses Hotels, da es

Das Ritz – ARD, 16.15 Uhr

überfüllt war. Die „Boys at the Ritz" wurden im Schlager besungen, die Homosexuellen unter ihnen versammelten sich an der Bar im Keller, denn diese Art von Nächstenliebe war damals noch ein illegales Untergrund-Ereignis, die Bar im ersten Stock war auch den Ladies zugetan.

Der Niedergang des „Ritz" begann nach dem Kriege. Obwohl die Reichen dieser Welt wie Paul Getty, der Aga Khan und Gulbenkian dem „Ritz" treu blieben, weil sie hier ihre Ruhe hatten, begannen die Neureichen die Nase zu rümpfen. Ihnen mißfielen die Löcher in den Teppichen, die Flecken auf dem Frack des Oberkellners und das Gerücht, das gar Mäuse gesehen wurden auf dem nicht mehr sehr blanken Parkett.

Das „Ritz" geriet vehement in die roten Zahlen, bis im Jahre 1975 Nigel Broackes, Chef der „Trafalgar House"-Gruppe und Mitbesitzer des Ozean-Liners „Queen Elizabeth II.", dort zu Mittag aß und in einer Auster eine Perle fand. Broackes sah darin einen tieferen Sinn und die Botschaft, daß dieses Haus noch versteckte Reichtümer barg. Er kaufte das „Ritz" für 1,8 Millionen Pfund, was ein blendendes Geschäft war, denn allein der Grund und Boden dieses Hotels war 2,6 Millionen Pfund wert. Broackes brachte das Hotel für rund weitere zwei Millionen Pfund wieder auf altvertrauten Edwardianischen Glanz und die Zimmer auf den hygienischen Stand der Neuzeit.

Seither geht man in London wieder ins „Ritz", und sei es nur zum Tee im berühmten Palmengarten. Noch profanere und sparsamere Briten betreten es im Vorübergehen durch den Seiteneingang, benutzen die Toiletten – die besten in Piccadilly – und verlassen das Haus stolz, erleichtert, aber nicht unbedingt ärmer wieder durch den Haupteingang. Kein Stoff für neue Legenden um das „Ritz", aber immerhin ein Zeichen, daß dieser Anachronismus aus fernen Edwardianischen Tagen auch heute noch immer einen beträchtlichen Gebrauchswert hat. FRITZ WIRTH



KRITIK

Affektierte Langatmigkeit

Die Komödie des Schweden Hjalmar Bergman aus dem Jahre 1980 geht (zumindest in der ZDF-Fassung) daneben, weil sie von den rund 90 Minuten Spielzeit wenigstens 60 mit affektierter Langatmigkeit verbringt: **Der Nobelpreis.**

Die Darsteller gehen hin und her, sie sprechen miteinander, wie es das Drehbuch verlangt, aber lassen wir uns nicht täuschen: Es sind keine Menschen, es sind Lemuren, Papierlemuren zudem, sie beißen nicht, sie schlagen nicht um sich, sie heulen nicht auf, sie gehen nur mal da mal dort hinaus oder hinein, um der sehr simplen Fabel zu genügen, die da weismachen will, ein Nobelpreisträger gebe seiner Schwägerin für den gemeinsamen Haushalt kein Geld, sie muß es sich anders beschaffen, womit die Nobelpreissöhne in den Verdacht der Wechselfälschung geraten, was sich zum Schluß allerdings in einem echt und recht skandinavischen Wohlgefallen auflöst. Ende der Durchsage.

Ende der Durchsage? Noch nicht, denn es bleibt die Frage unbeantwortet, wer solchen Gurkenwasserverschnitt einkauft. Zusatzfrage: Wer hat die Dialoge so schauderhaft pseudoschwedisch nachgestellt? Was herauskam, war Dienstmädchendeutsch aus der Zeit vor den letzten zwei Weltkriegen.

VALENTIN POLCUCH

Engagiert, aber diplomatisch

Der Zeitpunkt war ungünstig, die Sendezeit ebenso. Am 24. Mai hatte Willi Daume seinen 70. Geburtstag gefeiert, am Sonntagabend – um 23.10 Uhr – brachte die ARD eine Würdigung (**Im Bannkreis des Olymps: Willi Daume**). Dem Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland wird es recht gewesen sein, mag er doch nie Aufhebens um seine Person machen.

Daume, das ist schließlich nicht der Prototyp des Sportfunktionärs, sondern eher das Gegenteil: Engagiert, aber diplomatisch, kunstsinnig, doch auch geschäftstüchtig, pragmatisch, aber über den Tag hinaus Grundzüge der internationalen Sportpolitik formulierend und vorantreibend.

Ulrich Kaiser und Stefan Lazar hatten ihren Film – eine sorgfältige Dokumentation bar der Selbstdarstellung – eigentlich für das Jahr 1980 gedacht. Damals, so schien es, würde Daume der künftige Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) werden. Es kam anders, weil es zum Boykott der Moskauer Spiele kam.

Der Film begann mit den schönsten und schlimmsten Stunden des Olympiers Willi Daume: mit der heiteren Eröffnungsfeier 1972 in München und mit dem Überfall auf die Israelis im olympischen Dorf. Schon da wurde etwas deutlich von der behutsamen und doch so selbstbewußten Gratwanderung Daumes zwischen diesen Welten.

Daumes roter Faden, im Film blieb er erhalten.

KLAUS BLUME

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Einmal die Woche
11.40 New York, New York
12.25 48 Stunden
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Unsere kleine Farm
Der Ausflug
16.10 Tagesschau
16.15 Das Ritz
Bilder aus einem Londoner Luxushotel
Film von John Pitman
17.00 Lilo und sein Freund Chinese
2. Ein Paar Schuhe, ein langer Weg
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
21.00 Panorama
Gefährlich oder wirkungslos: Psychopharmaka / Streit um Frieden: Friedenserziehung / Die Lehrstellen des Bundeskanzlers / Wird das Demonstrationsrecht verschärft? / Aktion im Morgengrauen: Bundeswasserstraße Aller
Moderation: Peter Gatter
21.45 Der Aufpasser
Um der alten Zeiten willen
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger. Zu Gast: Ludwig Bölkow
Ludwig Bölkow schien von jeher zur Fliegerei berufen. Schon als Schüler war er ein begeisterter Segelflieger. Nach praktischer Ausbildung bei Heinkel in Warnemünde und bei den Deutschen Werken in Spandau studierte Ludwig Bölkow Maschinen- und Flugzeugbau an der Technischen Hochschule Berlin, wo er 1938 das Ingenieurdiplom erhielt.
23.45 Tagesschau

ZDF

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Pinocchio
Die hinterlistigen Wiesel
15.45 Till, der Junge von nebenan
Der Literaturpreis
16.20 Ferienkalender
16.45 Die Schlümpfe
Der Flaschengeist im Reich der Schlümpfe
17.00 Mosaik
Wettbewerb: „Die ersten Jahre unserer Ehe"
17.30 heute / Aus den Ländern
18.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Relax
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rate mal mit Rosenthal
Heiteres Spiel für Leute wie du und ich
19.00 heute
19.30 Es war eine rauschende Ballnacht
Dt. Spielfilm, 1939
Mit Zarah Leander, Hans Stüwe, Marika Rökk u. a.
Regie: Carl Froelich
21.00 heute-journal
21.20 In der Rolle von ...
Zollfahndung auf dem Frankfurter Flughafen
Reportage von Anna Doubek
Die zivilen Zollfahnder auf dem Frankfurter Flughafen werden oft beneidet, und zwar von ihren Kollegen bei der Polizei. Auf der Suche nach Rauschgiftschmugglern sind sie in den letzten Jahren immer erfolgreicher geworden.
22.05 Unser Kosmos
Reise durch das Weltall mit Carl Sagan
4. Himmel und Hölle
22.45 Das kleine Fernsehspiel
In den Tod – Hurra!
Deutsche Jugend vor Langemarck 1914 – Ein historischer Versuch
23.40 heute



Zarah Leander und Leo Slezak in einer Szene des Ufa-Films „Es war eine rauschende Ballnacht" – ZDF, 19.30 Uhr
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Algebra (26)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Gemeinschaftsprogramm Nord/Hessen
18.00 Emm wie Meikel
18.30 Inselalltag
Inisheer vor Irland
19.00 Rosinskis Erzähler
19.30 Das Jahr im Garten: Juli
Gemeinschaftsprogramm West/Nord/Hessen
20.00 Tagesschau
20.15 Bilder deutscher Städte
Leipzig gestern und heute
Film von Friedrich Leopold und Jürgen Engert
21.00 Formel eins
21.45 Design
Foto-Grafik Elliot Erwitt
Film von Ella Hershon, Roberto Guerra und Wibke von Bonin
22.40 Vor vierzig Jahren
Dt. Wochenschau, 7. Juli 1943
Kommentar: Johann Adolf Graf von Kielmannsegg
23.10 Letzte Nachrichten
Nur für West
23.15 Soap oder Trautes Heim (14)
Eine unglaubliche Familiengeschichte
Nur für Nord und Hessen
23.15 Dallas
Callgirl

SÜDWEST
18.00 Hallo Spencer (22)
18.30 Telekolleg I
Algebra (26)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Asthma bei Kindern
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Marktplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Magazin Sport regional
21.00 Verantwortung für den Frieden
Naturwissenschaftler warnen vor neuer atomarer Aufrüstung
Nur für das Saarland
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Sternenhimmel im Juli
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
21.15 Verdammt in alle Ewigkeit
Amerik. Spielfilm, 1953
Mit Burt Lancaster, Deborah Kerr, Frank Sinatra u. a.
Regie: Fred Zinnemann

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Wege
Forum für Glauben und Leben
19.30 Formel eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Asthma bei Kindern
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.55 Dallas
Angst um Miss Ellie (1)
23.20 Rundschau

LEICHTATHLETIK: Calvin Smith und Evelyn Ashford liefen Weltrekord über 100 m

Atemberaubender Doppelschlag innerhalb von 15 Minuten in der Höhenluft der Rocky Mountains

dpa/sid/DW. **Colorado Springs**

Innerhalb von nur 15 Minuten fielen in Colorado Springs die 100-m-Weltrekorde bei den Männern und Frauen. Jetzt sind Evelyn Ashford in 10,79 Sekunden und Calvin Smith in 9,93 Sekunden die schnellsten Läufer aller Zeiten. Smith löschte damit den ältesten Leichtathletik-Weltrekord, gehalten seit dem 14. Oktober 1968 von seinem Landsmann Jim Hines in 9,95 Sekunden.

Es war 13.45 Uhr Ortszeit, als Evelyn Ashford in der günstigen Höhenlage von 2200 Meter das erste der beiden historischen Sportkapitel an diesem Tag schrieb: Die 26 Jahre alte Weltcup-Siegerin durcheilte das Ziel nach 10,79 Sekunden und löschte damit die erst 25 Tage alte Bestzeit von Marlies Göhr aus der „DDR" (10,81).

„Nach diesem Rekord wußte ich um meine Chance", sagte Calvin Smith. 9,93 Sekunden später schien die Leichtathletik-Welt für einige Minuten stillzustehen. Der Weltrekord von Jim Hines, erzielt 1968 im Olympia-Finale von Mexico City, bestand nicht mehr. „Irgendwann mußte der Rekord ja gelöscht werden", nahm Hines in Oakland die Kunde von der neuen Bestleistung auf.

Die Bedingungen für den Weltrekord waren optimal: strahlender Sonnenschein, nur ein paar weiße Wolken am Himmel, 1,38 Meter Rückenwind pro Sekunde. „Jeder andere Weltklassesprinter hätte heute ebenfalls die Chance gehabt, den Rekord zu brechen", sagte Smith. Mit einer Jahresbestzeit von 10,11 Sekunden war er ins Rennen gegangen, hatte einen normalen Start erwischt und sich erst nach 60 Metern vom Rest des Feldes abgesetzt. Bei 9,94 Sekunden blieben die mitlaufenden Uhren stehen, später zeigte der Zielfilm sogar 9,93 Sekunden an. „Ich will Olympiasieger werden, alles andere ist nebensächlich", sagte er später.

Daß er neben seinem Landsmann Carl Lewis – er trainiert für die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften Anfang August in Helsinki – als neuer Weltrekord-Anwärter galt, hatte Smith bereits im vergangenen Jahr bewiesen. Da sprintete er die 100 Meter in Karl-Marx-Stadt in 9,91 Sekunden – bei unzulässigem Rückenwind von 2,1 Meter pro Sekunde. Dennoch kann man die Zeit vom 9. Juli 1982 fast schon als regulär bezeichnen: Smith sprintete nämlich im weniger windanfälligen Tribünenschatten, während der Windmesser weiter entfernt im Innenraum stand. Noch etwas wies auf seine Klasse hin: Als Carl Lewis am 2. Juli 1982 in Indianapolis bei einem Gegenwind von 1,7 Meter die 100 Meter in 10,09 Sekunden zurücklegte, wurde Smith in 10,10 Sekunden Zweiter. Auf Leistungen bei Windstille umgerechnet ergeben das 100-m-Zeiten von 9,92 und 9,93 Sekunden.

Lewis hatte übrigens auf das „National Sports Festival" in den Rocky Mountains auch deshalb verzichtet, weil er Leistungen in 2000 Meter Höhe für sich nicht in Anspruch nehmen will: „Ich habe kein Interesse daran, mit einem Sternchen-Weltrekord in der Bestenliste zu stehen." Mit einem solchen Sternchen werden in den USA Bestmarken gekennzeichnet, die in rekordbegünstigenden Höhen erzielt werden. Smith aber kümmert das nicht: „Es ist ein regulärer Weltrekord, alles andere zählt nicht." Allenfalls das: Im vorigen Jahr siegte Smith in Nizza, Zürich, London und Brüssel. Nach seinen sechs Rennen in der letzten Saison gegen Carl Lewis stand es 4:2 für Calvin Smith.

Der Weltrekordler ist 22 Jahre alt, 1,78 Meter groß und wiegt 64 Kilogramm. Smith, der seinen Vater im Alter von fünf Jahren verlor, ist das drittälteste Kind von acht Geschwistern. Er betreibt seit acht Jahren Sprint und hatte bisher eine Bestzeit von 10,05 Sekunden zu Buche stehen. An der Universität von Alabama in Tuscaloosa studiert Calvin Smith Public Relations.

Zurück zum Weltrekord-Nachmittag von Colorado Springs: Evelyn Ashford (26) befand sich seit Jahren auf dem Sprung zum Weltrekord. Kurz bevor sie den 100-m-Weltrekord von Marlies Göhr verbessert hatte, mußte sie noch eine große Enttäuschung verkraften. Gemeinsam mit Diane Williams, Sandra Cheeseborough und Alice Brown hatte sie in der 4 x 100-m-Staffel die Zeit von 41,58 Sekunden erreicht. Das wäre neuer Weltrekord gewesen, doch dann wurde das Resultat korrigiert: 41,61 Sekunden. Der Weltrekord, gelaufen von der „DDR"-Staffel, steht weiterhin bei 41,60 Sekunden.

Im Sog der neuen Weltrekordlerin hat sich über 100 Meter auch Diane Williams verbessert. Im Rekord-Rennen lief sie als Zweite 10,94 Sekunden.

Gegenseitige Gratulation: Evelyn Ashford und Calvin Smith. FOTO: AP

GALOPP / Umsatzrekord beim 114. Deutschen Derby in Hamburg-Horn

In Zoppenbroich bestimmt der Trainer

KLAUS GÖNTZSCHE, **Hamburg**

Zwei Stunden nach seinem Derby-Sieg mit dem dunkelbraunen Hengst Ordos saß Jockey Peter Alafi (47) auf der harten Holzkiste im Umkleideraum der Galopprennbahn von Hamburg-Horn. Jockey-Betreuer Michel Schmitz reichte dem gebürtigen Ungarn Sekt – in einem Pappbecher. Passend zur Holzkiste, in der die Jokkey-Utensilien aufbewahrt werden.

Alafi hat innerhalb der Jockey-Clique keinen großen Anhang. Die Kollegen akzeptieren sein Können, aber große persönliche Kontakte, wie in anderen Fällen üblich, sind nicht vorhanden. Das liegt nicht daran, daß Alafi etwa nicht gern feiern würde. In geselliger Runde ist er oft sogar Mittelpunkt. Aber Alafi ist ein schwieriger, oft nicht nur wegen seines ungarischen Akzentes schwer zu verstehender Zeitgenosse. Man weiß bei ihm nie so ganz genau, wie seine Kommentare zu werten sind. Der Grat zwischen Spaß und Ernst ist zu schmal. Meist endet ein Abend mit Peter Alafi mit einer ungewöhnlichen Wette. Allerdings sind die kleinen Spielchen dann oft so schwer auszuwerten, daß es selten zur Auszahlung kommt. Noch heute warten Alafi-Wettpartner auf ihr Geld, weil er vor zwei Jahren behauptet hat, der Derby-Sieger von 1959, der Röttgener Hengst Uomo, sei ein Schimmel gewesen. Das war er wohl nicht, aber Alafi ist immer noch anderer Ansicht und zahlt nicht.

So grinste er am Sonntag auch schelmisch, als man ihn fragte, ob er denn seinen Derby-Sieger Ordos auch schon lange im voraus gewettet habe. „Wen geht das etwas an?" lautete die Antwort. Klar äußerte er sich dazu, wie er seine bislang vier Derby-Sieger leistungsmäßig einstufen würde. Seine Rangfolge: Orofino (1981), Königsstuhl (1979), Ordos und Elviro (1968).

Für Grand-Prix-Star Orofino wäre theoretisch am Sonntag auch ein Start im Grand Prix de Saint-Cloud in Paris möglich gewesen. So aber gewann er am Samstag den Hansa-Preis in Hamburg überlegen. Vor dem Derby-Sieg mit Ordos meinte Alafi auf die Frage, ob er eventuell auf den Ordos-Ritt zugunsten von Orofino verzichtet hätte: „Ja, dann hätte ich Paris vorgezogen." Unter dem frischen Eindruck seines vierten Derby-Sieges sah alles wieder anders aus."

Schenkt man den Worten der Zoppenbroicher Gestüt-Mitbesitzerin Hela Bresges Glauben, dann wäre Ordos in Hamburg nicht gelaufen, wenn der Boden tief gewesen wäre. Aber das Sagen über die Rennpferde des Gestüts Zoppenbroich hat dort nicht die Besitzerin, sondern Trainer Sven von Mitzlaff (69). Seit über 30 Jahren ist er für die Familie aus Mönchengladbach-Rheydt tätig. Selbst härteste Kritik am Management seiner Pferde (zu wenig internationale Starts für Orofino) kontert er gelassen. Die Kritiker werden dann mit: „Guten Tag, meine Herren Hilfstrainer", freundlich begrüßt. Wenn die Argumente ausgehen, wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Konto des Gestüts auffüllen zu müssen, um die Existenz der Zoppenbroicher Zucht nicht zu gefährden.

Nach dem Tode des Gestütsherrn Kurt Bresges am 9. Oktober 1977 stellen sich allerdings Erfolge serienweise ein, allein dreimal hat man seitdem das Derby gewonnen und damit auch Deckhengste geschaffen, die schon fast von allein für eine Sicherung der Existenz sorgen. Hela Bresges könnte allerdings wohl noch ruhiger in die Zukunft des Gestüts und ihrer drei Töchter blicken, wenn Orofino international seinen späteren Wert als Deckhengst steigern würde. Aber Sven von Mitzlaff, mit sieben deutschen Derby-Siegen hoch dekoriert, reist nicht gern mit den Pferden. Zum Arc de Triomphe 1983 will er allerdings fahren.

8,2 Millionen Mark sind bei der Derby-Woche an den Wettschaltern umgesetzt worden, bei einem Renntag mehr eine Steigerung von 1,1 Millionen Mark im Vergleich zu 1982. Im Rahmen der Volkswette Rennquintett wurden bundesweit 409 287 Mark umgesetzt, Steigerung gegenüber der Vorwoche 21,9 Prozent.

STANDPUNKT

Fußnote

Das vorweg: Die beiden neuen 100-m-Weltrekordler aus den USA, Calvin Smith bei den Herren und Evelyn Ashford bei den Damen, gehören zu den Top-Favoriten bei den Weltmeisterschaften. Um das herauszustreichen, bedurfte es nicht der neuen Rekorde von Colorado Springs.

Denn jene Rekorde, gelaufen in der Höhe von etwa 2000 Meter, müssen erklärt werden. Die amerikanische Fachzeitschrift „Track and Field News" – sie gilt den Leichtathletik-Experten als Bibel ihres Sports – führt bei Sprint-Leistungen zwei Listen: Hochland-Ergebnisse (mehr Fußnote, denn ernst zu nehmen) und reguläre Flachland-Resultate. Die Rekorde von Colorado Springs fallen unter die Rubrik „Hochland-Ergebnisse", denn die Höhe kann sich wie ein Rückenwind von 2 Metern pro Sekunde auswirken. Amerikanische Statistiker und Mathematiker versehen deshalb diese Leistungen mit einem Bonus bis zu 0,08 Sekunden. Mithin sind die neuen Weltrekorde so einzustufen: Die Ashford wäre im Flachland zwischen 10,83 Sekunden und 10,85 Sekunden schnell gewesen, Smith hätte die 100-m-Strecke zwischen 9,98 und 10,01 Sekunden durcheilt.

Übrigens: Marlies Göhr aus Jena rannte ihre 10,81 Sekunden auf einer Bahn im märkischen Sand von Berlin.

KLAUS BLUME

SPORT-NACHRICHTEN

Tour: Neuer Spitzenreiter

Fontaine (sid) – Nach einem Mannschaftszeitfahren, das auf die Einzelwertung angerechnet wird, übernahm der Franzose Jean-Louis Gauthier aus dem Mercier-Team die Spitze in der Gesamtwertung der Tour de France. Der Belgier Eric Vanderaerden, auf den ersten beiden Etappen Träger des gelben Trikots, fiel auf Platz zwölf zurück.

TC Amberg gescheitert

Amberg (sid) – Erst im Finale des Tennis-Europapokals für Vereinsmannschaften scheiterte der deutsche Meister TC Amberg. Er unterlag dem TC Barcino aus Spanien mit 4:5.

Marsikova spielt wieder

Prag (dpa) – Die ehemalige Weltklassespielerin Regina Marsikova spielt wieder Tennis. Nach Verbüßung einer dreieinhalbjährigen Haft wegen fahrlässiger Tötung mit Unfallflucht gewann sie in Brünn die böhmische Meisterschaft.

Revanche für Weller

Berlin (dpa) – Bereits im September soll es zum Revanchekampf zwischen René Weller und dem Italiener Lucio Cusma kommen. Der Kampf um die Box-Europameisterschaft im Leichtgewicht soll in Deutschland stattfinden. Im ersten Kampf hatte Weller nur ein Unentschieden erreicht, das Cusma den Titel beließ.

Kritik an Derwall

Rom (dpa) – Horst Hrubesch, in der nächsten Saison bei Standard Lüttich, hat in einem Interview mit der italienischen Zeitung „Il Messaggero" Kritik an Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall geübt. Hrubesch: „Wir hoffen, daß Derwall zurücktritt, mehr können wir nicht tun." Derwall verstehe nichts von Taktik.

Deutsche Golf-Meister

Nürnberg (GB) – Susanne Knödler (23) aus Feldafing und der Hannoveraner Christian Domin (27) wurden zum ersten Mal Nationale Deutsche Meister der Golfamateure. Susanne Knödler gewann das Finale mit 4+2 gegen Astrid Peter (Nürnberg), Domin war mit 3+2 gegen Rainer Mund (Wegberg) erfolgreich. Meister der Senioren blieb der 57 Jahre alte Ahrensburger Herbert Noldt. Er verteidigte seinen Titel in Hamburg-Falkenstein mit 74+78+75+79=306 Schlägen vor dem Kölner Jean Phillips (79+80+78+79=316).

ZAHLEN

HANDBALL

Trophäe Jugoslawia in Kragujevac, letzter Spieltag: Jugoslawien – Rumänien 24:16 (Jugoslawien Turniersieger), Jugoslawien/Junioren – Norwegen 19:19, Deutschland – Polen 16:24 (Deutschland Turnier-Letzter).

GOLF

Offene Schwedische Meisterschaften in Stockholm: 1. Torrance (Großbritannien) 280 Schläge, 2. Stadler (USA) 281, 3. Pavin (USA) 283 ... Langer (Deutschland) und Ballesteros (Spanien) 287.

TENNIS

Turnier von Wimbledon, Endspiele, Herren-Einzel: McEnroe (USA) – Lewis (Neuseeland) 6:2, 6:2, 6:2. – Mixed: Turnbull/Lloyd (Australien/England) – King/Denton (USA) 6:7, 7:6, 7:5. – Junioren-Einzel: Edberg (Schweden) – Frawley (Australien) 6:3, 7:6. – Juniorinnen-Einzel: Paradis (Frankreich) – Hy (Hongkong) 6:2, 6:1. – Junioren-Doppel: Kratzman/Youl (Australien) – Nastase/Rahnasto (Rumänien/Finnland) 6:4, 6:4. – JuniorinnenDoppel: Fendick/Hy (USA/Hongkong) – Anderholm/Olsson (Schweden) 6:1, 7:5.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 1, 2, 2, 1, 1, 1, 2, 2, 0, 2. – 6 aus 45: 1, 10, 19, 34, 40, 45. – Zusatzzahl: 29. (Ohne Gewähr)

TENNIS / Interview mit John McEnroe

„Jetzt wird erst einmal 14 Tage lang gefeiert"

CLAUS GEISSMAR, **London**

Das letzte der fünf Finalspiele von Wimbledon war das spannendste, auch wenn es vielleicht das sportlich unwichtigste ist: Wendy Turnbull (Australien) und der Engländer John Lloyd gewannen das Mixed gegen Billie Jean King und Steve Denton 6:7, 7:6, 7:5. John Lloyd, der Mann von Chris Evert, sagte, nachdem er 11 550 Mark kassiert hatte: „Ich leide zwar nicht gerade darunter, daß Chris bei uns die Großverdienerin ist, aber der erste Wimbledon-Sieg eines britischen Mannes seit Fred Perry im Jahre 1936 tut meinem Selbstbewußtsein sicherlich ganz gut."

Sein Erfolg an der Seite von Wendy Turnbull verhinderte den totalen Triumph der Amerikaner, die zuletzt 1939 alle fünf Titel gewonnen hatten. Im Gedächtnis werden von diesem Turnier ohnehin nur die Einzel-Sieger bleiben – Martina Navratilova und John McEnroe. Ihre Endspielgegner sind heute schon fast vergessen, weil sie allzu klar unterlegen waren. Das geht auch aus einem WELT-Interview mit McEnroe hervor, der Chris Lewis nicht allzu hoch einschätzt.

WELT: War das nicht zu einfach, John?

McEnroe: Es ist ein Riesengefühl, gewonnen zu haben. Ganz gleich, wie schwer es war. Ich bin vor allem froh, daß ich es ohne Zwischenfälle geschafft habe. So, wie die Leute es erwarten konnten.

WELT: Hätten Sie lieber gegen Björn Borg gespielt?

McEnroe: Für mich ergab sich die dicke Chance daraus, daß ich nicht gegen einen Spieler von der Qualität eines Borg oder Connors anzutreten hatte. Und diese Chance habe ich selbstverständlich genutzt.

WELT: Sie haben das Endspiel fast so brav gewonnen wie früher Björn Borg. Ist er jetzt ihr Vorbild?

McEnroe: Jeder Spieler hat seinen eigenen Charakter. Ich kann niemals so still und ruhig wie Borg werden. Ich habe meine eigene Methode, mich heiß zu machen.

WELT: Wer ist denn schuld daran, daß es bei Ihren Spielen immer wieder zu Zwischenfällen kommt?

McEnroe: Die Londoner Presse bauscht immer alles auf. Es gab ja fast eine Hetzkampagne gegen mich. Die sollten besser über mein Tennis schreiben.

WELT: Was war denn das beste an Ihrem Tennis?

McEnroe: Ich habe stark aufgeschlagen. Lewis fand nicht zu seinem Aufschlagsspiel. Ich bin überzeugt, Kevin Curren wäre für mich ein schwererer Gegner gewesen, weil er besser aufschlagen kann.

WELT: Hatte Lewis gegen Sie überhaupt eine Chance?

McEnroe: Für mich kam es darauf an, von Anfang an sofort Druck auf ihn auszuüben. Genau das ist mir gelungen. Ich habe ihn gar nicht erst ins Spiel kommen lassen.

WELT: Was werden Sie in den nächsten Wochen tun?

McEnroe: Jetzt wird erst einmal 14 Tage lang gefeiert. Dann spiele ich wieder Turniere. Aber ich werde mein Programm einschränken. Vor den offenen Meisterschaften der USA starte ich nur zweimal. Sportlich ist mein großes Ziel, der beste Spieler auf Rasen, Asche und allen Kunststoffböden zu werden. Erst wenn man die Grand-Slam-Turniere auch auf anderen Böden gewinnt, ist man wirklich der Größte.

Neue Gespräche über Pläne Zimmermanns

hey, Bonn

Die Bemühungen zwischen dem Bonner Justiz- und Innenministerium, sich bei der verabredeten Novellierung des Demonstrationsstrafrechts doch noch auf einen einvernehmlichen Gesetzesentwurf zu verständigen, sind fortgesetzt worden. Gestern berieten die Staatssekretäre Klaus Kinkel (Justiz) und Siegfried Fröhlich (Innen). Erwartet wird nach wie vor, daß es auch noch zu einem Gespräch der zerstrittenen Minister Hans Engelhard (FDP) und Friedrich Zimmermann (CSU) kommen wird.

Die Krefelder Krawalle und die Zimmermann-Kritik am Düsseldorfer Innenminister Herbert Schnoor (SPD) beschäftigte am Wochenende auch die FDP-Führung. Auf einer Sitzung in Bonn wurde Schnoor einerseits eine „eklatante Fehleinschätzung" und andererseits eine nachträgliche „Bagatellisierung" vorgeworfen. Andererseits wurde davor gewarnt, die Zwischenfälle als Vorwand zur sofortigen Gesetzesänderung zu nutzen. In einer Analyse kam man nach Angaben von Teilnehmern zu der Auffassung, daß das Verhalten Zimmermanns parteiinterne Gründe habe.

In parlamentarischen Anfragen will der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Rudolf Baum jetzt wissen, ob in Krefeld ein Vermummungsverbot ausgesprochen worden war und wie es die Polizei zur Geltung gebracht hat. Die FDP will damit deutlich machen, daß die existierenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ausreichen – wenn sie angewandt werden.

Delegation aus Peking in Moskau

rtr/AP, Peking/Tokio

Eine Delegation der chinesischen „Gesellschaft für Freundschaft mit dem Ausland" ist unter Leitung ihres Vizepräsidenten Liang Geng in Moskau eingetroffen. Wie die dhinesische „Arbeiterzeitung" gestern berichtete, gehören der Abordnung auch Mitglieder der „Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft" an. Die chinesische Abordnung sei einer Einladung der sowjetischen Partnergesellschaften gefolgt. Es handele sich um den ersten derartigen Besuch seit mehreren Jahren.

Seite 8: Pekings Diplomatie

Pharmaindustrie wehrt sich gegen Kassen-Kritik

WELT-Gespräch mit Hauptgeschäftsführer Vogel

PETER JENTSCH, Frankfurt

Die Arzneimittelpreise in der Bundesrepublik Deutschland sind nach Darstellung des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, Professor Hans Rüdiger Vogel, seit 1980 erheblich langsamer gestiegen als die Preise für andere Industrieprodukte. Das gelte insbesondere für die vom Staat administrierten Preise für Strom, Gas und Wasser.

In einem Gespräch mit der WELT machte Vogel deutlich, daß in der Zeit von April 1980 (Index = 100) bis April 1983 die Preise für humanpharmazeutische Spezialitäten einen Index von 112,5 erreicht hätten, die Preise für Strom, Gas und Wasser dagegen einen Index von 136,0. Vogel erinnerte an das Preisstillhalteabkommen der Pharmaindustrie, das über einen Zeitraum von 21 Monaten bei vielen Arzneimittelfirmen nichts am Preis verändert habe. Und das, obwohl etwa die Personalkosten um knapp zehn Prozent und die Rohstoffkosten exorbitant, zum Teil

INTERVIEW

um bis zu 80 Prozent, gestiegen seien.

Zu den Vorwürfen, insbesondere der Krankenkassen, daß die Preise von Arzneimitteln in diesem Jahr schneller gestiegen seien als die anderer Produkte (plus 5,2 Prozent), bemerkte Vogel: „Es ist nicht möglich, das, was in 21 Monaten verlorengegangen ist, in Form eines Nachholbedarfs durch Preisaufschläge hereinzuholen. Im Ausgabenbereich der Krankenkassen für pharmazeutische Produkte spielt neben dem Preis die Menge der verordneten Arzneimittel eine entscheidende Rolle. Diese aber kann nicht von der Industrie beeinflußt werden, sondern ist abhängig von der Verordnungstätigkeit der Ärzte, welche in den letzten Jahren ständig weniger verordnet haben."

Professor Vogel befürchtet, daß der Druck aus der Politik auf die Pharmaindustrie deutlich zunehmen wird. Verantwortlich dafür macht er die geschickte Argumentation der Kassen, daß nämlich durch die vertragspartnerliche Beziehung mit Ärzten und Zahnärzten zwei große Kostenblöcke des Gesundheitswesens zu regeln seien. Nicht vertraglich geregelt seien aber die Kostenfaktoren Krankenhaus und Pharmaindustrie, die knapp die Hälfte der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung verursachten. Schließlich erwecke das Bundesarbeitsministerium den Eindruck, daß man durch eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes auch den Bereich der stationären Behandlung in den Griff bekomme. Vogel: „Dann bleibt nur noch dieser lästige Arzneimittelbereich, der nach wie vor tut, was er will, seine Preise frei festlegt und nicht kontrolliert wird durch irgendeinen Wettbewerb, wie man in Bonn anscheinend glaubt."

Auch die Pharmaindustrie habe ein Interesse daran, daß die gesetzliche Krankenversicherung finanzierbar bleibe. Freilich stelle sich die Frage, so betonte Vogel, ob die Vorgabe der einnahmeorientierten Ausgabenpolitik aus ökonomischen und medizinischen Gründen durchzuhalten sei. Da sich der ganze tertiäre Bereich stärker entwikkele als das Bruttosozialprodukt oder die für die Ausgabenentwicklung des Gesundheitswesens zugrunde gelegte Steigerung der Grundlohnsumme, stelle sich die Frage, „ob wir es uns künftig in der Bundesrepublik – worauf wir lange stolz waren – leisten können, eine nicht dirigistisch gegängelte, forschungsaktive und international erfolgreiche Pharmaindustrie zu erhalten".

Es stelle sich darüber hinaus die Frage, wie man innerhalb der zur Verfügung stehenden Ressourcen die „Anteile verteilt". Immerhin komme das Arzneimittel als Substitutionsmöglichkeit auch für operative Eingriffe im teuren Krankenhausbereich heute in seinem Stellenwert zu kurz. „Unter Kostengesichtspunkten ist das Arzneimittel heute ganz sicher eine der wesentlichen Stützen der Therapie." Diese Funktion und seine Weiterentwicklung werde aber in Frage gestellt, wenn eine noch potente Industrie durch Maßnahmen immer dirigistischeren Charakters gegängelt werde und ihr künftig die innovativen Möglichkeiten irreparabel verlorengingen.

Die Pharmaindustrie sei durchaus bereit, an einer sinnvollen Kostendämpfung mitzuwirken. Besser als dirigistische Eingriffe sei eine Förderung der rationellen und rationalen Arzneitherapie durch verbesserte Information der Ärzte.

Walesa riskiert Entlassung von der Werft

AP/AFP/KNA, Warschau/Bonn

Unter dem Risiko der Entlassung von seinem Arbeitsplatz auf der Danziger Leninwerft ist der polnische Arbeiterführer Lech Walesa in einen vom Betrieb nicht genehmigten „Urlaub" gefahren. Seine frühere Sekretärin Bozena Rybicka erklärte dazu, Walesa habe Urlaub für Juli beantragt, die Werftleitung habe ihn aber auf August verwiesen. „Er kann eine solche Behandlung nicht akzeptieren und ist einfach weggefahren", sagte sie. Als Termin seiner Rückkehr nannte der Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" den 17. Juli.

Walesa hatte angedeutet, daß er im August in Danzig sein möchte, da er diesen Monat als entscheidend für die Zukunft der polnischen Arbeiterbewegung ansehe. Bei der Ablehnung seines Urlaubsantrags soll auf seiten der Werksdirektion die Sorge eine Rolle gespielt haben, daß es am dritten Jahrestag der August-Streiks auf der Leninwerft zu Unruhen kommen könnte und daher eine Abwesenheit Walesas zu diesem Zeitpunkt ratsam sei.

Ein Sprecher der Personalabteilung erklärte gestern, falls Walesa seinen Arbeitsplatz tatsächlich ohne Erlaubnis verlassen habe, werde er nach drei Tagen entlassen.

Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat vor Jungaktivisten versichert, die Danziger Abkommen vom Sommer 1980 zwischen Regierung und Arbeiterschaft würden eingehalten. In Danzig wandte sich der General gegen Darstellungen, die Regierung halte sich nicht an diese Abmachungen. Er sagte: „Wir sind dem Wesensgehalt jener Abkommen treu. Sie müssen allerdings als Abmachungen mit der gesunden Strömung, und nicht mit Abenteurern, Anarchisten und konterrevolutionärem Abschaum begriffen werden." Nach der Veranstaltung legte Jaruzelski ein Blumengebinde am Danziger Mahnmal für die Opfer der Arbeiterunruhen vom Dezember 1970 nieder, das auf Wunsch der „Solidarität" errichtet worden war.

Im CDU-Pressedienst setzte sich der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, dafür ein, daß die „evangelischen und katholischen Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten bei ihren Gottesdiensten und seelsorglichen Notwendigkeiten" ihre deutsche Muttersprache gebrauchen dürfen. Dies gehöre „zum tatsächlichen Genuß der Menschenrechte".

Die Betonung liegt auf „korrekt"

Moskaus Medien behandeln Kohl höflich, aber ohne sonderliche Freundlichkeit

FRIED H. NEUMANN, Moskau

In Moskau herrschte Gewitterstimmung. Hat die drückende Schwüle dazu beigetragen, daß Jurij Andropow die für gestern vorgesehenen zwei Zusammenkünfte mit Helmut Kohl absagen mußte?

Beobachtungen während der vergangenen Wochen hatten zu Mutmaßungen geführt, daß es um den Gesundheitszustand des Staats- und Parteichefs schlecht bestellt sei. Bereichert durch angeblich zuverlässige Auskünfte aus sowjetischen Kreisen und wieder abgeschwächt durch halboffizielle „Richtigstellungen" ergeben diese „Ferndiagnosen" aber alles andere als ein verläßliches Bild. Nur darin sind sich die meisten westlichen Beobachter einig: daß die Amtszeit Andropows schon zu Ende sein könnte, bevor sie noch deutliche Konturen annimmt.

Für den Bundeskanzler mag es unangenehm sein, daß die ersten Begegnungen mit Andropow ausfallen mußten. Für die sowjetische Seite aber ist es verheerend; alle Welt sieht sich an die letzten Jahre der Ära Breschnew erinnert. Der Besuch aus Bonn hat für den Kreml außerdem einen hohen Prestigewert, der nur gleichfalls beeinträchtigt wird. Seit Afghanistan und Polen kamen kaum noch politisch hochrangige Besucher aus dem Westen.

Protokollarisch ergibt sich keine Einbuße dadurch, daß Ministerpräsident Tichonow für seinen Parteichef einspringen mußte. Aber Andropow hätte ganz anders als er dafür gesorgt, daß Kohl in seiner politischen Standfestigkeit geprüft worden wäre. Der Kremlchef und mit ihm der immer strenger auftretende Außenminister Gromyko wollen vor allem wissen, was es mit dem Kontinuitätsversprechen des Bundeskanzlers auf sich hat. Im Widerspruch zwischen der erklärten Absicht der Bundesregierung, die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu vertiefen und ihrer Treue zum westlichen Bündnis sieht Moskau den Ansatzpunkt für seine Interessen. Durch eindringliche Vorhaltungen und unverbindliche Lockungen ließe sich in der gegenwärtig alles überragenden Raketenfrage die Position Bonns vielleicht doch noch aufweichen, hofft man im Kreml.

Moskau hat im übrigen nichts unternommen, um den Kanzler-Besuch besonders freundsch[...] lich zu gestalten – es gab sich [...] lich-korrekt. Die Montags als ei[...] ge der großen sowjetischen Zeit[...] gen erscheinende „Prawda" [...] sentierte zur Begrüßung die [...] chen biographischen Angal[...] über die Staatsgäste, wobei bis[...] Gestaltung der Fotos die gleich[...] gige Behandlung von Bundes[...] Vizekanzler auffiel. Ansons[...] blieb die „Prawda" bei der [...] dämpften kritischen Berichters[...] tung, die sich seit dem Regierun[...] wechsel in Bonn eingebürgert [...]

Dazu paßt die ausgeprägte [...] liebe der Medien für den „zu[...] menden Friedenskampf" in [...] Bundesrepublik, also für Dem[...] strationen und Protestveran[...] tungen gegen eine mögliche N[...] rüstung.

Völlig losgelöst davon läuft [...] positiv gestimmte Berichter[...] tung über die wirtschaftliche [...] sammenarbeit in der sowjetisc[...] Presse weiter. Dennoch blie[...] dem Bundeskanzler versagt, [...] Baustelle des von mehreren d[...] schen Firmen errichteten Ele[...] stahlwerks unweit von Kursk [...] besuchen.

„Die alte Ostpolitik lebt noch"

dpa, New York

Die geheim verhandelte Kreditvereinbarung mit der „DDR" zeigt nach Einschätzung der „New York Times", daß sich Bundeskanzler Kohl praktisch die Philosophie der sozialdemokratischen Ostpolitik zu eigen gemacht habe. Diese Ostpolitik sei noch am Leben, heißt es in einem Korrespondenten-Bericht aus Bonn. „Die Kredit-Geste war Teil eines Versuchs, die deutsche Frage vor der Ost-West-Konfrontation über die (amerikanische Raketen-) Stationierung zu isolieren."

Es gebe keinen Zweifel, daß der SED-Staatsratsvorsitzende Honecker „ein grünes Licht aus Moskau bekommen haben muß, bevor er das Kredit-Geschäft und seine beträchtlichen Implikationen akzeptierte". Der „pragmatische westdeutsche Kanzler" setze offenbar darauf, daß Moskau eine zweispurige Politik einschlagen werde, nämlich Drohungen wegen der NATO-Raketen auszustoßen, aber die Türe zu einem lenksamen, langfristigen Verhältnis mit der Bundesrepublik angelehnt zu lassen. Kohl scheine Washington davon überzeugt zu haben, daß er nicht versuchen werde, eine privilegierte Achse Bonn–Moskau zu öffnen. „Der wirkliche Test in Moskau ist ..., ob Mr. Andropow bereit ist, über den Raketen-Disput hinweg auch die künftige Gestaltung der Ost-West-Beziehungen zu sehen. Falls sich die Antwort als ein Ja herausstellen sollte, könnte Kohls Gipfeltreffen mit Andropow zu einem Probelauf für einen eventuellen Andropow-Reagan-Gipfel werden."

Überraschend kein Gespräch Kohl-Andropo[...]

● Fortsetzung von Seite 1

spektiven der Wirtschaftskooperation und über die drastisch gesunkene Zahl deutscher Aussiedler aus dem Moskauer Machtbereich. In den Tagen kurz vor der Ankunft des Bundeskanzlers hatten Rußland-Deutsche, deren Schicksal bereits Konrad Adenauer während seines Moskau-Besuchs 1955 beschäftigte, in der sowjetischen Hauptstadt demonstriert. Es wurde von mehreren Festnahmen berichtet.

Das Bemühen Kohls zielt offenbar darauf ab, für den immer wahrscheinlicher werdenden Fall, daß im Herbst die NATO nachrüsten muß, eine „Schadensbegrenzung" im bilateralen Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zu versuchen. Zu der Kernfrage, der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses, hat der Kanzler wiederholt versichert, daß er als kompromißloser Sachwalter des Westens auftrete. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hatte Kohl ausdrücklich „freie Fahrt" für seine Moskauer Gespräche gegeben. Die Gipfeltreffen in Williamsburg und in Stuttgart haben außerdem gezeigt, daß der Westen die Moskau-Reise des deutschen Kanzlers nicht mit Mißtrauen begleitet, wie es noch bei Helmut Schmidt, stärker noch bei Willy Brandt der Fall gewesen ist. Zum anderen hat Kohl den Eindruck gewonnen, daß die sowjetische Führung keinen Besuch des Bundeskanzlers will, der das Verhältnis dauerhaft belasten würde. Moskau richtete sich offenkundig auf eine längere Amtszeit Kohls ein.

Den Sowjets, so ist die deut[...] Einschätzung, dürfte daran [...] gen sein, auch bei der Verwi[...] chung des Nachrüstungsbesc[...] ses zumindest einen intakten [...] sprächsfaden mit dem Weste[...] erhalten. Moskau, so heißt e[...] diplomatischen Kreisen, w[...] wahrscheinlich im Falle einer [...] tionierung von Pershing-2-Rak[...] nach einer mehrwöchigen Pa[...] ausgefüllt mit Attacken gegen [...] Westen und begleitet von der [...] nierung wirtschaftlicher Vo[...] ben, an den Verhandlungstis[...] Genf zurückkehren. Das Kom[...] niqué des jüngsten Treffens [...] Warschauer-Pakt-Staaten, so m[...] man in Bonn, hat möglicherw[...] etwas Spielraum eröffnet, [...] zwar im Hinblick auf eine [...] schenlösung. Ob es dafür tats[...] lich Chancen gibt, will Kohl in [...] nen Gesprächsrunden vor a[...] mit Andropow ausloten. Und [...] dies gelingt, dürfte wiederum [...] Andropows gesundheitlicher [...] fassung zusammenhängen, we[...] Aufschluß darüber gibt, ob e[...] ein Mann des Übergangs is[...] solchen Situationen war es bis[...] besonders schwer, die längerf[...] ge Zielsetzung des Kreml he[...] zufinden.

Die wirtschaftlichen Bezie[...] gen – Bonn ist der größte n[...] sozialistische Handelspartner [...] kaus – sollen auch im Hinblick [...] den Herbst stabilisierende Be[...] tung erhalten. Aber die Nei[...] der Bundesregierung geht nic[...] Richtung von Großprojekten [...] Sowjetunion hat hier ein 30-Mi[...] den-Projekt zur Kohleverfl[...] gung in die Diskussion gebr[...]

Was hinter Stingls neuen Zahlen steh[...]

Koalition: Erfreulicher Rückgang / SPD sieht nur saisonale Entlastung

GISELA REINERS, Bonn

Regierung und Opposition haben die jüngsten Meldungen der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg unterschiedlich bewertet. Haimo George, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales in der CDU/CSU-Fraktion, nannte den Rückgang der Arbeitslosenzahlen „erfreulich". Er wäre noch stärker ausgefallen, wenn die Zahl der Beschäftigung suchenden Jugendlichen, bedingt durch Schulschluß, nicht so stark zugenommen hätte. Die Gefahr des Zusammenbruchs des Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsystems sei durch den von der Regierung Kohl eingeleiteten Aufschwung gebannt.

Für die Opposition erklärte die Sozialexpertin Anke Fuchs, daß nur das Sommerwetter für eine geringfügige Entlastung auf dem Arbeitsmarkt gesorgt habe. Ein sich selbst tragender Wirtschaftsaufschwung sei nicht in Sicht. Unter Umständen müsse in den nächsten Jahren mit mehr als drei Millionen Arbeitslosen gerechnet werden.

Trotz der verbesserten Juni-Zahlen und vorsichtiger Hoffnung auf Entspannung am Arbeitsmarkt wird in Nürnberg weiterhin mit 2,35 Millionen Erwerbslosen im Jahresdurchschnitt gerechnet. Auch die Prognosen von zweieinhalb Millionen für 1984 verbessern sich noch nicht. Der Optimismus wird dennoch genährt durch die Entwicklung der saisonbereinigten Zahlen. Diese werden errechnet aufgrund über einen langen Zeitraum gesammelter Daten, die es erlauben, die Saisoneinflüsse aus den absoluten Zahlenreihen zu eliminieren: Saisoneinflüsse wie einen frühen Wintereinbruch oder lange Schönwetterperioden bis tief in den Herbst. In den vergangenen sechs Monaten sind diese Zahlen zwar auch von Monat zu Monat gestiegen, aber stets schrumpfte der Zuwachs. Im Frühjahr war man in Nürnberg saisonbereinigt noch von einem monatlichen Plus von 50 000 Arbeitslosen ausgegangen. Daran wird von heute an nicht länger festgehalten.

Wer arbeitslos und in Nürnberg als Beschäftigung Suchender registriert ist, erhält aber nicht immer Leistungen der Bundesanstalt. Mit zunehmender Dauer der Massenarbeitslosigkeit ist der Trend vom Arbeitslosengeld zum Bezug von Arbeitslosenhilfe deutlicher geworden. Im Juni 1982 erhielten 47,4 Prozent der Erwerbslosen Arbeitslosengeld (für die Dauer von einem Jahr) und 16,7 Prozent -hilfe (bei Nachweis der Bedürftigkeit). In diesem Jahr hat der Anteil der Leistungsempfänger zugenommen, von 64,1 auf 65,2 Prozent, aber nur noch 42,4 Prozent erhalten Arbeitslosengeld; 22,8 Prozent dage[...] -hilfe.

Die Zahl der Erwerbslosen [...] aller Voraussicht nach im nächs[...] Jahr noch steigen, weil die [...] der Arbeitsfähigen aufgrund [...] burtenstarker Jahrgänge noch [...] mer zunimmt, und zwar um [...] 700 000 noch bis 1990. Dabei [...] die Ausländer, deren Anteil in [...] Bundesrepublik zur Zeit stagni[...] nicht berücksichtigt. Unter [...] Ausländern ist die Arbeitslosig[...] besonders hoch. Ihre Quote [...] trägt 14 Prozent (Durchschnitt [...] Prozent).

Hoffnung macht den Nürn[...] gern auch zur Zeit die Entwickl[...] der offenen Stellen. 85 621 wa[...] Ende Juni gemeldet, 172 mehr [...] im Mai, allerdings 32 000 weni[...] als im Vorjahr. Dennoch: e[...] leichte Zunahme, denn der [...] gang, der auf einen allerdings s[...] niedrigen Bestand traf, bet[...] 10 000. In den ersten sechs Mo[...] ten konnten 80 Prozent der gem[...] deten Plätze innerhalb von 27 [...] gen besetzt werden. Vor ein[...] Jahr hatte der sogenannte A[...] schöpfungsgrad nur 60 bis 70 P[...] zent betragen, und die Neubes[...] zung mehr als 30 Tage gedau[...] „Wenn zur Zeit auch viele jun[...] Leute mit Lehrabschluß kein [...] Job haben, so sind ihre Chanc[...] doch gut", heißt es in Nürnbe[...]

Seite 2: Moskaus Trio infernal

Leo 1 schlägt Amerikas Superpanzer

CAY GRAF BROCKDORFF, Brüssel

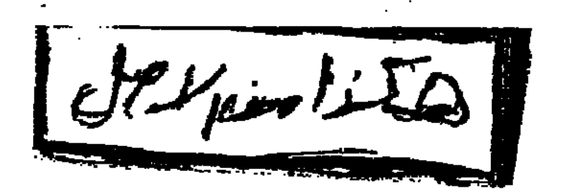
Starke Beachtung hat in der NATO der internationale Kampfpanzerwettbewerb „Canadian Army Trophy" gefunden, bei dem der Leopard-1-Kampfpanzer der Bundeswehr den brandneuen US-Kampfpanzer M-1 „Abrams" geschlagen hat. Obwohl es sich bei dem Panzer-Gefechtsschießen der NATO-Partner in der Lüneburger Heide um einen Mannschaftswettbewerb gehandelt hat, wurde der Sieg des Leopard 1 über den von einer Gasturbine angetriebenen US-Panzer der neuesten Generation entsprechend gewürdigt. Das Gegenstück des amerikanischen M-1 ist in der Bundesrepublik der „Leopard 2", der an dem Wettbewerb noch nicht teilgenommen hatte.

Sieger wurde ein Zug des Panzerbataillons 293 der Bundeswehr aus Stetten. Auf Platz zwei und drei kamen die Amerikaner mit ihrem neuen Super-Panzer. Die Deutschen traten mit Wehrpflichtigen an, die Amerikaner mit Berufssoldaten. Für bemerkenswert hielten Militärfachleute die Tatsache, daß die siegreichen deutschen Panzersoldaten alle Gefechtsziele bekämpft hatten, dennoch nicht mehr benötigte Munition zurückgeben konnten. Die Amerikaner verfehlten zwei Ziele, hatten sich aber auch verschossen.

Abgeschlagen gelangten bei dem Wettbewerb auf hintere Plätze Großbritannien, Kanada, Belgien und die Niederlande. Die Briten hatten ihren „Chieftain"-Panzer mit 120-Millimeter-Kanone ins Rennen geschickt. Bis auf die Amerikaner und Briten waren alle anderen NATO-Nationen mit dem „Leopard 1" gekommen.

Dies zeigt nach Ansicht von Fachleuten, daß ein guter Aus[...] dungsstand die Vorteile eines m[...] derneren Waffensystems wett[...] chen kann. Im gesamten Dur[...] schnitt hätten übrigens die Ame[...] kaner mit vorzüglicher Ausbildu[...] beeindruckt.

Gegenüber dem amerikanisch[...] „Abrams"-Kampfpanzer hatte d[...] bei dem Wettbewerb siegreic[...] „Leopard 1" aus der letzten Bau[...] rie einen prinzipiellen technisch[...] Vorteil: Er ist mit einem rechner[...] steuerten eigenstabilisierten Run[...] blickperiskop für den Komman[...] danten ausgerüstet, mit dem d[...] Gefechtsfeld um 360 Grad un[...] hängig vom Richtschützen beo[...] achtet werden kann. Der Komman[...] dant kann mit dem Periskop au[...] die Kanone richten. Während d[...] Richtschütze ein Ziel bekämpf[...] kann er ein neues anvisieren [...] danach die Waffe auf dieses [...] ten.



Steifer Wind in Bremen

ww. – Die Verschmelzung der Werften in Bremen und Bremerhaven zum größten deutschen Schiffbauunternehmen, eines der größten der Europäischen Gemeinschaft, läßt die Wellen an der Küste höher schlagen. Was wird das Schicksal dieser Mammutfusion sein?

Mit dem beschlossenen Verbund setzen die Anteilseigner Thyssen-Bornemisza, das Land Bremen, Krupp und Hapag-Lloyd darauf, daß der Bund ihn mit einer gehörigen Finanzspritze fördert. Bei der Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zur Werftsituation in Bonn vor knapp drei Wochen hat das Bundeswirtschaftsministerium seine Hilfsbereitschaft schon signalisiert. Und jetzt muß der Freien Hansestadt Bremen geholfen werden. Es dreht sich um mehrere hundert Millionen Mark.

Steifer Wind bläst den Bremern unterdessen aus der Schwesterstadt ins Gesicht. Die Bremerhavener rechnen sich aus, Sitz des Großunternehmens zu werden, denn die Seebeck-Werft bringt den leistungsfähigsten Schiffbaubetrieb in die neue Kapitalgesellschaft ein, und die Hapag-Lloyd-Werft will als Spezialist Reparaturzentrum werden. Die notwendigen Docks zur Erweiterung müßten die Bremer Großwerften herausrücken.

Ein heißer Sommer steht dem neuen Vorstand – wahrscheinlich unter dem Vorsitz von Vulkan-Chef Norbert Henke – noch bevor, wenn es um die Personalpolitik geht. Rund 10 000 Werftarbeiter sind betroffen, die Umstrukturierung *kostet aber große Opfer*, mehr als 10 Prozent der Mitarbeiter müssen abgebaut werden, um die Sicherheit der Arbeitsplätze ihrer Kollegen zu garantieren. Vor allem aber müssen Aufträge her, sonst war alles umsonst.

Nur 32 Stunden

Wb. – Die deutschen Chemiearbeiter haben 1982 bereits die 32-Stunden-Woche erreicht, jedenfalls rechnerisch. Denn die durchschnittliche Jahresarbeitszeit – Arbeitszeit einschließlich Überstunden abzüglich Krankheitszeiten, Urlaub, Freistellungen und Kurzarbeit ging auf 1670 (1683) Stunden weiter zurück, meldet der Bundesarbeitgeberverband Chemie. Damit lag die Branche sogar noch leicht über dem Durchschnitt der Gesamtindustrie von 1654 Stunden. Interessant die kleine „Nebenrechnung", die der Verband aufmacht: Wenn ein Chemiearbeiter von den 168 Stunden einer Woche nur ein knappes Fünftel am Arbeitsplatz verbringt und ein weiteres Drittel – 56 Stunden – „verschläft", dann kommt er auf eine privat verfügbare Zeit von 80 Wochenstunden, von denen allerdings noch der Arbeitsweg abzuziehen wäre. Doch auch der Rest will ausgefüllt sein, und das fällt manchem gar nicht leicht. Kaum etwas zeigt besser als diese Zahlen, welche Chancen im Markt „Freizeit" zunehmend stecken und wo sich auch in den nächsten Jahren Möglichkeiten zu unternehmerischer Betätigung auftun.

CHEMISCHE INDUSTRIE / Leichte Belebung im ersten Halbjahr 1983

Grünewald: Konsumnahe Sparten brachten verbesserte Ergebnisse

GISELA REINERS, Bonn

„Eine leichte Geschäftsbelebung im ersten Halbjahr 1983" hat die chemische Industrie zu vermelden. Wie Verbandspräsident Professor Herbert Grünewald (Bayer AG) gestern in Bonn erläuterte, hat sich der Umsatz in der chemischen Industrie gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 um knapp zwei Prozent erhöht, die Produktion stieg um etwa ein Prozent über das Niveau des Vorjahres.

„Es gab wenig Spielraum für Preiserhöhungen", sagte Grünewald. Für das gesamte Jahr 1983 rechnet sich die Branche gute Chancen aus, ihr Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr zu verbessern. Die Meldungen aus den Vereinigten Staaten, dem Konjunkturschrittmacher, seien besser, als noch vor vier Wochen zu erwarten war, sagte der Verbandspräsident. Allerdings blieben die Risiken bestehen, wie das hohe Zinsniveau und Zahlungsschwierigkeiten in manchen Staatshandelsländern. Sollte die Konjunktur wider Erwarten noch stärker anspringen als bisher – worauf die Entwicklung in den USA hinzudeuten scheine –, werde sich das positiv auf die deutschen Firmen auswirken.

Das verbesserte Ergebnis führte Grünewald auf die „relativ bessere Entwicklung" bei den konsumnäheren Sparten wie beispielsweise Medikamenten, Kosmetika und Reinigungsmitteln zurück. Der Absatz von anorganischen und organischen Grundstoffen sowie von Standardkunststoffen habe sich weniger gut entwickelt. Als „besonders schlecht" habe sich das Düngemittelgeschäft erwiesen. Zwar habe sich über alle Bereiche hinweg die Kapazitätsauslastung erhöht, doch sei sie insgesamt mit 75 bis 80 Prozent noch nicht zufriedenstellend.

Vor allem die gestiegene Inlandsnachfrage hat nach den Worten von Grünewald den günstigeren Trend in den ersten sechs Monaten dieses Jahres herbeigeführt. Dabei seien hauptsächlich die Bauwirtschaft, die Automobilindustrie und der private Konsumgüterbereich als Nachfrager aufgetreten. Die Bedeutung des Exports, der zum Jahreswechsel 1982/83 vorwiegend die Konjunktur in der chemischen Industrie stabilisiert hatte, habe an Bedeutung für die Belebung verloren. Die Ausfuhr in die USA, die Beneluxländer und nach Großbritannien habe sich zwar verbessert, doch nach Japan und den Staatshandelsländern des Ostblocks habe sie abgenommen. Um zwei Prozent gestiegen sind, so Grünewald, die Einfuhren, dabei überdurchschnittlich aus dem EG-Raum und aus Japan. Gesunken seien die Importe aus den Vereinigten Staaten, dem Ostblock und besonders aus Südamerika.

Ertragsverbesserung sind nach Angaben des Verbandspräsidenten in einzelnen Sparten nur auf eine „konsequente Umstrukturierung der Produktionspalette" hin zu höherwertigen Erzeugnissen und auf die „Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten" zurückzuführen. Eine Erhöhung der Erzeugerpreise sei am Markt kaum durchsetzbar gewesen. Eher hätten sinkende Preise für Rohöl und Raffinerieprodukte zu Preissenkungen gezwungen. Der Wettbewerbsdruck sei unverändert groß.

Die Zahl der Beschäftigten in der chemischen Industrie wird in diesem Jahr noch einmal geringfügig zurückgehen. Grünewald nannte die Größenordnung von ein bis zwei Prozent „nicht spektakulär". So hoch habe sie auch im Vorjahr gelegen. Er wies jedoch auf die sinkenden Kurzarbeiterzahlen hin: 14 000 im Januar, im Mai nur noch 4800 – eine Entwicklung, die auch auf dem Arbeitsmarkt allgemein zu beobachten ist. Die Zahl der Lehrlinge soll nochmals heraufgesetzt werden: allein Bayer werde 100 Ausbildungsplätze mehr zur Verfügung stellen, insgesamt 1300. Er lobte den Tarifabschluß in diesem Zusammenhang, der vorsieht, daß die Lehrlingsvergütungen diesmal nicht steigen, die Industrie aber vermehrt ausbildet.

Die Investitionen werden 1983 möglicherweise eher gesenkt. Man rechnet mit sechs bis sieben Milliarden. Sie sollen mit einem Löwenanteil von 40 Prozent in die Rationalisierung, vor allem beim Energieeinsatz, fließen und zu 25 bis 30 Prozent in die Erweiterungen. „Der Markt verlangt zur Zeit keine Produkte, die eine Kapazitätsausweitung erfordern würden", sagte Grünewald. Allerdings steigen die Forschungsausgaben weiter, was als Kompensation für Sachinvestitionen zu bewerten sei.

FINANZPOLITIK

Städte und Gemeinden fühlen sich als Spar-Verlierer

PETER GILLIES, Bonn

Bund und Länder sanieren sich auf Kosten der Städte und Gemeinden. Dies befürchtet der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Die Ausgleichzahlungen seien unzureichend, noch immer fehlten den Kommunen rund 400 Millionen Mark. Das gehe zu Lasten künftiger Investitionen, beklagte die Organisation gestern vor der Presse in Bonn.

Nach dem Rückgang um 13 Prozent im Jahre 1982 sei für 1983 ein weiteres Absacken der Investitionen von rund acht Prozent zu befürchten, meinten Verbandssprecher. Zwar sei bei kommunalen Projekten wie Schulen, Schwimmbädern, Krankenhäusern etc. der Sättigungsgrad erreicht, aber die Herausforderungen des Umweltschutzes und der Stadtsanierung seien enorm. Allein bei der Abwasserbeseitigung müßten in zehn Jahren rund 25 Milliarden Mark investiert werden.

Auch bei der Sozialhilfe gerieten die Kommunen in die Zwickmühle. Die Kürzungen bei den Arbeitslosenleistungen landeten bei ihnen als Mehrausgaben an Sozialhilfe. Die starken Erhöhungen von gemeindlichen Gebühren und Abgaben seien an eine Grenze gestoßen. Eine Begrenzung der Sozialhilfe sei „dringlich".

Auf die Frage, ob die Verwaltungen nicht sparsamer wirtschaften könnten, räumt der Verband ein, in mittleren und höheren Positionen sei das Personal „teilweise übersetzt". Hier wäre noch einiges zu tun.

Wie prekär die Lage der Gemeindefinanzen sei, zeige sich daran, daß beispielsweise ein Drittel aller Haushalte in Nordrhein-Westfalen und fast alle im Saarland heute nicht ausgeglichen seien. Der Bundesregierung bescheinigt der Städtebund zwar, ihr Konsolidierungsprogramm gehe „in die richtige Richtung", sei aber teilweise rechnerisch falsch und unrealistisch. So wird eine „Nullrunde" 1984 im öffentlichen Dienst für unwahrscheinlich gehalten.

Die Länder aber, die vom Bund durch eine höhere Umsatzsteuer entlastet werden, gäben diese Vorteile nur unzureichend an die Gemeinden weiter (was von seiten des Bundes und der Länder bestritten wird). So weisen die Kommunen die Ansicht zurück, die Anhebung der Mehrwertsteuer entlaste ihre Kassen. Tatsächlich müßten sie gleichermaßen höhere Mehrwertsteuern (an Unternehmen) zahlen, wie sie entsprechende Mehreinnahmen bekämen. Der Saldo sei null.

Nach Berechnungen des Städtebundes fehle den Kommunen noch eine Summe von rund 400 Millionen Mark. Die Länder versuchten sich aus ihrer Finanzpflicht für die Gemeinden wegzustehlen. Als Ausgleich fordern sie über die bisher bekannten Beschlüsse eine weitere Senkung der Gewerbesteuerumlage.

Von der Gewerbesteuer, die die *Gemeinden erheben*, müssen sie eine Umlage an die Länder zahlen. Sie beträgt derzeit 52 Prozent der Gewerbesteuer und soll nach den Wünschen des Verbandes auf 47 Prozent gesenkt werden.

Chancen mit Chips

Von HEINZ HILDEBRANDT

Ganze zwölf Jahre sind sie erst alt, die Mikroprozessoren, die daumennagelgroßen Bauelemente der Elektronik. Ein kleines Stückchen Silizium ist ihr Herz, die Verkleinerung einer Computerzentraleinheit auf einer Chip-Fläche von nur einem halben Quadratmillimeter. Anfang der siebziger Jahre kamen die ersten dieser Winzlinge auf den Markt, nicht etwa als Erfindung aus dem Nichts, sondern als logische Weiterentwicklung ihrer Vorgänger, der Transistoren, die wiederum röhrenbestückte Leiterplatten zu ihren Ahnen zählten. Pate bei ihrem Entstehen stand die Weltraumforschung, der Zwang zur Miniaturisierung, zur Konstruktion kleinster und gleichzeitig widerstandsfähigster Bauelemente, die sich auf engstem Raum in Raketen und Satelliten unterbringen ließen.

Damit wurde eine Entwicklung eingeleitet, die dazu beiträgt, die Welt zu verändern, schneller und vielleicht sogar folgenreicher als die Erfindung der Dampfmaschine, die Entdeckung der Elektrizität oder die Entwicklung von Verbrennungsmotoren; vergleichbar doch den Versuchen, sich die Atomkraft nutzbar zu machen.

Mikroprozessoren sind heute nicht mehr fortzudenken. Sie steuern kleine Haushaltsmaschinen genauso wirkungsvoll wie ganze Fertigungsstraßen in der Industrie. Wir finden sie wieder in Fernsehgeräten und in Digital-Zapfsäulen der Tankstellen, in Telefonvermittlungen und in Schreibmaschinen, Fotoapparaten und in Registrierkassen. Herzschrittmacher wären ohne sie genauso undenkbar wie die meisten Produkte der modernen Waffentechnik. Ohne sie gäbe es keine Wettersatelliten; alle Versuche der Weltraumtechnik wären zum Scheitern verurteilt.

Trotzdem, Mikroprozessoren bleiben umstritten; und nicht nur das, sie werden oftmals geradezu verteufelt. Die Bezeichnung Arbeitsplatzkiller ist dabei eine der besonders häufig genannten. Dafür sollte man Verständnis haben, denn wenig hat in jüngster Vergangenheit so sehr zur Rationalisierung in der Arbeitswelt beigetragen wie das Auftauchen der Mikroprozessoren. Daß mit dieser Rationalisierung auch das Verschwinden von Arbeitsplätzen Hand in Hand ging, ist nicht zu leugnen. Hier werden jedoch zumeist Ursache und Wirkung verwechselt. Rationalisierung mit Hilfe von mikroprozessorgesteuerten Maschinen wird nicht zuletzt durch die immer mehr steigenden Lohn- und vor allem Lohnnebenkosten ausgelöst, die unsere Wirtschaft auf den Weltmärkten wettbewerbsunfähig zu machen drohen. Offensichtlich ist hierzulande jedoch der Themenkomplex Mikroprozessoren ebensowenig wie der der Atomtechnik sachlich und frei von *Emotionen zu behandeln.*

Dabei sind technologische Weiterentwicklungen bisher noch nie aufzuhalten gewesen, weder durch Verweigerung noch durch Maschinenstürmerei, weder im Zusammenhang mit der Dampfmaschine zu Beginn der Industrialisierung noch viel später beim Aufkommen der Schreibmaschine. Auch sie waren ursprünglich Jobkiller. Sie machten den altehrwürdigen Beruf des Schreibers in Kanzleien und an Büro-Stehpulten überflüssig, eröffneten aber vor allem den Frauen eine neue Beschäftigungschance jenseits von Kochtopf und Kinderpflege, ein erster Schritt in Richtung auf die doch so erwünschte Emanzipation.

Auch das, was der Mikroprozessor heute in Bewegung gesetzt hat, sollte unter diesen Perspektiven gesehen werden. Neue Techniken bringen nun einmal Veränderungen, aber sie bringen auch Chancen. Tödlich für die Wirtschaft wäre es jedoch, wenn sich die Industrie in diesem Bereich aus dem Technologiewettlauf mit den USA und mit Japan zurückziehen würde. Die Mikroelektronik ist nicht nur eine Schlüsselindustrie in der Elektronik, sie hat auch eine ausgesprochene Lokomotivfunktion für die gesamte Wirtschaft und allein dadurch schon zahlreiche neue, in der Vergangenheit unbekannte Arbeitsplätze geschaffen. Solche aber würden in ganz großem Ausmaße wieder verlorengehen, wenn die Bundesrepublik hier im internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten könnte.

Negative Beispiele aus anderen Branchen gibt es mehr als genug, zum Beispiel aus der optischen Industrie und aus der Unterhaltungselektronik. Jetzt gilt es zu verhindern, daß sich das nicht bei der zukunftsträchtigen Nachrichtentechnik wiederholt, denn hier sind bedeutende Wachstumspotentiale zu sehen. Die Wirtschaft kann es sich daher nicht leisten, auf Mikroprozessoren und ähnliche Bauelemente zu verzichten, denn dann würden sie wirklich zu Jobkillern.

AUF EIN WORT



„Den Wald oder das Revier sterben zu lassen, kann nicht die Alternative sein. Wenn Umweltpolitik Langzeitökonomie sein soll, dann bedarf es hierzu europäisch vereinbarter, verläßlicher Ziele, klarer Prinzipien und flexibler Instrumente, die das wirtschaftliche Eigeninteresse für den Umweltschutz aktivieren."

Dr. Karl Ahrens (SPD), Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Rekordumsatz an der Börse

rtr, Frankfurt

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind an der Frankfurter Wertpapierbörse bereits mehr Aktien als im gesamten Jahr 1982 umgesetzt worden. Nach Angaben des Frankfurter Börsenvorstandes wurden Aktien im Wert von 25,4 Milliarden gegenüber 19,0 Milliarden Mark im Gesamtjahr 1982 gehandelt. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1982, als Aktien für 7,9 Milliarden Mark umgesetzt wurden, bedeutet dies eine Steigerung auf mehr als das Dreifache. Auch beim Umsatz festverzinslicher Wertpapiere hat es im ersten Halbjahr 1983 einen neuen Rekord gegeben. Es wurden 26,8 (erste Vorjahreshalbjahr 21,2) Milliarden Mark in festverzinslichen Wertpapieren umgesetzt.

KONJUNKTUR

Die Produktion hat immer noch nicht Tritt gefaßt

rtr, Bonn

Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im Mai lediglich in der Bauwirtschaft ausgewirkt. Während das Produktionsniveau des produzierenden Gewerbes sich insgesamt im Mai gegenüber dem Vormonat nicht veränderte, konnte das Bauhauptgewerbe seine Leistung gegenüber April um zwei Prozent steigern, teilte das Bundeswirtschaftsministerium aufgrund vorläufiger Daten des Statistischen Bundesamtes mit.

Nach revidierten Zahlen für April war die Industrieproduktion im Vormonat sogar um knapp einen Punkt gesunken. Aufgrund von vorläufigen Zahlen hatte das Ministerium für April zunächst eine Zunahme der Erzeugung um einen Prozentpunkt gemeldet. Ende Mai lag das Fertigungsniveau damit in der deutschen Industrie um 2,8 Prozent unter dem Stand im gleichen Monat des Vorjahres.

Der Zwei-Monate-Vergleich (April/Mai gegenüber Februar/März), der die konjunkturellen Grundtendenzen besser zum Ausdruck bringt, weist nach Angaben des Ministeriums für das verarbeitende Gewerbe eine Zunahme der Erzeugung um ein Prozent aus. Am kräftigsten fiel bei dieser Betrachtung der Statistiken mit zwei Prozent der Anstieg im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe aus. Eine leichte Zunahme meldete die Investitionsgüterindustrie, die die Erzeugung um 0,5 Prozent steigerte. Im Verbrauchsgüterbereich dagegen wurde die Fertigung nicht weiter gesteigert, während Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Ausbringung um 1,5 Prozent drosselte.

Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat lag im Mai nach weiteren Angaben des Ministeriums die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe um 3,5 Prozent niedriger.

ÖFFENTLICHE BANKEN

Kaum Chancen für stärkeren Abbau des Zinsniveaus

rtr, Bonn

Angesichts der starken Zunahme der Zentralbankgeldmenge in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Ansicht des Verbandes der öffentlichen Banken derzeit nicht mit einem nachhaltigen Zinsabbau am deutschen Kapitalmarkt zu rechnen. Wie der Verband in seinem jüngsten Rentenmarktbericht schreibt, bleibt das amerikanische Zinsniveau weiter die Schlüsselgröße für die Entwicklung am inländischen Rentenmarkt. Von der Deutschen Bundesbank seien nämlich in nächster Zeit keine weiteren zinssenkenden Impulse zu erwarten. Obwohl die Expansion der Zentralbankgeldmenge in den vergangenen Monaten eine fallende Tendenz gezeigt habe, liege sie dennoch über dem oberen Rand des vom Zentralbankrat der Bundesbank in der vergangenen Woche bestätigten Geldmengenziels von vier bis sieben Prozent.

Nach Angaben von Bundesbank-Vizepräsident Helmut Schlesinger verlangsamte sich das Geldmengenwachstum im Juni auf eine Jahresquote von neun Prozent. Im ersten Quartal dieses Jahres hatte sie noch bei 11½ Prozent gelegen.

Mit der Wiederwahl des US-Notenbankpräsidenten Paul Volcker, der wohl weiterhin eine Politik des stabilen Geldes vertreten werde, sei die Fortsetzung des Konfliktes zwischen Geld- und Fiskalpolitik programmiert, schreibt der Verband weiter. Wenn die sich abzeichnende Konjunkturerholung in den USA anhalte, werde es wegen der Finanzierung des für das laufende Jahr auf etwa 200 Milliarden Dollar geschätzten US-Haushaltsdefizits an den amerikanischen Kapitalmärkten zu Engpässen kommen. Falls die US-Notenbank (Fed) den Stabilitätskurs der Vergangenheit beibehalten sollte, würde die Konkurrenz von Staat und Privatwirtschaft auf den amerikanischen Kapitalmärkten ein Ansteigen des Zinsniveaus auslösen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundeshaushalt 1984
(Entwurf)
Ausgaben insgesamt: 257,75 Milliarden DM
davon für
Forschung 7,1
Jugend, Familie 16,6
Schuldendienst 32,7
Arbeit, Soziales 60,2
Verteidigung 48,0
Verkehr 24,7
Pensionen 10,3
Entwicklungshilfe 6,5
sonstiges 36,35
6,1 Landwirtschaft
5,3 Wohnungsbau
3,9 Bildung

Der Entwurf des Bundeshaushalts 1984 sieht Ausgaben in Höhe von 257,75 Milliarden Mark vor. Das sind 4,5 Milliarden oder 1,8 Prozent mehr als 1983. Mehrausgaben an einer Stelle müssen durch Kürzungen an anderer ausgeglichen werden. Überdurchschnittliche Steigerungsraten weisen die Etats des Wirtschafts- (plus 11,5 Prozent) und des Bauministers (plus 10,4 Prozent) auf. Kürzungen müssen der Bildungs- (minus 14,8 Prozent) und der Familienminister (minus 3,8 Prozent) hinnehmen. QUELLE: GLOBUS

EG-Industrieproduktion

Brüssel (VWD) – Bei der industriellen Produktion in der EG zeichnet sich eine leichte Erholung ab. Nach Angaben des Statistischen Amtes der EG lag der Index im April mit 116,7 (1975=100) zwar um 2,3 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahresmonat, aber saisonbereinigt um 0,6 Prozent über März. Ein spürbarer Aufschwung habe zwar noch nicht eingesetzt, aber der Tiefstand von Ende 1982 scheine überwunden, heißt es dazu von Eurostat. In den einzelnen Ländern ist die Situation sehr unterschiedlich. In den ersten drei Monaten war in Deutschland ein Anstieg von 2,7 Prozent, den Niederlanden von 3,7 Prozent und in Großbritannien von 0,9 Prozent festzustellen, während in Frankreich, Italien und Dänemark Rückgänge zu verzeichnen waren.

Längere Sparpolitik

Paris (AFP) – Die Sparpolitik der französischen Regierung muß nach Angaben von Premierminister Pierre Mauroy ein Jahr länger durchgeführt werden als zu ihrem Beginn im Sommer 1982 angekündigt. In einem Rundfunkinterview erklärte Mauroy, die Austeritätspolitik werde das ganze Jahr 1983 über und auch 1984 noch fortgeführt werden. Dabei kündigte er indirekt neue Steuererhöhungen an. Bei der Verabschiedung des ersten Sparplans im Juni 1982 hatte die französische Regierung noch von höchstens 18 Monaten Dauer der Sanierungspolitik gesprochen.

Weniger Ostasien-Exporte

Hamburg (dpa/VWD) – Der deutsche Ostasienhandel hat sich im ersten Vierteljahr 1983 gegenläufig entwickelt. Während die deutsche Einfuhr aus Ostasien gegenüber dem ersten Quartal 1982 um fünf Prozent auf gut 7,9 Milliarden Mark stieg, fiel die Ausfuhr um mehr als sechs Prozent auf 5,1 Milliarden Mark. Nach Einschätzung des Ostasiatischen Vereins, Hamburg, dürfte die Aufwärtstendenz der deutschen Fernostbezüge 1983 anhalten. Für den Export stellt der Verein dagegen keine Prognosen.

Finanzierungsgrenzen

Brüssel (VWD) – Die EG hat ihre Finanzierungsgrenzen erreicht. Mit der Vorlage des Entwurfs des zweiten Berichtigungshaushalts 1983 in Höhe von 2,441 Milliarden Ecu ist die Ein-Prozent-Mehrwertsteuergrenze voll erschöpft, verlautete bei der EG-Kommission. Drei Viertel der zusätzlichen Mittel – 1,811 Milliarden Ecu – werden zusätzlich für den Agrarsektor benötigt. Der Löwenanteil davon entfällt mit 610 Millionen Ecu auf den Milchsektor. Der zweitgrößte Posten sind Son*dermaßnahmen für Großbritannien* mit 384,6 Millionen Ecu und Deutschland mit 78,1 Millionen Ecu, die ausschließlich für Energiemaßnahmen bestimmt sind.

Veba sucht Kapital

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Veba AG – mit 1,68 Milliarden DM Grundkapital eine der größten deutschen Aktiengesellschaften – will sich auf der nächsten Hauptversammlung neue Wege der Kapitalbeschaffung eröffnen. Das Unternehmen benötigt bis Ende 1987, zum Teil für Auslandsinvestitionen, insgesamt 6,9 Milliarden DM an langfristigen Krediten. Die Veba AG strebt deshalb die Ermächtigung zur Ausgabe einer Optionsanleihe in Höhe von 500 Millionen D-Mark und zu einer damit verbundenen Erhöhung des Grundkapitals um 250 Millionen D-Mark während der nächsten fünf Jahre an.

Abstriche statt arbeitslos

Essen (VWD) – Erwerbstätige mit relativ hohem Einkommen oder hoher beruflicher Spezialisierung, die ihren Arbeitsplatz verlieren, bleiben kaum länger arbeitslos als andere Betroffene. Das hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in einer am Montag in Essen veröffentlichten Untersuchung für den Zeitraum 1970 bis 1980 herausgefunden und damit nach eigenen Angaben eine verbreitete Vermutung widerlegt. Das lege – so das RWI – die Folgerung nahe, daß die Arbeitskräfte aus Berufen mit hohem Einkommensniveau oder starker Branchenbindung in der Regel bereit gewesen seien, Einkommenseinbußen oder auch eine relativ umfassende Umschulung hinzunehmen.

Abzahlungsgesetz gültig

Karlsruhe (dpa/VWD) – Der Erwerb eines Pkw und der gleichzeitige Abschluß eines Finanzierungsgeschäftes fallen dann gemeinsam unter das Abzahlungsgesetz, wenn beide Geschäfte „eng verflochten" sind. Nach einem am Montag vom VIII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) veröffentlichten Urteil kann in einem derartigen Fall der Käufer daher – wie bei Abzahlungsgeschäften üblich – das Geschäft innerhalb einer Woche widerrufen.

Abschwächung gebremst

Bern (AP) – Das reale Brutto-Inlandsprodukt in der Schweiz ist im ersten Quartal dieses Jahres verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,4 Prozent zurückgegangen. Dies ergaben neueste Schätzungen, wie das schweizerische Bundesamt für Statistik in Bern mitteilte.

KRONBERGER KREIS

Wissenschaftler fordern eine „kleine Steuerreform"

PETER GILLIES, Bonn

Das Grundübel des deutschen Steuerrechts ist seine falsche Struktur: Ersparnis wird gegenüber dem Konsum diskriminiert, das Eigenkapital gegenüber dem Fremdkapital, und wo die Investitionen am dringendsten sind – in der Wirtschaft – ist die Besteuerung am höchsten. Auf diesen Widersinn macht der „Kronberger Kreis" in einer Studie aufmerksam und regt eine „kleine Steuerreform" an.

Der Wissenschaftler-Zirkel (die Professoren Engels, Fels, Gutowski, Stützel, von Weizsäcker, Willgerodt) bescheinigt der neuen Bundesregierung eine vernünftige Zielrichtung mit vielen Irrwegen und einem „mageren Saldo". Um die Investitionen zu beleben, den Strukturwandel zu fördern und die Vermögensbildung zu fördern, schlägt der Kreis vor:

- Weitgehende Abschaffung der Vermögensteuer, Umwandlung der Gewerbe- in eine Wertschöpfungssteuer, Abschaffung aller Abgaben, die die Eigenkapitalbeschaffung behindern.
- Mit einer Kapitalgewinnsteuer (25 Prozent) soll die Auflösung von stillen Reserven gefördert werden; Einführung einer Quellensteuer für Zinserträge (25 Prozent), verbunden mit einer Amnestie für bisherige „Steuersünder".
- 5000 Mark Steuerfreibetrag für Vermögenseinkünfte, um die private Vermögensbildung anzuregen.
- Weniger Steuervergünstigungen für den Wohnungsbau, mehr für betriebliche Investitionen.
- Keine Steuerprivilegien für gemeinnützige Wohnungsunternehmen, um die Privatisierung des Bestandes anzuregen.
- Auch der Staat und seine Betriebe sollen Umsatzsteuer zahlen.

KOHLEIMPORTEURE / Verein fordert mehr marktwirtschaftliche Prinzipien

„Förderung am Bedarf orientieren"

HANS BAUMANN, Essen

Der Rückgang des Energiebedarfs und die geringeren Wachstumsraten der Wirtschaft fordern zu der Frage heraus, ob die Zielvorstellungen des deutschen Steinkohlenbergbaus nach einer Förderung von 90 Millionen Tonnen im Jahre 1990 noch realisierbar sind. Dies sagte der Vorstandsvorsitzende des Vereins Deutscher Kohlenimporteure, Günter Winkelmann (Vorstands-Chef der Veba-Tochter Stinnes AG), bei Vorlage des Jahresberichts in Düsseldorf. Auch andere Industriezweige müßten ihre Kapazität der sich ändernden Nachfrage anpassen.

Die Preisdifferenz zwischen deutscher und ausländischer Kohle hat sich 1982 weiter erhöht, sagte Winkelmann. Der Listenpreis für Kraftwerkskohle von der Ruhr betrug im Oktober 246,50 Mark abzüglich 4 Mark Rabatt je Tonne. Zur gleichen Zeit habe die Elektrizitätswirtschaft Importkohle frei Grenze für 168 Mark bezogen. Vertragspreise cif Nordseehäfen lagen nach Winkelmann zum Teil sogar unter 150 Mark. Der Preisunterschied zwischen Importkohle und heimischer Kohle einschließlich der Hilfen der öffentlichen Hand betrug daher 129 Mark je Tonne. „Die weitere Vergrößerung des Preisabstandes ist programmiert", sagte Winkelmann.

Da die Bundesrepublik rund ein Drittel ihres Bruttosozialproduktes aus dem Export erwirtschafte, sei die gesamte Volkswirtschaft von der Erhaltung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit abhängig. Dazu trage nicht zuletzt die Nutzung preisgünstiger Energieimporte bei. Die Forderung nach höheren Kohleimporten ändere nichts an der Tatsache, daß der deutschen Steinkohle ein unverzichtbarer Platz in der Energieversorgung zustehe, schränkte Winkelmann ein. Die Frage sei lediglich, wie groß die Bereitschaft und die Möglichkeit der deutschen Volkswirtschaft sei, die teuerste Primärenergie zu verkraften. Die marktwirtschaftlichen Prinzipien müßten auch für die Kohle wieder weitgehend Anwendung finden, das setze eine allmähliche Änderung der Kohlepolitik voraus.

Winkelmann verweist darauf, daß die Kohlenvorräte der Welt für Jahrhunderte reichen, daß sie so breit gestreut seien, daß keinerlei Sicherheitsrisiko für den Import von Kohle bestehe, daß Weltschifffahrt und Häfen über große Kapazitätsreserven verfügten, die eine starke Ausweitung des zur Zeit noch geringen Welt-Kohlehandels (270 Millionen Tonnen bei 2,9 Milliarden Tonnen Förderung) zuließen. Die Bedeutung der Kohle für die Energieversorgung der Welt werde weiter wachsen, jedoch nicht in dem Umfang, den frühere Untersuchungen noch vorausgesagt hätten. Der Kohleimport aus Drittländern betrug im vergangenen Jahr 8,5 Millionen Tonnen, das ist eine Million Tonnen mehr als 1981.

NAHER OSTEN

Wichtiger Exportmarkt

dpa/VWD, **Hamburg**

Der Nahe und Mittlere Osten ist in den letzten Jahren zum wichtigsten Exportmarkt für die Bundesrepublik außerhalb Europas aufgestiegen. Mit einem Anteil von knapp acht Prozent (1982) an der deutschen Gesamtausfuhr übertreffen die Lieferungen beispielsweise deutlich den Export nach Nordamerika oder in die Staatshandelsländer und sind dreimal so hoch wie die Exporte nach Lateinamerika, heißt es im Jahresbericht des Nah- und Mittelost-Vereins, Hamburg, für 1982/83.

Der Handel mit diesem Wirtschaftsraum könne weiter ausgebaut werden. Trotz der Sparmaßnahmen in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens stieg die Ausfuhr in diese Staaten im ersten Quartal 1983 mit knapp neun Milliarden Mark nochmals um über drei Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dagegen ging der deutsche Export insgesamt um ein Prozent zurück. In Saudi-Arabien, dem größten Abnehmer deutscher Waren in Nahost, sei die deutsche Stellung „weiterhin beachtlich".

Düsseldorfer Messen mit gutem Zuspruch

DW. **Bonn**

Die Düsseldorfer Messegesellschaft mbH, Nowea, mit 155 Mill. DM Jahresumsatz 1982 Spitzenreiter in Deutschland, rechnet für das laufende Jahr wieder mit einem ähnlich guten Ergebnis. Zu den 14 Fachmessen und Ausstellungen im ersten Halbjahr 1983 registrierte die Nowea-Geschäftsführung bereits 198 Aussteller und rund 580 000 Besucher. Im zweiten Halbjahr stehen noch 15 Veranstaltungen auf dem Programm.

Auch der Auslandsbereich der Messegesellschaft expandiert. Nach Angaben in der Halbjahresbilanz wurden in den ersten sechs Monaten für die deutsche Wirtschaft 22 Messebeteiligungen in zehn Ländern durchgeführt. Weitere 19 Beteiligungen in neun Ländern sind bis Jahresende vorgesehen. Für 1983 insgesamt soll der Nowea-Auslandsbereich 43 (i. V.: 39) Mill. DM umsetzen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Rudolf Kampschulte, Kaufmann, Leuchten und Metallwaren, Arnsberg 1-Bachum; **Duisburg:** Wolfgang Grollmann, Elektromeister, Oberhausen 1;

Anschluß-Konkurs eröffnet: Lüdenscheid: Rahmede GmbH.

Vergleich beantragt: Hamburg: Stuppenhagen & Ruppert; **Karlsruhe:** Ruth Siegrid Wolf geb. Bauer, Inh. e. Textilgeschäfts; **Wittlich:** Eifeler Möbeltransport GmbH, Daun; **Wolfratshausen:** Rotaform Ges. f. Formulartechnik mbH & Co. KG, Hausham.

MINERALÖLWIRTSCHAFT / WELT-Gespräch mit Klaus Marquardt, Verbandsvorsitzender

Der Kampf um den Benzinmarkt geht weiter

HANS BAUMANN, **Essen**

„Kein Mitglied unseres Verbandes blickt optimistisch in die Zukunft des Benzinmarktes. Überkapazitäten heizen den Wettbewerb an, die Mengen drücken auf die Preise und vom Umweltschutz drohen neue Kosten, obwohl wir *heute schon Erlöse haben, die* unseren Aufwand bei weitem nicht decken." Das sagte der in Berlin zum drittenmal für zwei Jahre gewählte Vorsitzende des Vorstandes des Mineralölwirtschaftsverbandes (MWV), Hamburg, in einem Gespräch mit der WELT.

Klaus Marquardt erinnert daran, daß die Verluste im Raffineriebereich im ersten Halbjahr 1983 schon wieder zwei Milliarden Mark betragen, daß sich damit die Gesamtverluste der deutschen Raffineure in den letzten dreieinhalb Jahren auf 14,4 Milliarden Mark addieren. Der Vorsitzende des MWV mag nicht bestreiten, daß die „katastrophale Erlössituation" am Markt für Vergaserkraftstoffe seit März dieses Jahres zum großen Teil „hausgemacht" ist. Seit der Einigung der Opec im März in London auf einen niedrigeren (und bis heute stabilen) Preis von 29 Dollar je Faß (159 Liter) Rohöl habe der Preis für Vergaserkraftstoffe in Rotterdam kräftig auf fast 800 Mark je Tonne angezogen. Rückgerechnet auf die Bundesrepublik erlösten die deutschen Raffinerien aber durchweg 100 bis 120 Mark weniger als Rotterdam. „Das ist ein Ausdruck des heftigen Wettbewerbs um Marktanteile", kommentiert Marquardt die Zahlen der WELT.

Sieht er einen Ausweg aus dieser Situation? „Niemand sieht Licht am Ende des Tunnels", meint Marquardt, aber eines läßt ihn doch hoffen: „Wenn alle genug Blessuren haben, müßte die Vernunft eigentlich wieder einkehren." Die ganze Branche „leidet enorm", sagt er. Auch die Mütter der Konzerne in der Bundesrepublik würden unruhig, da niemand sagen könne, wann die Leidenszeit der deutschen Raffineriewirtschaft zu Ende gehe.

Kann man dieses „Ende" mit Zahlen greifen? „Wenn wir für alle Produkte der Raffinerie drei Pfennig je Liter mehr erlösen könnten, dann atmeten wir auf", doch er merkt gleich an, daß dann auch noch die 14,4 Milliarden Verluste irgendwann hereingeholt werden müßten

Zur Zeit regiert der Rotstift in der Mineralölwirtschaft. Kann Marquardt, der zugleich Vorsitzender des Vorstandes der Aral AG ist, sagen, welches Ziel die harten Rationalisierungsmaßnahmen haben werden? „Wir müssen herunter auf die niedrigeren Vertriebskosten des Handels und der freien Tankstellen", sagt Marquardt. Sind die Freien, die sich in Rotterdam nicht mehr eindecken können, da sie sechs bis sieben Pfennig je Liter Benzin mehr bezahlen müßten als in der Bundesrepublik, nicht in ihrer Existenz bedroht? „Wir alle sind bei dieser Kosten-Erlös-Situation bedroht", gibt er zur Antwort. Kennt er die Gerüchte, daß einige Benzinanbieter die DIN-Normen nicht mehr einhalten und zur Kostendämpfung dem Benzin Chemiekomponente beimischen? „Ja, und sie treffen teilweise auch zu", sagt der MWV-Chef, aber es sei sehr schwer, dafür Beweise zu liefern.

Da keine Marktanteile von der Mineralölindustrie veröffentlicht werden, schätzt die WELT die Aufteilung des Benzinmarktes, an dem 1982 fast 23 Millionen Tonnen umgesetzt wurden und dessen Absatz 1983 auf 22,5 Millionen Tonnen geschätzt wird. Nach dieser Schätzung hält Aral 21 Prozent, Shell 13 Prozent, Esso gut 10, BP gut 9, Texaco um 7 Prozent. Die sogenannte mittlere Gruppe (Agip, Fina, Elf, Chevron) hält 13 Prozent und die Freien halten 21 Prozent. Der Rest von rund 5 Prozent sind das „Verbrauchergeschäft" (Firmentanksäulen). Von Chevron, die die Raffinerietätigkeit in der Bundesrepublik eingestellt hat, heißt es in der Branche, daß sie sich auch von Europas Tankstellenmarkt zurückziehen wird. In der Bundesrepublik betreibt sie noch 461 Stationen.

SCHWEIZ / Reform des Aktienrechts

Transparenz wird verbessert

IRENE ZÜCKER, **Genf**

Nach einer Zangengeburt von fast 20 Jahren hat die schweizerische Bundesregierung (Bundesrat) den Entwurf für die Revision des eidgenössischen Aktienrechts vorgelegt, über den im September in der nationalrätlichen (einer parlamentarischen) Kommission beraten wird. Die Chancen für eine Realisierung des Projekts stehen gut, da bis heute keine grundsätzliche Opposition angemeldet wurde.

Mit 43 Prozent aller Unternehmen ist die Aktiengesellschaft in der Schweiz die unbestrittene Königin unter den Rechtsformen. Sie ist die übliche Gesellschaftsform *für Weltunternehmen wie Nestlé* bis zu Kleinbetrieben, auch für Immobilien- und Vermögensverwaltungsgesellschaften. Im Handelsregister eingetragen sind 117 000 Aktiengesellschaften, jedoch nur 2600 GmbH.

Hauptzweck der Revision ist die Verbesserung der Transparenz. Wer mit den unzähligen Verschleierungstaktiken schweizerischer Unternehmensleitungen vertraut ist, empfindet die zukünftige Offenlegung von Jahresrechnung, Konzernabschluß und Revisionsbericht für Publikums- und Großgesellschaften als einschneidend. Zudem müßte jeder Konzern mit Sitz in der Schweiz konsolidieren, auch wenn er Mitglied eines noch größeren Konzerns ist.

Die Höhe der stillen Reserven dagegen bleibt den Aktionären nach wie vor unbekannt. Nur die Auflösung stiller Reserven muß bekanntgegeben werden.

Das neue Gesetz soll außerdem Struktur und Funktion der Organe von Verwaltung und Revisionsstelle verbessern. Der schweizerische Verwaltungsrat nimmt weiterhin *konkret Einfluß im Unterschied* zum deutschen Aufsichtsrat. Zudem wird Erleichterung bei der Kapitalbeschaffung angestrebt *und in Anlehnung an das deutsche* Recht die genehmigte Kapitalerhöhung sowie die bedingte Kapitalerhöhung eingeführt.

Das Grundkapital wird auf mindestens 100 000 Franken verdoppelt, bei einem Mindesteinzahlungsbetrag von 50 000 Franken. Der kleinste Nennwert der Aktien bleibt bei 100 Franken. Weiter wird das Gründungsverfahren neu geordnet und geprüft.

Das Depotstimmrecht wird in zweifacher Hinsicht geregelt: Erstens müssen die Banken vor jeder Generalversammlung beim Aktionär Weisungen einholen und darlegen, wie viele Depotstimmen sie in der Versammlung vertreten.

Offen bleibt das Konzernrecht. Es wird in einer zweiten Phase der Revision zusammen mit den Kleinaktiengesellschaften geregelt. Auch das Insiderproblem ist ausgeklammert und wird in einem Sondergesetz mit strafrechtlichen und aktienrechtlichen Bestimmungen abgedeckt.

Verbessern wird das revidierte Aktienrecht die Stellung der Minderheitsaktionäre. Während das bisherige Gesetz vor allem Unternehmen und Gläubiger schützt, gilt das neue schweizerische Aktienrecht als „aktionärsfreundlich".

Blaupunkt: Erfolge mit Autoradios

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Bei der zur Bosch-Gruppe gehörenden Blaupunkt-Werke GmbH, Hildesheim, geht man davon aus, daß die inzwischen eingetretene Belebung der inländischen Nachfrage nach Pkw das Erstausrüstungsgeschäft für Autoradios positiv beeinflußt. Die zusammen mit Matsushita gegründete Videorecorder-Fabrik MB Video GmbH, Osterode/Harz, die im Frühjahr anlief, habe sich besser als erwartet entwickelt, konstatierte Aufsichtsratsvorsitzender Paul A. Stein in Stuttgart.

Für das laufende Jahr wird dort mit der Herstellung von etwa 40 000 Videorecordern gerechnet, vorausgesetzt Brüssel lockere die bestehenden Import-Beschränkungen. Es bestehe die Hoffnung, daß das Werk in seiner Expansion nicht gehemmt werde.

1982 hatte Blaupunkt seinen Umsatz um neun Prozent auf 1,46 Mrd. DM gesteigert. Weltweit betrug der konsolidierte Umsatz einschließlich der zugeordneten in- und ausländischen Produktionsgesellschaften und der Vertriebsleistungen der Regionalgesellschaften rund 1,8 Mrd. DM. Wesentlichen Anteil an der Umsatzsteigerung hatten die Verkaufserfolge bei Autoradios und Videorecordern.

Der Exportanteil am Umsatz stieg auf 36 (35) Prozent. Bei Autoradios, brachte die Neustrukturierung des Programms, insbesondere der Anlauf hochwertiger Geräte mit digitaler *Abstimmung neuen Schub.* Abgeführt wurde ein Gewinn von 20,13 (21,1) Mill. DM. Die Investitionen beliefen sich auf 32 (36) Mill. DM, abgeschrieben wurden 38 (39) Mill. DM. Blaupunkt beschäftigt 9775 (10 350) Mitarbeiter.

SCS: Beratung ist wieder gefragt

J. BRECH, **Hamburg**

Im Bereich der Unternehmensberatung haben sich nach Angaben der Hamburger SCS Sientific Control Systems GmbH die Auftragseingänge seit Jahresbeginn deutlich belebt. Bei der Gesellschaft hatte der Auftragsbestand bereits im April 80 Prozent des geplanten Jahresumsatzes erreicht. Wie es in einer Mitteilung heißt, dürfte der *Umsatz in diesem Jahr 100 Mill. DM* übersteigen.

Mit ihren fünf Geschäftsstellen hatte SCS im Jahr 1982 den Umsatz um 11 Prozent auf 90,3 Mill. DM gesteigert. Es wurden mehr als 500 Projekte für etwa 300 Kunden bearbeitet. Die Aufträge stammten zu rund 45 Prozent aus der Industrie, zu einem Viertel von Dienstleistungsfirmen und der Rest von der öffentlichen Hand und Versorgungsbetrieben.

Die 1979/81 gegründete SCS Personal- und Managementberatung, die inzwischen 17 Prozent zum Umsatz beisteuert, habe sich planmäßig entwickelt, heißt es. Auch die Eingliederung der 1981 übernommenen Gesellschaften *PPU*-Peifer & Partner Unternehmensberatungs GmbH und Teledat Datenverarbeitungsgesellschaft mbH, beide München, sei reibungslos verlaufen.

Keine Angaben macht SCS, die bis 1981 regelmäßig über den Geschäftsverlauf berichtet hatte und sich jetzt nach gut zwei Jahren *Pause wieder an die Öffentlichkeit* wendet, zum Ertrag. Zum letzten Mal war für 1980 ein Bruttogewinn von knapp 10 Mill. DM bei 64 Mill. DM Umsatz genannt worden. In der Zwischenzeit soll die Rentabilität stark unter Druck gestanden haben.

SCHIFFBAU / Bald Nachholbedarf?

Aufträge nach Fernost

HANS-J. MAHNKE, **Kopenhagen**

Ein Ende der Schiffbaukrise ist noch nicht in Sicht. Und selbst wenn es zu einer Erholung kommen sollte, dürfte die Verlagerung der Produktion von Werften in Westeuropa weg nach Fernost hin anhalten. Diese Ansicht vertrat jetzt Gerrit Körte, der Vorstand der dänischen MAN-Tochter B & W Diesel A/S, in einem Gespräch mit der WELT. Betroffen ist davon auch Körtes Unternehmen, das zu den bedeutendsten Schiffsmotorenproduzenten der Welt zählt.

Produzierte diese Kopenhagener Firma, die vor zweieinhalb Jahren von MAN übernommen wurde, *bisher im Schnitt zwölf Großmaschinen im Jahr,* so dürften es in Zukunft allenfalls noch sechs bis acht Aggregate sein. Zwar geht Körte, der früher im Vorstand von HDW saß, davon aus, daß über kurz oder lang auch bei Tankern ein Nachholbedarf gedeckt werden muß. Ein Teil der Aufliegertonnage dürfte im übrigen allein schon wegen der geänderten Sicherheitsbestimmungen kaum wieder in Fahrt gehen. Aber Körte sieht die Gefahr, daß von einer leichten Erholung, mehr hält er nicht für wahrscheinlich, kaum die westeuropäischen Werften profitieren werden.

Darauf deuten auch die jüngsten Großaufträge hin. So hat die japanische Reeder-Gruppe Sanko 120 Bulk carrier auf Werften des eigenen Landes bestellt. Und das, obwohl gegenwärtig dafür auf dem Weltmarkt keine Nachfrage besteht. Durch diese Maßnahm nur durch das enge Zusar spiel von Reedern, Banke Handelshäusern in Japan m war, wird den Werften in de östlichen Inselreich eine g Grundauslastung gesicher Markt sind auch die in Staatsreederei und eine ame sche Gruppe. Diese Aufträ gen jedoch nach Korea. G wurden sie auch im Vorg eine mögliche Belebung de handels, wodurch die Nach den nächsten Jahren re wird.

Körtes Unternehmen, d dem traditionsreichen dän Schiffbaukonzern Burmei Wain ausgegliedert wurde tiert davon als Lizenzgeb merhin: Nach einer kürzlic fentlichten Statistik ist di gemeinsam mit ihrer dä Tochter und ihren weltwe zenznehmern bei Dieselr Marktführer. Ihr Anteil be 1982 ausgelieferten Schiffe ner Tragfähigkeit von m 2000 Bruttoregistertonnen bei Zweitaktmotoren, der wicklung jetzt in Kopenhag zentriert wurde, weltweit Prozent. Bei Viertaktmoto die MAN in Augsburg zu ist, waren es 18,2 (14,2) P Insgesamt wurden 418 (328 ren mit einer Gesamtleistu 3,3 Millionen Kilowatt im von 1,8 Mrd. DM hergestel duziert wurde im wesentlic doch in Fernost. Auf die Bu publik und Dänemark e nur noch 15 Prozent.

RAIFFEISEN / Neue Hauptgenossenschaft

Fusion stärkt Marktstellu

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Raiffeisen-Hauptgenossenschaft Koblenz (RHG) und die Rheinische Waren-Zentrale Köln (RWZ) haben zur Raiffeisen-Waren-Zentrale Rheinland eG mit künftigem Sitz in Bonn fusioniert. Als Begründung wurden markt- und produktionswirtschaftliche Gegebenheiten genannt. Um mit großen Unternehmen des In- und Auslandes erfolgreich konkurrieren zu können, sei eigenes hohes Volumen notwendig. Hinzu kommen die bessere Auslastung der Kraftfutterbetriebe sowie Kostenersparnisse in Fuhrpark und Verwaltung.

In der neuen Hauptgenossenschaft sind rund 400 Mitgliedsgenossenschaften mit über 78 000 landwirtschaftlichen Betrieben auf 1,1 Millionen Hektar Fläche in den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Koblenz, Trier sowie im gesamten Saarland zusammengeschlossen. Der Umsatz der fusionierten Genossenschaft wird rund 1,4 Mrd. DM betragen. In Neuss, Wesel und Koblenz werden fast 400 000 Tonnen Kraftfutter ziert. Die Lagerkapazität li 170 000 Tonnen Getreide. 12 arbeiter sind in 33 Lagerha 31 Agrartechnikbetrieben t

Mit der Fusion verbesse die Eigenkapitalstruktur lich. Das Anlagevermögen 81 Mill. DM. An Geschäfts ben werden 21, an Rückla Mill. DM ausgewiesen. Sow RWZ als auch die RHG ha letzten Jahr mit Gewinn (0 0,1 Mill. DM) abgeschlossen

Die Rheinische Waren-Z Köln (RWZ) verzeichnete nen Umsatzrückgang im W schäft um 3,2 Prozent auf DM. Dies ist fast ausschlie das geringere Volumen im geschäft (274 nach 301 Mi zurückzuführen. Aus Hil Nebenbetrieben stammten lich knapp 8 (9) Mill. DM. D nach eigenen Angaben H nossenschaft mit der nie Handelsspanne und dem h Pro-Kopf-Umsatz, erwart 1983 einen Umsatz von n Mill. DM.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHL

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietgen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-S Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion u trieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 77

4300 Essen 18, Im Teelbruch (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Te 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraß (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39 (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6

Nachrichtentechnik: Reinhard Franke

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str.

NORDLAND PAPIER / Negatives Ergebnis

Aussichten für 1983 besser

DOMINIK SCHMIDT, **Dörpen**

Die Nordland Papier GmbH, Dörpen, Hersteller holzfreier Papiere, hat 1982 im Vergleich zur gesamten Branche zwar etwas günstigere Ergebnisse zu verzeichnen; der Preisverfall im zweiten Halbjahr, der mit sinkenden Auftragseingängen einherging, führte nach Angaben der Geschäftsführung letztlich aber doch zu einem negativen Gesamtergebnis.

Der lediglich um 0,7 Prozent auf 412 (409) Mill. DM gestiegene Umsatz habe nicht ausgereicht, um die erhöhten Kosten aufzufangen. Nordland Papier weist darauf hin, daß im Gegensatz zur Branche, die einen Absatzrückgang von 4 Prozent hinnehmen mußte, der Absatz des eigenen Unternehmens um 3,8 Prozent gesteigert wurde. Insgesamt wurden 261 556 (252 052) Tonnen Papier ausgeliefert. Davon blieben unverändert rund 60 Prozent im Inland. Die Steigerung der Exporte um 6,1 Prozent veränderte die Auslandsquote am Gesamtabsatz nur unwesentlich.

Sehr viel günstiger beurteilt die Geschäftsführung die Entwicklung im laufenden Jahr. Die im Spätherbst 1982 einsetzende Nachfragebelebung habe zu stark gestiegenen Auftragsbeständen geführt. Zugleich sei es in den ersten Monaten 1983 gelungen, die Verkaufspreise, die Ende 1982 im Branchendurchschnitt um 20 Prozent unter dem Vorjahresniveau lagen, wieder anzuheben. Weil in diesem Jahr, bezogen auf die Papiernachfrage, nicht mit dem gefürchteten Sommerloch gerechnet wird, gebe es gute Chancen, wieder ein „kostendeckendes Preisniveau zu erlangen".

Im Geschäftsjahr 1982 verringerten sich die Investitionen auf 7,8 (21,9) Mill. DM; die Abschreibungen erreichten 16,2 Mill. DM. Beklagt wird, daß die modernisierten Produktionsanlagen nicht durchgehend ausgelastet werden konnten und mehrere Wochen kurzgearbeitet werden mußte.

Das Unternehmen, eine Tochter der finnischen Firmen OY Kaukas A/B und Kymi Kymmene OY, beschäftigte Ende 1982 mit 825 Mitarbeitern 2,1 Pozent mehr als im Vorjahr.

AGROB / Verlust im Fliesenbereich hat noch einmal voll durchgeschlagen

Stromlinienform nun für die Bilanz

DANKWARD SEITZ, **München**

Der wohl schwierigste Teil des Weges ist inzwischen zurückgelegt. Mit einem umfangreichen Investitions- und Rationalisierungsprogramm hat Friedrich Karl Schieferdecker, Vorstandsvorsitzender der Agrob AG, München, den Fliesen- und Plattenbereich der Gruppe in den letzten drei Jahren in Stromlinienform gebracht. 70 Mill. DM wurden seit 1979 überwiegend in die Modernisierung der Produktionsanlagen gesteckt. Der Belegschaftsabbau von 3400 auf 1550 Mitarbeiter schlug zusätzlich mit knapp 15 Mill. DM für Sozialpläne zu Buche. Die restliche Wegstrekke, um die Bilanz auf Vordermann zu bringen, wird allerdings auch noch große Anstrengungen erfordern. Der Importdruck auf den deutschen Fliesen- und Plattenmarkt und der harte Wettbewerb, unter dem die Branche bei gleichzeitig erheblichen Exporteinbußen zu leiden hat, sind dafür nicht gerade ideale Voraussetzungen.

Schieferdecker zeigte sich bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1982 aber überzeugt, dieses Ziel schon bald erreichen zu können. Vor allem durch den Verkauf von nichtbetriebsnotwendigen Grundstücken sollen die Finanzschulden – die Bankverbindlichkeiten des Konzerns belaufen sich auf 156,8 (140,6) Mill. DM – in den kommenden Jahren um ein Drittel reduziert werden. Zudem sollen bei Abschreibungen von rund 15 Mill. DM jährlich nur noch 7 bis 8 Mill. DM investiert werden.

In diesem Jahr wird Agrob, so Schieferdecker, auch die ersten Früchte der Rationalisierung ernten können. Nach einem Betriebsverlust im Fliesen- und Plattenbereich von 20 Mill. DM im Vorjahr liege ein leicht positives Betriebsergebnis 1983 im Bereich des möglichen. Zudem sei das neue Fliesenprogramm am Markt „sehr gut" angekommen; der Auftragsbestand sei „so hoch wie nie". Aufgrund der Marktsituation und des Anlaufens des neuen Programms rechnet er jedoch nicht mit einer Umsatz- und Absatzsteigerung gegenüber 1982. Im vergangenen Jahr war der Gruppenumsatz nochmals um rund 7 (8) Prozent auf etwa 301 (324) Mill. DM gefallen, für den Konzern werden 248,8 (267,8) Mill. DM ausgewiesen.

Angesichts der Rationalisierungserfolge und der günstigen Perspektiven zeigte sich Schieferdecker überzeugt, daß die Aktionäre den Dividendenausfall für 1982 „nicht übelnehmen" werden. Für 1981 waren die Stammaktien noch mit 9 (8) Prozent und die Vorzugsaktien mit 11 (14) Prozent bedient worden. Das Grundkapital beträgt unverändert 19,5 Mill. DM.

Daß der Konzern einen Verlust von 20,4 (13,6) Mill-. DM ausweist, begründete Schieferdecker damit, daß der Verlust im Fliesenbereich „noch einmal voll durchgeschlagen" habe. Die AG, der eigentlich nur Holdingcharakter zukommt, erzielte bei einem Umsatzrückgang von 45,6 Mill. auf 6,4 Mill. DM einen Bilanzgewinn von 0,05 (1,92) Mill. DM, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Beteiligungserträge stehen nur noch mit 2,58 (7,83) Mill. DM zu Buche.

INDUSTRIEVERWALTUNG / Knappes Kapital

Perle im Bundesschatz

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Heller noch als schon seit gut einem halben Jahrzehnt glänzt mit seinem 1982er Abschluß der kleinste im Quartett der Bundeskonzerne als feinster, nämlich als allein renditeträchtiger: Von 7,6 (7,3) Mill. DM Jahresüberschuß schüttet die Industrieverwaltungsgesellschaft mbH (IVG), Bonn, mit konstanten 12 Prozent Dividende und zusätzlich 2 Prozent Bonus diesmal alles an den Bund als Alleineigentümer von 54 Mill. DM Stammkapital aus. Auch die Steuerkasse kam mit 24 (20) Mill. DM EEV-Aufwand nicht zu kurz.

Ein Privatisierungsobjekt also? Und dies auch angesichts der Tatsache, daß die knappe Bundeskasse der Geschäftsführung seit Jahren schon die zum Expansionskurs gewünschte Eigenkapitalzufuhr von 30 Mill. DM verweigern muß? Schließlich konnte die IVG 1982 aus langfristigem Kapital (darin 112 Mill. DM Rücklagen) nur noch 70,9 (72,9) Prozent ihres Anlagevermögens von 320 (305) Mill. DM decken und mußte vom Ertrag gegenläufig zum sinkenden Zinstrend bereits 7 (6,4) Mill. DM als Zinsaufwandsaldo berappen.

Die Geschäftsführung freilich hat von den in Bonn wieder akut gewordenen Privatisierungsplänen für Bundeswerte, soweit es die IVG betrifft, noch kein Sterbenswort gehört. Wegen einiger wehrwirtschaftlicher Aufgaben und anderer „Sonderaufgaben für den Bund" (z. B. Kavernenbau und Verwaltung der Bundesrohölreserve von 7,3 Mill. t in der Kaverne Etzel/Ostfriesland) sei denn auch wohl die IVG als Privatisierungsobjekt nur „bedingt tauglich".

Tatsächlich aber erzielte der Mini-Konzern auch 1982 knapp zwei Drittel seines Umsatzes, der trotz teilweiser Geschäftsausgliederung auf nicht konsolidierte Töchter noch auf 148 (145) Mill. DM stieg, aus der gewerblichen Vermietung von Bauobjekten. Diese stammen vor allem aus der Verwertung des großen (zumeist aber „toten") Grundbesitzes, den IVG vor gut zwei Jahrzehnten aus der verbliebenen Rüstungs-Erbmasse des „Dritten Reiches" zur Betreuung bekam. Wesentlich ist daneben vor allem der Transport- und Tanklagerbereich mit 47 (42,7) Mill. DM Umsatz.

Die Gesamtinvestitionen in der IVG-Gruppe gingen 1982 auf 71,8 (79,4) Mill. DM zurück und übertrafen weiterhin die Innenfinanzierungskraft. Im Bereich „Liegenschaften" registrierte die IVG analog zur Konjunkturlage 1982 eine „außerordentlich zurückhaltende" Nachfrage nach gewerblichen Objekten. Erst für 1984 erwartet man als Folge des Bau-Investitionsstaus und eines Strukturwandels auf dem Lagersektor einen verstärkten Bedarf insbesondere in großstädtischen Absatzzentren, auf die auch die beiden derzeit größten Bauprojekte des Unternehmens (in München und Düsseldorf) abgestellt sind.

SECURITAS / Schadenbelastung gestiegen

Innere Stärkung als Ziel

W. WESSENDORF, **Bremen**

„Das Ergebnis ist besser als vorher, aber wir sind damit noch nicht zufrieden", sagte Berthold Jäger, Vorstansvorsitzender der Securitas Bremer Allgemeine Versicherungs-AG, zum Geschäftsbericht 1982. Das Unternehmen ziele deshalb weiter auf seine innere Stärkung hin.

Die Gesamtschadenbelastung habe sich im Vergleich zum Vorjahr noch einmal erhöht. Dadurch stieg die Bruttoschadensquote auf 90,7 (88,2) Prozent. Dies habe zu einem technischen Verlust von 5,9 (5,7) Mill. DM geführt. Die Nettoschadensquote betrug 75 (76,4) Prozent.

Die hohe Kriminalität habe wieder zu hohen Schadenbelastungen im Breitengeschäft geführt, insbesondere in der verbundenen Hausrat- und Wohngebäudeversicherung. In der Einbruch-Diebstahl-Versicherung erhöhte sich der Verlust trotz einengender Zeichnungsrichtlinien.

Die Gesamtbeitragseinnahme war 1982 mit 233,3 Mill. DM um 11,8 Mill. DM (5,3 Prozent) höher als im Vorjahr. Die Eigenbehaltsbeiträge beliefen sich auf 134 Mill. DM (plus 7,9 Prozent). Die Entwicklung der Kosten sei zufriedenstellend; sie machten brutto 26,1 (26,9) und netto 27,3 (28,3) der Beitragseinnahmen aus.

Von der Deutschen Versicherungs-Gesellschaft in Bremen AG wurde ein Verlust von 1,9 Mill. DM übernommen. Dadurch verminderte sich der Durchschnittszins von 7,7 Prozent im Vorjahr auf 6,7 Prozent. Ohne Verlustausgleich ergibt sich ein Durchschnittszins von 7,9 Prozent für das Berichtsjahr.

Das trotz der Verlustübernahme mit 6,2 Mill. DM um 1,5 Mill. DM bessere nichtversicherungstechnische Ergebnis reichte aus, den versicherungstechnischen Verlust auszugleichen. So ergibt sich ein geringer Jahresüberschuß von 0,28 Mill. DM nach einem Jahresfehlbetrag 1981 von 1 Mill. DM, der zusammen mit dem Verlustvortrag von 2,7 Mill. DM zu einem Bilanzverlust von 2,4 Mill. DM führte.

Die Gesamtbeitragseinnahme der Securitas-Gilde Versicherungsgruppe, die seit 1982 unter einer gemeinsamen Konzernleitung steht, belief sich im Berichtsjahr auf 505 (472) Mill. DM. Die Kapitalanlagen erhöhten sich von 871 Mill. DM auf 1 Mrd. DM. Die Leistungen an die Versicherten erreichten 491 (434) Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ericsson kauft David

Düsseldorf (Wb.) – Die Ericsson Information Systems GmbH, Düsseldorf, Tochter der schwedischen Gruppe Ericsson, hat die Rechte und Vermögensgegenstände der Stuttgarter David Computer GmbH aus der Konkursmasse übernommen. Die Aktivitäten der David-Gruppe mit ihren 120 Mitarbeitern und zuletzt rund 100 Mill. DM Jahresumsatz sollen voll weitergeführt werden. Ericsson gewinnt mit der Übernahme ein Netz von 28 Exklusiv-Vertragshändlern und etlichen anderen.

US-Beteiligung an Stute

Paderborn (rtr) – Der US-Konzern Beatrice-Foods hat eine 50-Prozent-Beteiligung an der Paderborner Unternehmensgruppe Stute erworben. Stute produziert Fruchtsäfte, Konfitüren, Honig und Obstkonserven und setzt pro Jahr rund 500 Mill. DM um. Beatrice Foods gilt mit 9 Mrd. Dollar Umsatz als zweitgrößter US-Nahrungsmittelkonzern.

Voith stärker in USA

Stuttgart (nl.) – Die J. M. Voith GmbH, Heidenheim, hat in den USA ein weiteres Unternehmen übernommen. Es handelt sich dabei um die Appleton Mills Inc., mit 235 Beschäftigten einer der bedeutendsten Hersteller von Naßfilzen für Papiermaschinen in den USA. Bereits bestehende Beteiligungsfirmen sind die Voith Inc. (Papiermaschinenbau) und die Voith-Moden Inc. (Stofftechnik), alle in Appleton/Wisconsin.

Anteil vergrößert

Lübeck (VWD) – Die Deutsche Bank AG (Frankfurt) hat ihren Anteil an der Handelsbank AG in Lübeck um weitere 25,3 Prozent, die vorher die Commerzbank gehalten hatte, auf 84,1 Prozent aufgestockt. Wie es in einer Pressemitteilung weiter heißt, verkaufte die Commerzbank auch ihren 25prozentigen Anteil an der Handelsbank-Tochter Lübecker Hypothekenbank an die Deutsche Bank. Über den Kaufpreis wurden keine näheren Angaben gemacht. Die Handelsbank behält ihren 75prozentigen Anteil an der Hypothekenbank.

Großauftrag aus Iran

München (sz.) – Einen Auftrag über die Lieferung von 1000 Universal-Fräs- und Bohrmaschinen sowie mehrere Bearbeitungszentren und CNC-Fräsmaschinen hat die Friedrich Deckel AG, München, aus Iran erhalten. Er sichert nach Angaben des Unternehmens eine spürbar bessere Auslastung bis in das kommende Jahr hinein.

Ruberoidwerke haben Position gehalten

VWD, **Hamburg**

Die Ruberoidwerke AG (Hamburg) rechnet 1983 mit kontinuierlicher Beschäftigung und befriedigender Ertragslage. Im Geschäftsbericht 1982 wird der Auftragsbestand mit 118,3 Mill. DM Anfang 1983 ausgewiesen. Beschäftigt wurden im Jahresdurchschnitt 1314 (1390) Mitarbeiter.

Trotz rückläufiger Bautätigkeit, schärferen Wettbewerbs und nachgebender Preise konnte Ruberoid den Umsatz auf 168,8 (165,3) Mill. DM erhöhen und die Marktposition halten. Der Jahresüberschuß stieg auf 1,3 (1,1) Mill. DM. Dazu dürfte die gute Liquidität beigetragen haben mit flüssigen Mitteln von 11,5 (4,3) Mill. DM, die zu Zinserträgen von 0,8 (0,2) Mill. DM führten.

Die Verwaltung schlägt der Hauptversammlung am 5. August vor, das Grundkapital von 4 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis zwei zu eins um 2 Mill. DM auf 6 Mill. DM zu erhöhen. Die Berichtigungsaktien sind für 1982 voll gewinnberechtigt. Der Bilanzgewinn ist auf eine von 7 auf 5,50 DM zurückgenommene Dividende je Aktie im Nennbetrag von 50 DM zugeschnitten.

NAMEN

Wolfgang H. Molitor (46), zuletzt u. a. Vorsitzender der Geschäftsleitung der Daimon GmbH, Köln, ist zum 1. Juni 1983 in den Vorstand der Keramag Keramische Werke Aktiengesellschaft, Ratingen, berufen worden. Er tritt am 1. Oktober 1983 die Nachfolge von **Rolf Sirch** an, der am 30. September in den Ruhestand geht.

Dr. Helmut Kilpper, Vorstandsmitglied der Süddeutschen Zucker-Aktiengesellschaft, Mannheim, ist in den Ruhestand getreten.

Fritz Dreger, im Ruhestand lebendes Vorstandsmitglied der Gothaer Allgemeine Versicherung AG, starb am 23. Juni im Alter von 80 Jahren.

Der Vorsitz im Verwaltungsrat der Westdeutschen Landesbank ist im Juni 1983 von Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Reimut Jochimsen** als Vertreter des Miteigentümers Land Nordrhein-Westfalen turnusgemäß auf **Dr. Bert Fischbach**, Landesdirektor des Landschaftsverbandes Rheinland, übergegangen.

Ernst Nauman wurde als Nachfolger von **Luise Madsack** turnusgemäß zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co., Hannover, gewählt.

Rechtsanwalt **Frank Hartwig**, Dortmund, ist zum Präsidenten des Landesverbandes Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen gewählt worden. **Herbert Pattberg** wurde Ehrenpräsident.

Bankdirektor a. D. **Claus Mosler**, persönlich haftender Gesllschafter des Mosler Immobilien- und Beteiligungs-Fonds AG, feierte am 2. Juli den 70. Geburtstag.

Joachim Uhlenbecker ist per 30. Juni 1983 aus der Geschäftsführung der Textar GmbH ausgeschieden. Dietrich Treutler, Präsident der Zentralen Transportleitung der Deutschen Bundesbahn, trat Ende Juni in den Ruhestand.

Auto-Aktien weiter gesucht

Ausländer gaben den Anstoß zu weiteren Kursgewinnen

DW. – Trotz der am Rentenmarkt wieder anziehenden Renditen und trotz des festen Dollar war die Tendenz am Aktienmarkt von Beginn an freundlich. Das Geschäft kam allerdings zunächst nur schleppend in Gang. Den Anstoß gaben die Ausländer mit gezielten Käufen in wenigen Spitzenpapieren. Dabei bevorzugten sie wieder eindeutig BMW, wo mit 400 DM ein neuer Spitzenkurs zustande kam. Aber auch Daimler und Mercedes kamen zu einem neuen Höchststand. In der zweiten Börsenhälfte hängte sich der Berufshandel mit Meinungskäufen in die Aufwärtsbewegung ein, die damit auf eine breitere Basis gestellt wurde.

Neben den Autowerten wurden von den Ausländern Allianz-Aktien gesucht, die sich um 12 DM verbesserten. Auf ihrer Kaufliste standen aber auch Siemens (plus 3,50 DM), Linde (plus 5 DM), KHD (plus 7 DM) sowie die Papiere der Großchemie, von denen Bayer mit einem Plus von 2,50 DM einen weiteren Teil ihres Rückstandes aufholten, den sie bisher gegenüber BASF und Hoechst hatten. Inländer waren bei der VEBA (plus 3,50 DM), Preussag (plus 3 DM), aber auch für Kaufhof (plus 6 DM) als Käufer im Markt. Lufthansa-Vorzüge, schon in der Vorwoche favorisiert, zogen um weitere 4 auf 132 DM an. Von den Maschinenbau-Aktien setzten IWKA ihren Anstieg um 3 DM auf 158 DM fort.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt gaben um 9,50 DM auf 245 DM nach und Didier um 4 DM auf 162 DM. Kochs Adler verloren 3 DM und Pongs u. Zahn 5 DM. Rhenag verminderten um 10 DM auf 410 DM. Audi NSU erhöhten um 8 DM auf 250 DM und Bilfinger um 4 DM auf 248 DM. Leffers stockten um 10 DM auf 390 DM auf. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 20 DM auf Allianz Vers. um 7 DM.

Frankfurt: – Die Standardwerte konnten sich in der Mehrzahl bis zu 3 DM verbessern, vereinzelt um mehr als 10 DM. Nebenwerte blieben ebenfalls freundlich, in den amtlichen Börsenhandel eingeführt wurden Joseph Vögele, Mannheim, mit 145 DM; bei 125 DM Emissionskurs waren diese Aktien im letzten Monat stark überzeichnet worden.

Hamburg: HEW begannen zu 107 DM, lagen später aber wieder bei 106 DM. NWK-Vorzüge waren bei 160 DM wenig verändert, während die Stammaktien mit 198 DM (plus 4 DM) bezahlt werden mußten. Phoenix Gummi wurden mit 147,50 DM (minus 1 DM) etwas leichter gehandelt.

München: Agrob St. erhöhten um 26 DM auf 340 DM und Agrob Vorz. um 11 DM auf 325 DM. Audi NSU stiegen um 5 DM auf 245 DM und Neu Baumwolle Hof um 7 DM auf 201 DM.

Berlin: Bergmann und Spinne Zehlendorf lagen um je 10 DM, DeTeWe um 6 DM, Herlitz Vorzüge um 5 DM und Herlitz Stämme um 4 DM fester. Dt. Hypobank Berlin wurden um 5 DM höher taxiert.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hyp., Bayer. Vbk., BMW, Commerzbk., Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W., Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann, MAN, Mercedes-H., Metallges., Preussag, RWE St., RWE VA, Rütgers, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips**, Royal D.**, Unilever**

Kurswert in 1000 DM

Aktien-Umsätze

	4. 7.	1. 7.		4. 7.	1. 7.		4. 7.	1. 7.		4. 7.	1. 7.
H AachM Beteil. 9	718	712	H Brandenb.-C. *28	5207	520T	M En. Ostb. 5	300bB	300bG	H Holsten-Br. 6	268bB	270
H Aach M Vers 5	540G	540G	H Br Straßb *0	290G	290G	H Bibralt 0	55	54	F Holzmann 10	483	480
D Aach. Rück 9+7,5	1020G	1020G	H Br Vulkan 0	40	39	B Engelhardt 7	275G	275G	D Horten 2,5	149	149
D Asaag *4	200B	200B	H Br Wollk. 4,5 + 1,5	122	125	D Enka 5,33	138	136	B Hw. Kayser *12	253	253G
M Act-Gogg 2,5	102	104bG	F BBC 6	209,8	207,5	M Erlus 10	460G	455G	D Hussel 7	250	252
H Aaca 0	124,5	122,5	S BSU Textil %12	1250G	1250G	M Ernte Kulmb. 8	780G	780G	D Huta Hag. 5	126	125bG
D Adler 9	297G	297G	D Buckau-W 0	115G	117	S esbi *0	25bG	26,9	M Hutschenr. 9	259exD	260B
F Adt AG 7,5	180	182	D Buderus *12	405G	405exD	S Essl. Masch. *10	560	550G	H Hypo Hbg. 10+2,5	460	458
F AEG-Telef 0	73,9	74,5	M Bgl. Br Ing. *11+1	725G	725G	M Esterer **10	550G	550TB	D IKB 7	203	203,5
D AEG-Kabel 7,5	245	254,5	S Bgl. Brh. Rav *5	460TG	460TG	D Farb. Liqu. RM 0	11	10,9	S IWKA 0	158,9	156
S Aesculap 8	306bG	298bG	S Calw D **18	740G	740G	F Flachglas 10	298	295	M Isar-Amper 6	331bG	324
D Agrippina *7	680G	650bG	F Cassella *7	484	485	D Ford *0	1140T	1140	D Isenbeck *9,5	300G	300G
M Agrob *9	540bG	514bG	F Ceag 0	121,5	119	B Forst Ebn. *4	2090	2000T	H Jacobsen *8	620G	620G
						M Fr. Obld.W. 5	305G	305G	H Jute Bremen *6	296G	296G

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

	1. 7.	30. 6.		1. 7.	30. 6.		1. 7.	30. 6.
Burroughs	55,875	55,25	Lone Star	50,875	51	Whittaker	32	32,75
Caterpillar	46,875	47,25	Louisiana Land	31,25	30,875	Wyly	14,25	13,75
Celanese	65,25	65,675	Mc Dermott	27,25	27,25	Woolworth	35,75	35,75
City Investing	37	37,50	Mc Donnell Doug	59,50	59,50	Xerox	47,75	47,25
Chase Manhattan	55,50	55,375	Merck & Co	94	92,875	Zenith Radio	26,875	26,125
Chrysler	31,625	32	Merrill Lynch	54,375	52,50	Dow Jones Index	1225,26	1221,49
Citicorp	40	39,50	Mesa Petroleum	15,875	15,75	Stand. & Poors	168,64	168,12
Clorox	33,50	33,25	MGM (Film)	17,50	17,75			
Coca Cola	50	50	Minnesota M	85,125	85,75			
Colgate	23	23,125	Mobil Oil	31,375	31,50			
Comm. Edison	25,375	25,25	Monsanto	90,25	92,25			
Comm. Satellite	45	42,75	National Gypsum	32,25	32,375			
Continental Group	43,375	43,375	Nat. Semiconductor	52,125	51,625			
Control Data	56,875	56,75	National Steel	26,625	26,50			
CPC Int.	38	37,75	NCR	115,625	117,50			
Curtiss Wright	50,25	50	Newmont	54,125	52,50			
Deere	34,625	34,25	PanAm World	8	8,125			
Delta Airlines	45	42,50	Pfizer	44,75	87,625			
Digital Equipm.	121,50	119,50	Phibro	38,375	75,875			
Dow Chemical	33,875	33,25	Philips Petroleum	36,50	35,375			
Du Pont	47,75	47,75	Philip Morris	59	58,625			
Eastern Gas Fuel	22	21,50	Pittston	17	16,75			
Eastman Kodak	73,125	72,625	Polaroid	30,125	30,75			
Exxon	34,25	45,125	Prime Computer	25,625	73,875			
Faberge	21,50	20,675	Procter & Gamble	56,375	55,125			
Firestone	20,25	20	RCA	29	29			
Fluor	21,50	21,375	Revlon	35,125	35,25			
Ford	56,125	56,50	Reynolds Ind.	51,50	50,75			
Foster Wheeler	16,25	15,625	Rockwell Int.	33,625	32,875			
Fruehauf	35,375	36,75	Rorer Group	30	39,625			
GAF Corp	76,375	16,75	Schlumberger	54,50	54,575			
General Dynamics	55,125	54	Sears Roebuck	41,375	41,375			
General Electric	54,50	54,875	Shell Oil	48,75	48,875			

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

Abitibi Paper		25,25
Alcan Alu		40,50
Bk. of Montreal		29,875
Bk. of Nova Scotia		43,125
Bell Canada		26,50
Bluesky Oil		4
Bow Valley		27,25
Brenda Mines		–
Brunswick M. & Sm		15
Cdn. Imperial Bk		35,625
Cdn. Pacific Ltd		48,625
Cdn. Pacif. Enterpr		24,875
Cominco		57,50
Conwest Res.		4,25
Denison Mines		29,875
Dome Petroleum		6
Domtar		25
Falconbridge Nickel		75,50
Great Lakes Paper		85,50
Gulf Canada		18,125
Gulfstream Res.		1,56
Sheil Canada		24,50
Sherritt Gordon		9,25
Steel of Canada		29,875
Transcdn. Pipelines		27,625
Westcoast Transm.		13,625
Index: TSE 300	2446,9	166,64

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

London

	1. 7.	30. 6.
Fin. Times	709,8	720,7
Allied Breweries	159	142
Anglo Am. Corp $	22,25	22,38
Anglo Am. Gold $	1,21	1,21
Babcock Int.	1,64	1,68
Barclays Bank	528	5,36
Beecham	350	356
Bowater	222	225
B A T Industries	151	155
Br. Leyland	29	28
British Petroleum	456	442
Burmah Oil	170	170
Cadbury Schweppes	110	111
Charter Cons.	300	303
Cons. Gold Fields	574	580
Cons. Murchison	460	
Courtaulds	97	99
De Beers $	9,70	9,75
Dist. Sers.	245	245
Driefontein $	37,00	36,50
Dunlop	66	66

Mailand

	4. 7.	1. 7.
Bastogi	211,5	214,75
Breda	4750	4910
Carlo Erba	10450	10500
Centrale	1781	1731
Fiat	2840	2840
Fiat Vz.	2060	2040
Finsider A	48	50
Generali	128100	128600
IFI Vz.	4525	4570
Italcementi	43780	43910
Italgas	940	951
Lepetit St.	24980	24930
Magneti Marelli	782	788
Mediobanca	59050	59280
Mondadori	2780	2750
Montedison	165,75	170
Olivetti Vz.	2795	2751
dgl. St.	2880	2890
Pirelli SpA	1568	1551
Rinascente	352,25	352,25
RAS	140100	141500
S A I	12450	12425
SIP	1850	1860
Snia Viscosa	955	960
STET	1600	1605
Index	–	189,97

Tokio

	4. 7.	1. 7.
Matsushita El. Wks.	600	614
Mitsubishi El.	392	394
Mitsubishi H. I.	210	208
Nikko Sec.	442	460
Nippon El.	1700	1740
Nippon St.	165	165
Nomura Sec.	776	780
Pioneer	2500	2520
Ricoh	838	860
Sankyo	774	717
Sanyo Electric	460	467
Sharp El.	1380	1390
Sony	3560	3540
Sumitomo Bank	500	500
Sumitomo Marine	230	219
Takeda	794	801
Teijin	334	335
Tokyo Marine	491	488
Tokyo El. Power	1010	1020
Toray	432	442
Toyota Motor	1190	1220
Index	–	–

Kopenhagen

Den Danske Bank	252,75	253
Danske Bank	456	436
Kopenh. Handelsbk.	234,75	233,5
Novo Industri	2910	2850
Privatbanken	238,5	237,5
Ostasiat. Komp.	125,5	124,75
Dan. Sukkerfabr.	565	550,5
De Bryggerier St	965	957
dgl. Porc. Fabr.	330	334

Zürich

	4. 7.	1. 7.
Sandoz NA	2000	1995
Sandoz Inh.	5600	5475
Sandoz Part	847	840
Saurer	142	142
Schw. Bankges.	3185	3185
Schw. Bankverein	313	313
Schw. Kredit	2090	2055
Schw. Rückv. Inh.	6925	7000
Schw. Volksb. Inh.	1350	1350
Sulzer Partizip	305	305
Swissair	813	818
dgl. NA	692	698
Winterthur Inh.	7930	7940
Winterthur Part.	2750	2720
Zür. Vers. Inh.	16200	16574
Ind.: Schw. Kred.	285,1	283,9

Brüssel

Arbed	1250	1200
Brux. Lambert	2795	2380
Cockerill Ougree	148	155
Ebes	2380	2385
Gevaert	2250	2275
Kredietbank	6490	6300
Petrofina	5750	5780
Soc. Gen. d. Belg.	1880	1890
Sofina	4820	4845
Solvay	2805	2800
UCB	3800	3920
Index	3500	128,86

Madrid

Valleherмoso		65
Index		116,41

Hongkong

China Light - P	15	14,50
Hongkong Land	4,17	3,85
Hongk. - Sh. Bk.	7,50	8,15
Hongk. Teleph	34,75	35,75
Hutch. Whampoa	14,30	13,40
Jard. Matheson	15,40	–
Swire Pac. - A -	–	–
Wheelock - A -	3,50	3,27

Singapur

Cycle - Car	4,70	4,55
Cold Storage	5,20	5,10
Dev. Bk. of Sing.	10,60	9,65
Fraser - Neave	9,20	9,75
Kl. Kepong	2,65	2,40
Mal. Banking	9,95	9,60
Nat. Iron	7,35	7,25
OCBC	11,40	10,90
Sime Darby	2,56	2,55
Singapur Land	7,40	7,45
Ur. Overs. Bank	5,75	5,20

Paris

Pernod-Ricard	
Perrier (Source)	326,5
Peugeot-Citroën	182,5
Printemps	102,5
Radio Techn.	355
Redoute à Roubaix	965
Schneider	87,5
Sommer Allibert	342
Thomson C. S. F.	160,2
Usinor	2
Index: INSEE	–

Sydney

ACI	2,40
Ampol Explor.	2,15
Bk. New S. Wales	–
Brok. Hill. South	–
Brok. Hill. Prop.	8,60
Coles	3,84
CRA	5,52
CSR (Theiss)	3,86
Metals Expl.	0,70
MIM-Holdings	4,30
Myer Emporium	1,47
North Broken Hill	2,77
Oakbridge	1,59
Peko Wallsend	7,10
Poseidon	4,90
Thomas Nat. Tr.	1,68
Waltons	–
Western Mining	4,30
Woodside Petr.	–
Index	608,1

Optionshandel

Frankfurt: 4. 7.: 657 Optionen, 34 350 (26 850) Aktien, davon 43 Verkaufsoptionen = 2600 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-75/6,60, 10-80/2, 1-80/7,40, 1-90/4, Siemens 10-350/13,40, 1-350/30, 1-370/15, 1-390/8, Veba 10-170/4,60, 1-160/15, BASF 10-140/19, 10-150/5,60, 10-170/5, 1-140/18, 1-150/12, 1-160/6,50, 1-170/6, 4-170/9, Bayer 10-140/8,70, 10-150/3, 1-140/12, 1-150/8,60, 1-160/8, 1-170/5, Hoechst 10-150/4,60, 1-150/8,40, 1-160/5,60, 4-150/11, BMW 10-360/40, 1-400/40, 1-410/30, VW 10-180/18, 10-190/10, 1-170/29, 1-180/25,50, 1-190/17,90 und 18, 1-200/12, 1-210/6,45, 4-190/26,20, Conti 10-85/20, 10-90/14, 10-95/10, 10-100/7, 10/1103,40, 1-110/6,90, 1-120/5,80, Lufthansa 10-130/6,40, 1-120/13, Lufthansa Vorzüge 10-130/4, 1-120/15,50, 1-130/11, 4-140/6,80, Commerzbank 10-190/10,90, 10-200/6, 1-190/16, 200/10, 1-210/7,50, 1-180/21,90, Deutsche Bank 10-330/18,40, 10-340/10,60, 1-340/24, 1-350/14, 1-360/12, 1-380/6, Dresdner Bank 10-190/10, 1-190/13, Hoesch 10-50/6,50, 1-50/10, 1-55/5,80, 1-60/3,40, Mannesmann 10-160/3,50, 1-150/11,90, 1-160/5,80, 4-170/10, 4-180/3, Preussag 10-250/30, 10-270/15,15, 1-270/18,60, Thyssen 10-90/2,30, 1-80/12,50, 1-85/7, 1-95/3,20, Bewag 1-110/5, BBC 1-220/10, Degussa 1-360/30, 1-370/10,60, Klöckner 10-45/1,90, Mercedes 1-510/22, RWE 1-170/14,40, Chrysler 10-85/8, 1-90/12, Sperry Rand 1-95/20, Xerox 4-120/26,60, Royal Dutch 10-120/5,60, 1-120/10,60, Elf Aquitaine 10-55/3, 1-55/7, 4-50/20, Norsk Hydro 1-150/16. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-80/8, VW 10-180/3, 10-190/7, 1-200/15, Hoesch 10-55/4, Daimler 10-570/8, Deutsche Babcock 10-180/22,20, Kaufhof 10-250/6, 1-260/10, Klöckner 10-40/2, RWE 1-180/12, RWE Vorzüge 1-180/12, Alcan 4-95/20, Chrysler 1-85/9, General Motors 10-180/8, 1-190/10, IBM 1-300/20, Sperry Rand 4-110/19, Xerox 10-120/8, 4-120/23 (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝–9¾	4⅞–5⅛	4⅞–4⅞
3 Monate	9⅞–10⅛	5⅛–5⅜	4⅞–4⅞
6 Monate	10–10¼	5⅜–5⅝	4⅞–5
12 Monate	10¼–10½	5⅝–6⅛	4⅞–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel)*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1385,00	1692,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1178,00	1388,86
5 US-Dollar (Liberty)	518,00	687,42
1 £ Sovereign alt	258,00	316,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	240,00	296,40
20 belgische Franken	177,00	235,98
10 Rubel Tscherwonez	255,00	319,20
2 südafrikanische Rand	240,00	296,40
Krüger Rand, neu	1075,00	1271,10
Maple Leaf	1075,00	1271,10
*Außer Kurs gesetzte Münzen *)*		
20 Goldmark	248,00	316,82
20 schweiz. Franken „Vreneli"	207,00	264,48
20 franz. Franken „Napoleon"	208,00	265,62
100 österr. Kronen (Neuprägung)	990,00	1197,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	249,66
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	458,00	563,16
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

4. 7. 83 — New York, London, Dublin, Montreal, Amsterdam, Zürich, Brüssel, Paris, Kopenh., Oslo, Stockh., Mailand, Wien, Madrid, Lissabon, Tokio, Helsinki, Buen. Aires, Rio, Athen, Frankf., Sydney, Johannesbg.

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten ab 60 Tage; *) nicht amtlich notiert.

Devisen

Die enttäuschenden Geldmengenzahlen vom Freitag, der erwartete Rückgang verwandelte sich in ein Plus von 600 Mio. Dollar, führte schon in den USA zu den Eindeckungen von Minus-Positionen. Auch in Europa blieb am 4. 7. die Dollarfestigkeit erhalten. Bei ruhigem Geschäft wurde der Kurs mit 2,5530 festgestellt, wobei die Bundesbank 17,75 Mio. Dollar abgab. Der höchste Tagespunkt wurde mit 2,5560 erreicht. *Die Festigkeit des Dollar* sorgte auch für höhere Kurse für die meisten anderen amtlich notierten Währungen. Das Britische Pfund gewann 1,8 Pf. auf 3,908 und der Kanadische Dollar 69 Pf. auf 2,0757. Die nächsthöheren Kursgewinne wiesen die Norwegische Krone mit 3,2 Promille und die Schwedische Krone mit 2,7 Promille auf. Dollar in: Amsterdam 2,8595; Brüssel 51,12; Paris 7,6670; Mailand 1513,20; Wien 17,9850; Zürich 2,1138. Pfd/DM 3,149; Pfd/Dollar 1,5307 Pfd/DM 3,908

Ostmarkkurs am 4. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Terminmärkte wiesen am 4. Juli kaum Veränderungen auf. Pfund/DM-Deports wurden her quotiert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,15/1,05	3,02/2,92	[illegible]
Pfund/Dollar	0,01/0,03	0,08/0,11	[illegible]
Pfund/DM	2,30/0,90	5,00/3,80	[illegible]
FF/DM	30/14	85/69	[illegible]

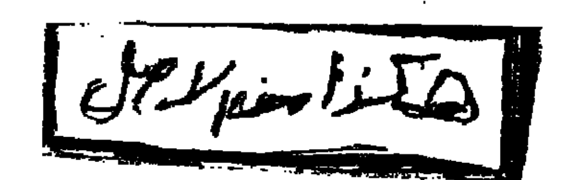
Geldmarktsätze

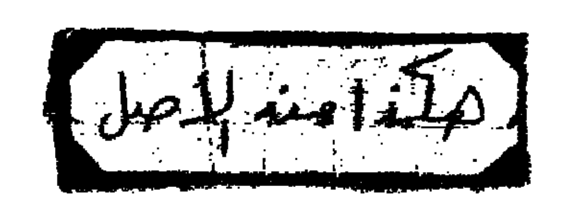
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4. 7.: Tagesgeld 5,05–5,10 Prozent; Monatsgeld 5,35–5,4 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4. 7.: 10 bis 29 Tage 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 4. 7.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–8,00 (4,9…) (5,77)–8,50 (6,38)–9,00 (6,83)–9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,82)–8,5… 9,00 (6,98)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,… 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,75.





FINANZANZEIGEN

Jahresabschluß zum 31. Dezember 1982

— Kurzfassung in Mio DM —

Unser Leistungsangebot:

Geschäftsbereiche:

Liegenschaften

Grundstücksflächen	47 000 000 m^2
Gebäudenutzflächen	1 240 000 m^2
gewerbliche Mieter	600
Standorte in der Bundesrepublik	43

Kavernenbau und -betrieb

ausgesolter Raum	13,6 Mio m^3
eingelagertes Rohöl	7,32 Mio t

Transport und Lagerung

Eigentümer von Kessel- und Spezialgüterwagen	3 600
Erstellung und Betrieb von Lagerkapazitäten für Mineralöl und -produkte	810 000 m^3
Reparaturwerk für Kessel- und Spezialgüterwagen	

Ihr Partner für die Märkte von morgen



Industrie Verwaltungs Gesellschaft mbH

Zanderstraße 5 · Postfach 200886
5300 Bonn - Bad Godesberg
Telefon (0228) 844-0 · Telex 0885435

BILANZ

AKTIVA	1982	PASSIVA	1982
Sachanlagen einschl. Anzahlungen	286,3	Stammkapital	54,0
Finanzanlagen	33,4	Rücklagen	112,0
Vorräte	3,3	Sonderposten mit Rücklageanteil	0,1
Forderungen	18,5	Rückstellungen	43,6
Flüssige Mittel und Wertpapiere	6,4	Verbindlichkeiten	
		langfristig	91,5
		kurzfristig	39,1
		Bilanzgewinn	7,6
	347,9		347,9
		Eventualverbindlichkeiten	1,7
Treuhandvermögen	388,4	Treuhandverpflichtungen	388,4

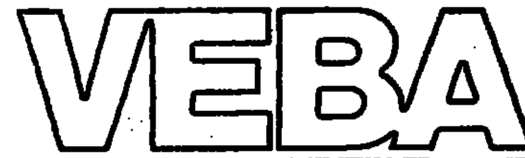
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

		1982
Umsatzerlöse einschl. Bestandsveränderungen und Eigenleistungen		147,3
Materialeinsatz	·/·	16,1
		131,2
Personalaufwendungen	31,4	
Abschreibungen auf Sachanlagen	37,5	
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	24,0	
Mehraufwendungen aus den übrigen Aufwands- und Ertragspositionen	30,7	123,6
Jahresüberschuß und Bilanzgewinn		7,6

Industrieverwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung

v. Koester Dr. h. c. Mertes Dr. Nastelski

Der ungekürzte Jahresabschluß wird im Bundesanzeiger veröffentlicht; er trägt den Bestätigungsvermerk der Treuarbeit Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft.



VEBA Aktiengesellschaft
Bonn und Berlin · Verwaltungssitz Düsseldorf · 4000 Düsseldorf 30 · Karl-Arnold-Platz 3
Wertpapier-Kenn-Nummern 761 440/761 441

EINLADUNG

Hiermit laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft ein zur ordentlichen Hauptversammlung am Donnerstag, dem 25. August 1983, 10.00 Uhr in Duisburg, Mercatorhalle, Eingang König-Heinrich-Platz

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1982 mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes und dem Bericht des Aufsichtsrates sowie Vorlage des Konzernabschlusses mit dem Konzerngeschäftsbericht

2. Verwendung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr 1982
Ausschüttung einer Dividende von DM 7,50 je Aktie im Nennwert von DM 50,–, so daß einschließlich des Steuerguthabens von rd. DM 4,22 der Gesamtertrag je Aktie rd. DM 11,72 beträgt.

3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1982

4. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1982

5. Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsanleihen, Schaffung bedingten Kapitals und Satzungsänderung
Ermächtigung des Vorstandes zur Ausgabe von Optionsanleihen durch VEBA AG oder durch 100 %ige ausländische Beteiligungsgesellschaften in Deutscher Mark, US-Dollar oder Schweizer Franken bis zum Gesamtnennbetrag von DM 500 Mio, Schaffung bedingten Kapitals von bis zu DM 250 Mio durch Ausgabe neuer Inhaberaktien und entsprechende Änderung von § 3 (Grundkapital) der Satzung.

6. Wahlen zum Aufsichtsrat
Die Amtszeit des Aufsichtsrates endet mit Ablauf der Hauptversammlung am 25. August 1983. Die Hauptversammlung hat 7 Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner zu wählen; vorgeschlagen werden:

Dr. MARCUS BIERICH,
Mitglied des Vorstands der Allianz Versicherungs-AG, München

Dr. F. WILHELM CHRISTIANS,
Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, Düsseldorf

ROLF DIEL,
Mitglied des Aufsichtsrats der Dresdner Bank AG, Düsseldorf

Prof. Dr. HERBERT GRÜNEWALD,
Vorsitzender des Vorstands der BAYER AG, Leverkusen

HELMUT GUTHARDT,
Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Genossenschaftsbank AG, Frankfurt

WALTER MARTIUS,
Vorsitzender des Vorstands der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre e. V., Frankfurt

RUPPERT SIEMON,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V., Düsseldorf

7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983

Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären
Der Vorstand wird etwaige Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären gemäß §§ 125 ff AktG nur mitteilen, wenn die Aktionärseigenschaft nachgewiesen wird.

Vollständiger Wortlaut der Einberufung
Der vollständige Wortlaut der Einberufung dieser Hauptversammlung ist im Bundesanzeiger Nr. 121 vom 5. Juli 1983 veröffentlicht.

Zum achtzehnten Mal VEBA-Aktionärsversammlungen

Die VEBA wird auch in diesem Jahr wieder in drei Städten Aktionärsversammlungen durchführen, um über den Geschäftsverlauf des Konzerns und die Tagesordnung der Hauptversammlung zu berichten und Fragen ihrer Aktionäre zu beantworten.

Die Aktionärsversammlungen finden in folgenden Städten statt:

Berlin Dienstag, 26. Juli 1983, 18.00 Uhr, Prälat Schöneberg, Großer Festsaal und Marmorsaal

Hamburg Donnerstag, 28. Juli 1983, 18.00 Uhr, Congress Centrum Hamburg, Festsaal (Saal 3), Am Dammtor

München Dienstag, 2. August 1983, 18.00 Uhr, Schwabingerbräu, Großer Festsaal, Leopoldstraße, Eingang Feilitzschstraße

Der Besuch dieser Veranstaltungen ist im Gegensatz zur Hauptversammlung ohne besondere Einlaßkarten möglich.

Gäste sind herzlich willkommen!

"Eine der kapitalstärksten Banken der Welt."

R. Leigh-Pemberton, Chairman

Das **internationale** Geschäft hat im Jahre 1982 wiederum erfreulich zugenommen. Der Beitrag zum Gruppenergebnis betrug 36%.

Die **internationalen** Finanzierungen sind in ihrer Bedeutung während der letzten Jahre erheblich gewachsen. Wir pflegen weiterhin diese Seite unseres Geschäfts mit Vorrang, um für unsere Kunden einen umfassenden und effektiven Service zu gewährleisten.

Die **internationalen** Finanztransaktionen werden durch Zins- und Devisenswapgeschäfte immer komplexer. Deshalb haben wir unsere Dienstleistungen an unsere multinationalen Kunden auf diesem Gebiet ausgeweitet.

Die **internationalen** Dienstleistungen der Bank haben sich mit der Gründung der 100%igen Tochtergesellschaft National Westminster Financial Futures Limited weiter entwickelt. Diese neue Gesellschaft hat vier Sitze an der London International Financial Futures Exchange. Sie bietet einen vollständigen Vermittlungs- und Beratungsservice an und steht den Kunden bei der Gestaltung von Sicherungsgeschäften entsprechend ihren Bedürfnissen zur Verfügung.

Wesentliche Zahlen 1982

	£ mio.	DM mio.
Grundkapital	238	912
Rücklagen	2.301	8.813
Einlagen	50.196	192.251
Ausleihungen	41.475	158.849
Konzerngewinn vor Steuern	439	1.681
Nicht ausgeschütteter Gewinn	329	1.260

Ziffern in DM unter Zugrundelegung des Wechselkurses vom 31.12.1982.

Unser Geschäftsbericht mit den Ausführungen des Chairman kann durch The Secretary's Office, National Westminster Bank PLC, 41 Lothbury, London EC2P 2BP, England bezogen werden.

Tochtergesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland:
DEUTSCHE WESTMINSTER BANK AG
Zentrale: National Westminster Haus, Mainzer Landstraße 49, Postfach 11 10 51, 6000 Frankfurt am Main 1.
Niederlassungen in Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg und München.

National Westminster Bank Group

Eine weltweit operierende Bank.

BADENWERK AKTIENGESELLSCHAFT

Karlsruhe

– Wertpapier-Kenn-Nr.: 515 060 –

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung vom 1. Juli 1983 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1982 von 29 514 786 DM zur Ausschüttung folgender Dividende: 4,50 DM je 50-DM-Aktie und nominell 225 000 000 DM Namensaktien; 6,– DM je 50-DM-Aktie auf – nach Abzug des Eigenbesitzes – nominell 74 504 000 DM Inhaberaktien zu verwenden und den Restbetrag von 324 306 DM auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Dividende wird – nach Abzug der Kapitalertragsteuer – vom 4. Juli 1983 an gezahlt, und zwar auf Namensaktien unmittelbar durch die Gesellschaft, auf Inhaberaktien gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 10 bei einer der im Bundesanzeiger Nr. 121 vom 5. Juli 1983 veröffentlichten Zahlstellen.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden; es entspricht der von der Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Anteilseignern gegen Vorlage der vom depotführenden Kreditinstitut auszustellenden Steuerbescheinigung auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet und im Falle der Überzahlung erstattet.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamts eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Karlsruhe, den 5. Juli 1983

BADENWERK AKTIENGESELLSCHAFT
Der Vorstand

Texaco Inc. TEXACO
White Plains, New York

Konsolidierte Bilanz am 31. Dezember 1982

AKTIVA	
Umlaufvermögen.	
Bankguthaben, Kassenbestand und Wertpapiere des Umlaufvermögens	$ 2 304 000 000
Forderungen und Besitzwechsel	4 231 000 000
Vorräte	2 145 000 000
Sonstiges	563 000 000
Insgesamt	$ 9 343 000 000
Beteiligungen und langfristige Forderungen	$ 2 162 000 000
Anlagevermögen zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten*)	$ 23 470 000 000
Abzüglich aufgelaufener Abschreibungen*)	9 384 000 000
Netto*)	$ 14 086 000 000
Rechnungsabgrenzungsposten	1 523 000 000
Aktiva, insgesamt	$ 27 114 000 000
PASSIVA	
Kurzfristige Verbindlichkeiten	$ 6 243 000 000
Langfristige Verbindlichkeiten	$ 1 721 000 000
Verbindlichkeiten aus Leasing-Verträgen	$ 696 000 000
Rückstellungen für aufgeschobene Ertragsteuern	$ 2 205 000 000
Sonstige langfristige Verpflichtungen	$ 1 845 000 000
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz	165 000 000
Reinvermögen	
Ausgegebene Aktien mit einem Nennwert von $ 6.25 pro Aktie	$ 1 714 000 000
Rücklage aus Aufgeld	664 000 000
Nicht ausgeschüttete Gewinne	$ 12 416 000 000
	$ 14 794 000 000
Abzüglich eigene Aktien	568 000 000
Insgesamt	$ 14 226 000 000
Passiva, insgesamt	$ 27 114 000 000
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung 1982	
Umsatzerlöse und andere Erträge	
Verkäufe und Dienstleistungen	$ 46 986 000 000
Anteil am Gewinn von Beteiligungsgesellschaften Dividenden, Zinsen und sonstige Erträge	1 033 000 000
	$ 48 019 000 000
Aufwendungen	
Materialeinsatz und Betriebskosten	$ 39 890 000 000
Vertriebs- und Verwaltungskosten	1 225 000 000
Instandhaltung und Reparaturen	581 000 000
Kosten nicht fündiger Bohrungen	472 000 000
Abschreibungen auf das Anlagevermögen*)	1 296 000 000
Zinsaufwendungen*)	216 000 000
Steuern außer Ertragsteuern	1 667 000 000
Ertragsteuern	1 356 000 000
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	35 000 000
	$ 46 738 000 000
Jahresgewinn	$ 1 281 000 000
Jahresgewinn pro Aktie (berechnet aufgrund der Anzahl der durchschnittlich in Umlauf befindlichen Aktien)	$ 4.92

*) einschließlich Leasing

Renten gedrückt

Der Rentenmarkt stand im Zeichen der in den USA wieder anziehenden kurzfristigen Zinsen und in Furcht vor einer Einengung der dort abermals gewachsenen Geldmenge. Die Kurse der öffentlichen Anleihen wurden bis zu 0,40 Prozentpunkte zurückgenommen, im kürzeren Bereich weniger, im längeren Bereich stärker. Enttäuschung herrscht darüber, daß der Anlagetermin bisher ohne Auswirkungen auf die Rententendenz geblieben ist. Unter diesen Umständen mißt man den Konditionen der neuen Bundesanleihe besondere Bedeutung bei, die am Dienstagnachmittag beschlossen werden sollen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

	4. 7.	1. 7.
M 5½ Bayer. Hypo. Pf 14	90,25G	90,25G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	99,75bG	99,75bG
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,75G	99,75G
6½ dgl. Pf 10	84G	84G
6 dgl. KS 1	98G	98G

	4. 7.	1. 7.
Br 6½ dgl. Pf 77	93G	93G
6 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Pfz. Hypobk. Pf 68	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
6 dgl. Pf 79	79,5G	79,5G
6 dgl. Pf 130	90,45G	90,45G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
10 dgl. Pf 168	100,9G	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	88,6G	88,5G
6 dgl. 47	79	79
9 dgl. IS 44	100,15G	100,15G

	4. 7.	1. 7
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,25G	98,25G
7½ dgl. Pf 45	100,75G	100,75G
M 6 Südboden Pf 41	88G	88G
5½ dgl. Pf 57	78G	78G
6½ dgl. Pf 143	94,5G	94,5bG
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	82,5G	82,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	98,5G	98,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl KS 171	104G	104G

F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73bG	73bG
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 9 Dt Pf.Wi. Bri. 482	103,75G	103,75G
Br 7½ Dt. Schiffbk. Pf 33	–	–
8 dgl Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,1	98,1G
6¼ dgl. Pf 60	93,95G	93,95G
6¼ dgl Pf 74	97,5G	97,5G
6¼ dgl Pf 76	95G	95

9 dgl. Pf 167	101,6G	101,6G
8 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	101,5G	101,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	83,1G	83,1G
5½ dgl Pf 43	83,15G	83,15G
6 dgl. Pf 56	78,8G	78,8G
7 dgl. Pf 61	88,35G	88,35G
8 dgl. Pf 70	100,15G	100,15G
9 dgl. Pf 68	102,5G	102,5G

Bundesbahn

F 4 Abl 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10.83	100.1G	100.1
10 dgl 73 II	11.83	101,35	101,4
7½ dgl 72	2/84	100.7	100,75
8 dgl. 72	9/84	101,7	101,7
8¼ dgl. 76	9/84	101,85	101,9
6 dgl. 78 III	11·84	99,25	99,35
6½ dgl. 79	2/85	99.2	99.2
8½ dgl 73	2/85	102.1	102,1
7 dgl. 77	2/87	97,8G	98

Bankschuldverschreib.

F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl Pf 5	87	87
7 dgl Pf 2	99,1	99.1G
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	100,2T
9 dgl. Pf 106	103,5G	103,5G
10 dgl Pf 108	108,75G	108,75G
7 dgl KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99G	99G
9 dgl. KS 169	102.3G	102,3G

Sonderinstitute

D 7¾ LAG TS 76	100,7	100,8G
8 dgl. TS 76	101,5G	101,6G
6½ dgl. TS 77	95,9	95,9G
5½ dgl. 78	92,8	92G
7 dgl 79	97,45	97,45

Industrieanleihen

F 6 Badenwerk 64	99,0G	99,3G
8 dgl 78	93,75	94G
5 BASF 59	98,15T	98,15G
5 Bayernw. 59	97,25T	97G

3½ Sanyo Elec. 78	163G	165
3¾ Seiyu Stores 78	95G	95G
6¼ Sekisui 78	146G	145G
3½ Stanley 78	107,5G	110
8 Taiyo Yuden 82	117	118GG
5 Texaco Int. 68	96	96,15
3½ Tok. Elec. 78	385G	375
4¾ Tok. Sanyo 77	290G	290G
4 Tokyo Land 79	100T	100G
3½ Trio Kenw 78	107	106T
6½ Uny Ltd. 79	132G	131

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart.

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

		4. 7.	1. 7.
F	Kawasaki Kisen	1,65G	1,65
F	Kawasaki Steel	1,80G	1,85
M	Kloof Gold Min.	125G	124
F	Komatsu	5,7	5,85
D	KLM	–	151G
F	Kubota	3,5	3,5G
D	Lafarge	84G	95G
D	Litton Ind.	170	171G
F	Lone Star	78,9	78,6
D	LTV	39,1	40
M	M.I.M. Hold.	19,35	19,3
F	Magneti Marelli	–	–
D	Marubeni	36	36

		4. 7.	1. 7.
F	United Techn.	185,5	189
F	US Steel	64	63,3
M	Vaal Reefs Expl.	316	315
D	Veil-Stork	81,5G	81
D	Volvo A	137G	137
D	dgl. Nam B	137G	137
F	Warner Commun.	72,5	73,9
F	Warner Lambert	79G	79G
F	Wells Fargo.	95G	97
M	Western Deep L.	154,5	153
M	Western Mining	10	9,95
F	West.-Utrecht H.	113	111,5
D	Xerox Corp.	122,5	121

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Höher wurden auch Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	1. 7.	30. 6.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	339,50	344,00
Sept.	352,00	357,00
Dez	366,50	372,75
Weizen Winnipeg (can $/t)		
Wheat Board cif.	1. 7.	30. 6.
St. Lawrence 1 CW	206,73	204,13
Amber Durum	235,26	233,61
Roggen Winnipeg (can $/t)		
Juli	geschl	113,70
Okt	geschl	119,20
Dez	geschl.	122,70
Hafer Winnipeg (can $/t)		
Juli	geschl.	90,50
Okt	geschl	90,00
Dez	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	1. 7.	30. 6.
Juli	150,50	150,00
Okt	156,50	157,50
Dez	168,25	169,25
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	318,75	317,75
Sept	298,50	297,25
Dez	274,50	275,25
Gerste Winnipeg (can $/t)	1. 7.	30. 6.
Juli	geschl	95,60
Okt	geschl	100,40
Dez	geschl.	103,60
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	1. 7.	30. 6.
Juli	unerhältl.	unerhältl
Sept.	unerhältl	unerhältl.
Nov.	unerhältl	unerhältl
Jan	unerhältl.	unerhältl.
Reis, geschält, New Orleans ($-cwt)		
Sept.	unerhältl	unerhältl

Genußmittel

	1. 7.	30. 6
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	126,90	124,50
Sept.	127,00	125,10
Dez.	125,60	125,10
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2127	2135
Sept.	2178	2195
Dez.	2240	2250
Umsatz	2665	5588
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr 11 Juli	11,38	10,50
Sept	11,60	11,30
Okt	12,20	11,53
Jan.	12,58	12,30
März	12,81	12,50
Umsatz	7 581	10 526
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	1. 7. / 10,98	30. 6. / 10,96
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Juli	1652–1654	1527–1530
Sept.	1634–1634	1553–1556
Nov.	1616–1618	1581–1582
Umsatz	2670	5721
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1510–1513	1636–1639
Sept.	1548–1549	1619–1620
Dez	1573	1603–1604
Umsatz	3685	2434
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug	176,80–176,95	181,75–182,25
Okt	185,75–185,90	190,15–190,20
Dez	189,25	193,50–194,25
März	–	202,00–202,10
Mai	201,50–202,20	204,50–205,25
Umsatz	3343	3141

	1. 7.	30. 6.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	265,00	265,00
weißer Sarawak	375,00	375,00
weißer Muntok	375,00	375,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	1. 7.	30. 6.
Juli	117,65	118,00
Sept.	115,65	114,85
Nov.	113,25	112,60
Jan.	107,25	107,10
März	106,95	106,60
Umsatz	250	300

Öle, Fette, Tierprodukte

	1. 7.	30. 6.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	27,00	27,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	20,00	20,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,36	19,42
Aug.	19,45	19,53
Sept.	19,63	19,65
Okt.	19,80	19,80
Dez.	20,05	20,03
Jan.	20,20	20,22
März	20,45	20,45
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	22,50	21,50
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	15,375	16,00
Choice white hog 4% fr. F	13,75	13,75
Talg		
New York (c/lb) top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,00
yellow max. 10% fr F.	12,50	12,50
Schweine		
Chicago (c/lb) Juli	45,25	45,90
Aug.	43,75	40,75
Okt.	39,50	–
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Juli	58,85	60,70
Aug.	56,85	58,70
Febr	55,00	–

	1. 7.	30. 6.
Häute		
Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	55,00	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	–
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) Juli	611,00	606,00
Aug.	616,50	613,75
Sept.	623,50	619,00
Nov.	638,25	628,25
Jan.	650,00	639,50
März	663,00	651,00
Mai	673,00	660,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) Juli	176,30	177,00
Aug.	177,50	178,00
Sept.	179,70	179,50
Okt.	181,50	181,00
Dez.	186,50	185,20
Jan.	188,50	187,00
März	193,50	191,70
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	1. 7.	30. 6.
Juli	geschl.	293,50
Okt.	geschl.	303,00
Dez.	geschl.	309,40
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	33,00	32,00
Erdnußöl	4. 7.	1. 7.
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	575,00	580,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	440,00	440,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	395,00	395,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	123,50	124,00
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	725,00	717,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	254,00	251,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	1. 7.	30. 6.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	76,65	77,60
Okt.	76,70	77,48
Dez.	77,60	78,65
März	79,20	79,75
Mai	79,55	80,00
Juli	79,50	80,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	57,25	56,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	1. 7.	30. 6.
Aug.	441–454	450–454
Okt.	443–445	442–444
Dez.	442–446	443–445
Umsatz	17	713
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	1. 7.	30. 6.
Juli	44,20	44,20
Okt.	44,60	44,60
Dez.	45,10	45,10
März	45,50	45,50
Umsatz	0	0
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	1. 7.	30. 6.
Juli	559,0–561,0	562,0–564,0
Okt.	571,0–575,0	570,0–574,0
Dez.	583,0–584,0	584,5–585,0
Umsatz	116	120
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	1. 7.	30. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh (Y/kg)		
AAA, ab Lager	1. 7.	30. 6.
Juli	unerhältl.	13 869
Aug.	unerhältl.	13 900
Kautschuk		
London (p/kg)	1. 7.	30. 6.
Nr. 1 RSS loco	77,00–78,50	78,00–79,50
Aug	78,00–80,00	78,90–78,90
Sept.	77,20–78,00	77,50–77,60
Okt.-Dez.	77,50–77,70	78,00–78,20
Tendenz: ruhig		

	1. 7.	30. 6.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco:	253,00–254,00	253,50–254,50
Juli	254,00–255,00	255,00–256,00
August	257,50–258,50	258,50–259,50
Nr. 2 RSS Juli	251,50–252,50	252,50–253,50
Nr 3 RSS Juli	248,00–249,00	249,00–250,00
Nr. 4 RSS Juli	242,00–243,00	243,00–244,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	1. 7.	30. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	4. 7.	1. 7.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	104,04–104,14	103,71–103,91
drittfolg. Monat	107,66–107,86	107,42–107,61
Zink: Basis London		
laufend Monat	184,69–184,79	183,45–183,55
drittfolg. Monat	190,07–190,27	188,81–188,91
Produz.-Preis	199,45	198,18
Reinzinn 99,9%	3683–3720	3713–3750

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	4. 7.	1. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	441,81–444,16	440,39–442,73
Blei in Kabeln	111,75–112,75	111,50–112,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	4. 7.	1. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	360–376	358–375
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	403–407	403–406
MS 63	408–411	407–410

Zinn-Preis Penang

	1. 7.	30. 6.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,80	31,00

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	4. 7.	1. 7.
Leg. 225	359–361	359–361
Leg. 226	361–364	361–364
Leg. 231	389–401	389–401
Leg. 233	404–412	404–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	4. 7.	1. 7.
Platin (DM je g)	37,10	36,80
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 600	34 400
Rücknahmepr.	33 800	33 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 580	34 370
Rücknahmepr.	33 540	33 400
verarbeitet	36 290	36 070
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 320	34 100
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	971,70	958,90
Rücknahmepr.	937,70	925,30
Verarbeitet	1014,80	1001,40

Internationale Edelmetalle

	4. 7.	1. 7.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	416,00	416,75
15.00	416,00	416,25
Zürich mittags	415,75–416,50	416,00–416,75
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	103 300	102 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	760,80	753,40
3 Monate	779,10	770,70
6 Monate	797,60	789,10
12 Monate	834,80	823,10
Platin (£-Feinunze)	1. 7.	30. 6.
London fr. Markt	276,10	276,50
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	91,40	90,95

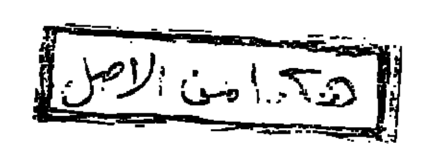
New Yorker Preise	1. 7.	30. 6.
Gold H & H Ankauf	418,25	416,00
Silber H & H Ankauf	1162,00	1160,00
Platin fr. Händlerpr.	geschl.	415,00–420,00
Produz.-Preis	geschl.	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	140,00–142,00	139,00–141,00
Produz.-Preis	140,00	135,00–140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juli	1177,00	1154,00
Aug.	1187,00	1167,00
Sept.	1193,00	1172,00
Dez.	1222,00	1202,00
Jan.	1235,20	1215,70
März	1255,50	1236,00
Mai	1276,00	1256,50
Umsatz	–	25 000

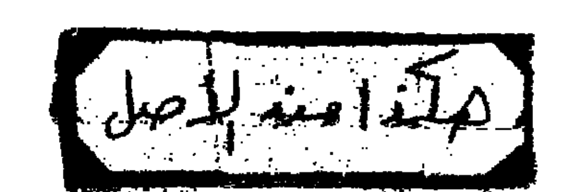
New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	1. 7.	30. 6.
Juli	75,85	75,00
Aug.	76,55	75,60
Sept.	77,15	76,20
Dez.	79,20	78,20
Jan.	79,65	78,85
März	81,00	80,10
Mai	82,30	81,25
Umsatz	5000	–

Londoner Metallbörse

	4. 7.	1. 7.
Aluminium (£/t)		
Kasse	971,00–972,00	969,00–970,00
3 Monate	997,50–998,00	995,00–995,50
Blei (£/t) Kasse	265,75–266,00	264,50–265,50
3 Monate	275,00–275,50	274,00–274,50
Kupfer		
Highergrade (£/t) mittags Kasse	1115,5–1116,5	1117,0–1117,5
3 Monate	1126,5–1127,0	1127,5–1128,0
abends Kasse	–	1113,5–1114,5
3 Monate	–	1123,5–1124,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1092,0–1094,0	1082,0–1083,0
3 Monate	1100,0–1102,0	1095,0–1096,0
Zink (£/t) Kasse	471,75–472,00	471,50–472,00
3 Monate	485,50–486,00	485,25–485,50
Zinn (£/t) Kasse	8805–8810	8790–8800
3 Monate	8770–8780	8765–8770
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	82–85





Leute, liebt lesbisch!

eka. – Vor drei Jahren veröffentlichte Monika Sperr ihren Erstlingsroman „Die Freundin". Wie damals, führt sie uns auch mit ihrem neuen Buch „Der Tag beginnt mit der Dämmerung", auf die Kriegsschauplätze lesbischer Liebe. Die erotische Beziehung zwischen Frauen sei eine natürliche Zweitmöglichkeit, meint die Autorin und erzählt uns die Geschichte der Journalistin Regine Bodenburg.

Erst im fünfunddreißigsten Lebensjahr übermannt Regine das (leider nicht näher erklärte) Gefühl der Liebe zur Frau. Schon ihre Mutter, „Eiserner Gustav" genannt, kam auf Dauer nicht mit Männern klar. Regines Schwestern leben seit vielen Jahren mit weiblichen Partnern zusammen. Was also ist mit Regine los, daß sie erst so spät den zweiten erotischen Bildungsweg einschlägt?

Schmerzliches mußte geschehen, nämlich die Trennung von ihrem Partner Manuel, der, einigen Insekten gleich, mannigfache Blüten besucht. Von der zänkischen Mutter wird Regine auf die Insel Bornholm eingeladen. Regine trifft auf Ulrike Drossen, eine sechsundvierzigjährige Internistin aus Berlin. Die amazonenhafte, erfahrene Ulrike kann warten. So ist es schließlich Regine, die zum Bettgeschehen auffordert.

Der Liebesgenuß wird freilich getrübt durch Regines Erinnerungen an Manuel. Wechselweise trifft sie sich mit ihm in München, mit Ulrike in Berlin. Telefonate. Zwischendurch arbeitet Regine auch mal. Sie schreibt Artikel über Heimkinder, hält Vorträge bei Feministinnen. Ulrike zieht tatsächlich nach München in Regines Nähe. Es nützt nicht viel. Immer wieder frischt Manuel, Lehrer ist er, Regines Alltag auf. Auch führt er ihr seine Freundinnen vor. Regine, schwankend zwischen Lesbos und Manuels pädagogischem Eros, vermag sich nicht zu entscheiden.

Der Klappentext sieht das so: „Drei Menschen werden hier geschildert: Berufstätig, engagiert, von einer immer chaotischeren, gefährdeteren Umwelt gestreßt – und trotzdem glauben sie an das Prinzip Hoffnung. Drei Menschen, die sich mit der Frage herumschlagen, ob und wie Glück in dieser korrupten, nur noch leistungsorientierten Gesellschaft überhaupt möglich ist."

Ulrike muß sich einer schweren Operation unterziehen. Zu gleicher Zeit gibt Manuel bekannt, daß eine Lehrerin ihn auf längere Sicht strapazieren wird. Die Geschichte dieser flauen Gefühle strebt dem flauen Höhepunkt zu. Trivialliteratur-Tradition gelangt zum Einsatz: Regine geht in sich. Als die genesende Ulrike bekennt: „Ich liebe dich noch mehr, als ich bisher wußte. Vermutlich wird man sich der Kraft seiner Gefühle erst in Extremsituationen bewußt", antwortet Regine: „Willst du mich denn noch?" Ulrike will. Prinzip Hoffnung? Prinzip Glück?

Cornflakes statt Kirschblüten: Ken Russells „Butterfly" beim Festival zweier Welten in Spoleto

Die Träume der Kurtisane Cho-Cho-San

Spoletos „Festival Zweier Welten" hofft, demnächst drei Welten zu gehören. Nach dem amerikanischen Charleston bittet nämlich auch Australien darum, das inzwischen 26jährige Festival importieren zu dürfen. Das würde zwar Spoletos Ruhm, nicht aber seine Gäste vermehren, denn schon jetzt sparen sich viele Aficionados den *weiten Weg aus Übersee.*

Dabei begann man mit einem Paukenschlag: der „Madame Butterfly" in Ken Russells Regie, der wilde Gerüchte aus Charleston vorausgingen. Russell, so las man, habe Puccinis Werk verfälscht und zu einer antiamerikanischen Persiflage gemacht. Das Premierenpublikum, *das 100 000 Lire für einen* Platz im Teatro Nuovo bezahlte, war so elektrisiert und am Schluß samt dem Gros der Kritiker so entrüstet, wie der Ruf der Aufführung es verlangte. Sie hatten recht, von der Musik enttäuscht zu sein, die schließlich das Wichtigste an einer Oper ist, zumal einer von Puccini.

Das Spoleto-Festival-Orchestra, ein junges, nur in Charleston und Spoleto miteinander musizierendes Ensemble, braucht einen guten Dirigenten. Unter der Stabführung von John Matheson blieb es flach und ausdruckslos, die meisten Stimmen auch. Der Linkerton des Isländers Christian Johanson ersetzte Stimmkultur mit Lautstärke. Alle Schönheit seiner Partie niederschreiend, zwang er auch Cho-Cho-San (Catherine Lamy) zu arg forcierten Tönen, um neben ihm bestehen zu können.

Die „skandalöse" Inszenierung Ken Russells erschien uns hingegen recht interessant: eine „Butterfly", die ohne den obligaten Druck auf die Tränendrüsen erschütterte. Cho-Cho-San ist bei Russell eine Prostituierte, die am Vorabend des Überfalls auf Pearl Harbor mit ihren Leidensgefährtinnen in einem düsteren, dreistöckigen Freudenhaus in Nagasaki lebt. Ihre Sehnsucht, dem elenden Dasein zu entgehen, ist so echt wie ihre Liebe zu dem kindischen, auch ihre Gefährtinnen betätschelnden Amerikaner. Ihr Weg von der Illusion erfüllter Liebe über die Opiumträume der Verlassenen bis zum Harakiri wird hier durch die zeitliche Annäherung leichter einsehbar.

Daß ihr Zimmer von Linkertons Navy-Kameraden mit einem Eisschrank, amerikanischen Fahnen und Colaflaschen angefüllt wird, daß sie statt Kirschblüten Cornflakes streut, ist gewiß nicht als Verballhornung der Puccini-Oper gemeint, sondern eine Konsequenz der Konzeption Russells. Wie es wirkt, ist die andere Frage.

In diesem Bild träumt die Verlassene von der Rückkehr des Geliebten. Er tritt stumm in den Raum, in dem ein echt amerikanisches Breakfast ihn erwartet. Cho-Cho-San umsorgt ihn, verklärt vom Glück. Das Amerika-Idyll ist vollkommen, wenn sie dem Söhnchen eine Micky-Mouse-Maske aufsetzt und alle drei sich schweigend in Comics vertiefen.

Ein Böllerschuß weckt Madame Butterfly aus ihrem Opiumtraum. Linkertons Schiff kehrt wieder. Cho-Cho-Sans Freudentanz mit der treuen Suzuki – ein zeitgemäßer Boogie – endet jäh, wenn der Geliebte mit seiner puppenschönen *Frau eintritt. Butterflys Selbst*mord folgt ein blendender Blitz, der Atompilz von Nagasaki, der eine Welt begräbt und eine neue Zeit einleitet.

Das Haus aus Bambus ist verschwunden. Hinter einer gigantischen Colaflasche glitzern die Leuchtreklamen eines anderen, diesmal erfüllten amerikanischen Traums: Auch der Name der treuen Suzuki blitzt zwischen den berühmten Firmen, mit denen das neue Japan – für welchen Preis? – Amerika Konkurrenz macht.

Beim zweiten Atout des Festivals, Samuel Barbers Oper „Antony and Cleopatra" frei nach Shakespeare, inszeniert von dem 72jährigen „Herzog von Spoleto", Gian Carlo Menotti, dirigierte Christian Badea das gleiche Orchester und den gleichen Chor, und siehe da, diesmal waren sie vorzüglich. Nur fehlt Barber (1910–1981) das Format Puccinis, und seine „gemäßigte Moderne" ist voller Zitate größerer Komponisten von Rimski-Korsakow über Strawinsky bis zu Menotti. Der nun ehrt seinen Freund und langjährigen Besucher des Festivals mit der europäischen Erstaufführung seiner Oper.

„Antony and Cleopatra", 1966 bei der Eröffnung des neuen Metropolitan-Opernhauses in New York in einer bombastischen Inszenierung von *Zeffirelli* uraufgeführt und dennoch ziemlich erfolglos, ist, 1975 auf Menottis Rat verändert, inzwischen in Amerika ein großer Erfolg. Auch in Spoleto wurde die Oper mit viel Applaus bedacht, obwohl sie Tiefe und Sinn der Vorlage durch üppige Klischees ersetzt. Alles wird hier bis zum Exzeß übertrieben: Liebe, Heroismus, Edelmut und Verzweiflung. Musikalisch erinnert das Werk zuweilen mehr an ein Musical als an eine Oper.

Die Handlung, raffiniert hinter transparenten Vorhängen arrangiert, funktioniert perfekt in Menottis veristischer Regie, aber sie bleibt vordergründig und zuweilen peinlich banal. Daß Barbers Oper dennoch zu einem musikalischen Ereignis wurde, lag an Cleopatra, dem schwarzen Sopran Esher Hinds. In gräßlich glitzernde Plisseegewänder gehüllt, füllt diese Frau mit ihrem aggressiven Temperament und der Musikalität ihrer machtvollen Stimme die Bühne, die ohne sie langweilig wäre, gerade weil so viel auf ihr passiert.

Das erste Theaterstück des Festivals, das noch bis zum 10. Juli Ballett, Theater, Opern und Konzerte bietet, hieß „Die Briefe des Lewis Carroll". Masolino d'Amico hat es aus über hunderttausend Briefen jenes Reverend im Christ Church College zu Oxford, Charles Ludwige Dodgson, der unter dem Pseudonym Lewis Carroll als Verfasser von „Alice in Wonderland", berühmt wurde, zusammengestellt. In einem raffinierten Raum angesiedelt, wird der bewundernswerte Alleingang von Mino Bellár zu einer der aufwendigen Überflüssigkeiten des heutigen Theaters. Denn der Reverend hat außer schönen, melancholisch-lasziven Fotografien kleiner Mädchen und dem Kinderbuch für Erwachsene wenig Wichtiges produziert. Die Briefe sind bestenfalls skurril, und ihre zeit- und geldraubende Aufbereitung bleibt trotz einer großen schauspielerischen Leistung eher ärgerlich.

MONIKA von ZITZEWITZ



Vollgestopft mit Insignien des „American way of life": Szene aus „Madame Butterfly" in Ken Russells Inszenierung beim Festival zweier Welten in Spoleto FOTO: DE FURIA

Regensburg: 3. Weltkongreß für Logotherapie

Dem Frust keine Chance

Die Klagen über ein immer mehr um sich greifendes Sinnlosigkeitsgefühl, an dem heute viele Menschen leiden, sind mittlerweile unüberhörbar geworden. Ursachen einer zunehmenden „Sinnfrustration", deren Auswirkungen auf den Menschen unserer Zeit und Möglichkeiten der Sinnfindung waren zentrale Themen auf dem 3. Weltkongreß für Logotherapie, der in Regensburg stattfand.

Insbesondere V. Frankl (Wien), der Begründer der Logotherapie, G. Funke (Berlin) und E. Lukas (München) gingen der Frage nach, inwieweit die Zunahme bestimmter Formen von Depression, Lebensangst und Aggression zu einem nicht unerheblichen Teil auf eine tiefgreifende Sinnfrustration zurückzuführen seien. V. Frankl verwies zunächst auf die übereinstimmende Feststellung, *daß sich* die Sinnfrustration vor allem in den westlichen Industrienationen beinahe epidemieartig ausbreite. Aber nicht nur dort. In jüngster Zeit werde das gleiche Phänomen in zunehmenden Maße auch in den sozialistischen Ländern beobachtet; wenngleich in anderen Ausprägungen.

G. Funke interpretierte die Beobachtungen, die er unter anderem in seiner Arbeit mit jungen Menschen gemacht hat, dahingehend, daß das Gefühl der Sinnlosigkeit und der inneren Leere den Menschen nachgerade anfällig mache für aggressives Verhalten.

E. Lukas sowie V. Frankl berichteten von Fällen, in denen die Patienten aus ihrer Depression herausfanden, nachdem sie zusammen mit dem Logotherapeuten Möglichkeiten der Sinnverwirklichung in ihrem Leben erarbeitet hatten und ein Stück weit den Weg in Richtung eines Zieles gegangen waren, für dessen Erreichung sich der Einsatz aller Kräfte lohnt. Das Aufleuchtenlassen von Sinnmöglichkeiten im therapeutischen Prozeß sei ja bekanntlich eines der zentralen Anliegen der Logotherapie. Dabei gehe es keineswegs darum, wie Frankl immer wieder betonte, dem Patienten oder Ratsuchenden gewissermaßen „einen Sinn zu verordnen". Den müsse der Patient vielmehr selbst entdecken und sich frei für dessen Verwirklichung entscheiden.

Die Logotherapie, die immer schon neben der strikten Beachtung der biologischen und psychologischen Gesetzmäßigkeiten auch die geistige Dimension des Menschen in den Blick genommen habe, setze ja bei entsprechender Indikation gerade auf die Fähigkeit des Menschen zur „Selbst-Transzendenz" und „Selbst-Distanzierung". In der Selbst-Transzendenz bejahe der Mensch „das fundamental-anthropologische Faktum, daß menschliches Dasein immer auf etwas verweist, das nicht wieder es selbst ist – auf etwas oder auf jemanden, nämlich ... auf einen Sinn, den es zu erfüllen gilt, oder aber auf mitmenschliches Dasein, dem es begegnet". Diese potentielle Fähigkeit werde z. B. bei der logotherapeutischen Methode der „Dereflexion" angesprochen. In dem Maße wie es dem Patienten gelingt, seine Aufmerksamkeit auf ihn erfüllende Aufgaben zu lenken, geht seine krankhafte Selbstbeobachtung zurück und den Symptomen, die ihn vorher schwer belastet haben, wird gleichsam der Wind aus den Segeln genommen.

Bei der Methode der „paradoxen Intention" komme vor allem die Fähigkeit zur Selbst-Distanzierung ins Spiel – „nicht zuletzt in Form der spezifisch menschlichen Fähigkeit zum Humor!" (E. Lukas). Wenn es dem Patienten – auch hier zumeist mit Hilfe des Therapeuten – gelingt, sich in einem Anflug von Selbstironie das Auftreten des Symptoms „herbeizuwünschen", vor dem er sich ja so sehr fürchtet (z. B. starke Schweißausbrüche bei Unterredungen mit Vorgesetzten o. dgl.), so würde er zu seiner eigenen Überraschung bald gar nicht mehr dazu in der Lage sein.

Frankl betonte mehrfach, daß er die Logotherapie nicht als die allein selig machende Methode in der Psychotherapie betrachte. Sie stelle vielmehr eine hinreichend validierte, d. h. auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende und vor allem notwendige Ergänzung zum bisherigen psychotherapeutischen Angebot dar. Auch dürfte außer Frage stehen, daß man die Logotherapie in Fällen von „noogenen Neurosen", die ätiologisch auf einen inneren geistigen Konflikt und/oder auf eine entsprechende Sinnfrustation zurückzuführen sind, sehr wohl als Methode der Wahl ansehen kann.

WALTER L. KIPPER

Aus Rainer Barzels Eröffnungsrede in Hersfeld

Eine deutsche Aufgabe

Mitten in Deutschland sind wir hier – auf halbem Wege zwischen Hamburg und München. Bad Hersfeld ist von Weimar, Leipzig, Dresden nicht weiter entfernt als von Marburg, Frankfurt, Mannheim oder Stuttgart. Man hat gerade deshalb diesen Festspielen hier in Bad Hersfeld immer wieder eine besondere „deutsche Aufgabe" zugesprochen. Das hier gepflegte Schauspiel und die hier dargebotene Theaterkunst sollten eine geistige Ausstrahlungskraft nach allen Himmelsrichtungen entfalten und in alle Teile Deutschlands hineinwirken – gerade weil die Besucher, die früher so zahlreich von drüben kamen, nun ausbleiben. Weil sie müssen, nicht weil sie wollen.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß – so, wie es für viele Tausende aus der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr möglich ist, die Wirkungsstätten Luthers zu besuchen, die nahegelegene Wartburg, Eisenach, Gotha, Eisleben oder Wittenberg – es eines nicht zu fernen Tages auch wieder möglich sein wird, daß Deutsche von dort zu uns herüberkommen, um am hiesigen kulturellen Leben teilzunehmen.

Luther und Schiller sind prägende Gestalten unserer deutschen Kultur und unseres gemeinsamen geistigen Erbes. Keine Macht dieser Erde kann uns Deutsche daran hindern, *dieses gemeinsame* Erbe gemeinsam zu pflegen und an ihm festzuhalten. Auf die Dauer ist Geist stärker als Macht – vorausgesetzt, wir errichten nicht noch Mauern aus der Trägheit der Herzen.

Schiller prophezeit, wir werden es heute abend wieder erfahren, nicht den einfachen und leichten Sieg der Menschheitsideale. Das Zwangssystem mit seiner Unterdrückung der Geistesfreiheit wird erschüttert, aber nicht gestürzt. Der Marquis opfert sein Leben, und Schiller kommentiert diesen Opfertod mit dem Satz: „Aufopferungsfähigkeit ist der Inbegriff aller republikanischen Tugend." Uns gibt dieser Satz zu denken: Für die Ideale der Menschheit gilt weder eine politische Erfolgsgarantie *noch eine Garantie ihrer dauern*den Erhaltung. Da muß man schon selber ans Werk gehen und dabei bleiben.

Darmstadt und Mannheim, Weimar, Leipzig und Dresden sind die Entstehungsorte dieses Werkes, das in einem längeren Reifungs- und Formungsprozeß entstand, bis *es 1787, also kurz vor der Französi*schen Revolution, zum ersten Mal aufgeführt werden konnte. Ich muß wohl nicht noch besonders betonen, daß die Festspielleitung mit der Entscheidung für Schillers „Don Carlos" eine gute Wahl getroffen hat.

RAINER BARZEL

Neue Taschenbücher für den Herbst geplant

Kunststücke, alternativ

Nach neuester Zählung gibt es auf dem deutschen Taschenbuch-Markt nicht weniger als 323 Reihen. Das Spektrum reicht von Unterhaltungsromanen und Biographien über Filmbücher und Opernpartituren bis zu aktuellen Sachbüchern, Rechtsberatern und Party-Witzen.

Die Vorteile der Taschenbuch-Reihen sind für alle am Buch Beteiligten beträchtlich:

- Die Gleichartigkeit des Layouts erleichtert die Herstellung im Verlag und macht die Kosten auf lange Sicht kalkulierbar.
- Der Buchhändler verfügt über ein übersichtliches, weitgehend lückenloses Angebot in Spezialbereichen, das er dem Buchkäufer en bloc präsentieren kann.
- Der Leser erhält einheitliche Information und auf seine Vorlieben zugeschnittene Unterhaltung ... und er erwartet sie in jedem Monat aufs neue.

323 Taschenbuch-Reihen: Man sollte glauben, daß der Bedarf damit endgültig gedeckt ist, zumal sich heute ein Trend zur Verminderung der Titelzahl innerhalb der einzelnen Reihen feststellen läßt. Spektakulärstes Beispiel sind hier wohl die „Bibliophilen Taschenbücher" des Harenberg Verlages, die ab Oktober von sechs Titeln im Monat auf ganze zwei reduziert werden.

Dies mag daran liegen, daß sich einige Themenbereiche mit der Zeit erschöpfen. Andererseits können Buchhändler wie Leser das übermäßige Angebot an Taschenbüchern nicht mehr verkraften.

Gleichwohl wird es auch in diesem Bücherherbst wieder einige neue Taschenbuch-Reihen geben. Den Vorreiter macht hier der Heyne Verlag mit drei Reihen:

- Heyne Rubin, eine Liebesroman-Reihe, welche die in den USA beliebten „contemporary romances" in Deutschland populär ma*chen will.*
- Heyne Scene, eine Reihe für „Alternative", die in gesellschaftlicher wie kultureller Hinsicht nach neuen Wegen suchen.
- Eden-Bücher, neue Erotika modernen Zuschnitts und, wie der Verlag erklärt, „anspruchsvoll und *von amtlicher Seite nicht angreif*bar".

Über 600 Berufe stellt der Verlag Bastei-Lübbe in seiner achtbändigen Reihe „Berufsbücher" vor, die vor allem als Orientierungshilfe für Schulabgänger gedacht ist. Nach Berufsgruppen gegliedert, werden die Bände im Februar 1984 vollständig vorliegen.

Klaus Herding zeichnet für eine neue Taschenbuch-Reihe des Fischer Verlags verantwortlich, die sich „kunststück" nennt. Die Monografien sollen – mit wissenschaftlichem Anspruch, aber in allgemeinverständlicher Sprache – einzelne Bereiche der Kunst Schülern, Studenten und gelegentlichen Museumsbesuchern in stil- wie sozialgeschichtlicher Hinsicht verständlich machen.

Eine weitere Reihe aus dem gleichen Verlag ergänzt die bereits bestehende Reihe „fischer alternativ": Vor allem mit Themen der Ökologie wird sich die „fischer perspektive" befassen, pro Halbjahr werden zwei bis drei Titel erscheinen, mit „Packpapierumschlag". Die preiswerten Diskussionsbände (rund 10 Mark) sollen – so der Reihenherausgeber Rudolf Brund – „neue Fragestellungen für eine lebenswerte Welt erarbeiten".

Dem Computer gewidmet ist eine neue Rowohlt-Reihe („rororo computer"), die ab Januar 1984 mit monatlich jeweils einem Titel erscheinen wird. Die Bücher unterrichten über die positiven wie negativen Auswirkungen der Computer auf das berufliche und gesellschaftliche Leben.

Zu den bereits bestehenden Reihen für die Frau („Die Frau in der Literatur" bei Ullstein; „Die Frau in der Gesellschaft" bei Fischer; „neue Frau" bei Rowohlt) startet Knaur im Oktober „Frauen & Literatur", mit der der Verlag die selbstbewußte, moderne Frau ansprechen will. Herausgeberin der Reihe ist die aus den Zeitschriften „Cosmopolitan" und „Brigitte" bekannte Ellen Politzky; als erster Band erscheinen die Memoiren der Schauspielerin Sarah Bernhardt von 1908 („Mein doppeltes Leben").

Auffällig ist, daß die neuen Taschenbuch-Reihen sich fast ausschließlich aktuellen Themen widmen, und hier scheinen in der Tat die letzten weißen Flecken auf der Lese-Landkarte zu liegen. Es zeigt sich, daß die Bücher der neuen Reihen „Gebrauchsbücher" sind, die Informationsmaterial zu aktu*ellen Problemen an die Hand ge*ben. Diese Bücher werden nicht für den Bücherschrank erworben ..., der angesichts chronischen Platzmangels auch den eingefleischtesten Reihen-Sammler auf die Dauer resignieren läßt.

KARL P. APONER

Getanzte Ironie: Ballett in Köln und Düsseldorf

Lachstürme in D-Dur

Mit einem Gastspiel des Nederlands Dans Theater ging in Köln die 11. Woche des Modernen Tanzes zu Ende, deren Programm an fünf Abenden vom ortsansässigen Tanz-Forum bestritten wurde. Nicht nur aus Etatgründen wird es für Jochen Ulrich, den Leiter des Tanz-Forums, von Jahr zu Jahr schwieriger, Compagnien zu finden, die neue Wege im zeitgenössischen Ballett suchen, kein Wunder, daß große Lücken im Parkett zum Bild der Tanzwoche gehörten.

Ulrich ergreift nun selbst die Initiative. Er wartet nicht auf talentierte Jungchoreographen von auswärts, sondern gibt Tänzern seiner Truppe die Möglichkeit, sich dem Publikum zu stellen. Die vier Uraufführungen waren gewiß keine choreographischen Offenbarungen, aber auch keine *künstlerischen* Offenbarungseide.

Über das Ballett „Helden" von Bruno Jacquin, einer Science-fiction-Paraphrase zum Thema Verführbarkeit der Massen, kann man ebenso zur Tagesordnung übergehen wie über „Deco Dance" von Christine Parrott. Wäre sie nicht so ausgewalzt, könnte die satirisch gemeinte Arbeit in einem bunten Abend über Geschlechterbeziehung ihren Platz finden.

Trotz aller Süße überzeugte Richard Wherlocks „Lincolnshire Summer" weit mehr, weil er eine stimmungsvolle, knapp durchstrukturierte Choreographie erfand. Die besten Zukunftschancen muß man Leigh Warren einräumen, der als Gast aus Den Haag zu Ravels Konzert für die linke Hand das Tanzstück „Beyond the Limelight" vorstellte. Warren benutzt alle gängigen Stilmittel und formt aus der Synthese von Sprache, Musik, Video, Raum und Bewegung das bedrückende Psychogramm einer vereinsamten Frau.

Anders als in Köln ist in Düsseldorf die Ballettwelt noch in Ordnung. Ständig ausverkaufte Ballettabende sind eine Bestätigung für das an der Rheinoper gepflegte gemäßigt modernere Repertoire, das den aktuellen Entwicklungen der Tanzszene nur gelegentlich Aufmerksamkeit schenkt.

Istvan Herczog, seit 1974 Solist in Düsseldorf, durfte die letzte Saisonpremiere mit der „Sinfonietta giocosa" von Bohuslav Martinu eröffnen. Seine handlungslose neoklassizistische Choreographie für zwölf Tänzer ist ein sportliches, freundlich beschwingtes Ballett, wie es jede Compagnie zur Sommerzeit gebrauchen kann.

Lachstürme erweckte Jiri Kylians „Symphonie in D" aus dem Jahre 1976, *eine virtuose Parodie* auf das klassische Ballett zu einem Verschnitt aus zwei Haydn-Sinfonien. Mit der „Scotch Symphony" nach Mendelssohn erinnerte die Rheinoper an den in diesem Jahr verstorbenen George Balanchine: ein Saisonschluß, der nicht nur den Stars Monique Janotta und *Paolo Bortoluzzi* beste Entfaltungsmöglichkeiten bot.

ALBIN HÄNSEROTH



Macht seinem Titel Ehre: „Deco Dance" von Christine Parrott beim Tanz-Forum in Köln FOTO: PAUL LECLAIRE

JOURNAL

Neuenfels sagt Schönberg-Abend ab

ow. **Hamburg**

Regisseur Hans Neuenfels hat seine Inszenierung des Arnold-Schönberg-Abends an der Hamburgischen Staatsoper aus persönlichen Gründen abgesagt. In einem Brief an den Staatsopern-Intendanten Christoph von Dohnanyi begründete er diese Absage damit, daß er für eine Zeit „nicht mehr Theater, Oper oder Schauspiel machen" könne: „Ich bin physisch und psychisch am Ende einer Entwicklung." Statt Neuenfels übernimmt Peter Mussbach die Regie der Schönberg-Stücke „Der Mann mit dem gelben Klang", „Ein Überlebender aus Warschau", „Die glückliche Hand" und „Die Jakobsleiter".

Briefe von Gauguin und van Gogh veröffentlicht

SAD, **Brüssel**

Nach langen Vorbereitungen ist jetzt im niederländischen Staatsverlag ein Buch mit den Faksimile-Wiedergaben aller 45 Briefe erschienen, die der französische Maler Paul Gauguin zwischen 1888 und 1894 an seinen früheren Freund Vincent van Gogh, an dessen Bruder Theo und später an Theos Witwe Jo geschrieben hat. Ferner enthält das Werk bisher unbekannte Briefe Vincent van Goghs an Gauguin, mit dem er sich Ende 1888 in Arles entzweit hatte. Die Originale der Handschreiben befinden sich im Besitz des Amsterdamer Van-Gogh-Museums.

Politische Fotomontagen in Stuttgarts Kunstverein

DW. **Stuttgart**

Das Elend der Fotomontage im Stile von John Heartfield dokumentiert die Ausstellung „Politische Collage – Künstler aus Baden-Württemberg". Der Württembergische Kunstverein zeigt – mit einem allgemeinen historischen Rückblick – Arbeiten gegenwärtiger Künstler, die alle dem linken Spektrum zuzurechnen sind. Aber nicht diese Einseitigkeit ist das hervorstechende Merkmal, sondern die unzureichende Beherrschung der künstlerischen Mittel. Die Ausstellung ist bis zum 24. Juli zu sehen, der Katalog kostet 11 Mark.

Älteste medizinische Wochenschrift

dpa, **München**

Die älteste medizinische Wochenschrift im deutschsprachigen Raum feiert Jubiläum. Mit ihrer neuesten Nummer zum 1. Juli 1983 erreichte die „Münchener Medizinische Wochenschrift (MMW) ihren 125. Jahrgang. Gegründet wurde das Periodikum von den Ordinarien der Medizinischen Fakultät der Universität München als „Ärztliches Intelligenzblatt" im Jahre 1845.

Kinoverband: Angst vor Kabelfernsehen

dpa, **Wiesbaden**

„Existenzgefährdende Probleme" befürchtet der Hauptverband Deutscher Filmtheater als Folge der Entwicklung des Kabel-, Satelliten- und *Privatfernsehens.* Die vor dem Start stehenden Pilotprojekte in München und Ludwigshafen werden nach Ansicht des Hauptverbandes beweisen, welche Konkurrenzauswirkungen damit verbunden sind. Die Filmtheaterwirtschaft erwarte in diesem Zusammenhang von der *öffentlichen Hand* „die Gewährleistung eines ausreichenden Existenzschutzes, der sie befähigt, ihrer gesellschaftlichen Aufgabenstellung gerecht zu werden".

Vier junge deutsche Dokumentarfotografen

DW. **Regensburg**

Unter dem Titel „Einsichten – Aussichten" stellt die Städtische Galerie Regensburg vier junge Fotografen vor. Die Auswahl der Bilder von Reinhold L. Hilgering, Axel Hütte, Benno Hurt und Martin Manz will „Aspekte subjektiver Dokumentarfotografie" verdeutlichen. *Die Ausstellung* ist bis zum 24. Juli geöffnet. Der Katalog kostet 10 Mark.

„Zweiter Münchner Klavier Sommer"

DW. **München**

Zum zweiten Mal veranstaltet die Stadt München in diesem Jahr – vom 14. bis 17. Juli – ihren „Klavier Sommer", der Klassik, Improvisation und Jazz mischt. Zu den Solisten zählen Martha Argerich, Nicolas Econumu, Chick Corea, McCoy Tyner, Nelson Freire und der russiche Komponist Rodion Schtschedrin.

Moskau ruft nach „bester westlicher Kultur"

AFP, **Moskau**

Scharfe Kritik an der Auswahlpolitik für in der Sowjetunion gezeigte westliche Kultur hat das Organ der Moskauer Parteijugend, „Moskowskaja Komsomolez", angemeldet. In die Schußlinie geriet dabei vor allem „Gosconcert", die für Gastspielreisen ausländischer Ensembles verantwortliche Organisation. Sie sei daran schuld, daß die in der Sowjetunion gezeigten ausländischen Darbietungen fast durchweg von „geringem Niveau" seien. Als Beispiel für die schlechte Auswahlpolitik zitierte das Moskauer Jugendorgan die Tournee der französischen Popmusiktruppe „Space", die als Weltsensation angeboten wurde und außerhalb der Sowjetunion nahezu unbekannt sei.

Die achte Plage ist wieder im Anmarsch

dpa, **Rom**

Als achte Plage suchten im *Alten* Testament die Wüstenheuschrekken Ägypten heim. Jahrtausendelang fiel diese „Geisel Allahs", wie sie die Moslems nennen, in unregelmäßigen Abständen über die Felder Afrikas, des Nahen Ostens und Südwestasiens her. Erst in den vergangenen Jahren gelang es in internationaler Zusammenarbeit, die Gefahr unter Kontrolle zu bringen.

Trotzdem könnten die Schädlinge demnächst wieder eine Chance erhalten. In zwei der am stärksten bedrohten Länder läuft Ende 1983 nach 30 Jahren der Finanzhilfe der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zur Unterstützung des Kampfes gegen die Heuschrecken aus: Weder die Arabische Republik Jemen noch die Volksrepublik Jemen scheinen dies in ihrer Vorausplanung bisher berücksichtigt zu haben.

17 Stunden flugtauglich

Die letzte große Plage, die von Äthiopien ausging, breitete sich 1978/79 bis nach Pakistan und Indien aus, wo Heuschrecken die Ernten ganzer Landstriche auffraßen. *Der Flug übers Rote Meer und den* Golf von Oman bildete für die Tiere kein Hindernis: Bei Labortests im Windkanal hielten sich Wüstenheuschrecken bis zu 17 Stunden in der Luft.

Die Schwarmbildung war damals den Heuschrecken-Kontrollstationen entgangen, deren Netz über der Koordination der FAO in Rom ein sonst gut funktionierendes Frühwarnsystem bildet. Die einzelnen Stationen behalten – mittlerweile auch anhand von Satelliten-Wetterkarten – die Brutbedingungen für die Insekten in den verschiedenen Wüstenzonen im Auge, die dort günstig sind, wo Regen niedergegangen ist.

Wenn die Tiere in einer Gegend mehrere Generationen hintereinander auf ideale Vermehrungsmöglichkeiten treffen, ist eines Tages die Plage da: über Quadratkilometer hinweg gerät der ganze Boden in Bewegung, so dicht schlüpfen die Nachkömmlinge aus dem Wüstensand, in den die Weibchen ihre Eier ablegen. Nach fünf Häutungen ist der Schwarm startklar und legt Kriegsbemalung an: Aus den harmlos-grünen Einzeltieren werden in der Masse schwarz-gelbe Ungeheuer. *Dann erhebt sich der Zug auf der* Suche nach fetteren Pfründen in die Lüfte.

Der Prophet Joel beschreibt in der Bibel den Effekt eines solchen Überfalls: „Das Land ist vor ihm wie ein Lustgarten, aber nach ihm wie eine wüste Einöde." Auch heutzutage noch scheint die Heuschrecken ein zürnender Gott zu schicken. Beim Herannahen eines Schwarms, der die Flächenausdehnung europäischer Hauptstädte annehmen kann, verdüstert sich der Himmel, während ein Surren und Knistern die Luft erfüllt. Kurz darauf ist die Erde knietief mit knirschenden Insekten bedeckt, und Dattelpalmen bersten krachend unter dem Gewicht der knapp fingerlangen Freßmaschinen. Zieht der Schwarm weiter, hinterläßt er komplett abgenagte Pflanzenskelette, und es droht eine Hungersnot.

Teure Vorsorge

Solche Insektenwolken werden meist mit Dieldrin, einem dem DDT ähnlichen Gift, vom Flugzeug und vom Boden aus bekämpft. Das Radikalmittel ist in Europa und den USA verboten. Es hinterläßt Rückstände bei Mensch und Vieh. Präparate ohne schädliche Nebenwirkungen sind in den Mengen, die angewendet werden müssen, viel zu teuer.

Die vorsorgende Kontrolle, die es ermöglicht, die Schwärme während ihrer Entstehung noch in der Wüste zu bekämpfen, kostet die betroffenen Länder, von denen viele zu den ärmsten der Welt gehören, teures Geld. Noch teurer allerdings kommen Katastropheneinsätze, wenn die Plage erst einmal da ist. Im Plagenjahr 1978 schickte die FAO ans Horn von Afrika und ins Gebiet des Roten Meeres Hilfsmittel im Wert von 2,2 Milliarden Mark. Der Ernteschaden wurde auf 2,5 Milliarden Mark geschätzt.

REGINE REIM



Die Reihen werden sich weiter lichten: Wissenschaftler der Vogelwarte Radolfzell sind davon überzeugt, daß in der nächsten Zeit weitere sieben Vogelarten aussterben werden. FOTO: WEREK

Traurige Eindrücke aus der „Vogelperspektive"

Nach neuesten Untersuchungen des Max-Planck-Instituts stehen von 238 Vogelarten 133 auf der „Roten Liste" / Baumsterben bedroht auch Waldvögel

PETER SCHMALZ, **München**

Gestorben war sie still und ohne Aufsehen irgendwo im Niedersächsischen zwischen Birken und Sumpfgräsern. Wenn ihr Tod nun Jahre später doch noch Beachtung findet, dann allein wegen des modernen Leidens, an dem sie eingegangen ist: Die Moorente konnte die Zivilisation nicht mehr ertragen und ist das 20. und vorerst letzte Opfer, das eine veränderte Umwelt unter den deutschen Brutvögeln forderte. Sie wird nicht das letzte sein, bei einigen Vogelarten ist der Bestand in den vergangenen Jahren geradezu katastrophal zusammengebrochen, ermittelten Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Verhaltenspsychologie an der Vogelwarte Radolfzell.

Von 238 Vogelarten, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland brüten oder gebrütet haben, stehen derzeit 133 (56 Prozent) auf der neuesten „Roten Liste": Neben den 20 ausgestorbenen Arten sind 30 vom Aussterben bedroht, 25 stark bedroht, 23 bedroht und 35 potentiell gefährdet. Nur fünf Arten konnten seit Mitte der siebziger Jahre von der Liste gestrichen werden: Alpendohle, Turteltaube, Zwergsumpfhuhn, Birkenzeisig und Ringdrossel. Dagegen werden sieben Arten demnächst aus unseren Fluren verschwinden: Alpenstrandläufer, Bruchwasserläufer, Felsenschwalbe, Schwarzstirnwürger, Trauerseeschwalbe, Wiedehopf und Zwergdrommel. „Auch Schutzmaßnahmen konnten den weiteren Schwund nicht aufhalten", erklärt der Ornithologe Gerhard Thielcke von der Radolfzeller Vogelwarte.

Der Wissenschaftler sieht einen „ungebrochen negativen Trend", der verursacht wird durch die weiter fortschreitende Vernichtung natürlicher Lebensräume. Die schwindende Zahl der Brutvögel sei dabei nur ein „Leitsymptom" für „die verborgen schleichende, insgesamt aber dramatische Verarmung unserer Umwelt an Tier- und Pflanzenarten".

Folgt man den Argumenten der Radolfzeller Ornithologen, dann wird der neue Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) seinen Spruch, er sei „ein echter Grüner", im Interesse der deutschen Vögel selbst in Brüssel unter Beweis stellen müssen. Denn in der EG und ihrem landwirtschaftlichen Förderungssystem sehen Thielcke und sein Kollege Sepp Bauer einen der Hauptschuldigen für die Vernichtung natürlicher Lebensräume und den Schwund der Vögel: Da für die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe Mindestanbauflächen vorgeschrieben sind, werden häufig Flächen zur Bewirtschaftung herangezogen, die bisher nicht genutzt waren und bedrohten Tierarten als Schutzraum zur Verfügung standen.

Auch Bund, Länder und Gemeinden haben sich nach Ansicht der Experten mit zahlreichen Maßnahmen wie Flurbereinigung, Fluß- und Bachregulierungen sowie Deichbau an der Natur versündigt. Thielcke: „Insgesamt ist die öffentliche Hand als Planer, Geldgeber und Genehmiger der größte Verursacher für Eingriffe in Landschaft und Umwelt, für Maßnahmen, die sich nachteilig auf Brutvögel und die Artenvielfalt wildwachsender Pflanzen und freilebender Tiere auswirken."

Das Bundesnaturschutzgesetz von 1976 hat bisher sein wesentlichstes Ziel verfehlt, meint der Ornithologe, der die Entwicklung als besonders bedenklich empfindet, weil „die Mehrzahl der von uns ermittelten Gefährdungsfaktoren auf Veränderungen der Lebensräume zurückgeht, die nicht nur Vögel betreffen, sondern auf die Gesamtheit der Lebensgemeinschaften von Tieren und Pflanzen artmindernd einwirken". So registrierten Botaniker, daß 72 Blütenpflanzen durch menschliche Eingriffe in Äcker, Wiesen und Weinberge verschollen oder gefährdet sind. Thielcke sieht die Erkenntnisse seiner „Vogelperspektive" als Alarmzeichen für den Zustand der gesamten Umwelt.

Dabei hat er in seinen Untersuchungen eine mittlerweile kaum noch zu bremsende Gefahr gar nicht berücksichtigt: das Baumsterben. Thielcke: „Gerade die Waldvogelarten waren bislang noch am wenigsten gefährdet." Sollte der Wald weiter sterben, dann wären 60 Waldvogelarten akut bedroht.

Italien fragt nach den Milliarden der Camorra

Öffentlichkeit erwartet nach Verhaftungswelle den „2. Akt"

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Seit dem großen Schlag gegen die Organisation der „Neuen Camorra" unter Führung Raffaele Cutolos, bei dem bisher in ganz Italien an die 1000 kleine und mittlere Fische ins Netz gegangen sind, macht man sich in der öffentlichen Meinung des Landes auch Gedanken darüber, welche finanzielle Potenz sich hinter der fast zerschlagenen Geheimindustrie Cutolos verborgen hat oder noch verbirgt.

Selbst bei vorsichtiger Schätzung ist davon auszugehen, daß die Organisation mindestens 2000 Mitarbeiter beschäftigte und daß jeder von ihnen durchschnittlich 9000 Mark im Monat verdiente. Die Personalkosten dürften demnach in der Bilanz mit 18 Millionen Mark zu Buche stehen. Zieht man zum Vergleich, wie das dieser Tage die römische Wochenzeitung „L'Espresso" tut, den Schnitt zwischen Personalkosten und Gewinn bei einer großen italienischen Supermarktkette, nämlich 1 zu 5, heran, so läge der monatliche Gewinn der „Neuen Camorra" bei 90 Millionen Mark. Da es sich bei der Organisation jedoch im Unterschied zum Warenangebot eines Supermarkts um „hochqualifizierte" Artikel, nämlich Heroin oder Kokain handelt, dürften sich die Einnahmen verdoppeln und rund 180 Millionen Mark betragen. Im Jahr heißt das mehr als zwei Milliarden Mark. Untersuchungsrichter, Polizei und Carabinieri sind darüber hinaus überzeugt, daß die Gewinnspanne weit höher, bei rund vier Milliarden Mark liegt.

Freilich sind auch die Kosten der Camorra-Industrie nicht unerheblich; denn außer den „Gehältern" müssen die Angehörigen der Eingekerkerten und die Witwen der auf der Strecke gebliebenen Camorristen finanziell abgesichert werden; das Waffenarsenal und die diskreten Büro- und Wohnräume der Organisation sind teuer; vor allem verschlingt die Bestechung von Funktionären, von korrupten Beamten, Politikern und sonstigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens viel Geld. Deshalb muß die Summe von vier Milliarden Mark wohl halbiert werden, bleiben aber immer noch zwei Milliarden pro Jahr. Und da die „Neue Camorra" seit mindestens fünf Jahren in voller Blüte steht, kann man den bisher erzielten Reingewinn auf zirka zehn Milliarden Mark beziffern: eine märchenhafte Summe, über deren Verbleib sich die Untersuchungsbehörden und die italienische Öffentlichkeit viele Gedanken machen.

Sicherlich liegt ein erheblicher Teil dieses Vermögens im Ausland, vermutlich in amerikanischen und Schweizer Bank-Safes. Aber der *nicht kleine Rest dürfte in Italien* selbst investiert sein. Von und bei wem? Dieser Aspekt des Camorra-Problems wird fraglos Hauptthema des zweiten Akts der Großaktion gegen Cutolo und Konsorten sein – eine Aktion, die sich jetzt auch auf das Camorra-Konkurrenzunternehmen, die sogenannte „Neue Familie" erstreckt. Kalkulationen über die Bilanzen der Verbrecherbanden geben einen Begriff davon, wie tief das Camorra-Phänomen im finanzielle Gefüge des Landes Wurzeln geschlagen hat. Man erwartet deshalb in Italien noch große Überraschungen, wenn endlich auch die dicken Fische ins Netz von Polizei und Justiz gehen.

LEUTE HEUTE

Kuß als Kitt

Der längste Kuß der Welt hat dem 20jährigen amerikanischen Studenten **Brad Spacy** und seiner 19jährigen Freundin ***Patricia Haugan*** doppeltes Glück gebracht. Erstens wurden sie für den „Dauerbrenner" von genau 407 Stunden jetzt in das Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen, weil ein konkurrierendes Paar aus New York, das länger küßte, wegen einiger „Kurzpausen" disqualifiziert wurde. Der 17tägige Mundkontakt kittete aber auch die brüchige Freundschaft.

Nacht hinter Gittern

Eine Nacht im Gefängnis mußte jetzt der US-Schriftsteller **Truman Capote** (58) verbringen, weil er sich wieder betrunken ans Steuer ge-



setzt hatte. Die Polizei stoppte ihn unweit seiner Wohnung im Nobel-Badeort Southamtpon auf Long Island. Laut Polizei lag das Ergebnis beträchtlich über der im Staat New York geltenden Ein-Promille-Grenze.

Meisterwerk

Eine neue Glanzrolle für **Lou Gossett** (47, Foto) der für seinen Part als Schleifer in „Ein Offizier und Gentleman" mit dem Oskar ausgezeichnet wurde. Der schwarze Schauspieler mimt in einer vierstündigen Fernsehproduktion den ermordeten ägyptischen Staatschef Anwar el Sadat. Für den Film lieferten auf jeden Fall die Maskenbildner ein Musterwerk ab: Gosset sieht dem Ägypter täuschend ähnlich.

Rindvieh-Zwillinge aus der Retorte

An der Uni München gelang künstliche Embryo-Teilung

JOCHEN AUMILLER, **München**

Die „Rindviecher", wie sie in Bayern liebevoll-menschlich heißen, brauchen sich künftig keine Sorge um die Erhaltung ihrer Rassen zu machen. Dafür sorgen nun die Tiermediziner der Uni München, die nach der Befruchtung den mehrzelligen Lebenskeim aus der *Gebärmutter holen*, ihn unterm Mikroskop teilen, und schon ist aus einer neuen Kuh ein Zwillingspärchen geworden. Ihr Lehr- und Versuchsgut konnte die glückliche Geburt des ersten Zwillingspärchens melden, das über die Teilung eines Embryos „gezeugt" wurde.

Die beiden weiblichen Kälber der Rasse Deutsches Fleckvieh, so heißt es, sind wohlauf, haben normales Gewicht und unterscheiden sich nicht von ihren Artgenossen. Der Erfolg aus Bayern kann zwar nicht den Ruhm einer Weltpremiere für sich in Anspruch nehmen – die Engländer haben mit der Embryo-Halbierung schon 1981 angefangen –, es war aber immerhin eine deutsche Erstaufführung, die außerordentlich stimulierend wirken muß.

Nach Angaben der Universität haben die Forscher inzwischen schon weitere 111 Embryos geteilt und auf andere Kühe übertragen. Die Trefferquote ist bemerkenswert: 45mal klappte es, die Kühe, denen die künstlichen Zwillinge eingepflanzt wurden, sehen gesund ihrem spektakulären Wurf *entgegen. Das heißt freilich nicht*, daß alle 45 Kühe die gewünschten Zwillinge bekommen. In den meisten Fällen blieb ein Keimling auf der Strecke, nur bei sieben Kühen wuchsen beide Embryos an und dann weiter.

Eigentlich ahmten die Veterinärmediziner lediglich die Natur nach, die ja auch eineiige Zwillinge produziert. Aus unerfindlichen Gründen passiert es auch beim Menschen, daß nach der Befruchtung des Eis und den ersten Zellteilungen der Embryo auseinanderfällt. Die einzelnen Zellen des Embryos sind zu diesem Zeitpunkt noch omnipotent, d. h. jede Keimzelle ist noch in der Lage, einen Menschen wachsen zu lassen. Je nachdem, in wie viele Teile ein Embryo zerfällt, entstehen Zwillinge, Drillinge, Sechslinge oder Achtlinge. Das Beiwort „eineiig" umschreibt nur, daß die Geschwister aus einem Keim stammen. Im Gegensatz dazu kennt man auch Mehrlinge, die aus der Befruchtung mehrerer Eizellen hervorgehen.

Was die Veterinärmediziner *inzwischen tun, haben die Humanex*perimentatoren offiziell noch nicht gewagt. Immerhin ist auch der menschliche Embryo längst zum Experimentierfeld geworden. Man zeugt ihn im Reagenzglas, läßt ihn ein paar Tage in einer Nährlösung wachsen, friert ihn dann eventuell ein, bis man eine willige „Gebärmutter" findet, gleichgültig ob echte Mutter (das heißt die Lieferantin der *Eizelle*) oder *Amme*.

Dürfen wir überhaupt solche Versuche mit menschlichen Keimen durchführen? Diese Frage kehrt immer wieder und wird immer bohrender. Der Münchener Rechtsmediziner Professor Dr. Wolfgang Spann hat darauf verwiesen, daß „das Experimentieren mit beiden Keimzellen als solches im rechtsfreien Raum" geschehe. Und der Münchener Gynäkologe Professor Josef Zander schlußfolgert: „Demnach ist zumindest in unserem Land eine Kontrolle von Experimenten in diesem Bereich ausschließlich aus ethischer Sicht möglich." Wobei er freilich einräumt, „daß auch in diesem Bereich alle gegebenen Möglichkeiten praktisch genutzt werden".

Altstadt-Prozeß: Kommissar brich sein Schweigen

dpa, **Düsseld**

„Wenn ich das getan haben soll kann ich die Geschädigten nur Verzeihung bitten, entschuldig kann man so etwas nicht." Mit d ser Erklärung brach der Poliz kommissar Manfred Otto Rie gestern im Düsseldorfer Straf zeß um die Mißhandlung zahl cher Stadtstreicher sein bisheri Schweigen. Von den Vorfällen der Düsseldorfer Altstadtwache Herbst letzten Jahres wisse er „ sächlich einfach nichts". Rie der durch das Geständnis ei seiner drei mitangeklagten Ko gen schwer belastet und deswe in Untersuchungshaft genomm worden war, versuchte gleichze dem Gericht glaubhaft zu mach daß ein erheblicher Mißbrauch Schmerz- und Beruhigungsmitt für seine Erinnerungslücken antwortlich sein müsse. Sol schwere Medikamente habe „nach Bedarf" wegen seiner sch ren Magenerkrankung eingen men. Der 30jährige, der bis Prozeßbeginn geglaubt haben die Anklage wegen Körperve zung im Amt stimme einfach ni räumte jedoch ein, daß zumin ein Teil der belastenden Aussa seines Mitangeklagten und Zeugen aus den Polizeiberei „richtig sein muß". Spätestens dem Geständnis seines Kolle Siegfried Puschke (25) sei für eine Welt zusammengebrochen. 14. Große Strafkammer des Dü dorfer Landgerichts nahm die lassung des Angeklagten mit o sichtlicher Skepsis auf und le einen Antrag auf Haftverschon ab.

„Black out" in Athen

dpa, At

Nach einem heftigen Unw gingen Sonntagabend für drei S den in Athen und anderen gri schen Städten und Dörfern Lichter aus. In der Dreieinh Millionen-Stadt gab es ein kehrschaos. Mehr als 2000 schen blieben in den Aufz stecken.

Bußgeld-Bescheid im Url

dpa, Mün

Autofahrer, denen während i Urlaubs ein Bußgeld-Bescheid Haus flattert, brauchen di selbst dann nicht zu akzeptie wenn die einwöchige Einspru frist verstrichen ist. Der ADAC in solchen Fällen, die „Wieder setzung in den vorigen Stand verlangen. Voraussetzung sei a daß man die Abwesenheit durch Hotelbelege nachwe könne.

Quechua-Grammatik

EPD, I

Ein Wörterbuch und eine G matik der Quechua-Sprache s demnächst von der Quechua- demie in Cuzco (Peru) herausg ben werden. Das Projekt wird d die UN-Organisation für Erzieh Wissenschaft und Kultur Un unterstützt. Das Quechua, die zielle Sprache des einst über gesamte Andenregion ausgebr ten Inka-Reiches, wird von 60 zent der peruanischen Bevölker gesprochen. Bislang gab es a dings keine einheitliche Sch sprache.

Hoover-Damm läuft übe

AP, **Boulder**

Nach einer ungewöhnlich star Schneeschmelze ist das Niveau Mead-Stausees am Colorado Boulder City so gestiegen, daß e Zeit 15 Zentimeter über der H des Hoover-Dammes liegt. Erst seit 41 Jahren läuft das Wasse zwei Seiten über den Damm stürzt in zwei Wasserfällen von Metern Breite und 53 Meter Höh Tal.

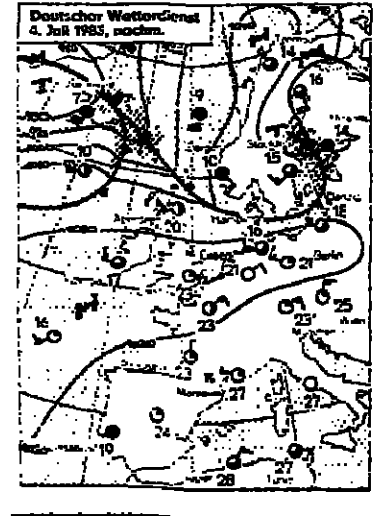
Einem Teil unserer Ausgabe lieg ein Prospekt der Franklin Porzella GmbH, Ottobrunn, bei.

ZU GUTER LETZT

„Andropow sagt erstes Treffe mit Andropow ab." Meldung de französischen Nachrichtenagent AFP.

WETTER: Sonnig und warm

Wetterlage: Ein Hochdruckkeil reicht von den Azoren bis Polen und sorgt für sommerliches Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:
Bundesrepublik und Berlin:
Meist sonnig und trocken, nur im äußersten Südwesten gegen Abend stärker bewölkt und vereinzelt Gewitter, Tageshöchsttemperaturen im Norden um 28 Grad, im Süden um 30 Grad. Tiefstwerte nachts um 15 Grad. Schwacher, tagsüber auch mäßiger Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Weiterhin heiter, sehr warm.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	30°
Bonn	22°	Kopenh.	16°
Dresden	22°	Las Palmas	20°
Essen	21°	London	23°
Frankfurt	24°	Madrid	24°
Hamburg	16°	Mailand	26°
List/Sylt	15°	Mallorca	28°
München	23°	Moskau	21°
Stuttgart	23°	Nizza	26°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	30°	Paris	23°
Athen	28°	Prag	24°
Barcelona	23°	Rom	27°
Brüssel	21°	Stockholm	15°
Budapest	26°	Tel Aviv	29°
Bukarest	21°	Tunis	27°
Helsinki	14°	Wien	25°
Istanbul	25°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch:** 5.13 Uhr, Untergang: 21.40 Uhr, **Mondaufgang:** 2.13 Uhr, Untergang 17.05 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Labours holpriger Weg in die höheren Stände

FRITZ WIRTH, **London**

Es ist etwas Eigenartiges mit der britischen Lust am Adelstitel. Niemand hat diesen Drang in die höheren Stände in diesem Jahrhundert *schärfer verurteilt als die Labour Party*, für die die Herberge dieser Lords, das Oberhaus, stets ein „perverser Anachronismus" war. Dennoch hat nach dem Kriege kein britischer Regierungschef so viel für die Vermehrung dieser „unzeitgemäßen Adelskaste" getan wie die beiden Labour-Premiers Clement Attlee und Harold Wilson. Attlee ließ in den sechs *Jahren seiner Amtszeit insgesamt* 98 Parteifreunde den Hermelin-Mantel umlegen, und Harold Wilson beförderte sogar insgesamt 183 mehr oder minder verdiente Mitmenschen in den Adelsstand. Unter ihnen auch den berühmt-berüchtigten Lord Kagan, der doppelseitig zu tragende Regenmäntel produzierte, was Harold Wilson sehr beeindruckte, vorübergehend jedenfalls, bis der Regenmantel-Lord wegen Betrugs im Gefängnis landete.

Das alles aber war noch sehr ehrbar. Es gab Zeiten, da wurden diese Adelstitel zum Preise von 10 000 Pfund das Stück verhökert, wie es der jüngere Pitt tat, was den erzürnten Disraei später zu der Bemerkung veranlaßte: „Er schuf eine plebejische Aristokratie. Er machte zweitrangige Landjunker und fette Viehzüchter zu Peers. Er holte sie sich aus den Seitengassen der Lombardstreet und zerrte sie aus den Kontoren von Cornhill."

Eine Adels-Inflation führte schließlich Lloyd George herbei, der Lordtitel zu Discount-Preisen verkaufte und damit die liberale Parteikasse um drei Millionen Pfund bereicherte. Die Eitelkeit und der Vorzug, seinen Namen mit einem Lordtitel zu schmücken, war den Briten lange Zeit viel Geld und neuerdings auch den Verlust von heiligen politischen Prinzipien wert.

Es ist nützlich, dies zu wissen, um den Streit zu begreifen, der im Augenblick zwischen Premierministerin Margaret Thatcher und Oppositionsführer Michael Foot entbrannt ist. Denn es ist wieder einmal Geburtsstunde des Lords. Sie werden nicht nur zu Neujahr und am Geburtstag der Königin, sondern auch nach jeder Parlaments-Neuwahl ins politische Altersheim hochbefördert.

Offiziell geschieht dies im Namen der Königin, in Wahrheit jedoch ist es Sache der amtierenden Premiers, die wiederum die verschiedenen Parteiführer auffordern, in ihren Reihen nach würdigen Damen und Herren Ausschau zu halten.

Bisher hatte sich Labour-Parteichef Michael Foot beharrlich geweigert, mit seiner Partei an diesem Festival der Eitelkeit teilzunehmen. Man hat ja seine Prinzipien. „Einen Schlag ins Gesicht der Demokratie" nannte er den Brauch, ungewählte Menschen ins Oberhaus zu hieven, und statt seine Mitgliederzahl zu mehren, gingen er und die Labour Party mit dem heiligen Versprechen in die letzte Wahl, diesen „undemokratischen Debattierclub" ein für alle Mal aufzulösen.

Um so erstaunter waren die britischen Wähler, als sie plötzlich vernahmen, daß der oberste Abbrucharbeiter der britischen Aristokratie in diesen Tagen Frau Thatcher 27 Möchtegern-Lords nannte, mit denen er die dezimierten Labour-Rei*hen im Oberhaus wieder schließen* wollte. Selbst einige seiner Parteifreunde fanden es befremdlich, Michael Foot plötzlich in der Rolle eines „Arbeitsvermittlers für gescheiterte Politiker" zu entdecken, denn immerhin kassiert ein Lord pro Tag im Oberhaus umgerechnet rund 200 Mark Erscheinungsgeld.

In der Umgebung Michael Foots rechtfertigt man diesen Wandel des Parteichefs vom Abbrucharbeiter zum Geburtshelfer der „Lords" sehr pragmatisch: Nachdem man im Unterhaus eine so hilflose Minderheit geworden sei, sei es an der Zeit, zumindest im Oberhaus mit allen legalen Mitteln eine wirksamere Opposition aufzubauen. Das ist in der Tat notwendig, denn selbst baumstarke Sozialisten entwickelten, wenn sie in der Vergangenheit ins Oberhaus delegiert wurden, eine spürbar konservative Maserung im politischen Holze. So sind in den letzten zwei Jahren allein 48 Labour-Lords zu den gemäßigten Sozialdemokraten übergelaufen.

Frau Thatcher hat für diese Nachwuchssorgen der Labour Party überhaupt kein Verständnis und forderte Michael Foot auf, sein Lord-Aufgebot auf eine einstellige Zahl zu reduzieren. So geht der wieder etwas prinzipientreuere Michael Foot nun mit der Axt um unter den Möchtegern-Lords, wobei nur ein Kandidat absolut sicher ist, diesen Kahlschlag zu überleben: Es ist Harold Wilson, bis vor sieben Jahren noch die größte „Adels-Hebamme" dieses Jahrhunderts.